

## **Beteiligentransparenzdokumentation**

### **Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

**Einbringer:**                      **Fraktion DIE LINKE**  
   **Fraktion der SPD**  
   **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**(Drucksache 7/7780)**

#### **Inhalt**

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 23. November 2023

## **1. Drucksache**

## **G e s e t z e n t w u r f**

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN**

### **Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungs- dienstgesetzes**

#### **A. Problem und Regelungsbedürfnis**

Im Zuge der Neustrukturierung der für Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungsdienst zuständigen Zentralen Leitstellen in Thüringen ist vorgesehen, an einem geeigneten Standort eine weitere Leitstelle zu schaffen, um die Leitstellendisponenten landesweit einheitlich zu qualifizieren. Hierzu muss die gesetzliche Grundlage zur Etablierung einer solchen Lehrleitstelle im Thüringer Rettungsdienstgesetz (ThürRettG) geschaffen werden.

Darüber hinaus hat am 20. Dezember 2020 der Innovationsausschuss des Gemeinsamen Bundesausschusses den für den Rettungsdienst zuständigen Bundesländern empfohlen, als neue Versorgungsform in der Präklinik ein Telenotarztsystem einzuführen. Vor dem Hintergrund der Coronapandemie hat die für die Sicherstellung der notärztlichen Versorgung im bodengebundenen Rettungsdienst zuständige Kassenärztliche Vereinigung Thüringen bereits in ihrer Einrichtung in Weimar Telearbeitsplätze eingerichtet, um zur Aufrechterhaltung der notärztlichen Versorgung kurzfristig und großflächig auftretende Notarztausfälle kompensieren zu können. Um dieses eingerichtete System als festen Bestandteil der notärztlichen Versorgung zu etablieren, bedarf es einer gesetzlichen Aufgabenzuweisung. Eine solche telenotärztliche Komponente kann zudem auch zur Absicherung arztbegleiteter Verlegungstransporte genutzt werden, um längere Abwesenheitszeiten der regulär vorgehaltenen Notärzte im Rettungsdienstbereich zu vermeiden.

Des Weiteren sind derzeit den Beteiligten des Rettungsdienstes durch die gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen Schranken gesetzt, um neue Versorgungskonzepte zu erproben, die der Erhaltung oder Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, der Leistungsfähigkeit oder der Qualitätsverbesserung des Rettungsdienstes dienen. In anderen Bundesländern wurden zum Zwecke der Weiterentwicklung des Rettungsdienstes gesetzliche Experimentierklauseln geschaffen, um in der Erprobungsphase vorübergehend von den landesseitigen Vorgaben abweichen zu können.

#### **B. Lösung**

Durch die folgenden wesentlichen Änderungen soll der Rettungsdienst in Thüringen den aktuellen Entwicklungen angepasst und die gesetzli-

che Grundlage für dessen perspektivische Weiterentwicklung geschaffen werden.

- Lehrleitstelle

§ 14 ThürRettG wird um die Regelung erweitert, dass das Land die Errichtung und den Betrieb einer Lehrleitstelle an einem geeigneten Standort sicherstellt und die dafür entstehenden Kosten trägt.

- Ergänzendes Einsatz von Telenotärzten zur Unterstützung des Rettungspersonals am Notfallort

Mit der Änderung des § 7 Abs. 1 ThürRettG wird die Aufgabenträgerschaft der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen dahin gehend präzisiert, dass die Sicherstellung der notärztlichen Versorgung im bodengebundenen Rettungsdienst auch die telenotärztliche Versorgung einschließt. Zudem werden in den Neuregelungen des § 7 Abs. 6 und 7 ThürRettG insbesondere Bestimmungen zu den Aufgaben und Befugnissen der Telenotärzte, zu deren Hinzuziehung sowie zur Aufzeichnung und Löschung der Bild- und Tondaten und Auswertung der Telenotarzteinsätze aufgenommen.

- Einführung einer Experimentierklausel

Um den Rettungsdienst perspektivisch weiterentwickeln zu können, wird durch die Neuregelung in § 34 a ThürRettG eine Experimentierklausel aufgenommen. Diese soll temporäre Abweichungen von den gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen erlauben, sodass zukunftsfähige Vorhaben unter wissenschaftlicher Begleitung erprobt und anschließend evaluiert werden können.

Darüber hinaus sind zu folgenden Themen punktuelle Anpassungen vorgesehen:

- geänderte Zusammensetzung des Landesbeirats für das Rettungswesen (künftige Vertretung der kommunalen Spitzenverbände durch je zwei statt wie bislang je einem Vertreter unter Beibehaltung der Stimmenparität),
- Präzisierung des § 14 Abs. 3 ThürRettG zur Meldung nicht nur der Betten-, sondern auch der Versorgungskapazitäten der Krankenhäuser und anderer für die weitere Versorgung geeigneten Behandlungseinrichtungen an die Zentralen Leitstellen,
- Refinanzierung der Kosten für eine einheitliche mobilelektronische Einsatzdokumentation.

### C. Alternativen

Keine

Ohne die genannten Änderungen würde keine Anpassung an die aktuellen Entwicklungen erfolgen beziehungsweise würden die bestehenden Schranken für eine perspektivische Weiterentwicklung des Rettungsdienstes nicht gelockert.

### D. Kosten

#### 1. Land

Für die Errichtung und den Betrieb einer Lehrleitstelle nach § 14 Abs. 5 (neu) ThürRettG entstehen dem Land folgende Kosten:



- Baukosten: 1.898.300 Euro (31,9 Prozent Landesanteil am Multifunktionsgebäude mit Gesamtbaukosten in Höhe von circa 5.950.783 Euro),
- jährlicher Bauunterhalt sowie Betriebskosten (Strom, Wasser et cetera) circa 28.500,00 Euro (1,5 Prozent der Baukosten).

Der verbleibende Anteil von 68,1 Prozent der Gesamtbaukosten für das Multifunktionsgebäude sowie die übrigen Bauunterhalt- und Betriebskosten werden von den künftigen Trägern der Regionalleitstellen auf Basis einer Verwaltungsvereinbarung finanziert. Die Neubaukosten sind nach der Förderrichtlinie Leitstellen des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales zuwendungsfähig.

2. Kostenträger des Rettungsdienstes (Träger der Gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung, vergleiche § 3 Abs. 7 ThürRettG)

Die Kosten für eine einheitliche mobilelektronische Einsatzdokumentation werden als Kosten des Rettungsdienstes jeweils vollständig auf die nach §§ 20 und 21 ThürRettG zu vereinbarenden Benutzungsentgelte umgelegt und somit von den Kostenträgern refinanziert. Durch die bereits erfolgte finanzielle Unterstützung des Landes bei der Erstausrüstung der Notarztstandorte und Rettungseinheiten mit der erforderlichen Hard- und Software durch kostendeckende Zuwendungen in Höhe von insgesamt rund drei Millionen Euro beschränkt sich die Refinanzierungspflicht auf die Folge- und Unterhaltskosten, wie etwa Wartungs-, Reparatur- oder Ersatzbeschaffungskosten. Der Umfang dieser Kosten hängt vom tatsächlich entstehenden Aufwand ab und kann daher nicht vorab konkret beziffert werden.

In welcher Höhe die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb eines Telenotarztsystems auf das Benutzungsentgelt für die notärztliche Versorgung umgelegt und damit von den Kostenträgern refinanziert werden, bleibt den Entgeltverhandlungen nach § 21 Abs. 2 ThürRettG vorbehalten.

Die Höhe der nach § 34 a Abs. 2 Satz 4 ThürRettG von den Kostenträgern zu tragenden Kosten für die von den Erprobungsvorhaben betroffenen rettungsdienstlichen Leistungen hängt vom jeweiligen Vorhaben und dem dazu erteilten Einvernehmen der Kostenträger ab.

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Das Thüringer Rettungsdienstgesetz vom 16. Juli 2008 (GVBl. S. 233), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Dezember 2022 (GVBl. S. 484), wird wie folgt geändert:

1. § 7 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach dem Wort "Rettungsdienst" die Worte "durch Notärzte und Telenotärzte" eingefügt.

bb) In Satz 2 werden die Worte "Notarzdienstpläne und" durch die Worte "Dienstpläne für die Notärzte und Telenotärzte sowie" ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 4 werden nach dem Wort "Notärzte" die Worte "und Telenotärzte" eingefügt.

bb) In Satz 7 werden nach dem Wort "Notärzte" die Worte "und Telenotärzte" eingefügt.

c) Folgende Absätze 6 und 7 werden angefügt:

"(6) Telenotärzte sind besonders qualifizierte Notärzte, die in Ergänzung des bestehenden Notarztsystems die rettungsdienstliche Versorgung am Notfallort anhand von übermittelten Bild- und Tondaten telemedizinisch begleiten. Telenotärzte unterstützen das ärztliche und nichtärztliche Rettungspersonal am Notfallort durch fachliche Beratungen sowie bei der Einsatzdokumentation und Kontaktaufnahme mit der für die weitere Versorgung geeigneten Behandlungseinrichtung. Neben ihrer Stellung als ärztliche Berater sind die Telenotärzte befugt, im konkreten Einzelfall dem nichtärztlichen Rettungspersonal bis zum Eintreffen des Notarztes oder bis zum Beginn einer weiteren ärztlichen Versorgung fachliche Weisungen zur Durchführung heilkundlicher Maßnahmen zu erteilen. Telenotärzte sind nach Maßgabe des Indikationskatalogs nach § 10 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 und, soweit möglich, nach vorheriger Aufklärung des Notfallpatienten über die Aufzeichnung der Bild- und Tondaten vom Rettungspersonal am Notfallort hinzuzuziehen, sofern der Notfallpatient der Hinzuziehung oder Aufzeichnung nicht ausdrücklich widerspricht.

(7) Die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen hat die übermittelten Bild- und Tondaten aufzuzeichnen und die Einsätze der Telenotärzte regelmäßig auszuwerten. Die aufgezeichneten Bild- und Tondaten sind nach sechs Monaten zu löschen, soweit nicht tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass sie noch als Beweismittel benötigt werden. Die Rechtsaufsichtsbehörde kann verlangen,

dass ihr in anonymisierter Form die Ergebnisse der Auswertung und bei Erfordernis die Einsatzdokumentationen für Zwecke der landesweiten Auswertung der Telenotarzteinsätze zur Verfügung gestellt werden."

2. § 8 wird wie folgt geändert:

a) Der Wortlaut wird Absatz 1.

b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

"(2) Abweichend von Absatz 1 kann auf Anforderung des abgebenden Krankenhauses ein Telenotarzt nach § 7 Abs. 6 Satz 1 die ärztliche Betreuung übernehmen, wenn dieser zustimmt und eine sichere Kommunikationsverbindung gewährleistet ist."

3. In § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 werden die Worte "ein Vertreter der kommunalen Spitzenverbände" durch die Worte "zwei Vertreter der kommunalen Spitzenverbände" ersetzt.

4. § 10 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 erhält folgende Fassung:

"5. der Indikationskatalog für die Notarzt- und Telenotarztalarmierung,"

5. § 14 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

"(3) Die Zentrale Leitstelle führt einen Nachweis über die Aufnahme- und Dienstbereitschaft der Krankenhäuser und anderer für die weitere Versorgung geeigneten Behandlungseinrichtungen im Rettungsdienstbereich. Die Krankenhausträger und die Träger der anderen für die weitere Versorgung geeigneten Behandlungseinrichtungen stellen durch geeignete technische Maßnahmen sicher, dass der Zentralen Leitstelle laufend die Anzahl der freien Betten und sonstigen Versorgungskapazitäten gemeldet wird."

b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

"(5) Das Land stellt zum Zwecke einer landesweit einheitlichen Qualifizierung von Leitstellendisponenten die Errichtung und den Betrieb einer Lehrleitstelle an einem geeigneten Standort sicher und trägt die dafür entstehenden Kosten."

6. In § 20 Abs. 2 Satz 3 werden nach dem Wort "Rettungsdienst" ein Komma und die Worte "die Kosten für eine einheitliche mobilelektronische Einsatzdokumentation" eingefügt.

7. In § 21 Abs. 1 Satz 2 werden nach dem Wort "Notärzte" ein Komma und die Worte "die Kosten für eine einheitliche mobilelektronische Einsatzdokumentation, die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb eines Telenotarztsystems" eingefügt.

8. § 31 Abs. 2 Satz 2 wird aufgehoben.

9. Nach § 34 wird folgender § 34 a eingefügt:

"§ 34 a  
Experimentierklausel

(1) Zur Erprobung neuer Versorgungskonzepte, die der Erhaltung oder Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, der Leistungsfähigkeit oder der Qualitätsverbesserung des Rettungsdienstes dienen, kann das für Rettungswesen zuständige Ministerium im Benehmen mit dem Landesbeirat für das Rettungswesen auf Antrag zeitlich befristete Ausnahmen von § 14 Abs. 4, § 15 Abs. 2, § 16 Abs. 1 und 2 sowie von dem aufgrund des § 10 erlassenen Landesrettungsdienstplan zulassen, wenn die grundsätzliche Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben nach § 4 sichergestellt ist.

(2) Zur Antragstellung berechtigt sind die Kostenträger, die Aufgabenträger des Rettungsdienstes nach § 5 und die Durchführenden (ausführende Stelle). In dem Antrag ist darzulegen, für welches Erprobungsvorhaben die Ausnahme beantragt wird, von welchen Vorschriften abgewichen werden soll und zu welchem Zweck die Abweichung beantragt wird. Wird der Antrag von einem Kostenträger oder einem Durchführenden gestellt, bedarf er des Einvernehmens des zuständigen Aufgabenträgers des Rettungsdienstes nach § 5. Wird der Antrag von einem Aufgabenträger des Rettungsdienstes nach § 5 oder einem Durchführenden gestellt, bedarf er des Einvernehmens der Kostenträger, welche die Kosten für die von dem Erprobungsvorhaben betroffenen rettungsdienstlichen Leistungen zu tragen haben.

(3) Die Ausnahme wird für höchstens zwei Jahre zugelassen; sie kann auf Antrag um ein Jahr verlängert werden.

(4) Hat das für Rettungswesen zuständige Ministerium eine Zulassung erteilt, hat die ausführende Stelle die Durchführung des Erprobungsvorhabens unter wissenschaftlicher Begleitung zu dokumentieren und auszuwerten sowie dem für Rettungswesen zuständigen Ministerium darüber zu berichten. Im Falle einer positiven Auswertung ist dem Bericht ein konzeptioneller Vorschlag für eine landesweite Umsetzung nebst Kostenschätzung beizufügen. Nach Vorlage des Berichts durch die ausführende Stelle führt das für Rettungswesen zuständige Ministerium unter Beteiligung des Landesbeirates für das Rettungswesen jeweils vorhabenbezogen eine Evaluierung durch.

(5) Das für Rettungswesen zuständige Ministerium legt dem für Rettungswesen zuständigen Ausschuss des Landtags zeitnah nach Abschluss der Evaluierung einen Bericht vor, in dem es darlegt,

1. von welchen Vorschriften Ausnahmen nach Absatz 1 zugelassen wurden und welche Erprobungsvorhaben aufgrund von Ausnahmen nach Absatz 1 durchgeführt wurden,
2. welche Kosten und welcher Nutzen aufgrund der nach Absatz 1 zugelassenen Ausnahmen entstanden sind und
3. ob aufgrund der Ergebnisse der Evaluierung eine Änderung dieses Gesetzes für erforderlich gehalten wird."

10. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen angepasst.

**Artikel 2**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

**Begründung:****A. Allgemeines**

Durch die folgenden wesentlichen Änderungen soll der Rettungsdienst in Thüringen den aktuellen Entwicklungen angepasst und die Möglichkeit für eine perspektivische Weiterentwicklung eingeräumt werden.

- Lehrleitstelle

Mit der finanziellen Unterstützung beim Bau und der Ausstattung einer weiteren Leitstelle an einem geeigneten Standort schafft das Land für die kommunalen Träger der Zentralen Leitstellen die Rahmenbedingungen für eine reibungslose Übernahme der Vermittlung von Einsätzen des Rettungsdienstes und des Brand- und Katastrophenschutzes im Falle des Ausfalls einer Zentralen Leitstelle, für die Erprobung neuer Leitstellentechnik über eine Testplattform sowie für die landesweit einheitliche Qualifizierung von Leitstellendisponenten. Durch die Bündelung dieser Nutzungszwecke in einer Leitstelle werden zum einen Synergieeffekte erzielt. Zum anderen führt die Nutzung der für Redundanzfälle geplanten Räumlichkeiten auch für Lehrzwecke zu einer realitätsnahen Qualifizierung der Disponenten in einer Lehrleitstelle.

- Ergänzendes Einsatz von Telenotärzten zur Unterstützung des Rettungspersonals am Notfallort

Die vorgesehenen Änderungen greifen die Empfehlung des Innovationsausschusses des Gemeinsamen Bundesausschusses vom 20. Dezember 2020 an die Länder sowie den Vorschlag der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen auf, als neue Versorgungsform in der Präklinik ein Telenotarztssystem einzuführen.

Mit Hilfe digital hinzugezogener Telenotärzte kann das am Notfallort tätige Rettungspersonal bei der Entscheidung über die notfallmedizinisch notwendigen Behandlungsmaßnahmen und deren Durchführung unterstützt und somit die rettungsdienstliche Versorgung zugunsten der Notfallpatienten verbessert werden.

Derzeit werden in Thüringen alle Rettungsfahrzeuge mit der erforderlichen Hard- und Software ausgestattet, um die Einsatzdaten im Rettungsdienst einheitlich mobilelektronisch zu erfassen und zu dokumentieren. Die dazu zur Verfügung gestellten Tablets ermöglichen übergangsweise bis zur Etablierung anderer geeigneter Technik auch die Herstellung einer sicheren Kommunikationsverbindung zu den Telenotarztarbeitsplätzen, die die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen im Jahr 2020 zur Kompensation eines etwaigen pandemiebedingten Ausfalls von Notärzten eingerichtet hat.

Telenotärzte werden bereits in einzelnen Regionen Deutschlands dazu eingesetzt, um die Notärzte am Notfallort bei deren eigenverantwortlicher diagnostischer und therapeutischer Meinungsbildung beziehungsweise bis zum Eintreffen des Notarztes oder bis zum Beginn einer weiteren ärztlichen Versorgung das nichtärztliche Rettungspersonal (insbesondere Notfallsanitäter) bei deren eigenständiger beziehungsweise eigenverantwortlicher Tätigkeit am Notfallort zu beraten.

- Einführung einer Experimentierklausel

Experimentierklauseln dienen dazu, in vorbestimmten Lebenssachverhalten, welche regelungsbedürftig erscheinen, Erfahrungen zu sammeln, die die spätere Grundlage für eine Gesetzesänderung bilden soll. Es handelt sich dabei um eine Gesetzestchnik mittels derer der Gesetzgeber die Verwaltung ermächtigt, von geltendem Recht in einem vordefinierten Bereich und für einen befristeten Zeitraum abzuweichen.

Die Einführung einer Experimentierklausel im Bereich des Rettungsdienstes bietet die Möglichkeit, neue Lösungsansätze und Konzepte unter wissenschaftlicher Begleitung temporär zu erproben und diese hinsichtlich ihres Potentials für die Erhaltung oder Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, für die Leistungsfähigkeit oder für die Qualitätsverbesserung des Rettungsdienstes zu evaluieren.

## **B. Zu den einzelnen Bestimmungen**

### **Zu Artikel 1**

Zu Nummer 1 (Änderung des § 7 ThürRettG)

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa

Mit der Änderung des § 7 Abs. 1 Satz 1 ThürRettG wird die Aufgabenträgerschaft der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen dahin gehend präzisiert, dass die Sicherstellung der notärztlichen Versorgung im bodengebundenen Rettungsdienst auch die telenotärztliche Versorgung einschließt.

Dies bedeutet, dass ergänzend zu physisch anwesenden Notärzten auch Telenotärzte nach § 7 Abs. 6 Satz 1 (neu) ThürRettG eingesetzt werden können, um die rettungsdienstliche Versorgung insbesondere im arztfreien Intervall, das heißt bis zum Eintreffen eines Notarztes am Notfallort oder bis zum Beginn einer weiteren ärztlichen Behandlung im Krankenhaus, zu unterstützen.

Zu Doppelbuchstabe bb

Infolge der zugeordneten Organisationsverantwortung ist die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen nach § 7 Abs. 1 Satz 2 ThürRettG neben der Überwachung der (tele-)notärztlichen Versorgung auch für die Erstellung der Dienstpläne der Telenotärzte zuständig.

Zu Buchstabe b

Zu Doppelbuchstabe aa

Telenotärzte müssen wie die Notärzte über die Zusatzbezeichnung "Notfallmedizin" der Landesärztekammer Thüringen oder eine vergleichbare, von der Landesärztekammer Thüringen anerkannte Qualifikation verfügen. Da Telenotärzte nach § 7 Abs. 6 Satz 1 (neu) ThürRettG besonders qualifizierte Notärzte sind, sind darüber hinaus weitere Qualifikationsanforderungen erforderlich, die gemäß § 10 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 ThürRettG im Benehmen mit dem Landesbeirat für das Rettungswesen im Landesrettungsdienstplan festgelegt werden.

Zu Doppelbuchstabe bb

Durch die Änderung wird die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen berechtigt, zur Vermeidung von Dienstplanlücken im Telenotarztsystem in ausreichendem Umfang selbst Telenotärzte anzustellen. Die dadurch entstehenden Kosten sind nach § 21 Abs. 1 Satz 2 ThürRettG als Kosten des Rettungsdienstes in vollem Umfang auf das Benutzungsentgelt für die notärztliche Versorgung umzulegen und somit von den Kostenträgern (Träger der Gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung) zu refinanzieren.

Zu Buchstabe c

Der neue § 7 Abs. 6 ThürRettG definiert den Begriff "Telenotarzt" und beschreibt dessen Aufgaben und Befugnisse.

Zu § 7 Abs. 6 Satz 1 (neu) ThürRettG

Mit der zusätzlichen Bereitstellung von Telenotärzten, die jeweils mittels digitaler Kommunikationsverbindung durch das zuerst am Notfallort eintreffende Rettungspersonal angefordert und zugeschaltet werden, kann während der Versorgung und Beförderung von Notfallpatienten das arztfreie Intervall verkürzt oder durch einen Notarzt eine Zweiteinschätzung eingeholt werden.

Durch diese telemedizinische Begleitung wird das vorgehaltene Notarztsystem sinnvoll ergänzt und die Versorgung von Notfallpatienten verbessert.

Zu § 7 Abs. 6 Satz 2 (neu) ThürRettG

Die Aufgabe der Telenotärzte besteht darin, sowohl das ärztliche als auch das nichtärztliche Rettungspersonal bei der rettungsdienstlichen Versorgung vor Ort zu unterstützen.

Hauptsächlich erfolgt die Unterstützung durch fachliche Beratungen. Grundlage dafür sind die vom Notfallort übermittelten Bild- und Tondaten sowie die dem Telenotarzt zur Verfügung stehenden Fachinformationen aus Datenbanken wie etwa dem DIVI-Intensivregister, der GESTIS-Stoffdatenbank oder der Roten Liste.

Sofern sich am Notfallort ein Notarzt befindet, berät ihn der digital hinzugezogene Telenotarzt bei dessen eigenverantwortlicher diagnostischer und therapeutischer Meinungsbildung. Da die (Letzt-)Entscheidungskompetenz beim Notarzt am Notfallort verbleibt, wird der Telenotarzt nicht zum mitbehandelnden Arzt. Zudem ist der Telenotarzt mangels eines ärztlichen Weisungsverhältnisses kein Verrichtungsgehilfe des Notarztes am Notfallort. Der Telenotarzt ist gegenüber dem Notarzt am Notfallort lediglich für die fachliche Richtigkeit seiner erteilten Auskünfte und Ratschläge verantwortlich.

Solange noch kein Notarzt am Notfallort eingetroffen ist oder eine weitere ärztliche Versorgung noch nicht begonnen hat, berät der digital hinzugezogene Telenotarzt das nichtärztliche Rettungspersonal (insbesondere Notfallsanitäter) bei deren eigenständiger beziehungsweise eigenverantwortlicher Tätigkeit am Notfallort. Als ärztlicher Berater ist er - wie im Verhältnis zu einem vor Ort tätigen Notarzt - lediglich für die fachliche Richtigkeit seiner erteilten Auskünfte und Ratschläge verantwortlich.



Darüber hinaus unterstützen die Telenotärzte das Rettungspersonal am Notfallort bei der Dokumentation der Einsätze und bei der Kontaktaufnahme mit der für die weitere Versorgung geeigneten Behandlungseinrichtung und tragen damit zu einer Entlastung des Einsatzpersonals von Verwaltungsaufgaben bei.

Zu § 7 Abs. 6 Satz 3 (neu) ThürRettG

Neben ihrer Stellung als ärztliche Berater steht den Telenotärzten darüber hinaus bis zum Eintreffen des Notarztes oder bis zum Beginn einer weiteren ärztlichen Versorgung die Befugnis zu, gegenüber dem nicht-ärztlichen Rettungspersonal fachliche Weisungen zur Durchführung heilkundlicher Maßnahmen zu erteilen. Bei Ausübung dieser Befugnis im arztfreien Intervall werden sie insoweit deren Fachvorgesetzte, sodass sie für die fachliche Richtigkeit der erteilten Weisungen verantwortlich sind. Die Verantwortung für die fachgerechte Durchführung der erteilten Weisung verbleibt dagegen beim nichtärztlichen Rettungspersonal. Mit Eintreffen des Notarztes am Notfallort beziehungsweise mit dem Beginn einer weiteren ärztlichen Versorgung geht die Entscheidungskompetenz zur Behandlung auf die ärztlichen Kollegen über.

Zu § 7 Abs. 6 Satz 4 (neu) ThürRettG

Da Telenotärzte dazu dienen, die rettungsdienstliche Versorgung zu Gunsten der Notfallpatienten zu verbessern, wird generell von einer Zustimmung des Notfallpatienten zur Inanspruchnahme dieses zusätzlichen, gegebenenfalls lebensrettenden Rettungsmittels ausgegangen. Ist der Patient zu einer entsprechenden Einwilligung nicht mehr in der Lage, wird diese auf der Grundlage des Artikels 9 Abs. 2 Buchst. c DSGVO gesetzlich fingiert.

Daher hat das Rettungspersonal am Notfallort nach Maßgabe eines nach § 10 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 ThürRettG (neu) festzulegenden Indikationskatalogs grundsätzlich den Telenotarzt als ärztlichen Berater hinzuzuziehen. Um einem etwaig entgegenstehenden Patientenwillen Rechnung zu tragen, ist auf die Hinzuziehung ausnahmsweise dann zu verzichten, wenn ein Notfallpatient trotz vorheriger Aufklärung über die Aufzeichnung der Bild- und Tondaten der Hinzuziehung oder Aufzeichnung ausdrücklich widerspricht. Der ausdrücklich erklärte Widerspruch des Notfallpatienten ist vom Rettungspersonal entsprechend zu dokumentieren.

Zu § 7 Abs. 7 Satz 1 (neu) ThürRettG

Um die Telenotarzteinsätze und die dabei getroffenen Feststellungen und Maßnahmen zu dokumentieren sowie später den Einsatzverlauf, etwa wegen auftretender Streitfälle, nachvollziehen zu können, hat die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen die bei einer Hinzuziehung von Telenotärzten übermittelten Bild- und Tondaten aufzuzeichnen. Nach § 31 Abs. 1 Satz 2 ThürRettG sind die Einsatzdokumentationen gegen unbefugte Einsichtnahmen geschützt aufzubewahren. Darüber hinaus hat die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen auf Basis dieser Aufzeichnungen die Telenotarzteinsätze zum Zwecke der stetigen Qualitätskontrolle und -sicherung regelmäßig auszuwerten.

Zu § 7 Abs. 7 Satz 2 (neu) ThürRettG

Die mit der Aufzeichnung der übermittelten Bild- und Tondaten verbundenen Eingriffe in die verfassungsrechtlich verbürgten Rechte auf Fernmelde- und Kommunikationsgeheimnis sowie informationelle Selbstbe-

stimmung (Recht am eigenen Bild) wird mit der Aufzeichnungsfrist von sechs Monaten auf ein verhältnismäßiges Maß beschränkt. Mit Ablauf dieser Frist sind die Aufzeichnungen zu löschen. Dies gilt ausnahmsweise dann nicht, wenn tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass sie noch als Beweismittel benötigt werden.

Zu § 7 Abs. 7 Satz 3 (neu) ThürRettG

Für eine landesweite Auswertung der Telenotarzteinsätze ist es notwendig, dass die Rechtsaufsichtsbehörde die Ergebnisse der Einsatzbewertungen nach Satz 1 erhält. Konkrete Einsatzdokumentationen sind nur dann zur Verfügung zu stellen, wenn hierfür ein Erfordernis besteht. Beispielsweise kann es erforderlich sein, dass die Rechtsaufsichtsbehörde einzelne Auswertungsergebnisse auf ihre Stichhaltigkeit überprüfen muss. Für eine landesweite Auswertung der Telenotarzteinsätze reicht es aus, dass die Auswertungsergebnisse beziehungsweise die Einsatzdokumentationen jeweils in anonymisierter Form zur Verfügung gestellt werden.

Zu Nummer 2 (Änderung des § 8 ThürRettG)

Eine weitere Möglichkeit zum Einsatz von Telenotärzten liegt in der Übernahme der ärztlichen Betreuung bei Patientenverlegungen zwischen Kliniken (Sekundärtransporte).

Mitunter sind in der Praxis einzelne Kliniken nur bedingt in der Lage, Krankenhausärzte über einen längeren Zeitraum für Interhospitaltransfers abzustellen. Um in solchen Fällen nicht auf Notärzte zurückgreifen zu müssen, die dann längerfristig gebunden wären und somit nicht für zeitkritische Notfallrettungseinsätze vor Ort zur Verfügung stünden, kann die ärztliche Begleitung auch durch Telenotärzte unter gleichzeitiger Nutzung der Kompetenzen der Notfallsanitäter sichergestellt werden. Die Betreuungsübernahme setzt voraus, dass der Telenotarzt zustimmt und eine sichere Kommunikationsverbindung zwischen dem Telenotarztarbeitsplatz und der eingesetzten Technik gewährleistet ist.

Zu Nummer 3 (Änderung des § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 ThürRettG)

Vor dem Hintergrund der Neustrukturierung der Zentralen Leitstellen und deren wichtiger Bedeutung insbesondere für die Einsatzvermittlung im Rettungsdienst ist es sachgerecht und erforderlich, den Interessen der Leitstellenträger (Landkreise, kreisfreie Städte und Rettungsdienstzweckverbände) im Landesbeirat für das Rettungswesen als Beratungsgremium des für Rettungswesen zuständigen Ministeriums ein höheres Gewicht beizumessen.

Der Lenkungsausschuss des Projekts "Regionalleitstellen" hat dazu am 12. Mai 2022 empfohlen, die Besetzung des Landesbeirats für das Rettungswesen um mindestens einen Sitz für die Träger der künftigen Regionalleitstellen zu ergänzen.

Diesem Anliegen wird mit der Teilnahme eines zusätzlichen stimmberechtigten Mitglieds des Thüringischen Landkreistags für die Landkreise und Rettungsdienstzweckverbände Rechnung getragen.

Zugleich werden die Interessen der Berufsfeuerwehren der kreisfreien Städte, die sowohl im Rettungsdienst tätig sind als auch Zentrale Leitstellen betreiben, gebündelt über das zusätzliche stimmberechtigte Mitglied des Gemeinde- und Städtebunds Thüringen vertreten.

Die Stimmenparität im Landesbeirat für das Rettungswesen nach § 9 Abs. 2 Satz 2 ThürRettG bleibt von den Änderungen unberührt. Die Anpassung der Stimmenverteilung an die geänderte Besetzung erfolgt durch einen Beschluss des Landesbeirats für das Rettungswesen.

Zu Nummer 4 (Änderung des § 10 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 ThürRettG)

Neben dem Indikationskatalog für die Alarmierung der Notärzte legt das für Rettungswesen zuständige Ministerium im Benehmen mit dem Landesbeirat für das Rettungswesen auch den Indikationskatalog für die Alarmierung der Telenotärzte im Landesrettungsdienstplan für den Freistaat Thüringen fest.

Zu Nummer 5 (Änderung des § 14 ThürRettG)

Zu Buchstabe a

Mit der Änderung wird eine Anregung aus der Praxis aufgegriffen, dass die Zentralen Leitstellen zum Zwecke der Koordinierung beziehungsweise Unterstützung der Einsatzmaßnahmen nicht nur einen aktuellen Überblick über die freien Betten der für die weitere Versorgung geeigneten Behandlungseinrichtungen im Rettungsdienstbereich, sondern auch über deren sonstige wichtige Versorgungskapazitäten verfügen. Hierzu zählen insbesondere die intensivmedizinischen Kapazitäten (Beatmungsbetten/Betten ohne Beatmungsmöglichkeit), die Einsatzbereitschaft/Verfügbarkeit der operativen Ressourcen (technisch/personell), spezielle Überwachungs- und Behandlungseinheiten (zum Beispiel Intermediate Car Unit-IMC oder Stroke Unit), die Einsatzbereitschaft/Verfügbarkeit von speziellen Interventionsmaßnahmen (zum Beispiel Herzkatheter-Labor), die Gewährleistung einer bildgebenden Diagnostik (zum Beispiel Ultraschall, Röntgen, Computertomographie, Magnetresonanztomographie) sowie die Einsatzbereitschaft notwendiger Labordiagnostik.

In Anpassung an die Begriffsbestimmung zur Notfallrettung in § 3 Abs. 3 ThürRettG sind von der Meldepflicht nicht nur die Träger der Krankenhäuser, sondern auch andere für die weitere Versorgung geeignete Behandlungseinrichtungen, wie etwa Rehabilitationskliniken zur Bewältigung von größeren Ereignissen nach § 4 Abs. 2 Satz 5 in Verbindung mit § 18 a Abs. 1 Satz 1 Thüringer Krankenhausgesetz, erfasst.

Im Zuge der Einführung einer einheitlichen mobilelektronischen Einsatzdokumentation im Rettungsdienst ist unter anderem vorgesehen, dass zu den Behandlungseinrichtungen Schnittstellen eingerichtet werden, um künftig die freien Betten- und Versorgungskapazitäten digital melden zu können. Damit stehen den verantwortlichen Einsatzkräften bereits vor Ort wichtige Informationen zur Festlegung des Transportziels zur Verfügung. Dadurch können diese gleichzeitig eine digitale Voranmeldung in den betreffenden Notaufnahmen vornehmen, sodass klinikseitig gegebenenfalls notwendige Maßnahmen (Alarmierung) frühzeitig getroffen werden können.

Zu Buchstabe b

Gemäß Artikel 43, Artikel 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen obliegt dem Land die Pflicht, gemeinsam mit den kommunalen Aufgabenträgern des Brand- und Katastrophenschutzes und des bodengebundenen Rettungsdienstes dafür zu sorgen, dass durch einen funktionierenden Leitstellenverbund das Leben und die Gesundheit der in Thüringen lebenden Menschen geschützt werden. Hierzu gehört auch

die Organisationsverantwortung des Landes sicherzustellen, dass geeignete Schulungseinrichtungen zur Verfügung stehen, um das Personal der Zentralen Leitstellen zur Vermittlung lebensrettender Einsätze über den Notruf 112 zu qualifizieren.

Im Zusammenhang mit der Einführung einer landesweit einheitlichen Leitstellenstruktur ist es künftig erforderlich, die Disponenten der Zentralen Leitstellen nach § 14 ThürRettG nach einheitlichen Maßstäben in taktischer, operativer und technischer Hinsicht weiter- und fortzubilden.

Um eine einheitliche praxisnahe Schulung zum Zwecke der Vermittlung von Einsätzen des Brand- und Katastrophenschutzes und des Rettungsdienstes zu gewährleisten, ist geplant, die Durchführung dieser praxisorientierten Weiter- und Fortbildung des Leitstellenpersonals am künftigen Standort der Regionalleitstelle Gera zu konzentrieren und dort für die landesseitigen Schulungen eine Lehrleitstelle zu schaffen, die auch für Redundanzfälle und für die Erprobung neuer Leitstellentechnik als Testplattform genutzt werden soll.

Der Begriff "Qualifizierung" umfasst sowohl die funktionsspezifische Weiterbildung von ausgebildetem nichtärztlichen Rettungspersonal zu Leitstellendisponenten und deren regelmäßige Fortbildung als auch eine etwaige gesonderte Berufsausbildung zum Leitstellendisponenten.

Aufgrund der Zuständigkeit der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule für die Qualifizierung von Leitstellendisponenten trägt das Land im Wege der Vollfinanzierung sämtliche Investitions- und Betriebskosten, die für die anteilige Nutzung der Räumlichkeiten als Lehrleitstelle entstehen.

Zu Nummer 6 (Änderung des § 20 Abs. 2 Satz 3 ThürRettG)

Durch die momentan stattfindende Umstellung von der papiergebundenen auf die mobilelektronische Einsatzdokumentation im Rettungsdienst entstehen den Aufgabenträgern des Rettungsdienstes sowohl Erstinvestitionskosten als auch Folge- und Unterhaltskosten. Das Land unterstützt die Finanzierung der Kosten für die Erstausrüstung der Rettungseinheiten mit der erforderlichen Hard- und Software durch kostendeckende Zuwendungen.

Mit der Ergänzung wird gewährleistet, dass die den kommunalen Aufgabenträgern nach § 5 Abs. 1 ThürRettG entstehenden Folge- und Unterhaltskosten, wie etwa Wartungs-, Reparatur- oder Ersatzbeschaffungskosten, die Kosten für die Nutzung des Mobilfunks sowie Kosten für neue Schnittstellen bei einem Wechsel des Einsatzleitsystems et cetera als Kosten des Rettungsdienstes von den Kostenträgern (Träger der Gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung) refinanziert werden.

Zu Nummer 7 (Änderung des § 21 Abs. 1 Satz 2 ThürRettG)

Durch die momentan stattfindende Umstellung von der papiergebundenen auf die mobilelektronische Einsatzdokumentation im Rettungsdienst entstehen der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen als Aufgabenträger nach § 5 Abs. 1a ThürRettG sowohl Erstinvestitionskosten als auch Folge- und Unterhaltskosten. Durch kostendeckende Zuwendungen hat das Land bereits die Finanzierung der Kosten für die Erstausrüstung aller Notarztstandorte mit der erforderlichen Hard- und Software unterstützt.

Mit der Ergänzung wird gewährleistet, dass die entstehenden Folge- und Unterhaltskosten, wie etwa Wartungs-, Reparatur- oder Ersatzbeschaffungskosten sowie die Kosten für die Nutzung des Mobilfunks, als Kosten des Rettungsdienstes von den Kostenträgern (Träger der Gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung) über das Benutzungsentgelt für die notärztliche Versorgung nach § 21 ThürRettG refinanziert werden.

Mit der Präzisierung in § 7 Abs. 1 Satz 1 ThürRettG, dass die Aufgabenträgerschaft der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen zur Sicherstellung der notärztlichen Versorgung auch die telenotärztliche Versorgung einschließt, sind alle für die Einrichtung und den Betrieb eines Telenotarztsystems ansatzfähigen Personal- und Sachkosten als Kosten des Rettungsdienstes in vollem Umfang auf das zu vereinbarende Benutzungsentgelt für die notärztliche Versorgung nach § 21 ThürRettG umzulegen. Aufgrund des Kostendeckungsprinzips nach § 18 Abs. 2 ThürRettG werden diese Kosten somit vollständig von den Kostenträgern (Träger der Gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung) refinanziert.

Zu Nummer 8 (Änderung des § 31 Abs. 2 Satz 2 ThürRettG)

Aufgrund der Umstellung von der papiergebundenen auf die mobilelektronische Einsatzdokumentation im Rettungsdienst sowie der künftig digitalen Übermittlung der Einsatzberichte für die Notfallrettung an die für die weitere Versorgung geeigneten Behandlungseinrichtungen ist eine gesetzliche Vorgabe zum Umfang und zur Gestaltung der papiergebundenen Berichte nicht mehr erforderlich. Darüber hinaus sind gemäß § 10 Abs. 2 Satz 2 Nr. 9 ThürRettG nähere Regelungen für die Dokumentation nach § 31 ThürRettG im Landesrettungsdienstplan für den Freistaat Thüringen festgelegt, sodass mit der Streichung eine Doppelregelung beseitigt wird.

Zu Nummer 9 (neuer § 34 a ThürRettG)

Zu Absatz 1

Die Experimentierklausel ermöglicht die Zulassung von temporären Ausnahmen von bestimmten gesetzlichen und von untergesetzlichen Bestimmungen, um neue Versorgungskonzepte erproben zu können, die der Erhaltung oder Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, der Leistungsfähigkeit oder der Qualitätsverbesserung des Rettungsdienstes dienen.

Denkbar sind die Vorhaltung von Rettungsmitteln und -personal außerhalb von Rettungswachen (§ 15 Abs. 2 ThürRettG), die zeitlich befristete Erprobung anderer als die in § 16 Abs. 1 Satz 1 ThürRettG normierten Rettungsfahrzeuge oder die Erprobung von Abweichungen zur Ausstattung, Ausrüstung und/oder Wartung von Rettungsfahrzeugen von den allgemein anerkannten Regeln der Technik (§ 16 Abs. 1 Satz 2 ThürRettG) beziehungsweise von Abweichungen der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungsfahrzeuge vom Stand der Notfallmedizin (§ 16 Abs. 1 Satz 3 ThürRettG).

Über solche Ausnahmen kann zum Beispiel in der Praxis der Einsatz von sogenannten Notfall-Krankentransportwagen sowie von Spezialfahrzeugen insbesondere für den Transport schwerstgewichtiger Patienten und/oder von speziell für die Rettung von Neu- und Frühgeborenen ausgestatteten Fahrzeugen für den Neugeborenen-Intensivtransport mit einheitlichen Inkubatorsystemen erprobt werden.

Darüber hinaus oder auch in Kombination mit den genannten Abweichungen kommen temporäre Ausnahmen von den Besetzungsregelungen des § 16 Abs. 2 ThürRettG in Betracht, etwa um in ländlich geprägten Rettungsdienstbereichen den Einsatz von Fahrzeugen mit der alleinigen Besetzung durch einen Notfallsanitäter zu erproben.

Ein weiteres Erprobungsvorhaben könnte darin bestehen, eine Zentrale Leitstelle abweichend von § 14 Abs. 4 ThürRettG zusätzlich mit einem Arzt zu besetzen, der den Disponenten beratend zur Seite steht und die Verantwortung für die Umleitung von Nicht-Notfällen in den ambulanten Versorgungsbereich übernimmt.

Des Weiteren können Ausnahmen von den untergesetzlichen Regelungen des Landesrettungsdienstplans zugelassen werden.

Voraussetzung für die Erteilung der Ausnahmegenehmigung gegenüber der ausführenden Stelle ist, dass während der Erprobungsphase die grundsätzliche Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben nach § 4 ThürRettG sichergestellt ist, mithin die rettungsdienstliche Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransports weiterhin erhalten bleibt.

Vor einer Zulassungserteilung hat das für Rettungswesen zuständige Ministerium das Benehmen mit dem Landesbeirat für das Rettungswesen als Beratungsgremium gemäß § 9 ThürRettG herzustellen.

Zu Absatz 2

Der Kreis der Antragsberechtigten ist weit gefasst, um jedem Beteiligten einen Anstoß zur Weiterentwicklung des Rettungsdienstes zu ermöglichen. Mit dem herzustellenden Einvernehmen wird gewährleistet, dass das Erprobungsvorhaben von allen davon Betroffenen inhaltlich mitgetragen und die Finanzierung der betroffenen rettungsdienstlichen Leistungen von den Kostenträgern (Träger der Gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung) übernommen wird.

Zu Absatz 3

Für die Erprobung der einzelnen Vorhaben reicht grundsätzlich eine Dauer von zwölf Monaten aus. Dementsprechend wird die Zulassung der Ausnahme von den gesetzlichen und/oder untergesetzlichen Regelungen auf höchstens zwei Jahre beschränkt. In begründeten Fällen kann das für Rettungswesen zuständige Ministerium auf Antrag die Ausnahmezulassung einmalig um ein Jahr verlängern.

Zu Absatz 4

Anhand der unter wissenschaftlicher Begleitung erstellten Dokumentation und Auswertung durch die ausführende Stelle evaluiert das für Rettungswesen zuständige Ministerium das Erprobungsvorhaben unter Beteiligung des Landesbeirats für das Rettungswesen, sodass die Interessen aller Beteiligten angemessen berücksichtigt werden.

Um bei einer positiven Auswertung des Erprobungsvorhabens die landesweite Umsetzbarkeit und die damit verbundenen Kostenauswirkungen beurteilen zu können, hat die ausführende Stelle zusammen mit dem Auswertungsbericht einen entsprechenden konzeptionellen Vorschlag sowie eine Schätzung der für eine landesweite Umsetzung erforderlichen Personal- und Sachkosten beizufügen.

**Zu Absatz 5**

Der Bericht des für Rettungswesen zuständigen Ministeriums dient dazu, dem für Rettungswesen zuständigen Ausschuss des Thüringer Landtags über die jeweiligen Erprobungsvorhaben, deren Evaluierungsergebnisse und Kosten-Nutzen-Verhältnisse zu unterrichten und einen Vorschlag zum Erfordernis einer künftigen Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes zu unterbreiten.

Vorhaben und Projekte, die keine temporäre gesetzliche und/oder untergesetzliche Abweichungen erfordern, bleiben von der Experimentierklausel unberührt und können auch ohne Ausnahmezulassung in der Praxis getestet werden.

Beispielsweise können die Zentralen Leitstellen zusätzlich zu ihren gesetzlichen Pflichtaufgaben über smartphonebasierte Ersthelfer-Apps registrierte Bürger mit oder ohne medizinischen Vorkenntnissen jenseits des Rettungsdienstes alarmieren, damit diese bei Herzstillständen durch (Laien-)Reanimationsmaßnahmen bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes das therapiefreie Intervall verkürzen.

**Zu Nummer 10 (Anpassung des Inhaltsverzeichnisses)**

Aufgrund der Einfügung des neuen § 34 a ThürRettG ist das Inhaltsverzeichnis entsprechend anzupassen.

**Zu Artikel 2**

Die Änderung des Artikelgesetzes tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt in Kraft.

Für die Fraktion  
DIE LINKE:

Für die Fraktion  
der SPD:

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN:

Blechtschmidt

Lehmann

Henfling

## **2. Vom Einbringer übersandte Daten**

**(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**



### **3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.**

Techniker Krankenkasse, Landesvertretung Thüringen  
Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)  
Region der Lebensretter e.V.  
BARMER Thüringen  
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk - Landesverband Sachsen, Thüringen  
Stadtverwaltung Erfurt  
REGIOMED-KLINIKEN GmbH Zentralverwaltung  
AOK Plus  
Wirtschaftsrat der CDU  
Rettungsdienst Zweckverband Südthüringen  
Mobile Retter e.V.  
Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren Thüringen  
Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Hilfsorganisationen  
Verband kommunaler Gesundheitseinrichtungen e.V.  
REGIOMED-Kliniken  
AOK Plus  
Region der Lebensretter  
Kassenärztliche Vereinigung Thüringen  
Verband der Ersatzkassen e.V.  
Mobile Retter e.V.  
Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e.V.  
DRK, Landesverband Thüringen e.V.  
Techniker Krankenkasse, Landesvertretung Thüringen  
Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren Thüringen  
Arbeiter-Samariter-Bund, Landesverband Thüringen e.V.  
Rettungsdienstzweckverband Südthüringen  
Arbeitsgemeinschaft der in Thüringen tätigen Notärzte (agtn e.V.)  
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.  
Thüringer Feuerwehr-Verband e.V.  
Thüringischer Landkreistag e.V.  
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk  
Johanniter-Unfallhilfe e.V.

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die**

**Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

1707/11 2023

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes DS 7/7394, DS 7/7450 und DS 7/7780		
1.	Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Techniker Krankenkasse Landesvertretung Thüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schlösserstraße 20
	Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Gesetzliche Krankenversicherung Leiter der TK Landesvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die TK hat keine eigene Stellungnahme zum Anhörungsverfahren abgegeben und sich der Stellungnahme der Landesverbände der Krankenkassen und der Ersatzkassen zu den geplanten Änderungen im Thüringer Rettungsdienstgesetz angeschlossen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der          Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, 27.06.2023	

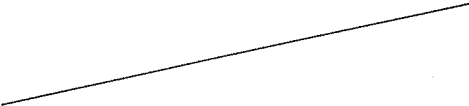
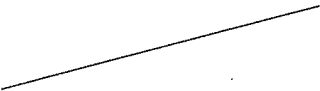
**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung - Drs. 7/7394,											
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Einführung eines Thüringer Telenotarztes - Drs. 7/7450,											
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Drs. 7/7780											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?          (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)</td> <td>Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Häßlerstraße 8</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse	Häßlerstraße 8	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)	Oberste Landesbehörde										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Häßlerstraße 8										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?          (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse          (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)       </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 30px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Aufsichtsbehörde für den öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich im Bereich Datenschutz. Ombudsstelle für das ThürTG.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Siehe hierzu die Ausführungen in der Stellungnahme.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
		
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
		

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 16.06.2023	





Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und  
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Erfurt, den : 16. Juni 2023

nur per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

THÜR. LANDTAG POST  
16.06.2023 12:31

16127/23

### Anhörungsverfahren

Sehr geehrter Herr Stöffler,  
sehr geehrte Damen und Herren,

für die Gelegenheit zur Stellungnahme gem. § 112 Abs. 4 GO zum

- Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung - Drs. 7/7394,
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Einführung eines Thüringer Telenotarztes - Drs. 7/7450,
- Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Drs. 7/7780

bedankt sich der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI).

Aus Sicht des TLfDI ist an Folgendes zu erinnern:

Postanschrift: Postfach 900455      Dienstgebäude: Häßlerstraße 8  
99107 Erfurt                              99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900  
E-Mail\*: [poststelle@datenschutz.thueringen.de](mailto:poststelle@datenschutz.thueringen.de)  
Internet: [www.tlfdi.de](http://www.tlfdi.de)

A. Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung – Drs. 7/7394

**1. Artikel 1 Nr. 1 (§ 7 Abs. 1)**

In § 7 Abs. 1 Satz 2 wurden die Worte „auch telenotärztliche Versorgung“ eingefügt. Es wird empfohlen, diesbezüglich auch § 3 des Thüringer Rettungsdienstgesetzes (ThürRettG) anzupassen, da in der aktuellen Fassung der Begriff der telenotärztlichen Versorgung nicht definiert ist.

**2. Artikel 1 Nr. 2 (§ 14 Abs. 2)**

Laut der Gesetzesbegründung sollen nach dem Eingang eines Notrufs bei der Leitstelle durch diese automatisch, zeitgleich zum Rettungsdienst, die Ersthelfer, die durch GPS-Komponenten ihres Smartphones in unmittelbarer Nähe zum Notfall geortet werden, durch eine App alarmiert werden. Diese Ersthelfer sollen laut Gesetzesbegründung in einem solchen System in der Regel professionelle Ersthelfer mit der nötigen medizinischen Erfahrung, beispielsweise Ärzte, Pflegekräfte oder Mitglieder der Feuerwehr sein.

Für den TLfDI stellen sich aus datenschutzrechtlicher Sicht folgende Fragen:

- a. Wer legt allgemein fest, welche Berufsgruppen/ welche Personengruppen überhaupt in den Alarmierungsprozess einbezogen werden sollen und dürfen? Nach Möglichkeit sollte das im Gesetz, mindestens aber in der zu erlassenden Verordnung einheitlich für ganz Thüringen geregelt werden. Für den TLfDI stellt sich zudem die Frage, da hierzu im Gesetz keine weiteren Ausführungen gemacht werden, ob die Ersthelfer zur Nutzung der App verpflichtet werden sollen.
- b. Da die Leitstellen den Alarm koordinieren sollen, bedürfte es theoretisch bei jeder Leitstelle einer Datenbank, in der die Ersthelfer mit ihren Nummern der Endgeräte (private oder dienstliche Endgeräte?) gespeichert sind. Es sollte geregelt werden, welche Daten dabei gespeichert werden dürfen.
- c. Es wird empfohlen bereits im Gesetz festzulegen, welche Ereignisse/ Prüfverfahren überhaupt den Alarmierungsprozess bezüglich der Ersthelfer rechtfertigen/ auslösen. Nicht jeder medizinische Notruf

sollte bspw. bei der Freiwilligen Feuerwehr eingehen, wenn doch ein Arzt zeitnah zur Stelle wäre.

- d. Da aus datenschutzrechtlicher Sicht bei einem Notruf nicht der gesamte Zuständigkeitsbereich einer Leitstelle der Ortung unterliegen dürfte, ist eine Regelung aufzunehmen, die festlegt, wer wie den Alarmierungsradius berechnet. Zum Beispiel ist die Zentrale Leitstelle Erfurt insgesamt für 401.000 Menschen zuständig die beim Wählen des Notrufes rund um die Landeshauptstadt Erfurt, im Landkreis Sömmerda und der Stadt Weimar in der Zentralen Leitstelle Erfurt ankommen. Bei einem Notruf im Landkreis Sömmerda, bedürfte es also beispielsweise keiner Ortung in Weimar.
- e. Fraglich ist, ob die GPS-Ortung dauerhaft aktiviert sein muss, um die Ersthelfer dann im Notfall zu alarmieren. Eine dauerhafte Aktivierung einer GPS-Ortung würde die Gefahr einer ständigen Überwachung der Ersthelfer beinhalten, was datenschutzrechtlichen Bedenken begegnet. Weiterhin ist fraglich, was passiert, wenn ein Ersthelfer alarmiert wird, er aber nicht zum Einsatzort kommt. Hätte er mit rechtlichen Konsequenzen zu rechnen? Es müssten dementsprechend genaue Zweckfestlegungen im Gesetz erfolgen.
- f. Werden alle in der Nähe Befindlichen in einem Alarmierungsradius alarmiert, oder ist geplant dann nur jeweils den mit dem kürzesten Weg zu alarmieren /zu kontaktieren?
- g. Weiterhin ist für den TLfDI fraglich, wie lange die GPS-Daten gespeichert werden dürfen? Auch hierzu müssten gesetzliche Festlegungen getroffen werden, die erforderlich und verhältnismäßig sind.

**B. Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Einführung eines Thüringer Telenotarztes – Drs. 7/7450**

**1. Artikel 1 Nr. 1 und Nr. 2 (§ 5 und § 7a)**

In § 5 Abs. 1b werden die Worte „telenotfallmedizinische Versorgung“ verwendet. Allerdings findet im neuen § 7a des Gesetzentwurfs dann doch der Begriff „Telenotärztliche Versorgung“ Anwendung. Im neuen § 7a Abs. 3 werden sogar beide Begriffe gleichzeitig verwendet. Es wird empfohlen, diesbezüglich auch § 3 ThürRettG anzupassen, da in der aktuellen Fassung die

Begriffe „telenotärztliche Versorgung“ und „telenotfallmedizinischen Versorgung“ nicht definiert sind.

Gem. § 5 Abs. 1b können die Leistungen der telenotfallmedizinischen Versorgung an Dritte durch öffentlich-rechtlichen Vertrag übertragen werden. Fraglich ist für den TLfDI, wer „Dritter“ sein soll. Auch aus der Gesetzesbegründung ist hierzu nichts zu entnehmen.

C. Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Drs. 7/7780

**1. Artikel 1 Nr. 1 c (§ 7 Abs. 6 und 7)**

- a. Der TLfDI regt an zu prüfen und zu eruieren, ob eine Aufzeichnung von Bild und Ton tatsächlich erforderlich ist und zu welchem Zweck diese eigentlich vorgenommen werden muss. In einer Notfallsituation werden sich die Beteiligten etwaige Tonaufzeichnungen wohl eher nicht anhören, wenn sie beispielsweise etwas nicht verstanden haben, sondern während des Gesprächs direkt noch einmal nachfragen. Eine Bildaufzeichnung greift unter Umständen stark in das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen ein. Je nach Situation können dabei Bilder der Betroffenen aufgezeichnet werden, die weit in ihre Intimsphäre reichen und i.d.R. Art. 9 DS-GVO unterliegen. Es ist zudem nicht ausgeschlossen, dass neben dem Gesundheitszustand ggf. durch Symbole oder Bücher in der Wohnung auf die Herkunft, politische Meinung oder religiöse oder weltanschauliche Überzeugung geschlossen werden könnte. Diese Bildaufzeichnungen sollen darüber hinaus im Nachgang auch noch durch die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen ausgewertet und 6 Monate gespeichert werden. Das bedeutet, dass ggfs. Bildaufzeichnungen von Betroffenen über einen sehr langen Zeitraum vorliegen, die unter Umständen gesundheitsbezogene und intime Aufnahmen zeigen und für nicht näher definierten Zwecke ausgewertet werden dürfen. Dieser Grundrechteingriff sollte gut abgewogen werden.

Weiterhin gibt der TLfDI zu bedenken, dass die Bild- und Tonaufzeichnung auch aus personaldatenschutzrechtlicher Sicht eine Überwachungsmaßnahme darstellen könnten. Es ist seitens des TLfDI auch nicht zu erkennen, aus welchem Grund bei einer Hinzuziehung eines

Telenotarztes plötzlich eine Aufzeichnung erforderlich ist. Maßnahmen eines Notarztes, der vor Ort tätig wird, werden aus hiesiger Sicht auch nicht bildlich aufgezeichnet. Aus welchem Grund wäre dann eine Aufzeichnung erforderlich, wenn der Telenotarzt hinzugezogen wird? Zudem könnte die Tatsache, dass bei Hinzuziehung eines Telenotarztes eine Aufzeichnung stattfindet, abschreckend wirken, und dieser bereits aus diesem Grund gerade nicht hinzugezogen wird.

Weiterhin weist der TLfDI darauf hin, dass bei der Erhebung personenbezogener Daten auch immer die Informationspflichten nach Art. 13 DS-GVO zu erfüllen sind. Diese Informationspflichten müssen zum Zeitpunkt der Erhebung erfüllt werden. Ausnahmen nach § 20 ThürDSG können für den vorliegenden Fall nicht zur Anwendung kommen.

Als milderer Mittel käme beispielsweise ein Monitoring ohne Bildaufzeichnung in Betracht. Damit könnte der Telenotarzt via Video zur Verfügung stehen, ohne dass Bildaufzeichnungen angefertigt werden.

Auch hinsichtlich einer Tonaufzeichnung rät der TLfDI zu prüfen, ob als milderer Mittel der Telenotarzt hinzugezogen werden kann, ohne, dass dabei eine Aufzeichnung des Telefonats erfolgt. Eine Dokumentation des Einsatzgeschehens könnte beispielsweise danach auch schriftlich erfolgen.

Unabhängig von der Problematik bezüglich einer Erforderlichkeit von Bild- und Tonaufzeichnungen werden weitere folgende Hinweise gegeben:

- b. Im vorliegenden Gesetzentwurf sind Telenotärzte hinzuzuziehen, sofern der Notfallpatient der Hinzuziehung oder Aufzeichnung nicht ausdrücklich widerspricht. Der TLfDI weist darauf hin, dass hier klar getrennt werden sollte zwischen der medizinischen Maßnahme der Hinzuziehung des Telenotarztes und der Verarbeitung personenbezogener Daten. Da bei Notfällen in den meisten Fällen ein aktives Verhalten des Betroffenen nicht (mehr) möglich ist (z.B. der Patient ist ohnmächtig oder kann die Thematik zu dem Zeitpunkt gar nicht erfassen, weil er beispielsweise zu starke Schmerzen hat oder unter Drogeneinfluss steht), empfiehlt der TLfDI, dass Regelungen/Einsatzszenarien o. Ä. normiert werden, unter denen der Einsatz von Aufzeichnungen möglich ist. Zudem sollte diesen Personen nachträglich die Möglichkeit gegeben werden, der Aufzeichnung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen.

- c. Der TLfDI weist darauf hin, dass im Gesetz Regelungen getroffen werden zum Einsatz der Kameras im öffentlichen Raum sowie in Privatwohnungen als mögliche Einsatzszenarien.
- d. Dem TLfDI erschließt sich nicht, zu welchem Zweck die Bild- und Tondaten 6 Monate gespeichert werden müssen. Dieser Zweck sollte im Gesetzentwurf dringend mit aufgenommen werden und der Zeitraum dahingehend angepasst werden. Gegebenenfalls kann die Frist auch noch weiter verkürzt werden.
- e. Es stellt sich die Frage, ob es tatsächlich erforderlich ist, dass die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen die Bild- und Tonaufnahmen auswertet. Unabhängig davon empfiehlt der TLfDI konkret gesetzlich festzulegen, in welchen Fällen eine Auswertung vorgenommen werden darf. Es gilt nämlich zu beachten, dass unter Umständen sehr intime Aufnahmen eines Notfallpatienten vorliegen. Dass diese aufgenommene Situation dann auch noch von der Kassenärztlichen Vereinigung generell ohne spezifischen Zweckfestlegung ausgewertet werden darf, begegnet im Rahmen der Abwägung zwischen dem Grundrechtseingriff und der Auswertung der Kassenärztlichen Vereinigung datenschutzrechtlichen Bedenken.

## **2. Artikel 1 Nr. 9 (§ 34a)**

In § 34 a wurde eine Experimentierklausel aufgenommen. Diese soll temporäre Abweichungen von den gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen erlauben, sodass zukunftsfähige Vorhaben unter wissenschaftlicher Begleitung erprobt und anschließend evaluiert werden können.

Der TLfDI weist darauf hin, dass auch bei Projekten, die auf der Grundlage dieser Experimentierklausel durchgeführt werden, die Datenschutz-Grundverordnung in jedem Fall umzusetzen ist.

Es wird angeregt zu prüfen, ob § 34a dahingehend ergänzt werden sollte, dass auch der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit einzubeziehen ist, wenn personenbezogene Daten betroffen sind.

## **3.**

An dieser Stelle möchte der TLfDI – unabhängig von den Regelungen in diesem Gesetzentwurf - generell zur Aufzeichnung von Notrufen nach § 31 ThürRettG auf folgendes Problem aufmerksam machen:

§ 31 Abs. 1 ThürRettG normiert, dass die am Rettungsdienst Beteiligten verpflichtet sind, die Einsätze in der Notfallrettung und im Krankentransport und die dabei getroffenen Feststellungen und Maßnahmen im erforderlichen Umfang zu dokumentieren. Gem. § 31 Abs. 3 ThürRettG haben die Aufgabenträger des bodengebundenen Rettungsdienstes die durch die Zentralen Leitstellen vermittelten Einsätze nach einheitlichen Grundsätzen aufzuzeichnen und regelmäßig auszuwerten. Gesprächsaufzeichnungen sind auch ohne ausdrückliche Einwilligung des Anrufers zulässig. Hintergrund für diese Regelung ist laut der Gesetzesbegründung (Thüringer Landtag Drucksache 4/3691, Begr. S. 60), dass sich der Anrufer und der Leitstellendisponent während des Notruftelefonats in einer extremen Stresssituation befinden. Die Gesetzesbegründung geht nach hiesiger Auffassung davon aus, dass es sich um eine Notsituation handeln muss. Insofern dürften andere Anrufe, die nicht notfallbezogen sind, grundsätzlich nicht aufgezeichnet werden. Legt man jedoch allein den Gesetzeswortlaut des § 31 Abs. 3 ThürRettG zugrunde, würde dieser sehr weit reichen und nicht nach dem Gesprächsinhalt differenzieren. Insofern wird von hiesiger Seite zumindest eine Diskrepanz zwischen dem Gesetzeswortlaut und der Gesetzesbegründung gesehen. Der TLfDI erkennt die herausragende Stellung der Zentralen Leitstellen und ihre Aufgaben an und sieht die Abgrenzungsschwierigkeiten, Notrufe von Anrufen, die keine oder nicht klar erkennbare Notrufe darstellen, zu unterscheiden. Dies insbesondere bei einer in allen Rettungsleitstellen vorzufindenden Stresssituation. Daher ist es umso wichtiger eine eindeutige normenklare Rechtsgrundlage zu schaffen. Aufgenommen werden könnte zudem eine ergänzende Regelung zu den Informationspflichten (Art. 13/14 DS-GVO), z.B. ähnlich wie im Saarländischen Rettungsdienstgesetz.<sup>1</sup>

Gegebenenfalls könnte im Rahmen des jetzigen Gesetzgebungsverfahrens das Thüringer Rettungsgesetz an dieser Stelle angepasst werden, um die vom TLfDI beschriebene Diskrepanz schnell zu beseitigen.

#### D. Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags

Der TLfDI möchte im Rahmen seiner Zuständigkeit lediglich Anmerkungen zu den Fragen 5, 6, 11 und 14 geben.

---

<sup>1</sup> „27 Abs. 2 SRettG: „Der Verantwortliche kann von der Informationspflicht nach Artikel 13 und Artikel 14 der Verordnung (EU) 2016/679 bei der Erhebung personenbezogener Daten für Zwecke der Durchführung einer Notfallrettung oder eines Krankentransports absehen. Unterbleibt eine Information nach Satz 1, soll der Verantwortliche die Informationspflicht in dem Zeitpunkt nachholen, in dem eine Abrechnung des Leistungsentgelts mit der betroffenen Person erfolgt.“

1. Welche Auswirkung hätte die Einführung des Telenotarztes auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?

Keine Ausführungen seitens des TLfDI.

2. Ist eine gesetzliche Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ des Telenotarztes gegenüber den regulären bodengebundenen Notärzten erforderlich?

Keine Ausführungen seitens des TLfDI.

3. Erfordert die Einführung des Telenotarztes einen neuen Aufgabenträger?

Keine Ausführungen seitens des TLfDI.

4. Wie würde sich die Einführung eines neuen Aufgabenträgers auf die Kosten und Haftung auswirken?

Keine Ausführungen seitens des TLfDI.

5. Wie bewerten Sie den Entwurf einer Experimentierklausel?

Der TLfDI verweist auf seine Ausführungen unter C Nr. 2.

6. Stellt die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens dar?

Die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung kann eine geeignete Hilfe darstellen. Auf die datenschutzrechtlichen Fragestellungen und Anmerkung seitens des TLfDI unter A. Nr. 2 wird hingewiesen.

7. Die gesetzliche Verankerung welcher weiteren digitalen Errungenschaften sind erforderlich, um die notärztliche Versorgung in Thüringen weiter zu verbessern?

Keine Ausführungen seitens des TLfDI.



8. Welche Auswirkungen hätte die Einrichtung und der Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?

Keine Ausführungen seitens des TLfDI.

9. Sollte künftig der Notarzt bei den entsprechenden Indikationen auch zwingend dann zum Notfallort fahren müssen, wenn das nichtärztliche Rettungspersonal den Patienten bereits auf Weisung durch den Telenotarzt behandeln konnte (§ 7 Abs. 6 S. 3 ThürRDG-E Drs.7/7780)?

Keine Ausführungen seitens des TLfDI.

10. Mit der Einführung des Berufsbildes Notfallsanitäter wurde diesen die Befugnis gegeben, unter bestimmten Voraussetzungen Heilkunde ausüben zu dürfen. Mit der Einführung des Telenotarztes wird nun eine weitere Regelung getroffen, mit der nichtärztliches Rettungspersonal - hier auf Weisung des Telenotarztes - heilkundliche Maßnahmen am Notfallort durchführen kann (§ 7 Abs. 6. ThürRDG-E Drs. 7/7780). Welche Rolle nimmt der Notfallsanitäter aus Ihrer Sicht perspektivisch ein, sobald der Telenotarzt eingeführt wurde? Besteht unter diesem Gesichtspunkt noch Änderungsbedarf an den Gesetzentwürfen?

Keine Ausführungen seitens des TLfDI.

11. § 7 Abs. 7 ThürRDG-E (Drs.7/7780) bestimmt, dass die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen die übermittelten Bild- und Tondaten aufzeichnet und die Einsätze der Telenotärzte regelmäßig auswertet. § 34 Abs. 4 des Gesetzentwurfes sieht bereits vor, dass zugelassene Erprobungsvorhaben unter wissenschaftlicher Begleitung zu dokumentieren und auszuwerten sind. Sollte die Regelung zu Telenotärzten ebenfalls vorsehen, dass deren Einsätze unter wissenschaftlicher Begleitung auszuwerten sind?

Für den TLfDI ist fraglich, zu welchem konkreten Zweck die Bild- und Tondaten ausgewertet werden sollen, aus welchem Grund dies von der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen vorgenommen werden soll und ob nicht mildere Mittel zur Verfügung stehen. Zu Bedenken ist, dass es sich i. d. R. um sehr sensible Daten handelt. (Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 DS-

GVO). Eine pauschale Auswertung dieser Daten durch die Kassenärztliche Vereinigung sieht der TLfDI in Abwägung mit den schutzwürdigen Interessen der Betroffenen eher kritisch.

Unabhängig davon ergibt sich - in Anlehnung an das „Datenschutzkonzept zur elektronischen Einsatzdatenerfassung und Dokumentation im Notarztdienst Thüringen“, das vom TLfDI begleitet wurde - hier die Frage, wie die im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Telenotärzte aufgezeichneten Bild- und Tondaten durch die KVT verarbeitet werden (Speicherung dieser Daten, Rollen- und Zugriffsrechte, Löschung der Daten etc.), insbesondere, da es sich bei den Daten vermutlich um besondere Datenkategorien (personenbezogene Gesundheitsdaten) i. S. v. Art. 9 DS-GVO handelt, die einem besonderen Schutz unterliegen. Hierzu wäre ggf. ein Hinweisparagraph zum Datenschutz in den Gesetzentwurf aufzunehmen, den dieser bislang nicht enthält bzw. den im ThürRettG bereits vorhandene Paragraph zum Datenschutz entsprechend zu ergänzen.

12. § 8 Abs. 2 ThürRDG-E (Drs.7/7780) gibt vor, dass ein Telenotarzt die ärztliche Betreuung übernehmen kann, sofern das abgebende Krankenhaus dies anfordert und der Telenotarzt zustimmt. Sollte die Einschätzung des vor Ort eingesetzten nichtärztlichen Rettungspersonals ebenfalls in der Regelung berücksichtigt werden? Sofern ja, in welcher Form?

Keine Ausführungen des TLfDI.

13. § 14 Abs. 3 ThürRDG-E (Drs.7/7780) sieht vor, dass der Zentralen Leitstelle „laufend“ die Anzahl der freien Betten und sonstigen Versorgungskapazitäten zu melden ist. Ist der Landesrettungsdienstplan der geeignete Rahmen, um diese Vorgabe zu konkretisieren? Sollte sie an anderer Stelle konkretisiert werden?

Keine Ausführungen seitens des TLfDI.

14. § 34a ThürRDG-E (Drs. 7/7780) regelt, dass für eine Dauer von bis zu drei Jahren (Abs. 3) Abweichungen von den § 14 Abs. 4, § 15 Abs. 2 sowie § 16 Abs. 1 und 2 ThürRDG zugelassen werden können (Abs. 1). Sehen Sie Änderungsbedarf gegenüber diesen materiellen und zeitlichen Vorgaben für eine zulässige Anwendung der Experimentierklausel?

Durch eine Experimentierklausel darf geltendes Recht nicht umgangen werden. Der TLfDI weist darauf hin, dass auch bei Projekten, die

dann auf Grunde dieser Experimentierklausel durchgeführt werden, die Datenschutz-Grundverordnung in jedem Fall umzusetzen ist. Anstatt einer Experimentierklausel könnte auch eine Evaluationsklausel im Gesetz aufgenommen werden, um die Auswirkungen des Gesetzes nach einer bestimmten Zeit evaluiert.

## Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den TLfDI (Stand Februar 2020)

Um seine Aufgaben nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zu erfüllen, verarbeitet der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Ihre Daten. Wir möchten Sie gerne nach Maßgabe der Art. 13 DS-GVO über diese Verarbeitung informieren.

1. **Verantwortlich** für die Datenverarbeitung ist der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI). Sie erreichen uns unter folgenden **Kontakt**daten:

TLfDI  
Häßlerstraße 8  
99096 Erfurt  
Tel.: +49 (361) 57-3112900  
Mail: [poststelle@datenschutz.thueringen.de](mailto:poststelle@datenschutz.thueringen.de)<sup>2</sup>

2. Der TLfDI nimmt die Aufgaben und Befugnisse nach Art. 51, Art. 57 Abs. 1, Art. 58 DS-GVO i. V. m. § 40 Abs. 1 BDSG<sup>3</sup> i. V. m. § 4 Abs. 1 ThürDSG wahr. Zu **Zwecken** der Durchführung dieser Aufgaben und der hierzu notwendigen Ausübung von Befugnissen werden Ihre Daten verarbeitet. **Rechtsgrundlage** dieser Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DS-GVO i. V. m. § 16 Abs. 1 ThürDSG.
3. Dabei werden folgende **Datenkategorien** verarbeitet: Angaben zu Ihrer Person sowie dazugehörige Kontaktdaten, Sachverhaltsinformationen und Beweismittel. Grundsätzlich werden diese Daten nur durch den TLfDI verarbeitet. Diese Daten können jedoch, soweit es für die Aufgabenerfüllung erforderlich und zulässig ist, an folgende **Empfängerkategorien** weitergegeben werden: an Gerichte und andere Behörden in Deutschland oder innerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes, an Beschwerdeführer/ Beschwerdegegner sowie an Archive.  
Entstehen im Rahmen der Tätigkeit des TLfDI Kosten, die dieser erhebt oder Zahlungsansprüche gegenüber dem TLfDI, die dieser begleicht, so werden die hierfür notwendigen Daten an den Thüringer Landtag als Haushaltsstelle übermittelt. Zugriff auf die Daten haben alle mit der Abrechnung betrauten Behörden und das Thüringer Landesrechnungszentrum als Dienstleister.  
Bei telefonischem Kontakt werden durch die TK-Anlage personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der technischen Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes gespeichert werden, verarbeitet. Gleiches gilt für IT-Dienstleister, die vom Thüringer Finanzministerium für die Sicherstellung der zentralen TK-Anlage beauftragt wurden.
4. Die regelmäßige **Speicherfrist** nach Abschluss eines Vorgangs beträgt fünf Jahre. Sind spezielle Aufbewahrungsfristen zu beachten, verlängert sich

die Aufbewahrung entsprechend. Akten mit vollstreckbaren Titeln werden jedoch mindestens bis zum Eintritt der Vollstreckungsverjährung aufbewahrt.

5. Aufgrund der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das **Recht auf Auskunft** (Art. 15 DS-GVO), das **Recht auf Berichtigung** (Art. 16 DS-GVO), das **Recht auf Löschung** (Art. 17 DS-GVO), das **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DS-GVO) und das **Recht auf Widerspruch\*** (Art. 21 DS-GVO). Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an den/die behördliche Datenschutzbeauftragte/n wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass der TLfDI bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet hat. Ebenso steht Ihnen ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu. Für Thüringen ist das der TLfDI.
6. Die/ den **behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n** erreichen Sie unter der Adresse des TLfDI<sup>4</sup> bzw. telefonisch oder per E-Mail unter:  
Tel.: +49 (361) 57-3112980 oder E-Mail: [datenschutzbeauftragter@datenschutz.thueringen.de](mailto:datenschutzbeauftragter@datenschutz.thueringen.de)
7. Wenden Sie sich an den TLfDI mit einer Beschwerde oder Anfrage, sind Ihre Angaben freiwillig. Unterbleiben diese, kann Ihnen allerdings kein Ergebnis mitgeteilt werden. Die Nichtbereitstellung von personenbezogenen Daten kann in diesen Fällen unter Umständen dazu führen, dass eine Bearbeitung Ihres Anliegens mangels vollständigen Sachverhaltes und keiner Möglichkeit einer Rückfrage nicht vorgenommen werden kann.  
Wendet sich der TLfDI an Sie als Verantwortlicher/Auftragsverarbeiter im Rahmen eines Auskunftersuchens, ist die Bereitstellung der dort erfragten personenbezogenen Daten verpflichtend. Eine Nichtbereitstellung kann in solchen Fällen zu einem Sanktionsverfahren führen.<sup>3</sup>

**\*Hinweis:** Sie haben das Recht gegenüber dem TLfDI aus Gründen die sich *aus Ihrer besonderen Situation* ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen.

<sup>2</sup> verschlüsselte Nachrichten per PGP sind möglich

<sup>3</sup> Nur für den nichtöffentlichen Bereich

<sup>4</sup> Siehe Nr. 1.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

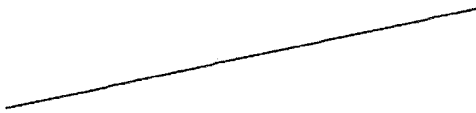
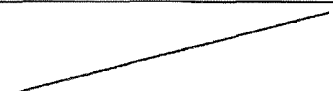
Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes  Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, Der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 - Dazu  Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-- Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5559 -  Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5580 -  Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780- - Vorlage 7/5606 -  Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-- Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5613 -		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)	Oberste Landesbehörde
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Häßlerstraße 8
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Aufsichtsbehörde für den öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich im Bereich Datenschutz, Ombudsstelle für das ThürTG.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie</b> kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Siehe hierzu die Ausführungen in der Stellungnahme.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
		
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
		

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 19.10.2023	





**Thüringer Landesbeauftragter**  
für den **Datenschutz** und die **Informationsfreiheit**



Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und  
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Erfurt, den : 19. Oktober 2023

THÜR. LANDTAG POST  
19.10.2023 15:57

2682/23

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN-Drs 7/7780**

**Verlangen des Innen- und Kommunalausschusses gem. § 112 Abs. 4 GO des Thüringer Landtags**

Sehr geehrter Herr Stöffler,  
sehr geehrte Damen und Herren,

für die Gelegenheit zur Stellungnahme gem. § 112 Abs. 4 GO zu den Änderungsanträgen Vorlage 7/5559 (Parlamentarische Gruppe des FDP), Vorlage 7/5580 (Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorlage 7/5606 (Parlamentarische Gruppe der FDP) und Vorlage 7/5613 (Parlamentarische Gruppe der FDP) bedankt sich der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI). Der TLfDI hatte bereit mit Schreiben vom 16. Juni 2023 zu den Gesetzentwürfen Stellung genommen. Insofern wird hierauf verwiesen.

Aus Sicht des TLfDI ist darüber hinaus an Folgendes zu erinnern:

Postanschrift: Postfach 900455 Dienstgebäude: Häßlerstraße 8  
99107 Erfurt 99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900  
E-Mail\*: [poststelle@datenschutz.thueringen.de](mailto:poststelle@datenschutz.thueringen.de)  
Internet: [www.tlfdi.de](http://www.tlfdi.de)

\*Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur/ Verschlüsselung und für mit PGP verschlüsselte Mitteilungen.

**I. Zum Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Vorlage 7/5559 -**

Der TLfDI verweist auf seine Stellungnahme vom 16. Juni 2023 (Az.: 861-1/2023.5) unter Nr. 2. Die dort aufgeworfenen Fragen bleiben auch weiterhin bestehen und sollten bei einer etwaigen Umsetzung einer auf einer digitalen Anwendung beruhende Ersthelferalarmierung für mobile Endgeräte geklärt werden.

**II. Zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/5580 -**

**1. Zu Nr. 2**

Begrüßt wird grundsätzlich die nachgeschärfte Zweckbindung unter Nr. 2 als auch der aufgenommene Zusatz unter Nr. 3, dass bei einer möglichen digitalen Anwendung für mobile Endgeräte durch externe Dienstleister, diese den Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung entsprechen müssen.

Bezüglich der Aufzeichnung von Bild- und Tondaten geht der TLfDI davon aus, dass es sich dabei um Videoaufzeichnungen handelt. Der TLfDI hält seine Bedenken hinsichtlich einer Aufzeichnung aufrecht und regt an zu eruieren, ob eine Aufzeichnung tatsächlich erforderlich ist. Als milderer Mittel könnte beispielsweise ein Monitoring ohne Aufzeichnung von Bild und Ton stattfinden. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird insofern auf die Stellungnahme vom 16. Juni 2023 verwiesen.

Sofern die Bestimmung zur Aufzeichnung von Bild- und Tondaten im Gesetz verbleiben sollte, empfiehlt der TLfDI, diese Regelungen nochmals auf eine Vereinbarkeit mit Art. 9 Abs. 2 Buchst. g) DS-GVO und dessen Voraussetzungen zu prüfen.

Der TLfDI regt weiter an, dass die in diesem Absatz angeführten „Beweismittel“ präzisiert werden sollten, beispielsweise Beweismittel in medizinrechtlichen Verfahren

(„Falschbehandlung“). Fraglich ist zudem, inwieweit ein Widerspruch eines Betroffenen Wirkung entfalten kann, wenn die Aufzeichnungen trotz Widerspruch nicht gelöscht werden, weil tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass sie noch als Beweismittel benötigt werden.

Zudem empfiehlt der TLfDI, dass die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde konkretisiert werden sollte.

Hinsichtlich der Speicherung der Daten ist dem TLfDI nicht ersichtlich, weshalb eine Speicherdauer von 6 Monaten erforderlich sein soll.

Schließlich weist der TLfDI darauf hin, dass bei der Erhebung personenbezogener Daten auch immer die Informationspflichten nach Art. 13 DS-GVO zum Zeitpunkt der Erhebung zu erfüllen sind. Ausnahmen nach § 20 ThürDSG können für den vorliegenden Fall nicht zur Anwendung kommen. In Notfallsituationen ist es aber in der Praxis in vielen Fällen schwer möglich, diesen Informationsverpflichtungen bei Erhebung der Daten nachzukommen. Gegebenenfalls könnte in diesem Zusammenhang eine ergänzende Regelung zu den Informationspflichten (Art. 13/14 DS-GVO) aufgenommen werden.<sup>1</sup> Dies betrifft im Übrigen - unabhängig von dem vorliegenden Gesetzentwurf - auch etwaige Gesprächsaufzeichnungen nach § 31 ThürRettG.

## **2. Zu Nr. 3**

Bezüglich einer Erprobung der Erstalarmierung durch eine Schnittstelle in den Leitstellen, wird seitens des TLfDI empfohlen, phasenweise vorzugehen. Denkbar wäre bspw. eine Erprobung in nur 1-2 Leitstellen, um alle technischen und datenschutz-

---

<sup>1</sup> Siehe z.B. Saarländisches Rettungsgesetz: „27 Abs. 2 SRettG: „Der Verantwortliche kann von der Informationspflicht nach Artikel 13 und Artikel 14 der Verordnung (EU) 2016/679 bei der Erhebung personenbezogener Daten für Zwecke der Durchführung einer Notfallrettung oder eines Krankentransports absehen. Unterbleibt eine Information nach Satz 1, soll der Verantwortliche die Informationspflicht in dem Zeitpunkt nachholen, in dem eine Abrechnung des Leistungsentgelts mit der betroffenen Person erfolgt.“

rechtlichen Probleme zu analysieren und abzustellen. Erst wenn diese Phase erfolgreich zum Abschluss kommen sollte, wäre eine Erprobung in weiteren Leitstellen zu empfehlen.

### **III. Zum Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Vorlage 7/5606 -**

Im Änderungsantrag wird unter Nr. 2 aufgenommen, dass bei einer Hinzuziehung des Telenotarztes eine Übertragung von Bild- und Tonaufnahmen stattfindet. Eine Speicherung erfolgt nicht. Diese datensparsame Regelung ist grundsätzlich zu begrüßen.

Der Verweis bezüglich der Einsatzdokumentation auf § 31 ThürRettG müsste dahingehend noch abgeändert werden. In der jetzigen Verweisung allein auf § 31 ThürRettG wäre der Abs. 3 mit umfasst, der für diesen Fall wohl aber gerade keine Anwendung finden soll, da keine Aufzeichnung erfolgen soll.

15511/2023

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes													
1.	<p>Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Region der Lebensretter e.V.</td> <td>Gemeinnütziger Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>c/o St. Josefskrankenhaus</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Sautierstraße 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>79104 Freiburg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Region der Lebensretter e.V.	Gemeinnütziger Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o St. Josefskrankenhaus	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sautierstraße 1	Postleitzahl, Ort	79104 Freiburg		
	Name	Organisationsform											
	Region der Lebensretter e.V.	Gemeinnütziger Verein											
	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o St. Josefskrankenhaus											
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sautierstraße 1											
Postleitzahl, Ort	79104 Freiburg												
2.	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</p>												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td> <table border="1"> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			<table border="1"> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)												
Straße, Hausnummer													
	<table border="1"> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Postleitzahl, Ort											
Postleitzahl, Ort													

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Der Verein betreibt ein deutschlandweites Ersthelfersystem, welches bei medizinischen Notfällen mit vermutetem Herz-Kreislaufstillstand ehrenamtliche Ersthelferinnen und Ersthelfer in der Nähe des Notfallortes über eine Smartphone-App alarmiert. Eine*r der alarmierten Helfer*innen wird zum nächstgelegenen öffentlich zugänglichen Defibrillator (AED) geschickt und bringt diesen zum Notfallort.	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b>	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Verein begrüßt ausdrücklich die Tatsache, dass Ersthelfersysteme in das Thüringer Rettungsdienstgesetz aufgenommen werden. Wir betonen, dass ein Überleben nach außerklinischem Herz-Kreislaufstillstand (dritthäufigste Todesursache in Deutschland, ca. 60.000 Fälle jährlich) sehr unwahrscheinlich ist, wenn die Wiederbelebung erst durch die Mitarbeitenden der Rettungsdienste erfolgt. Region der Lebensretter e.V. betreibt das größte Ersthelfersystem in Deutschland, in Studien konnten wir belegen, dass Eintreffzeiten der alarmierten Ersthelfenden von weniger als 4 Minuten realistisch sind. Wir weisen darauf hin, dass die internationalen Leitlinien für die Reanimation die Etablierung solcher so genannter "Lebensrettender Systeme" empfiehlt, mit denen die Zeit bis zum Beginn der Wiederbelebung und bis zur Defibrillation verkürzt wird. Mit einer Einführung in Thüringen könnten voraussichtlich viele Menschen zusätzlich gerettet werden. Neben einer Gesetzesgrundlage für die Alarmierung von Ersthelfern über eine Smartphone-App durch die jeweils zuständige integrierte Leitstelle ist auch die Finanzierung dieser Systeme zu klären.	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b>	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	

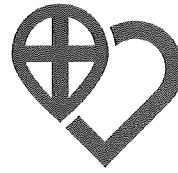
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der          Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Freiburg, 9.6.2023	

THÜR. LANDTAG POST  
30.05.2023 11:16

1446812023



Region der  
**Lebensretter**

Region der Lebensretter e.V.  
c/o St. Josefskrankenhaus  
Sautierstraße 1  
D-79104 Freiburg

I REGION DER LEBENSRETTETTER I

c/o St. Josefskrankenhaus | Sautierstraße 1 | D-79104 Freiburg

1. Vorsitzender

An  
Thüringer Landtag  
z.Hd. Herrn Linse  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Freiburg, den 24. Mai 2023

## Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes

Hier: Antwort im Anhörungsverfahren gemäß §79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Verein Region der Lebensretter e.V. nimmt zu der Anhörung im Rahmen der beabsichtigten Gesetzesänderung wie folgt Stellung:

- Gesetzesentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP (Drucksache 7/7394)

### Zu „A. Problem und Regelungsbedürfnis“ (S. 1)

„Gleichzeitig wird es auch immer wichtiger, dass Menschen schnellstmöglich qualifizierte lebensrettende Sofortmaßnahmen zu Teil werden ...“

Diese Aussage ist von großer Bedeutung. In Deutschland erleiden mindestens 60.000 Menschen jährlich einen Herz-Kreislaufstillstand und nur ca. 11% der Menschen überleben. Nur in ca. 43% der Fälle werden Wiederbelebungsmaßnahmen durchgeführt, bevor der Rettungsdienst eintrifft. **Das Durchführen von Basismaßnahmen der Wiederbelebung vor Eintreffen des Rettungsdienstes, vor allem die Herzdruckmassage, führt zu einer Verdopplung bis Vervierfachung der Überlebenschancen.**

(Quelle: Infoblatt des Nationalen Aktionsbündnis Wiederbelebung, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, [https://www.wiederbelebung.de/fileadmin/user\\_upload/BZgA-Wiederbelebung-Infoblatt\\_A4.pdf](https://www.wiederbelebung.de/fileadmin/user_upload/BZgA-Wiederbelebung-Infoblatt_A4.pdf)).



Die internationalen Leitlinien für die Wiederbelebung von 2021 empfehlen: „Ersthelfer (...), die sich in der Nähe eines vermuteten präklinischen Kreislaufstillstands befinden, **sollen von der Leitstelle über eine Smartphone-App oder eine Textnachricht alarmiert werden.**“

Weiterhin empfehlen die Leitlinien die Etablierung so genannter „Lebensrettender Systeme“, um die **Zeit bis zur ersten Thoraxkompression und Defibrillation zu verkürzen.**

(Quelle: Reanimation 2021 - Leitlinien kompakt. Herausgeber: Deutscher Rat für Wiederbelebung, [https://www.grc-org.de/files/ShopProducts/download/Leitlinien%20kompakt\\_26.04.2022.pdf](https://www.grc-org.de/files/ShopProducts/download/Leitlinien%20kompakt_26.04.2022.pdf))

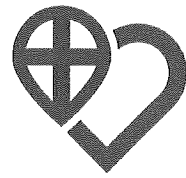
### **Zu „D. Kosten“ (S. 2)**

Die „smartphonebasierte Anwendung für die Ersthelferalarmierung“, wie sie in der Drucksache 7/7394 genannt wird, ist nur ein Bestandteil eines „Lebensrettenden Systems“, wie es von den Leitlinien gefordert wird.

Um ein solches System zu betreiben, muss ein umfassendes Ersthelfernetzwerk etabliert werden (Akquise von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die sich in der Ersthelfer-App registrieren, Nutzer-/ Datenschutzvereinbarung, Helfereinweisung, Ausrüstung), es muss ein Supportsystem für die Ersthelfer betrieben werden, es müssen Standorte von öffentlich zugänglichen Defibrillatoren (Automatisierte externe Defibrillatoren - AED) erfasst werden und möglichst neue Standorte für AED erschlossen werden (die internationalen Leitlinien für die Wiederbelebung empfehlen 2 AED-Standorte pro km<sup>2</sup>).

Der gemeinnützige Verein Region der Lebensretter e.V. betreibt das größte Ersthelfernetzwerk in Deutschland mit derzeit 42 angeschlossenen Gebietskörperschaften und ist das am schnellsten wachsende Lebensretter-System in Deutschland. Der Verein Region der Lebensretter betreibt auch eine smartphonebasierte Anwendung für die Ersthelferalarmierung. Diese vom Verein betriebene Anwendung ist mit allen Integrierten Leitstellen in den angeschlossenen Regionen über eine Schnittstelle angebunden. Der Verein Region der Lebensretter hat mit allen Leitstellen Auftragsverarbeitungsverträge nach DSGVO abgeschlossen und betreibt damit ein prinzipiell **bundesweit verfügbares System**. Dies ermöglicht uns auch die **generell landkreisübergreifende und landesübergreifende Alarmierung**. Ersthelfende, die in Ostsachsen registriert sind, können auch in Thüringen alarmiert werden, Helfer aus Freiburg können im Urlaub im Allgäu zum Einsatz kommen. Das System profitiert vor allem durch Berufspendler, die zwischen benachbarten Landkreisen pendeln und überall über unsere App georeferenziert alarmiert werden können.

Der gemeinnützige Verein Region der Lebensretter e.V. betreibt in Deutschland eine AED-Datenbank, deren AED-Standorte geprüft wurden und im Notfall den Ersthelfern einen in der Nähe befindlichen, tatsächlich einsatzbereiten AED anzeigt. Die AED-Datenbank ist mit unserer Ersthelferapp über eine Schnittstelle verbunden. Der Verein Region der Lebensretter e.V. etabliert auf Spendenbasis neue, strategisch günstig gelegene AED-Standorte.



Das vom Verein Region der Lebensretter betriebene Ersthelfersystem alarmiert bei Aktivierung vier Ersthelfer, die sich in der Nähe des Notfallortes befinden. Die Ersthelfer werden bei Alarmierung über die App gefragt, ob sie für den Einsatz verfügbar sind, mit welchem Verkehrsmittel sie zum Einsatzort kommen und ob sie einen AED mit sich führen. Über einen intelligenten Algorithmus werden dann die beiden Ersthelfer, die den Einsatzort in der kürzesten Zeit erreichen können, direkt zum Patienten geleitet. Sie führen Herzdruckmassage und Beatmung durch. Sofern kein Helfer einen AED mit sich führt, wird ein dritter Helfer zum nächstgelegenen öffentlich zugänglichen AED geleitet und bringt diesen an den Einsatzort. Ein vierter Helfer wird zum Einsatzort geleitet und weist dort die Kräfte des Rettungsdienstes ein.

Es lassen sich folgende Forderungen für AEDs ableiten:

- AEDs müssen flächendeckend an strategisch günstigen Stellen platziert und gekennzeichnet sein, damit Ersthelfer sie schnell auffinden und zum Einsatzort bringen können. AEDs sollten grundsätzlich 24/7 öffentlich verfügbar sein (nicht verschlossen in Gebäuden)
- AEDs müssen so verteilt sein, dass sie zu Fuß in 5 Minuten zu jedem Patienten gebracht werden können. Best Practice aus unseren europäischen Nachbarländern ist:
  - ein AED alle 600-700 Meter
  - zwei AEDs pro Quadratkilometer
  - ein AED pro 1.000 Einwohner
  - AEDs in der Ortsmitte, z.B. am Rathaus, an der Kirche
  - AEDs an Sportstätten und Versammlungsorten
- Einen AED dem Einsatzort zuzuführen muss Teil der Alarmierungsstruktur von Ersthelfer-Systemen sein. Hier ist auf eine intelligente Rollenverteilung zu achten, so dass der Ersthelfer, der am schnellsten am Patienten sein kann, direkt und ohne Verzögerung zum Patienten geschickt wird. Wenn mehrere Helfer verfügbar sind, sollte ein Ersthelfer, auf dessen Weg ein in diesem Moment erreichbarer AED liegt, durch das App-basierte Alarmierungssystem den Auftrag bekommen, diesen zum Einsatzort zu bringen.
- Alle AEDs müssen in einem Kataster verzeichnet sein, das sie eindeutig lokalisiert und Zusatzinformationen bietet, etwa Zeiten der Verfügbarkeit bei eingeschränkt verfügbaren AEDs. Auf dieses Kataster müssen neben dem Ersthelfer-System auch die Integrierten Leitstellen zugreifen können.

#### **Zu 2. A) (s. 2)**

„Die Ersthelfer werden durch die Leitstelle koordiniert.“ In einem Ersthelfersystem sollte die Alarmierung grundsätzlich durch die Integrierten Leitstellen erfolgen, die Koordination inkl. Rekrutierung, Registrierung, Schulung, Ausstattung und Helfersupport ist jedoch nicht durch die einzelnen Integrierten Leitstellen zu gewährleisten, da diese weder über die personelle Ausstattung verfügen noch in der Lage sind, ein solches überregionales System zu betreiben.

Neben der laut SGB VII geltenden Unfallversicherung für Menschen, die Erste Hilfe leisten, hat der Verein Region der Lebensretter eine subsidiäre Haftpflichtversicherung abgeschlossen, die alle Helfer absichert, die über unsere App alarmiert werden.

Es sei betont, dass es nicht ausreicht, eine Alarmierungs-App zu erwerben oder zu lizenzieren und diese in der Leitstelle zu installieren. Vielmehr muss ein System etabliert werden, welches nicht durch die Leitstellen betrieben wird, sondern möglichst überregional durch eine gemeinnützige Organisation.

#### **Zur Begründung, Nummer 2 Buchstabe a (S. 4)**

„Eine digitale Alarmierung von Ersthelfern ist daher für immer mehr Landkreise ein Mittel, um die therapiefreien Intervalle zu verkürzen.“

Dies ist richtig, allerdings ist unserer Kenntnis nach noch kein Landkreis in Thüringen an ein etabliertes System angeschlossen. Dies liegt unter anderem daran, dass die Kosten für ein digitales Ersthelfersystem (die im Vergleich zu den Vorhaltekosten für Rettungsmittel und Rettungswachen äußerst gering sind) in keinem Bundesland Kosten des Rettungsdienstes sind und somit auch nicht von den Kostenträgern finanziert werden. In den meisten Fällen übernehmen die Landkreise und kreisfreien Städte die Kosten für die Etablierung bzw. den Anschluss an Systeme wie das von uns betriebene. In Thüringen gibt es ca. 1.200 bis 1.500 Fälle jährlich, in denen ein Mensch einen plötzlichen Herz-Kreislaufstillstand erleidet und durch die Rettungsdienste wiederbelebt werden muss. In der Annahme, dass Ersthelfersysteme zuverlässig dazu führen, dass vor Eintreffen der Rettungsdienste eine Wiederbelebung durchgeführt wird und damit die Überlebenschancen verdoppelt bis vervierfacht werden kann, könnten in Thüringen zukünftig bis zu 450 Menschen jährlich zusätzlich gerettet werden. Um dies zu gewährleisten wäre eine Strategie für die Etablierung und auch Finanzierung seitens des Landes Thüringen sinnvoll.

Auch sollte eine landesweite Auswertung der Ersthelfereinsätze zum Zwecke der Qualitätssicherung, Forschung und Weiterentwicklung des Systems angestrebt werden. In dem vom Verein Region der Lebensretter betriebenen System werden die Statusmeldungen der Ersthelfer (Einsatzübernahme und Eintreffen am Einsatzort) in Echtzeit an die Leitstellen übermittelt und stehen für Auswertungen

zur Verfügung. Alle bei den Einsätzen erhobenen Daten können anonymisiert zum Zwecke der Qualitätssicherung und Forschung ausgewertet werden.

Sehr gerne stehen wir jederzeit für weitere Fragen zur Verfügung. Selbstverständlich könnten wir das System auch – beispielsweise im Gesundheitsausschuss – einmal persönlich vorstellen.

Mit freundlichen Grüßen,

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes		
<b>1.</b>	<b>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	BARMER Landesvertretung Thüringen	Gesetzliche Krankenversicherung Körperschaft Öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstraße 164, Erfurt
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
<b>2.</b>	<b>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Die Landesvertretung der BARMER in Thüringen ist Ansprechpartner für Leistungserbringer, Verbände, Politik und Öffentlichkeit in allen Belangen, die Gesundheitsversorgung, Prävention und Pflege betreffen.	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Stellungnahme befürwortet die Einführung der telenotärztlichen Versorgung, einer Experimentierklausel, eines erweiterten digitalen Kapazitätsnachweises (MediRett).	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	<b>In welcher Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
01.06.2023	

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung**

Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP

- Drucksache 7/7394 -

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung**

**Thüringer Telenotarzt**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/7450 -

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/7780 -

1.

Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

BA Technisches Hilfswerk,  
Landesverband SUTH

Bundesanstalt

Geschäfts- oder Dienstadresse

Gschwister-Scholl-Str. 2

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Postleitzahl, Ort

04600  
Athenburg



2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- die Einrichtung einer Lehrstuhlle wird begünstigt	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	

	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
	<div style="height: 100px;"></div>	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
DB4 3/15/23	



Bundesanstalt  
Technisches Hilfswerk

THUR. LANDTAG POST

05.06.2023 08:59

1502712023



Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Landesverband Sachsen, Thüringen, Geschwister-  
Scholl-Straße 2, 04600 Altenburg

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Referat Einsatz  
Landesverband Sachsen, Thüringen

HAUSANSCHRIFT Geschwister-Scholl-Straße 2  
04600 Altenburg

INTERNET <https://www.lv-snth.thw.de>

BETREFF **Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**  
hier: Anhörungsverfahren gem. § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

DATUM Altenburg, 30. Mai 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr o.a. Schreiben vom 03. Mai 2022 zur Beteiligung beim schriftlichen Anhörungsverfahren in o.a. Gesetzgebungsverfahren.

Vorbehaltlich der Aufgaben und der daraus resultierenden Fachbereiche gem. THWG im Bereich der technischen Unterstützung macht der THW Landesverband Sachsen, Thüringen folgende Anmerkungen im Rahmen des Anhörungsverfahrens zu den Drucksachen 7/7394, 7/7450 und 7/7780:

1. zu Drucksache 7/7394 (FDP), Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung:

Telenotärztliche Unterstützungssysteme:

Die dargestellten Lösungen in Form von Telenotärztlichen Unterstützungssystemen, auf digitaler Anwendung beruhender Ersthelferalarmierung für mobile Endgeräte und eine einheitliche Digitalisierungslösung im Thüringer Rettungsdienst werden begrüßt. Hierbei ist jedoch auch die Ausfallsicherheit der Systeme (KRITIS / techn. Störungen, ggf. auch durch Sabotage, ...) und die Netzabdeckung in der Fläche zu betrachten.

Ersthelfer:

Insbesondere der Einsatz von Ersthelfern kann die Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes sehr gut überbrücken, eine Telenotärztliche Unterstützung steigert hierbei die Qualität. Insgesamt können somit auch Folgeschäden und Folgekosten durch ggf. zu spätes Eintreffen des Rettungsdienstes bzw. durch zeitverzögerte Einleitung entsprechender Maßnahmen gemindert werden.

## 2. zu Drucksache 7/7450 (CDU), Einführung eines Thüringer Telenotarztes:

### Telenotärztliche Unterstützungssysteme:

Auf die bereits zur Drucksache 7/7394 gemachten Ausführungen zu Telenotärztlichen Unterstützungssystemen wird hingewiesen, sie gelten bei dieser Drucksache gleichermaßen. Inwieweit Detailregelungen, wie im zur Einführung empfohlenen § 7a dargestellt, gesetzlich oder ggf. auch auf dem Verordnungswege regelbar sind, kann von hier aus nicht beurteilt werden.

### Führerscheinerweiterung Klasse C1:

Der mit dieser Drucksache ebenfalls dargestellte Regelungsbedarf zur Kostenübernahme der C1 Führerscheinerweiterung wird von hier aus begrüßt. Insbesondere vor dem Hintergrund der angespannten Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung sollten diesbezügliche Anreize der Kostenübernahme künftig nicht vernachlässigt werden. Interessenten am Beruf des Notfallsanitäters sind bei einer Führerschein C1 Kostenübernahme sicherlich eher zu motivieren diesen Beruf auch tatsächlich auszuüben. Inwieweit ggf. dann eine Verpflichtung über eine Mindeststandzeit als Notfallsanitäter / C1-Fahrer erforderlich werden kann, bedarf einer gesonderten Betrachtung.

## 3. zu Drucksache 7/7780 (Linke, SPD, B90/Grüne), Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes:

### Lehrleitstelle:

Die Einrichtung einer Lehrleitstelle zwecks landeseinheitlicher Aus-, Weiter- und Fortbildung wird begrüßt. Synergien mit bzw. zur TLFKS sollten genutzt werden.

### Telenotärztliche Unterstützungssysteme:

Auf die bereits zur Drucksache 7/7394 gemachten Ausführungen zu Telenotärztlichen Unterstützungssystemen wird hingewiesen, sie gelten bei dieser Drucksache gleichermaßen.

### Experimentierklausel:

Die Aufnahme dieser Experimentierklausel wird grundsätzlich positiv gesehen. Hiermit können Neuerungen vor verbindlicher Einführung praxisnah getestet werden. Das Experimentieren darf jedoch nicht dazu führen, dass Qualitätsverschlechterungen eintreten bzw. Kapazitäten reduziert werden.

## 4. zu Anlage 3, Fragen des Innen- und Kommunalausschusses:

Frage Nr.:	Fragestellung
1	<p>Welche Auswirkung hätte die Einführung des Telenotarztes auf die notärztliche Versorgung in Thüringen ?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- schnellere Beteiligung eines Arztes ist möglich wenn der reguläre Notarzt nicht oder nicht sofort zur Verfügung steht.</li> </ul>
2	<p>Ist eine gesetzliche Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ des Telenotarztes gegenüber den regulären bodengebundenen Notärzten erforderlich ?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- aus Sicht des THW nicht erforderlich.</li> </ul>

Frage Nr.:	Fragestellung
3	<p>Erfordert die Einführung eines Telenotarztes einen neuen Aufgabenträger ?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- aus Sicht des THW ist die Trägerschaft zu regeln, inwieweit ein neuer Aufgabenträger erforderlich wird kann von hier aus nicht beurteilt werden.</li> </ul>
4	<p>Wie würde sich die Einführung eines neuen Aufgabenträgers auf die Kosten und Haftung auswirken ?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- aus Sicht des THW bedarf dies einer gesonderten Betrachtung.</li> </ul>
5	<p>Wie bewerten Sie den Entwurf einer Experimentierklausel ?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- aus Sicht des THW stellt diese Klausel eine rechtlich sichere Methode zur Überprüfung bzw. Weiterentwicklung von Verfahrensabläufen dar.</li> </ul>
6	<p>Stellt die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen eines Rettungswagens dar ?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- aus Sicht des THW führt dies zu einer Qualitätssteigerung im Sinne der Überbrückung ggf. zu langer Wartezeiten auf den Rettungsdienst.</li> </ul>
7	<p>Die gesetzliche Verankerung welcher weiteren digitalen Errungenschaften sind erforderlich, um die notärztliche Versorgung in Thüringen weiter zu verbessern ?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- dies kann aus Sicht des THW nicht näher beurteilt werden.</li> </ul>
8	<p>Welche Auswirkung hätte die Einrichtung und der Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen ?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine zentrale und Landeseinheitliche Aus-, Weiter- und Fortbildung steigert die Qualität der Qualifizierung der Leitstellenpersonale, sodass hier die Notarzttalarmierung zielgerichteter erfolgen kann (Notarzt tatsächlich erforderlich ja / nein).</li> </ul>
9	<p>Sollte künftig der Notarzt bei den entsprechenden Indikationen auch zwingend dann zum Notfallort fahren müssen, wenn das nichtärztliche Rettungspersonal den Patienten bereits auf Weisung durch den Telenotarzt behandeln konnte ?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- aus Sicht des THW nein; diese Frage sollte jedoch noch speziell aus medizinischer Sicht bewertet werden.</li> </ul>
10	<p>... Welche Rolle nimmt der Notfallsanitäter aus Ihrer Sicht perspektivisch ein, sobald der Telenotarzt eingeführt wurde ? Besteht unter diesem Gesichtspunkt noch Änderungsbedarf an den Gesetzentwürfen ?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- aus Sicht des THW dürfte sich die Rolle des Notfallsanitäters nicht bzw. nicht sonderlich verändern. Änderungsbedarf an den Gesetzentwürfen wird von hier aus nicht erkannt.</li> </ul>

Frage Nr.:	Fragestellung
11	<p>...</p> <p>Sollte die Regelung zu Telenotärzten ebenfalls vorsehen, dass deren Einsätze unter wissenschaftlicher Begleitung auszuwerten sind ?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Regelung zu Telenotärzten sollte wissenschaftlich begleitet werden.</li> </ul>
12	<p>...</p> <p>Sollte die Einschätzung des vor Ort eingesetzten nichtärztlichen Rettungspersonals ebenfalls in der Regelung berücksichtigt werden ? Sofern ja, in welcher Form ?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- das nichtärztliche Rettungspersonal sollte in die Entscheidungsfindung und in die Abstimmung mit dem Telenotarzt eingebunden werden.</li> </ul>
13	<p>...</p> <p>Ist der Landesrettungsdienstplan der geeignete Rahmen, um diese Vorgabe zu konkretisieren ? Sollte sie an anderer Stelle konkretisiert werden ?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- der Landesrettungsdienstplan erscheint hier als geeigneter Rahmen für Detailregelungen. Eine gesetzliche Verpflichtung sollte im Rettungsdienstgesetz enthalten sein.</li> </ul>
14	<p>...</p> <p>Sehen Sie Änderungsbedarf gegenüber diesen materiellen und zeitlichen Vorgaben für eine zulässige Anwendung der Experimentierklausel ?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- ein Änderungsbedarf wird hier nicht gesehen.</li> </ul>

Mit freundlichen Grüßen

Landesbeauftragter

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

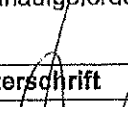
Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/7394 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung Thüringer Telenotarzt</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7450 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Stadtverwaltung Erfurt Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>St.-Florian-Str. 4</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99092 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Stadtverwaltung Erfurt Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	St.-Florian-Str. 4	Postleitzahl, Ort	99092 Erfurt
Name	Organisationsform										
Stadtverwaltung Erfurt Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz	Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	St.-Florian-Str. 4										
Postleitzahl, Ort	99092 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Umsetzung des geltenden Rechts	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Der Gesetzentwurf wird insgesamt befürwortet. Die Einführung des Telenotarztes wird befürwortet. Die Ersthelferalarmierung ist einzuführen. Eine Leitstelle ist zur Umsetzung der Leitstellenstrukturreform notwendig. Die Experimentierklausel kann die Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes verbessern. Die Finanzierung der Führerscheinerweiterung wird befürwortet. Es besteht darüber hinaus Handlungsbedarf zur Stabilisierung des Thüringer Rettungsdienstes.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	



	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	
	<div style="border: 1px solid black; height: 100px; width: 100%;"></div>	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, 07.06.2023	



Stadtverwaltung Erfurt . Amt 37 . 99111 Erfurt

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST  
12.06.2023 09:42

15592/2023

## Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienst- gesetzes - Drucksachen 7/7394, 7/7450 und 7/7780 -

Zeichen: 37.02.03 Wer

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages 7. Juni 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Bilay,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank, dass Sie uns die Gelegenheit einräumen, zu der durchaus notwendigen  
Gesetzesnovelle Stellung zu beziehen.

Zu den einzelnen Fragen:

1.

F: Welche Auswirkungen hätte die Einführung des Telenotarztes auf die  
notärztliche Versorgung in Thüringen?

A: Unter der Voraussetzung, dass die Einführung eines Telenotarztsystems als  
ergänzendes Element verstanden wird, kann von einer Verbesserung der  
Versorgung ausgegangen werden. Unerlässlich ist die Schaffung von  
zusätzlichen personellen notärztlichen Ressourcen, da nur dann die  
Verfügbarkeit der bodengebundenen Notärzte sichergestellt sein wird. Der  
überwiegende Teil der Notarzteinsätze macht es erforderlich, dass der Notarzt  
selbst am Patienten tätig wird. Sollte die Schaffung von zusätzlichen  
personellen Ressourcen nicht gelingen, ist davon auszugehen, dass die  
Einsatzstrategie zu Lasten der Behandlungsqualität geht.

2.

F: Ist eine gesetzliche Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ des  
Telenotarztes gegenüber den regulären bodengebundenen Notärzten  
erforderlich.

- A: Eine gesetzliche Abgrenzung wird von uns differenziert gesehen. Aufgaben, welche „aus der Ferne“ bearbeitet werden können, sollen auch erfüllt werden. Befugnisse sind hingegen bei Einsätzen mit an der Einsatzstelle befindlichen Notärzten klar zu regeln. Entscheidungen nach dem Vier-Augen-Prinzip sind oft hilfreich, die Verantwortung kann aber – aus unserer Sicht – nur der vor Ort befindliche Notarzt tragen.
- 3.
- F: Erfordert die Einführung des Telenotarztes einen neuen Aufgabenträger?
- A: Ein neuer Aufgabenträger ist nicht zwingend erforderlich. Es stellt sich eher die Frage, ob die Schaffung eines weiteren Aufgabenträgers die Konkurrenz um die zur Verfügung stehenden Notärzte negativ beeinflusst. Es sollte zuerst und abschließend geklärt werden, ob der Telenotarzt in den Zentralen Leitstellen oder bei der KVT angesiedelt wird. Für den Fall, dass – wie von uns favorisiert – die Telenotärzte in den Zentralen Leitstellen vorgehalten würden, sollte die Trägerschaft auf die Leitstellenbetreiber übergehen, könnte aber auch bei der KVT verbleiben.
- 4.
- F: Wie würde sich die Einführung eines neuen Aufgabenträgers auf die Kosten und Haftung auswirken?
- A: Eine solide Prognose zu den Kosten kann von uns nicht abgegeben werden. Wir gehen nicht davon aus, dass ein neuer Aufgabenträger großes Einsparpotential oder hohe Zusatzkosten haben würde. Wichtig ist jedoch, dass bereits jetzt die Kostentragung abschließend geklärt wird. Die Haftung obliegt nach unserem Rechtsverständnis dem Aufgabenträger. Dieser kann nur bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz Rückgriff auf den Telenotarzt nehmen. Entscheidend ist hier, dass die lückenlose Dokumentation eine Reproduktion des Einsatzverlaufs und somit den Verursacher widerspiegelt.
- 5.
- F: Wie bewerten Sie den Entwurf einer Experimentierklausel?
- A: Wir befürworten die Aufnahme einer Experimentierklausel ausdrücklich.
- 6.
- F: Stellt die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens dar?
- A: Die Verkürzung des behandlungsfreien Intervalls durch Ersthelfer wird befürwortet. Gerade in dünnbesiedelten Gebieten ist dies teils elementar für den Behandlungserfolg. Die Handlungsmöglichkeiten eines Ersthelfers sind jedoch eingeschränkt und nicht für jedes Notfallereignis geeignet. Daher ist ein Indikationskatalog für Einsätze eines Ersthelfers zu empfehlen. Es sei angemerkt, dass natürlich auch die teilweise stark verzögerten Eintreffzeiten der NEF in die Dispositionsentscheidung einfließen müssen. Hierbei kann durch den Einsatz eines Ersthelfers eine Optimierung der Einsatzhandlungen der RTW-Besatzung – im Besonderen bei einer Reanimation – erfolgen. Um ein Ersthelfersystem zu etablieren, müssen Standards für die Auswahl von Ersthelfern und deren Aus- und Fortbildung durch eine Rechtsverordnung erlassen werden.
- 7.
- F: Die gesetzliche Verankerung welcher weiteren digitalen Errungenschaften sind erforderlich, um die notärztliche Versorgung in Thüringen weiter zu verbessern?
- A: Die Ausführungen zu § 14 Abs. 3 in der DS 7/7780 sind aus heutiger Sicht ausreichend und müssen umgesetzt werden. Wichtig ist, dass die Verfahren nicht nur zur Verfügung stehen, sie müssen auch Anwendung finden. Im Wissen um die Komplexität der Rechtsgrundlagen und technischen Voraussetzungen zum Einsatz von Luftrettungsmitteln sei es gestattet, auf das Potential zu verweisen, welches durch die Bereitstellung von nachflug- und schlechtwettertauglichen RTH generiert werden könnte.
- 8.
- F: Welche Auswirkungen hätte die Einrichtung und der Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?

- A: Wir sehen bei der Einführung des Telenotarztes die dringende Notwendigkeit der Integration in die bestehenden Leitstellenstrukturen. Somit erachten wir die zentrale Schulung von Telenotärzten – gleichsam wie die der Disponenten – als elementar. Hierzu ist die geplante Lehrleitstelle das geeignetste Mittel. Im Übrigen gehen wir davon aus, dass die zentrale Schulung in einer Lehrleitstelle auch den Einsatz von bodengebundenen Notärzten – unter Beachtung der regionalen Besonderheiten – vereinheitlichen wird und qualitätssteigernd wirkt.
- 9.
- F: Sollte künftig der Notarzt bei den entsprechenden Indikationen auch zwingend dann zum Notfallort fahren müssen, wenn das nichtärztliche Rettungspersonal den Patienten bereits auf Weisung durch den Telenotarzt behandeln konnte (§7 Abs. 6 S. 3 ThürRDG-E Drs. 7/7780)?
- A: Die gestellte Frage ist aus unserer Sicht zu differenzieren. In Fällen, bei denen eine Nachforderung zum Einsatz des Notarztes führt, muss die Entscheidung zur Notwendigkeit binnen kürzester Zeit abschließend getroffen werden können, anderenfalls ist der Notarzteeinsatz sofort zu veranlassen. In den Fällen, bei denen der Notarzt sofort alarmiert wird, ist die Frage nach einem Einsatzabbruch nur dann zu erwarten, wenn die generelle Verfügbarkeit nicht der Notwendigkeit folgt. Wir empfehlen daher die Ausnahme von der Regel des Notarzteeinsatzindikationskataloges in diesem als Option „telenotärztliche Konsultation“ zu formulieren. Angemerkt sei, dass gegenwärtig bereits das Abbestellen von nicht benötigten Ressourcen geübte Praxis ist.
- 10.
- F: Mit der Einführung des Berufsbildes Notfallsanitäter wurde diesen die Befugnis gegeben, unter bestimmten Voraussetzungen Heilkunde ausüben zu dürfen. Mit der Einführung des Telenotarztes wird nun eine weitere Regelung getroffen, mit der nichtärztliches Rettungspersonal – hier auf Weisung des Telenotarztes – heilkundliche Maßnahmen am Notfallort durchführen kann (§7 Abs. 6 ThürRDG-E Drs. 7/7780). Welche Rolle nimmt der Notfallsanitäter aus Ihrer Sicht perspektivisch ein, sobald der Telenotarzt eingeführt wurde? Besteht unter diesem Gesichtspunkt noch Änderungsbedarf an den Gesetzentwürfen?
- A: Auch diese Frage ist differenziert zu beantworten. Nimmt der Telenotarzt eine rein beratende Funktion wahr, ist kein Unterschied in der Rolle des Notfallsanitäters zu erkennen. Bei Einsätzen, bei denen der Telenotarzt jedoch von seinem Weisungsrecht gemäß §7 Abs. 6 S. 3 ThürRDG-E Drs. 7/7780 Gebrauch macht, sollte der Einsatz ab dem Zeitpunkt in die Verantwortung des Telenotarztes übergehen, wobei nach Abschluss der konkreten Maßnahme durch eindeutige Willensbekundung die Verantwortung – wie bei klassischen Einsätzen der Transport ohne Notarzt erfolgen kann – auf den Notfallsanitäter rückübertragen werden kann. Wir empfehlen hierzu eine Klarstellung zu formulieren. Wichtig erscheint uns an dieser Stelle, dass eine Harmonisierung der „freigegebenen Maßnahmen“ mit praktischer Kompetenz durch die Ärztlichen Leiter Rettungsdienst der einzelnen Gebietskörperschaften unabdingbar ist.
- 11.
- F: § 7 Abs. 7 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) bestimmt, dass die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen die übermittelten Bild- und Tondaten aufzeichnet und die Einsätze der Telenotärzte regelmäßig auswertet. § 34 Abs. 4 des Gesetzentwurfes sieht bereits vor, dass zugelassene Erprobungsvorhaben unter wissenschaftlicher Begleitung zu dokumentieren und auszuwerten sind. Sollte die Regelung zu Telenotärzten ebenfalls vorsehen, dass deren Einsätze unter wissenschaftlicher Begleitung auszuwerten sind?
- A: Die wissenschaftliche Begleitung, besser noch Überprüfung, ist in jedem Fall notwendig. Nur so kann das System auf Schwachstellen geprüft und den Gegebenheiten entsprechend optimiert werden.
- 12.
- F: § 8 Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) gibt vor, dass ein Telenotarzt die ärztliche Betreuung übernehmen kann, sofern das abgebende Krankenhaus dies anfordert und der Telenotarzt zustimmt. Sollte die Einschätzung des vor Ort eingesetzten nichtärztlichen Rettungspersonals ebenfalls in der Regelung berücksichtigt werden? Sofern ja, in welcher Form?
- A: Wie bereits ausgeführt, verstehen wir die Einführung des Telenotarztes als ergänzendes Element der präklinischen Versorgung. Eine „Ressourcenschonung“ der Kliniken lehnen wir daher ab. In den Fällen, bei denen eine ärztliche Transportbegleitung erforderlich ist, hat die abgebende Einrichtung dies grundsätzlich sicherzustellen. Wohl wissend, dass der Fachkräftemangel auch die Kliniken erreicht hat, darf hier keine Verlagerung in den Rettungsdienst erfolgen. Sollte die Regelung im Gesetz Berücksichtigung finden, sehen wir das Vetorecht des Transportführers als unerlässlich an.

13.

F: § 14 Abs. 3 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) sieht vor, dass der Zentralen Leitstelle „laufend“ die Anzahl der freien Betten und sonstigen Versorgungskapazitäten melden. Ist der Landesrettungsdienstplan der geeignete Rahmen, um diese Vorgabe zu konkretisieren? Sollte sie anderer Stelle konkretisiert werden?

A: Die Formulierung des o.g. Paragraphen ist nicht eindeutig. Die Leitstellen führen einen Nachweis, die Krankenhäuser und Sonstigen stellen sicher ..., so oder ähnlich hat es noch nie funktioniert. Ein zentraler Betten- und – wichtiger – Versorgungskapazitätennachweis ist nur über eine zentrale Softwarelösung sinnvoll und sollte zentral für ganz Thüringen zur Verfügung stehen. Im Übrigen erachten wir – mangels geeigneter Verordnungen – den Landesrettungsdienstplan als geeignetes Dokument.

14.

F: § 34a ThürRDG-E (Drs. 7/7780) regelt, dass für die Dauer von bis zu drei Jahren (Abs. 3) Abweichungen von den § 14 Abs. 4, § 15 Abs. 2 sowie § 16 Abs. 1 und 2 ThürRDG zugelassen werden können (Abs. 1). Sehen Sie Änderungsbedarf gegenüber diesen materiellen und zeitlichen Vorgaben für eine zulässige Anwendung der Experimentierklausel?

A: Da die grundsätzliche Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben sichergestellt sein wird, ist von der Innovation auszugehen. Der Landesbeirat für das Rettungswesen hat für uns elementaren Charakter bei der landesweiten Etablierung von positiv verlaufenden Experimenten und sollte frühzeitig in den jeweiligen Prozess eingebunden werden. Anzuregen ist, dass gerade die Experimente, die mit geringen Fallzahlen evaluiert werden können, in einem angemessenen Zeitraum – also deutlich über die Dreijahresfrist hinausgehend – realisiert werden können.

Es seien noch ergänzende Hinweise zur dringend notwendigen Stabilisierung des Thüringer Rettungsdienstes gestattet:

Mit großer Sorge ist zu konstatieren, dass die Verfügbarkeit von geeignetem Personal im Rettungsdienst die teils defizitäre Vorhaltung an Rettungsmitteln weiter aushöhlt. Ungeachtet der steigenden Probleme, die durch die mangelnde Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung und das daraus resultierende Bagatelleinsatzgeschehen immer weiter zunimmt, ist davon auszugehen, dass die Ausbildung von weiteren Notfallsanitätern oberste Priorität haben muss. Obergrenzen in der Finanzierung bei einzelnen Durchführenden des Rettungsdienstes können wir uns – bundesweit – erst nach einer Stabilisierung des Systems erlauben. Wichtig erscheint an dieser Stelle, dass die Ausbildungskapazitäten generell erhöht werden müssen. Als Indiz für eine Stabilisierung kann und muss die Verfügbarkeit der laut Rettungsdienstbereichsplan der einzelnen Rettungsdienstbereiche festgeschriebenen Vorhaltungen mit einem Erfüllungsgrad von 100% dienen sowie der nicht mehr notwendige Einsatz von Freelancern und Mitarbeitern von Notfallsanitäterbörsen. Gleichsam bleibt festzustellen, dass die aktuelle Situation (mit Einsatzerfordernis von Freelancern und Mitarbeitern von Notfallsanitäterbörsen) auch der gemäß § 1 ThürRettG gebotenen Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit widerspricht. Innerbetriebliche, der Personalnot geschuldete Kompensationsmaßnahmen (v.a. in Form von nicht in angemessenen Zeiträumen auszugleichender angewiesener Mehrarbeit) erhöhen die Überlast des Personals weiter. Wohl wissend, dass die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung kurzfristig nicht signifikant zu erhöhen ist, bleibt perspektivisch auch hierin ein Handlungsansatz zu sehen.

Abschließend fällt auf, dass auch die bereits gegebene Einschränkung von Behandlungskapazitäten einzelner Krankenhäuser den Transportbedarf immer weiter erhöht und somit den Rettungsdienst zusätzlich belastet. Als einziges Mittel, das die Aufgabenträger des bodengebundenen Rettungsdienstes zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit haben, verbleibt schlicht die Erhöhung der Vorhaltung von Rettungsmitteln. Und die hierfür erforderlichen personellen und materiellen Ressourcen sind derzeit nur schwerlich zu realisieren.

Gern stehen wir für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

kom. Amtsleiter

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen:

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

**Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?**

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung**

Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP

- Drucksache 7/7394 -

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung**

**Thüringer Telenotarzt**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/7450 -

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/7780 -

1.

Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
REGIOMED - Kliniken	GmbH
Geschäfts- oder Dienstadresse	96450 Coburg Gustav-Hirshfeld-Ring 3
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Neustadter Str. 6?
Postleitzahl, Ort	96545 Sonneberg

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Betrieb von Krankenhäusern, Pflegeheimen und Rettungsdienst	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Einführung des. Telenotarates : befürwortet + ergänzt - Vergütung der Erlangung CA-FS bei Notfallsanitäter : befürwortet - Einführung einer Lehrleitstelle : enthalten - Änderung der Besetzung des Landesbeirates : befürwortet	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	

	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Coburg, 07.06.2023	

Verwaltung-  
 Gustav-Hirschfeld-Ring 3  
 98450 Coburg



THÜR. LANDTAG POST  
12.06.2023 10:52

15601/2023

REGIOMED-KLINIKEN GmbH Zentralverwaltung Gustav-Hirschfeld-Ring 3 96450 Coburg

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Coburg, 06.06.2023

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages;**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir begrüßen, dass sich der Thüringer Landtag weiterhin mit der Entwicklung und Gestaltung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes befasst und versucht, über zeitgemäße Lösungen, die Versorgung der Bevölkerung des Freistaates Thüringen mit Leistungen des Rettungsdienstes zu verbessern.

Wir bedauern allerdings gleichzeitig, dass wir derzeitig zu wenige Anstrengungen sehen, um sich auf die dramatisch ändernden Bedingungen des Arbeitsmarktes im Notfallsanitäterbereich als auch im Krankenhausbereich quantitativ als auch qualitativ vorzubereiten.

Die sich ändernden Strukturen in den Krankenhäusern, gerade in der Notfallversorgung, fordern vom Rettungsdienst ständig längere Fahrten in weiter entfernte Krankenhausstandorte und damit das Verlassen der eigentlichen Sicherstellungsbereiche. Der Arbeitsmarkt im Bereich der Notfallsanitäter/innen wird durch eine bereits erfolgte zu geringe Ausbildung, aber auch durch Abwanderung von diesen Fachkräften in Kliniken, Leitstellen oder zu Personalverleih- und Honorarbörsen weiter ausgedünnt. Gleichzeitig werden allerdings immer mehr Rettungswachenstandorte errichtet. Die Anforderungen an das medizinische Fachwissen und die Qualität von Fähigkeiten für dessen Umsetzung steigen ständig. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Natürlich ist dabei die Einführung von Unterstützungsleistungen, wie dem Telenotarzt zu befürworten. Dieser Telenotarzt benötigt allerdings auch entsprechende Anwender und Ausführende aufseiten des Rettungsdienstdurchführenden, der mit hohem Niveau Krankheiten und Körperschäden erkennen kann und Anweisungen des Telenotarztes ausführen kann.

Allen vorliegenden Gesetzesentwürfen ist gemein, dass der Telenotarzt im Rettungswesen Thüringens gewünscht wird. Alle drei Gesetzesentwürfe lassen allerdings vermissen, dass Rettungsdienstleistungen von Durchführenden außerhalb von Thüringen in Thüringen erbracht werden und dass Thüringer Rettungsdienste außerhalb der Landesgrenzen eingesetzt werden. Hier treten die Grenzen der Rettungsdienstgesetzgebung deutlich zu Tage.

Nun zu den einzelnen Gesetzesentwürfen:

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes- Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung, Gesetzesentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP, Drucksache 7/7394**

Die Problemdarstellung wird seitens der Parlamentarischen Gruppe der FDP zwar erkannt, leider wird deren Ausmaß unterschätzt.

Derzeitig wird die notärztliche Versorgung in vielen ländlichen Bereichen von einer sehr geringen Anzahl von Notärzten mit erhöhten Lebensalter aufrechterhalten. Zudem sind diese Ärzte nicht in den Rettungswachen stationiert, sondern müssen vom Rettungsdienst oft aus Wohnungen und Praxen abgeholt werden. Oft wird das Notarztsystem in Thüringen mit Notärzten aus anderen Bundesländern aufrechterhalten, die ausschließlich aufgrund der besseren Vergütung in Thüringen Notarztdienste leisten.

Das eigentliche Problem der Zurverfügungstellung einer ausreichenden Zahl von geeigneten Notärzten in Thüringen, kann mit einem Telenotarzt nicht gelöst werden. Der Telenotarzt kann allerdings entsprechende Unterstützungsleistungen erbringen. Hierzu wird eine gesetzliche Basis benötigt.

Der Gesetzesentwurf vernachlässigt allerdings die zweite Seite, die Anwendung durch den Durchführenden. Der Gesetzesentwurf geht vom Einsatz von Ersthelfern aus. Hier wird auf „erfahrene Ärzte, Pflegekräfte oder Mitglieder von Feuerwehren“ verwiesen. Eine „Smartphone basierte Ersthelferalarmierung“ benötigt Rahmenbedingungen und Strukturen. Weder Ersthelfer noch die nötige Infrastruktur sind vorhanden. Bei Mitgliedern von freiwilligen Feuerwehren als „professionelle Ersthelfer mit medizinischen Erfahrungen“ zu sprechen, verfehlt jegliche Realität.

Das benannte Voranmeldetool (MEDiRett) stellt derzeit in Thüringen keine einheitliche Lösung dar. Es ist nicht in allen Bereichen eingeführt. Auf dieser Basis von Einsparungen zu sprechen, ist nicht möglich. Es fallen zwar die analogen Dokumentationsformen weg, entsprechende Smartphones, Drucker und Betriebskosten sowie ein Arbeitsaufwand beim Rettungsdienstpersonal treten trotzdem auf.

Von einer „Aktivierung innerklinischer Abläufe“ sowie einer „digitalen Landeslösung von Bettenkapazitäten“ zu sprechen, ist derzeit ebenfalls keine Realität.

Als sehr problembehaftet wird die Versorgung an den Landesgrenzen Thüringens angesehen. Das Voranmeldetool gilt nur für Thüringen, „geeignete und nächsterreichbare Krankenhäuser“ befinden sich auch außerhalb von Thüringen. Planungsbereiche und Leitstellenkompetenzen enden allerdings an den Landesgrenzen.

Hier muss dringend beim vorgeschlagenen § 14 Abs. 3 nachgebessert werden.

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes- Einführung eines Thüringer Telenotarztes, Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU, Drucksache 7/7450**

**1. Telenotarzt**

Leider wird im Entwurf der CDU die Lage der notärztlichen Situation sogar noch beschönigt. Es gibt in Thüringen Gebiete, wo der Notarzt zur Erlangung der Hilfsfrist eingesetzt wird. Wichtige und teure Ressourcen werden vergeudet und ohne Indikation eingesetzt.

Deshalb sollten die Bestrebungen zum Telenotarzt und zur Stärkung der Rolle von Notfallsanitätern/innen unterstützt werden und Notärzte richtig eingesetzt werden.

Die Schaffung der Rechtgrundlage für einen Telenotarzt wird deshalb unterstützt.

Der Gesetzesentwurf zeigt allerdings aus Sicht der REGIOMED-Kliniken noch Lücken auf. Die Änderungsempfehlung aus § 7 a Abs. 2 harmonisieren nicht mit Abs.4 im Bereich der Aufgabenstellung für den Telenotarzt. Hier konkurrieren Gesetzestext mit der geforderten Verordnung. Als positiv wird allerdings angesehen, dass der Telenotarzt auch bei Patientenverlegungen eingesetzt werden kann. Hierzu bedarf es in Thüringen einer funktionierenden technischen Infrastruktur.

Die im Gesetzestext geforderten Anforderungen, wie:

- fest verbaute Kommunikationseinheit,
- stabile kontinuierliche Video- und Tonübertragung,
- kontinuierliche automatische Übertragung der akuten Vitalparameter,
- die Übertragung des Elektrokardiogramms in Echtzeit,
- die kontinuierliche Übertragung des klinischen Bildes des Patienten,
- die Upload-Möglichkeit für die medizinisch notwendige Dokumentation, sowie
- die Redundanz zweier unabhängiger mobiler Datenübertragungssysteme

sind sinnvoll, bedürfen einer landesweiten und interministeriellen Zusammenarbeit.

Kosten und Zeiträume der Umsetzung sind derzeit nicht absehbar.

Der Entwurf der CDU-Fraktion geht im § 7 a Abs.7 von der Klärung von Streitigkeiten durch die Schiedsstelle aus. Die Schiedsstelle für die Benutzerentgelte nach § 20 ist zwar Gesetzesforderung seit 2018, sie existiert allerdings nicht.

## **2. Führerscheinerweiterung**

Auch der zweite Problempunkt der CDU-Fraktion wird unterstützt. Der Beruf des Notfallsanitäters/in entwickelt sich zu einem organisatorischen und medizinischen Grundpfeiler in der Versorgung mit Leistungen des Rettungsdienstes. Dies betrifft nicht nur den Regelrettungsdienst, dies trifft auch die Versorgung von Verletzten unterhalb der MANV-Schwelle, aber auch im MANV-Bereich.

Seit vielen Jahren wird durch uns auf die Notwendigkeit der Führung aller Fahrzeuge durch Notfallsanitäter/innen hingewiesen. Zudem gibt es eine Ungleichbehandlung zwischen der Finanzierung der Ausbildung von Rettungssanitätern/innen und Notfallsanitätern/innen. Deshalb muss auch die Finanzierung des Führerscheins beim Notfallsanitäter/in in die Finanzierung mit aufgenommen werden.

Da allerdings die Ausbildung von Notfallsanitätern/innen durch die bundeseinheitliche Ausbildungs- und Prüfungsverordnung bestimmt ist und der Führerschein kein Bestandteil dieser Verordnung ist, schlagen wir vor, die Erlangung des Führerscheins C1 für Notfallsanitäter/innen zu bezuschussen. Dadurch werden Freiheiten bzgl. der Wahl der Fahrschule und der Ausbildungszeiten geschaffen.

In diesen Zusammenhang möchte wir darauf aufmerksam machen, dass nicht nur die Vereinbarung der Kosten für den Führerschein ein Problem bei der Vereinbarung von Benutzerentgelten in Thüringen sind. Durch die bestehenden Thüringer KLN-Verordnung sowie die fehlende Schiedsstelle werden in Thüringen nicht alle Kosten des Rettungsdienstes erstattet und unterliegen zudem zeitlichen Schwankungen.

## **Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Drucksache 7/7780**

### **1. Lehrleitstelle**

Die Errichtung und der Betrieb einer Lehrleitstelle durch das Land Thüringen wird begrüßt. Der Bezug auf die finanzielle Unterstützung beim Bau und der Ausstattung durch das Land greift zu kurz. Es fehlt an Bestimmungen welche Aufgaben die Lehrleitstelle übernehmen soll, an welcher Technik (die in allen bestehenden Leitstellen in Thüringen unterschiedlich ist) die Lehre stattfinden soll und wer die Kosten der Aus- und Weiterbildung übernimmt.

### **2. Ergänzender Einsatz von Telenotärzten**

Die Einführung des ergänzenden Einsatzes von Telenotärzten zur Unterstützung des Rettungspersonals am Notfallort wird ebenfalls unterstützt.

Der Auftrag der kassenärztlichen Vereinigung Thüringens benötigt allerdings Regeln zum Betrieb des Systems. Rettungsdienstpersonal muss regelmäßig eingewiesen werden. Die bestehende technische Infrastruktur war pandemiebedingt und unterlagen Ausnahmebestimmungen. Für einen regelgerechten Gebrauch in der täglichen Versorgung bedarf es weiterer erheblicher Anstrengungen für den Bereich der technischen Ausstattung, des Umfangs der Leistungen, der technischen Sicherheit sowie des Datenschutzes. Es bedarf weiterhin einer Klarstellung des Begriffes „Ergänzender Einsatz“.

Ein Hinweis auf die Kostentragung durch die Träger der Kranken- und Unfallversicherung reicht nicht aus. Die Kosten müssen auf für Aufgabenträger und Durchführende vollständig über den § 20 ThürRettG vereinbar sein und über die KLN-VO finanziert werden.

Die Vorschläge zur Ergänzung des §7 mit Absatz 6 bedürfen einer weiteren juristischen Prüfung.

Begründung: Der Telenotarzt hat keine Möglichkeit vor der Erteilung zur Durchführung von heilkundlichen Maßnahmen, sich vom Wissen und den Fertigkeiten des Rettungsdienstpersonals zu überzeugen. Letztendlich muss der Telenotarzt die Verantwortung für seine Beratung und Unterstützung übernehmen. Es besteht die Gefahr, dass Telenotarzt und Rettungspersonal unterschiedliche Meinungen vertreten, da der Telenotarzt nur aufgrund von Bild- und Tondaten wirken kann, das Rettungspersonal allerdings weitere Daten wie über Umweltdaten oder Vorkenntnisse verfügt. Hier wird die Regelung der Verantwortung dringend benötigt.

Die Aufklärung des Notfallpatienten über die Aufzeichnung der Bild- und Tondaten muss ebenfalls rechtlich gesichert sein.

Der § 8 Abs. 2 ThürRettG zum Einsatz des Telenotarztes beim arztbegleiteten Krankentransport kann nicht von einer „sicheren“ Kommunikationsverbindung abhängig gemacht werden. Hierzu müssten die Beteiligten diese Kenntnisse über eine „sichere“ Verbindung bereits vor

Aufgabenstellung haben und wissen, ob die Netzverbindung jederzeit stabil läuft. Dies ist in Deutschland nicht gegeben.

Der Gesetzesentwurf pauschalisiert im § 14 den Begriff „Aufnahme- und Dienstbereitschaft“ von Krankenhäusern. Der Verweis auf „geeignete technische Maßnahmen“ zur Meldung freier Betten und sonstiger Versorgungskapazitäten ist für ein funktionierendes System der Schnittstelle Rettungsdienst-Krankenhaus nicht geeignet. Hier bedarf es konkreter Bestimmungen, technischer Lösungen und finanzieller Sicherung.

Da es sich beim Begriff „Versorgungskapazität“ um einen undefinierten Rechtsbegriff handelt, wird vorgeschlagen, bestehende Module, wie IVENA zu nutzen und diese bei Bedarf auszubauen. Sollten weiterhin die Begriffe aus der vorliegenden Begründung zu Nr. 5 (Änderung des § 14 ThürRettG) benutzt werden, müssen Regeln, zeitliche Abläufe und Finanzierungen bestimmt werden. Die Krankenhäuser müssen und Behandlungseinrichtungen benötigen hierzu entsprechende Unterstützung.

Es wird für die Formulierung des § 14 Absatz 3 weiterhin vorgeschlagen, dass es Aufgabenträgern und Leitstellen erlaubt wird, über öffentlich-rechtliche Verträge, Nachweise und Einsatzindikationen für die Aufnahme- und Dienstbereitschaft von Krankenhäusern und anderer für die weitere Versorgung geeigneter Behandlungseinrichtungen auch außerhalb des Rettungsdienstbereiches zu erstellen und zu führen. In grenznahen Gebieten befinden sich die Einrichtungen oft außerhalb von Thüringen und außerhalb des Rettungsdienstbereiches.

### **3. Experimentierklausel**

Die Einführung einer Experimentierklausel halten wir für sinnvoll. Als Durchführender im Rettungsdienst sehen wir allerdings die Kompetenz vorwiegend bei den Aufgabenträgern gegeben.

### **4. Anpassung der Zusammensetzung des Landesbeirates**

Es wird begrüßt, dass die Vertretung der kommunalen Spitzenverbände im Landesbeirat gestärkt wird. Die Insolvenzen der letzten Jahre haben gezeigt, dass ein ausufernder Kostendruck auch „große“ Leistungsträger unter Druck setzt und diese eine Risikominimierung durch die Aufgabe des Rettungsdienstes für sich selbst betreiben. Insolvenzen, Neugründungen und weiteres privatisieren sind hierfür ein Zeichen. Die kommunale Verpflichtung als Aufgabenträger im Rettungsdienst bleibt und muss gestärkt werden.

### **Beantwortung der Fragen des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtages (Anlage 3)**

1. Die Einführung des Telenotarztes kann die notärztliche Versorgung ergänzen und nicht ersetzen. Sie beschleunigt die Digitalisierung des Rettungsdienstes.
2. Es ist eine gesetzliche Abgrenzung der Befugnisse und Aufgaben des Telenotarztes gegenüber den bodengebundenen Notärzten und den Notfallsanitätern nötig.
3. Der Telenotarzt stellt eine Ergänzung der notärztlichen Leistung dar. Damit gehört er in die Aufgabenstellung der KVT.
4. Siehe Beantwortung der Frage 3.
5. Der Entwurf bedarf einer Überarbeitung.
6. Die Ersthelferalarmierung ist derzeit keine geeignete Hilfe. Es fehlen in Thüringen hierfür die Strukturen und die Rechtsgrundlagen.
7. Es muss ein sicheres und stabiles Funk- und Fernmeldenetz geschaffen werden.
8. Es sind derzeit keine Auswirkungen aus dem Betrieb einer Lehrleitstelle für die notärztliche Versorgung erkennbar.
9. Siehe Beantwortung der Frage 2 und dem bestehenden Indikationskatalog für Notärzte lt. Landesrettungsdienstplan
10. Auf die Probleme der Kompetenzen der Notfallsanitäter und der Telenotärzte wurde bereits in der Stellungnahme zur Drucksache 7/7780 hingewiesen. Hier muss eindeutig die Letztverantwortung bestimmt werden. Es müssen Regelungen für das Versorgungsgebiet im grenznahen Raum geschaffen werden.
11. Die Einführung des Telenotarztes in Thüringen ist zukunftsweisend und sollte wissenschaftlich begleitet werden.
12. Das nichtärztliche Personal ist verpflichtet, entsprechend der Anforderung des Krankenhauses und des Gesundheitszustandes, den Notarzt anzufordern. Der arztbegleitete Transport muss bleiben.
13. Hier muss zunächst definiert werden, was „sonstige Versorgungskapazitäten“ sind. Hinzu kommt, dass „feie Betten“ nicht gleichzeitig „belegbare Betten“ sind. Hier bedarf es weiterer Anstrengungen. Der Landesrettungsdienstplan reicht hierfür nicht aus.
14. Die Experimentierklausel ist neu. Sie sollte zunächst erprobt werden. Es ist dem Gesetzgeber immer möglich, Anpassungen bei Änderungsbedarf vorzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

Leiter Rettungsdienst

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?															
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstes (ThürRettG) Drucksachen 7/7394, 7/7450 und 7/7780															
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>														
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen.</td> <td style="padding: 5px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Sternplatz 7</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">01067 Dresden</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen.	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Sternplatz 7		Postleitzahl, Ort		01067 Dresden	
	Name	Organisationsform													
	AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen.	Körperschaft des öffentlichen Rechts													
	Geschäfts- oder Dienstadresse														
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)														
	Sternplatz 7														
Postleitzahl, Ort															
01067 Dresden															
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>														
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort					
	Name	Vorname													
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>														
	Straße, Hausnummer														
Postleitzahl, Ort															

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Gesetzliche Krankenversicherung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG) Es wird zu den Themen Lehrleitstelle, Telenotarzt, Experimentierklausel und Kostenrefinanzierung der einheitlichen mobilelektronischen Einsatzdokumentation eine Stellungnahme abgegeben, die die weitesten Schnittmengen mit dem Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 aufweist. In einzelnen Punkten werden Änderungen oder Ergänzungen begründet.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation <b>zu</b> ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	



<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	-------------------------------

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
12. Juni 2023	

THÜR. LANDTAG POST  
14.06.2023 10:40

**15822/2023**

AOK PLUS · 01058 Dresden

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für  
Sachsen und Thüringen.  
Hauptverwaltung  
Sternplatz 7, 01067 Dresden

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek),  
Landesvertretung Thüringen  
Lucas-Cranach-Platz 2, 99097 Erfurt

BKK Landesverband Mitte  
Landesvertretung Thüringen  
Pfortchenstr. 1, 99096 Erfurt

IKK classic  
Landesvertragspolitik Mitte-Ost  
Eislebener Straße 1, 99086 Erfurt

KNAPPSCHAFT  
Regionaldirektion Frankfurt  
Galvanistr. 31, 60486 Frankfurt

Sozialversicherung für Landwirtschaft,  
Forsten und Gartenbau (SVLFG)  
Weißensteinstr. 70-72, 34131 Kassel

Datum  
12. Juni 2023

## **Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstes (ThürRettG)**

Drucksachen 7/7394, 7/7450 und 7/7780

hier: Stellungnahme im Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des  
Thüringer Landtags

Sehr geehrter Ministerialrat Stöffler,  
sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses,

nachfolgend erhalten Sie die gemeinsame Stellungnahme der Landesverbände der Krankenkassen und der Ersatzkassen in Thüringen zu den geplanten Änderungen im Thüringer Rettungsdienstgesetz. Die im Briefkopf benannten Kostenträger in Thüringen haben sich entschlossen, diese bewährte Form der Anhörung bei Gesetzesvorhaben der Landesregierung zu nutzen. In Fragen des Rettungsdienstes sind die Krankenkassen gehalten, gemeinsam und einheitlich zu agieren. Somit können Sie bei der Bewertung der Stellungnahme der Kostenträger auf dieses Papier zurückgreifen. Die Stellungnahme ist thematisch angeordnet.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

### **Lehrleitstelle**

Der Betrieb einer Lehrleitstelle nach § 14 Abs. 5 (neu) ThürRettG bildet das Vorhaben einer redundanten Leitstellenstruktur für Thüringen gesetzlich ab. Die Lehrleitstelle sollte, wie der Gesetzentwurf (Drucksache 7/7780) es vorsieht, neben Aufgaben der Aus-, Fort- und Weiterbildung auch die Aufgabe einer redundanten Leitstelle beim Ausfall einer Zentralen Leitstelle sein. Die weitere Verwendung der Lehrleitstelle als Testplattform erscheint darüber hinaus sinnvoll.

Der Betrieb der Lehrleitstelle fällt grundständig in die Zuständigkeit der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule. Die Stadt Gera soll allerdings den Betrieb der Lehrleitstelle durchführen.

Hinsichtlich der angedachten Leitstellenreform ist zu überdenken, ob die Lehrleitstelle zwar in Gera angesiedelt ist, jedoch als landesunmittelbare Stelle dem Land zugeordnet bleibt. Dies bietet den Vorteil, dass ebenfalls die zwei geplanten Technikzentren für die gesamte Leitstelleninfrastruktur (also alle Regionalleitstellen im Leitstellenverbund) dort angegliedert und personell mit Beschäftigten des Landes ausgestattet werden können. Kontroversen zu Weisungsbefugnissen zwischen Gebietskörperschaften bzw. bei Anfragen anderer Regionalleitstellen könnten so im Wesentlichen ausgeschlossen werden.

Die Kostenbeteiligung der Träger der Regionalleitstellen an der Lehrleitstelle auf Basis einer Verwaltungsvereinbarung erscheint sinnvoll. Beim Betrieb, der Ausstattung, dem personellen Umfang und weiterer organisatorischer sowie kostenrelevanter Entscheidungen muss daher Einvernehmen mit den Trägern der Regionalleitstellen erzielt werden.

### **Telenotärzte**

Als Ergänzung der notärztlichen Sicherstellung soll die Aufgabenträgerschaft für die telenotärztliche Versorgung, so wie es der Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN (Drucksache 7/7780) und auch der Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP (Drucksache 7/7394) vorsieht, folgerichtig der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen (KVT) obliegen.

Die Funktion eines Telenotarztes ist aus Sicht der Kostenträger keine eigenständige Leistung des ThürRettG, sondern eine Ergänzung der notärztlichen Versorgung im boden- und luftgebundenen Rettungsdienst.

Die dafür erforderliche ergänzende gesetzliche Regelung in § 7 ThürRettG vorzunehmen, ist damit systemimmanent und zutreffend.

Dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drucksache 7/7450 -1) stehen die Kostenträger kritisch gegenüber. Hierin soll ein eigener Sicherstellungsauftrag für Telenotärzte mit bislang systemfremden Strukturen entstehen. Diese wären aus Sicht der Landesverbände der Krankenkassen und Ersatzkassen in Thüringen unwirtschaftlich und ineffektiv (z. B. zusätzliche Verwaltungsaufgaben, Zeitfaktor). Im Sinne einer Fortentwicklung von modernen notärztlichen Versorgungsstrukturen, inklusive digitaler Unterstützungssysteme, muss die Methodik der telemedizinischen Leistung bestehende Komponenten ergänzen und verbessern.

Aufgrund der bereits sonst vorhandenen gesetzlichen sowie vertraglichen Strukturen für die notärztliche Versorgung mit der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringens als etablierter Aufgabenträger, befürworten die Landesverbände der Krankenkassen und Ersatzkassen in Thüringen die Aufnahme der telenotärztlichen Versorgung in das Ländergesetz in der Form, wie es der Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN (Drucksache 7/7780) grundsätzlich vorsieht.

Die Kostenträger sind sich ergänzend dazu in ihrer Einschätzung jedoch einig, dass es nicht in die Zuständigkeit der GKV fällt, den Aufbau oder den Erhalt von Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu finanzieren. Die sächliche Ausstattung für die flächendeckende Einführung der telenotärztlichen Versorgung in der Notfallrettung soll daher vom Freistaat Thüringen zur Verfügung gestellt werden.

Mit einer Trägerschaft der KVT kann die telenotärztliche Versorgung zeitgleich und flächendeckend in Thüringen umgesetzt werden.

Eine Konzeption für den Telenotarzt-Einsatz sowie die Festlegungen von Qualifikationsanforderungen und Aufgaben an den Telenotarzt sind erforderlich. Dies gilt auch für eine landesweite personelle Bedarfsplanung.

Hinsichtlich der Befugnisse und des Einsatzes der Telenotärzte gilt der im Landesbeirat festgelegte Indikationskatalog. Die vorgesehenen Möglichkeiten für den Einsatz der telenotärztlichen Versorgung erscheinen sinnvoll. Folglich wird die Ergänzung von § 10 Abs. 2 S. 2 Nr. 5 ThürRettG befürwortet.

Zu klären sind die personelle Anzahl der Telenotärzte und die sächliche Ausstattung.

Die Vertreter der Kostenträger empfehlen dafür, dass der Landesbeirat Rettungswesen (als landesweit einziges paritätisch besetztes Gremium) entsprechende Empfehlungen für die telenotärztliche Versorgung für den Freistaat Thüringen abgibt. Die vom Landesbeirat empfohlene Vorhaltung ist im Landesrettungsdienstplan zu integrieren.

Somit wird eine Ergänzung von § 10 Abs. 2 ThürRettG notwendig.

Die Telenotärztliche Unterstützung kann, als virtuelle Komponente, standortunabhängig erfolgen. Sie könnte vom Sitz der Kassenärztlichen Vereinigung in Weimar, wie auch von einer der neu strukturierten Regionalleitstellen Thüringens ausgehen. Die technischen Voraussetzungen werden mit der Leitstellen-Strukturreform geschaffen. Zusätzlich vergrößert die Regionalität möglicherweise die Bereitschaft der Ärzte, als Telenotärzte tätig zu sein.

Zur Bild- und Tonübertragung sowie dem Löschkonzept haben wir keine Anmerkungen.

#### Ergänzungen zu den Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses zum Telenotarzt in Anlage 3

1. Frage: Welche Auswirkung hätte die Einführung des Telenotarztes auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?

Die Sicherstellung der notärztlichen Versorgung wird verbessert, da das arztfreie Intervall überbrückt werden kann. Ebenso muss für niedrigschwellige Einsätze die notärztliche Ressource nicht immer vor Ort sein (vgl. Indikationskatalog für Telenotärzte). Die Versorgung wird verbessert, da die Präsenz von Notärzten vor Ort für den Einsatz an schwerwiegenden Notfällen erhöht werden kann. Parallele, niedrigschwellige Einsätze können über die telemedizinische Versorgung, gemeinsam mit den Fachkräften vor Ort, bewältigt werden.

2. Frage: Ist eine gesetzliche Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ des Telenotarztes gegenüber den regulären bodengebundenen Notärzten erforderlich?

Nein. Aus Sicht der Kostenträger bedarf es keiner weiteren Abgrenzung zu den „Befugnissen und Aufgaben“

3. Frage: Erfordert die Einführung des Telenotarztes einen neuen Aufgabenträger?

Nein. Da die telenotärztliche Versorgung die notärztliche Versorgung ergänzt, wird kein zusätzlicher Aufgabenträger benötigt. Die Strukturen der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen sollten auch für die telenotärztliche Versorgung genutzt werden. Bereits getätigte Investitionen in die Ausstattung der Rettungsmittel sollen erhalten bleiben. Die organisatorischen Abläufe der telenotärztlichen Versorgung sind bereits als Ausfallreserve aus der Coronapandemie heraus etabliert. Eine Ergänzung der Vertragsbeziehungen mit der KVT für die telenotärztliche Versorgung erscheint für Thüringen die wirtschaftliche Option.

4. Frage: Wie würde sich die Einführung eines neuen Aufgabenträgers auf die Kosten und Haftung auswirken?

Ein anderer Aufgabenträger, als die KVT, würde unnötigerweise zusätzliche Kosten (z. B. Strukturkosten, zusätzliche Verwaltungskosten und Versicherungsaufwendungen) verursachen.

7. Frage: Die gesetzliche Verankerung welcher weiteren digitalen Errungenschaften sind erforderlich, um die notärztliche Versorgung in Thüringen weiter zu verbessern?

Keine. Die telenotärztliche Versorgung sollte zunächst mit den bereits vorhandenen technischen Ausstattungen weiterbetrieben und landesweit in der gesamten Notfallrettung umgesetzt werden.

Es ist auf den Stand der Technik abzustellen und die Wirtschaftlichkeit zu wahren. Eine zweijährige wissenschaftliche Begleitung, ähnlich zu den Erprobungsvorhaben, soll die gemäß § 34a ThürRettG angedachten Aspekte berücksichtigen. Die weitere Entwicklung der telenotärztlichen Versorgung sollte unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Evaluation erfolgen.

8. Frage: Welche Auswirkungen hätte die Einrichtung und der Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?

Keine.

9. Frage: Sollte künftig der Notarzt bei den entsprechenden Indikationen auch zwingend dann zum Notfallort fahren müssen, wenn das nichtärztliche Rettungspersonal den Patienten bereits auf Weisung durch den Telenotarzt behandeln konnte (§ 7 Abs. 6 S. 3 ThürRettG -E Drs. 7/7780)?

Nein. Sofern die telenotärztliche Versorgung die Notwendigkeit einer ärztlichen Entscheidung sicherstellt und aus medizinisch-fachlicher Sicht kein Notarzt vor Ort benötigt wird, sollte kein Notarzt zum Notfallort gerufen werden. So können sich Notärzte und Telenotärzte ergänzen und Synergieeffekte entstehen. Nur mit einer Entlastung der notärztlichen Ressource im „fahrenden Dienst“ können im Rettungsdienst etwaige künftige Mehrbedarfe bei anhaltendem bzw. fortschreitendem Personalmangel entgegnet werden.

10. Frage: Welche Rolle nimmt der Notfallsanitäter aus Ihrer Sicht perspektivisch ein, sobald der Telenotarzt eingeführt wurde?

Die Notfallsanitäter gewinnen als medizinische Fachkraft vor Ort durch die telenotärztliche Weisungsbefugnis weiter an Bedeutung. Die Kompetenzen werden gefestigt.

Besteht unter diesem Gesichtspunkt noch Änderungsbedarf an den Gesetzentwürfen?

Nein.

11. Frage: Sollte die Regelung zu Telenotärzten ebenfalls vorsehen, dass deren Einsätze unter wissenschaftlicher Begleitung auszuwerten sind?

Ja, denn die telenotärztliche Versorgung wurde nicht umfangreich erprobt. Sofern Erprobungen stattgefunden haben, ist deren Evaluation auf Basis persönlicher Erfahrungen erfolgt und wurden nicht wissenschaftlich begleitet oder systematisch evaluiert. Gleichzeitig versprechen sich die Kostenträger, begründet aus Erfahrungen anderer Bundesländer und einem Pilot-Projekt des Innovationsfonds, für die Zukunft eine Entlastung der notärztlichen Ressource sowie Synergieeffekte für den gesamten Rettungsdienst.

12. Frage: § 8 Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) gibt vor, dass ein Telenotarzt die ärztliche Betreuung übernehmen kann, sofern das abgebende Krankenhaus dies anfordert und der Telenotarzt zustimmt. Sollte die Einschätzung des vor Ort eingesetzten nichtärztlichen Rettungspersonals ebenfalls in der Regelung berücksichtigt werden?

Nein. Die Verantwortung über die Entscheidung eines arztbegleiteten Krankentransports trägt letztlich ein Arzt. Sofern dieser sich Rat von nichtärztlichem Rettungspersonal einholt, mag dies in einigen Fällen sinnvoll sein. Eine gesetzliche Verpflichtung hierfür sollte jedoch nicht vorgesehen werden, da im Zweifel Haftungsfragen zu klären wären.

### **Experimentierklausel**

Die Verbände der Kostenträger unterstützen Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, den Rettungsdienst in Thüringen leistungsfähig zu gestalten und dabei ein Plus an Versorgungsqualität zu ermöglichen. Insofern verstehen wir die Chancen, die sich mit der Umsetzung einer Experimentierklausel im Thüringer Rettungsdienstgesetz ergeben können.

Diese soll temporäre Abweichungen von den gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen erlauben, sodass zukunftsfähige Vorhaben unter wissenschaftlicher Begleitung erprobt und anschließend evaluiert werden können.

Bedeutend ist, den Fokus auf wichtige und wirkungsstarke Aufgaben zu legen. Ein Vorhaben zur Erprobung einer temporären Abweichung von bestehenden Regeln sollte mit Sorgfalt und Aussicht auf den größtmöglichen Nutzen ausgewählt werden. Wir begrüßen, dass Konzepte unter anderem hinsichtlich ihres Potentials für die Erhaltung oder Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Rettungsdienstes aufgegriffen werden.

Darüber hinaus sollten die Konzepte der Erhaltung oder Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, der Leistungsfähigkeit oder der Qualitätsverbesserung des Rettungsdienstes dienen. Als dringendes Erfordernis soll auf die Verbesserung der Versorgungssicherheit, auf Kosteneinsparungen bei gleichbleibender Qualität oder Kostenneutralität des jeweiligen Projektes in einem Projektantrag eingegangen werden. Dies Punkte stellen somit feste Bewertungskriterien dar.

Positiv ist insbesondere, dass im Kreis der Antragsberechtigten gegenseitiges Einvernehmen herzustellen ist (Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 zu § 34a Abs. 2).

Ergänzend werden zur Planungssicherheit der Kostenträger folgende Änderungen vorgeschlagen:

#### **1. Anpassung Entwurf § 34a Abs. 2, Satz 4:**

Die Finanzierung der Kostenträger erfolgt grundsätzlich über kostendeckende Benutzungsentgelte. Daher schlagen wir vor, den Wortlaut folgendermaßen anzupassen:

*„Wird der Antrag von einem Aufgabenträger des Rettungsdienstes nach § 5 oder einem Durchführenden gestellt, bedarf er des Einvernehmens der Kostenträger. Die laut Antrag geplanten wirtschaftlichen Kosten für die von dem Erprobungsvorhaben betroffenen rettungsdienstlichen Leistungen werden über die Benutzungsentgelte gem. § 20 bzw. § 21 Thür-RettG finanziert.“*

2. Weiterhin sollte § 34a Abs. 3 ergänzt werden:

„Die Ausnahme wird auf *zwei zeitgleiche Projekte begrenzt* und für höchstens zwei Jahre zugelassen; sie kann auf Antrag um ein Jahr verlängert werden. § 34a Abs. 2, S. 3 [*Herstellung des Einvernehmens*] und S. 4 [*Refinanzierung der geplanten Kosten über Benutzungsentgelte*] gelten entsprechend.“

Die Finanzierung durch Kostenträger ist grundsätzlich sachgerecht. Schlussendlich kommen Verbesserungen, die über eine Erprobung nach dieser Klausel in die Regelversorgung des Rettungsdienstes aufgenommen werden, allen Benutzern des Rettungsdienstes zugute. Die den Leistungserbringern im Rettungsdienst und den Kostenträgern entstehenden Kosten für Erprobungsvorhaben sind bislang jedoch kaum abschätzbar. Eine vorausschauende Haushaltsplanung bzw. eine Kostenbegrenzung für mehrere zeitgleiche Projekte ist bisher nicht vorgesehen.

Jedoch sollte der Umfang von Erprobungsvorhaben nicht völlig grenzenlos sein. Die Kostenträger könnten bei diversen Anträgen über mehrere Jahre einseitig überfordert werden. Daher sollte die maximale Anzahl der zeitgleichen Projekte begrenzt werden.

Bei Verlängerung der Erprobungsvorhaben gelten § 34 Abs. 2, Satz 3 und 4 entsprechend. Es soll das Einvernehmen mit den Kostenträgern hergestellt werden und die geplanten wirtschaftlichen Kosten des Erprobungsvorhabens im Verlängerungszeitraum über Benutzungsentgelte finanziert werden.

3. Zur Sicherstellung einer zeitnahen Evaluation wird (optional) vorgeschlagen § 34a Abs. 5 anzupassen.

„Das für Rettungswesen zuständige Ministerium legt dem für Rettungswesen zuständigen Ausschuss des Landtages zeitnah *spätestens 18 Monate* nach Abschluss der Evaluierung einen Bericht vor [...]“

#### Ergänzungen zur Fragestellung des Innen- und Kommunalausschusses zur Experimentierklausel in Anlage 3

14. Frage: Sehen Sie Änderungsbedarf gegenüber diesen materiellen und zeitlichen Vorgaben für eine zulässige Anwendung der Experimentierklausel?

Ja, wie oben beschrieben:

Erprobungsvorhaben sowie die Finanzierung über Benutzungsentgelte nach § 20 bzw. § 21 ThürRettG können nur im Einvernehmen mit den Kostenträgern hergestellt werden. Bei Verlängerung des Erprobungsvorhabens ist erneut das Einvernehmen mit den Kostenträgern herzustellen und die Finanzierung der geplanten Kosten über Benutzungsentgelte zu besprechen. Die geplanten Kosten und deren Finanzierung über Benutzungsentgelte stehen damit unmittelbar im Zusammenhang mit der Herstellung des Einvernehmens.

#### **Kostenrefinanzierung für einheitliche mobilelektronische Einsatzdokumentation**

Die Kostenträger erwarten mit der Digitalisierung im Rettungsdienst eine Verbesserung von Schnittstellen im (Daten-)Informationsaustausch, hinein in alle Prozessschritte. Diese Verbesserungen beginnen mit der Aufnahme des Notrufes in der Leitstelle, der Weitergabe an das Rettungsmittel, in Ausführung des Einsatzes in Verbindung mit einer Voranmeldung im Krankenhaus und enden idealerweise mit Synergien für die Abrechnung sowie die Statistik.

Schlussendlich wird ein Prozess im Einsatzmanagement für den Rettungsdienst angepasst. Der Hilfesuchende ist davon nicht tangiert und erlebt dessen Auswirkung im Ablauf nicht. Grundsätzlich sind die Rettungsdiensteinsätze am Bürger - wie bisher - auch ohne digitale Unterstützung umsetzbar.

Die Einführung von digitalen Unterstützungssystemen ist in einer sich verändernden Arbeitswelt nicht nur zeitgemäß, sondern soll vorrangig für die Beteiligten Vorteile mit sich bringen. Für die Kostenträger ist bei der Umsetzung wichtig, dass Digitalisierung ganzheitlich, einheitlich und bereichsübergreifend erfolgt, um wirtschaftlich zu sein. Unnötige Schnittstellen aufgrund von Einzellösungen erscheinen nicht wirtschaftlich. Gleichzeitig sollten die landesweit eingesetzten Tablets mittelfristig dem Stand der Technik entsprechen und weitergehende Regelungen getroffen werden, sodass im Rettungsdienst auf vergleichsweise teure Hybrid-Lösungen mit Papierprotokollen gänzlich verzichtet werden kann. Papiergebundene Prozesse sollten zur Erreichung von Synergien der Vergangenheit angehören.

Zudem begrüßen die Kostenträger die bereits erfolgte finanzielle Unterstützung des Freistaates Thüringen, um im Rahmen der Daseinsvorsorge die mit der Digitalisierung einhergehenden Investitionen einer zentralen Lösung, zu fördern. Hier sehen wir eine gute Basis für einen wirtschaftlichen Umgang mit den nachfolgenden Betriebskosten.

Der Freistaat Thüringen hat mit der Anschubfinanzierung der mobilelektronischen Einsatzdokumentation im Rahmen des hoheitlichen Bereiches der Gefahrenabwehr und Daseinsvorsorge (Bericht über die Finanzierung des Rettungsdienstes des Bundesrechnungshofes von 2018) einen wichtigen Impuls gesetzt.

Die stetig notwendige Ersatzbeschaffung von Hardware und die IT-Betreuung sollten - möglicherweise durch eine dauerhafte Förderung des Landes - im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung und des bestehenden Auftrags zur Qualitätssicherung, die Träger des Rettungsdienstes sicherstellen.

Daher sprechen sich die Landesverbände der Krankenkassen und Ersatzkassen in Thüringen dafür aus, den Wortlaut im Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN (Drucksache 7/7780) folgendermaßen anzupassen:

- In § 20 Abs. 2 Satz 3 werden nach dem Wort „Rettungsdienst“ ein Komma und die Worte „die *Betriebskosten* für eine einheitliche mobilelektronische Einsatzdokumentation“ eingefügt,
- In § 21 Abs. 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Notärzte“ ein Komma und die Worte „die *Betriebskosten* für eine einheitliche mobilelektronische Einsatzdokumentation, die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb eines Telenotarztsystems“ eingefügt.

Bei Fragen können Sie sich gern an Mike Stolle unter der Telefonnummer 0800 10590-60191 bzw. per E-Mail: [mike.stolle@plus.aok.de](mailto:mike.stolle@plus.aok.de) oder an die Ihnen bekannten Ansprechpartner bei den anderen Kassen wenden.

Freundliche Grüße

Geschäftsführer Gesundheitspartner



**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Geszentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Geszentwurfs)?											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung</b> Geszentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 717394 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung Thüringer Telenotarzt</b> Geszentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 717450 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Geszentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 717780 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> <i>Verband der des CDLe. V. Landesverband Thüringen</i> </td> <td> <i>e. V.</i> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td> <i>Jan-Hagering-Ring 152</i> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> <i>99084 Erfurt</i> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Verband der des CDLe. V. Landesverband Thüringen</i>	<i>e. V.</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Jan-Hagering-Ring 152</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>
Name	Organisationsform										
<i>Verband der des CDLe. V. Landesverband Thüringen</i>	<i>e. V.</i>										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Jan-Hagering-Ring 152</i>										
Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>										

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilidokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilidokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	

	In welcher Form haben Sie sich geäußert?
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail
	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)
	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Erfurt, 06.06.2022</i>	

**Stellungnahme der Landesfachkommission (LFK) Gesundheitswirtschaft Thüringen im  
Wirtschaftsrat Deutschlands****Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte  
Digitalisierung der Notfallversorgung**

Gesetzesentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP

- Drucksache 7/7394 -

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung eines  
Thüringer Telenotarztes**

Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/7450 -

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/7780 -

Erfurt, der 06. Juni 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zunächst herzlichen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme im Rahmen des  
Anhörungsverfahrens nach §79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags.

Nach Sichtung der Unterlagen die der Landesfachkommission Gesundheit des Wirtschaftsrates  
Thüringen vorliegen, möchten wir Ihnen folgende Einschätzung übermitteln, indem die nun  
folgenden Fragen bewertet und beantwortet worden sind.

1. Welche Auswirkung hätte die Einführung des Telenotarztes auf die notärztliche Versorgung in  
Thüringen?

Die Einführung eines Telenotarztes als ergänzendes Mittel zum Boden- bzw. luftgebundenen  
Notarztsystem des Freistaates Thüringen bewerten wir als äußerst sinnvoll und längst überfällig. Der  
Telenotarzt kann nach Erstbeurteilung des Patienten (ABCDE- Schema) durch das eingetroffene  
Rettungsfachpersonal aktiviert werden. Dies ist im Besonderen für Einsatzindikationen geeignet, die  
niederschwellige, beratende oder begleitende Funktion haben bzw. im Rahmen von Einsatzlagen das  
Rettungsfachpersonal bis zum Eintreffen eines Notarztes am Einsatzort begleiten.

2. Ist eine gesetzliche Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ des Telenotarztes  
gegenüber den regulären bodengebundenen Notärzten erforderlich?

Ja! Es ist zu beachten, dass ein Telenotarzt zunächst die gleichen Zugangsvoraussetzungen erfüllen  
muss, wie ein Notarzt im klassischen mobilen Einsatzdienst. (Fachkundenachweis Rettungsdienst /  
Notarzt und Erlaubnis durch die LÄK) Zusätzlich muss ein Telenotarzt zwingend erweiterte  
Qualifikationen erfüllen, die mit denen eines Disponenten einer Rettungsleitstelle verglichen werden  
müssen. Eine klare, deutliche und nahezu akzentfreie Aussprache des Telenotarztes (m/w/d) ist der  
Schlüssel für eine erfolgreiche Einführung eines Telenotarztsystems als auch der  
Patientenbehandlung! Weiterhin muss ein Telenotarzt schlicht weg psychisch geeignet sein, um  
medizinische Sachverhalte telekommunikativ begleiten zu können.

3. Erfordert die Einführung des Telenotarztes einen neuen Aufgabenträger?

Eine Trägervielfalt neben der Kassenärztlichen Vereinigung wird klar durch den Wirtschaftsrat empfohlen, da die Träger der Rettungsleitstellen gleichermaßen in die Lage des Aufgabenträgers versetzt werden sollten. Die weitere Reduktion der Rettungsleitstellen in den kommenden Jahren bei gleichzeitiger Modernisierung und Gebietsneuordnung sind ideal für eine Integration von Telenotarztplätzen. Einsatztaktisch ist die räumliche Nähe eines für ein Gebiet zugeteilten Telenotarztes in die Belange der Rettungsleitstelle zu empfehlen.

4. Wie würde sich die Einführung eines neuen Aufgabenträgers auf die Kosten und Haftung auswirken?

Es werden Kosten durch die weitere Implementierung von Telenotarztplätzen erwartet die sich allerdings durch die frühzeitige Behandlung und damit Verkürzung des arztfreien Intervalls in der Regel als Kostenersparnis im Krankheits- und Behandlungsverlauf des Patienten niederschlagen.

5. Wie bewerten Sie den Entwurf einer Experimentierklausel?

Eine Experimentierklausel wird klar befürwortet, da sie als Möglichkeit zur unkomplizierten Weiterentwicklung des Thüringer Rettungswesens beiträgt und Grundlage für zeitliche bzw. regional begrenzte Projekte darstellt.

6. Stellt die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens dar?

Die Alarmierung via Smartphone wird in Thüringen bereits aktiv und erfolgreich genutzt. Exemplarisch sei an dieser Stelle die seit vielen Jahren bewährte Alarmierung der SEG Rettungsdienst (Schnelleinsatzgruppe) der Landeshauptstadt Erfurt durch die Rettungsleitstelle Erfurt erwähnt. Voraussetzung ist allerdings, dass derjenige Ersthelfer (First Responder) alarmiert wird, dessen Smartphone auch in unmittelbarer Nähe des Einsatzortes durch eine Rettungsleitstelle geortet werden kann.

7. Die gesetzliche Verankerung welcher weiteren digitalen Errungenschaften sind erforderlich, um die notärztliche Versorgung in Thüringen weiter zu verbessern?

Die Landesfachkommission Gesundheitswirtschaft des Wirtschaftsrates sieht Handlungsbedarf in der gesetzlichen Verankerung der Bettenkapazitäten im Echtzeitbetrieb im Landesrettungsdienstgesetz. Eine Abbildung dieser Maßnahme ausschließlich über den Landesrettungsplan wird als nicht ausreichend bewertet. (siehe auch Antwort zu Frage 13)

8. Welche Auswirkungen hätte die Einrichtung und der Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?

Die Einrichtung einer Lehrrettungsleitstelle ist ausschließlich positiv zu bewerten. Neben dem Lehrbetrieb kann diese als „Ersatzleitstelle“ genutzt werden, wenn eine andere Rettungsleitstelle Wartungsmaßnahmen unterzogen werden muss. Weiterhin kann eine Lehrleitstelle in die Lagepläne von Großschadenslagen eingebunden werden, da die Ausbilder der Leitstellendisponenten in diesen Situationen zur Abarbeitung der anfallenden Leitstellenaufträge genutzt werden können.

9. Sollte künftig der Notarzt bei den entsprechenden Indikationen auch zwingend dann zum Notfallort fahren müssen, wenn das nichtärztliche Rettungspersonal den Patienten bereits auf Weisung durch den Telenotarzt behandeln konnte (§ 7 Abs. 6 S. 3 ThürRDG-E Drs. 7/7780)?

Nein! Eine doppelte Notarzttalarmierung ist im unter Frage 9 geschilderten Fall nicht notwendig, wenn vorab die für den jeweiligen Landkreis freigegebenen delegierten heilkundlichen Maßnahmen des Notfallsanitäters von diesem sicher beherrscht werden und daher auch durch die virtuelle Anwesenheit des Telenotarztes sicher am Patienten ausgeübt werden können. Dadurch ist die Ressource NOTARZT für derartige Einsätze verfügbar, die eine unbedingte physische Anwesenheit am Patienten/Einsatzort unabdingbar machen. (MANV, Reanimation, Polytraumata Versorgungen etc.)

10. Mit der Einführung des Berufsbildes Notfallsanitäter wurde diesen die Befugnis gegeben, unter bestimmten Voraussetzungen Heilkunde ausüben zu dürfen. Mit der Einführung des Telenotarztes wird nun eine weitere Regelung getroffen, mit der nichtärztliches Rettungspersonal - hier auf Weisung des Telenotarztes - heilkundliche Maßnahmen am Notfallort durchführen kann (§ 7 Abs. 6 ThürRDG-E Drs. 7/7780). Welche Rolle nimmt der Notfallsanitäter aus Ihrer Sicht perspektivisch ein, sobald der Telenotarzt eingeführt wurde? Besteht unter diesem Gesichtspunkt noch Änderungsbedarf an den Gesetzentwürfen?

Ein Notfallsanitäter unterliegt in der Durchführung der Maßnahmen im Rahmen der Heilkunde aktuell in Thüringer der Freigabe durch den ärztlichen Leiter Rettungsdienst des jeweiligen Landkreises/Bereiches. Dadurch kommt es zu einem starken Gefälle der einem Notfallsanitäter zugetrauten heilkundlichen Maßnahmen, da die ärztlichen Leiter eher zurückhaltend mit der Genehmigung dieser während der Berufsausbildung zum Notfallsanitäter erlernten Fähigkeiten sind.

Aktuell kann der Fall eintreten, dass ein Telenotarzt eine Maßnahme der Heilkunde dem Notfallsanitäter anordnet, die dieser vom ärztlichen Leiter seines Landkreises so durch ein Freigabegespräch nicht freigegeben bekommen hat. Derartige Sachverhalte sind zunächst unabdingbar einer Klärung zu unterziehen. Es besteht somit Klärungsbedarf!

11. § 7 Abs. 7 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) bestimmt, dass die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen die übermittelten Bild- und Tondaten aufzeichnet und die Einsätze der Telenotärzte regelmäßig auswertet. § 34 Abs. 4 des Gesetzentwurfes sieht bereits vor, dass zugelassene Erprobungsvorhaben unter wissenschaftlicher Begleitung zu dokumentieren und auszuwerten sind. Sollte die Regelung zu Telenotärzten ebenfalls vorsehen, dass deren Einsätze unter wissenschaftlicher Begleitung auszuwerten sind?

Die Datenspeicherung und Auswertung sollten unbedingt zur wissenschaftlichen Auswertung zur Verfügung stehen, um als weitere Grundlage für zukünftige Erprobungsvorhaben genutzt werden zu können. Wir begrüßen die Arbeit mit den gewonnenen Daten uneingeschränkt.

12. § 8 Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) gibt vor, dass ein Telenotarzt die ärztliche Betreuung übernehmen kann, sofern das abgebende Krankenhaus dies anfordert und der Telenotarzt zustimmt. Sollte die Einschätzung des vor Ort eingesetzten nichtärztlichen Rettungspersonals ebenfalls in der Regelung berücksichtigt werden? Sofern ja, in welcher Form?

Sofern ein Telenotarzt die ärztliche Betreuung unter Berücksichtigung der vollen elektronischen / virtuellen Anwesenheit von Transportbeginn bis Transportende sicherstellen kann, steht einem solchen Transport nichts im Wege. Das Rettungsfachpersonal als Weisungsempfänger hat dem Telenotarzt zunächst medizinisch zu folgen. Wichtig sind allerdings die (transport)sicherheitstechnischen Aspekte, die sowohl ggf. das abgebende Klinikpersonal bei Klinikverlegungen oder auch ein Telenotarzt nicht oder nur teilweise einschätzen können. Hier muss die Einschätzung des Rettungsfachpersonals vor Ort unbedingt gleichwertig gesehen werden. Die Transportdurchführung (Bsp. sichere Verlastung von Medizintechnik, Patientengewicht etc.) liegt in der Endkonsequenz beim Fahrzeugführer. Dieser Vorgang kann durchaus mit der Flugvorbereitung bei Sekundärverlegungen mit Luftrettungsmitteln verglichen werden. Hier gibt es auch medizinische und flugtechnischen Abstimmungsbedarf zwischen Pilot, Notarzt und Notfallsanitäter.

13. § 14 Abs. 3 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) sieht vor, dass der Zentralen Leistelle „laufend“ die Anzahl der freien Betten und sonstigen Versorgungskapazitäten melden. Ist der Landesrettungsdienstplan der geeignete Rahmen, um diese Vorgabe zu konkretisieren? Sollte sie an anderer Stelle konkretisiert werden?

Eine geregelte Echtzeitbettenmeldung inkl. freier Behandlungsplätze in Thüringer Notaufnahmen (im Optimalfall mit Ampelsystem kategorisiert nach den TOP 10 Notfallkrankheitsbildern zur Versorgung von z.Bsp. Polytraumata / STEMI / APOPLEX als auch Medizintechnik wie Herzkatheter Messplätzen etc.) hat sich bereits in Bundesländern wie Hessen bewährt. Als Beispiel werden hier die Kliniken im Regierungsbezirk Gießen aufgeführt, die basierend auf der Plattform NIDA des Unternehmens medDV GmbH eine Verbindung zwischen Rettungsleitstelle, Kliniken, Luftrettungsmitteln und Rettungsdienst darstellt. Die Leitstelle kann durch korrekte Bettenmeldungen die Patienten gezielt und in Echtzeit dem für das Krankheitsbild geeignete Krankenhaus zuführen. Die 3 in Thüringen stationierten Luftrettungsmittel der DRF Luftrettung (Bad Berka, Suhl, Nordhausen) arbeiten aktuell ebenso mit NIDA. Vorstellbar und zielführend ist eine im Thüringer Rettungsdienstgesetz verankerte Meldung der Bettenkapazitäten in Echtzeit durch die Plattform MEDIRETT. Die ausschließliche Niederschrift im Landesrettungsdienstplan wird als zu gering eingestuft.

14. § 34e ThürRDG E (Drs. 7/7780) regelt, dass für eine Dauer von bis zu drei Jahren (Abs. 3) Abweichungen von den § 14 Abs. 4, § 15 Abs. 2 sowie § 16 Abs. 1 und 2 ThürRDG zugelassen werden können (Abs. 1). Sehen Sie Änderungsbedarf gegenüber diesen materiellen und zeitlichen Vorgaben für eine zulässige Anwendung der Experimentierklausel?

Die unter Frage 14 benannten zeitlichen Vorgaben bzw. Fristen sind aus Sicht der Landesfachkommission Gesundheitswirtschaft des Wirtschaftsrates gut durchdacht und ausreichend, da die Ergebnisse unter solch eine Klausel fallender Themen (exemplarisch sei hier eine mögliche Erprobung eines „Thüringen RTW“, also ein Rettungstransportwagen mit trägerübergreifender einheitlicher Innenausstattung) gut nach den Erprobungszeiträumen ausgewertet werden können.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne weiter zur Verfügung.

Für die Landesfachkommission Gesundheitswirtschaft

Mit freundlichen Grüßen

Wirtschaftsrat der CDU e.V.  
Landesverband Thüringen  
Landesgeschäftsstelle  
Juri-Gagarin-Ring 152, 99084 Erfurt  
Telefon: 03 61/5 66 14 88  
Telefax: 03 61/5 66 14 90  
E-Mail:  
[lv-thueringen@wirtschaftsrat.de](mailto:lv-thueringen@wirtschaftsrat.de)



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/7394 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung Thüringer Telenotarzt</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7450 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px; height: 40px; vertical-align: bottom;"> <i>Rettungsdienstzweckverband Südthüringen</i> </td> <td style="padding: 5px; height: 40px; vertical-align: bottom; text-align: center;"> <i>Kör</i> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px; text-align: center;"> <b>Rettungsdienstzweckverband Südthüringen</b> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px; text-align: center;"> <b>Rennsteigstraße 10 98544 Zella-Mehlis</b> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Rettungsdienstzweckverband Südthüringen</i>	<i>Kör</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>Rettungsdienstzweckverband Südthüringen</b>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<b>Rennsteigstraße 10 98544 Zella-Mehlis</b>	Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
<i>Rettungsdienstzweckverband Südthüringen</i>	<i>Kör</i>										
Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>Rettungsdienstzweckverband Südthüringen</b>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<b>Rennsteigstraße 10 98544 Zella-Mehlis</b>										
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Grunderwerb	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	• Teilweise ja, Ergänzung, Befugnisse klären • nur Art nicht erforderlich • Expertenurteil Klausel wird befürwortet • Geklärt - fertig	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	

	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation <b>zu</b> ? (§ 5 Abs. 1, Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein	

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Alta - Melis, 22. JUNI 2023	

16736/2023

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Stellungnahme zur Fragestellung 6 des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtages: "Stellt die Smartphone-basierte Ersthelfer-Alarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens dar?"											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Organisationsform</td></tr><tr><td>Mobile Retter e.V. Dennis Brüntje - Geschäftsführung -</td><td>Gemeinnütziger Verein</td></tr><tr><td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td>Mobile Retter e.V.</td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td><td>Im Mediapark 5</td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td>50670 Köln</td></tr></table>	Name	Organisationsform	Mobile Retter e.V. Dennis Brüntje - Geschäftsführung -	Gemeinnütziger Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Mobile Retter e.V.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Im Mediapark 5	Postleitzahl, Ort	50670 Köln
Name	Organisationsform										
Mobile Retter e.V. Dennis Brüntje - Geschäftsführung -	Gemeinnütziger Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Mobile Retter e.V.										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Im Mediapark 5										
Postleitzahl, Ort	50670 Köln										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Vorname</td></tr><tr><td></td><td></td></tr><tr><td colspan="2"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer</td><td></td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td></td></tr></table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit?</b></b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Als Initiative setzt sich der gemeinnützige Mobile Retter e.V. seit Anfang 2014 für die Verbreitung von Smartphone-basierten Ersthelfer-Systemen in Deutschland ein. Der Verein hilft Gebietskörperschaften und den dort ansässigen Leitstellen bei der nachhaltigen Einführung und dem Regelbetrieb dieser Systeme mit besonderem Fokus auf das aktive Ehrenamtsmanagement.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Mobile Retter ergänzen die bestehende Rettungskette effektiv mit dem Fokus auf den Faktor Zeit bei lebensbedrohlichen Notfällen wie Herz-Kreislauf-Stillstand und Bewusstlosigkeit.  Smartphone-basierten Ersthelfer-Alarmierung (SbEA) sollte flächendeckend und einheitlich in Thüringen ausgerollt werden. Durch eine landesweit einheitliche Einführung ergeben sich deutliche Einspar- und Entwicklungspotenziale sowie Synergien.  Wichtige und erfolgskritische Beiträge des Mobile Retter e.V. bei der Ausrollung sind: • Sicherstellung von einheitlichen Rahmenbedingungen • Etablierung übergreifender Qualitätskriterien und Standards • Wesentlich effizientere und kostengünstigere flächendeckende Einführung der SbEA	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?</b>	
	<b>In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?</b>	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b></b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Köln, 22.06.2023	



THÜR. LANDTAG POST  
15.06.2023 12:49

15995/2023

Mobile Retter e.V. | Im Mediapark 5 | 50670 Köln

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

per E-Mail an: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Köln, 15.06.2023

### **Stellungnahme zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Stöffler,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir bedanken uns recht herzlich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes.

Als Pionier der Smartphone-basierten Ersthelfer-Alarmierung in Deutschland möchten wir vom Mobile Retter e.V. gerne zur Frage Nr. 6 „*Stellt die Smartphone-basierte Ersthelfer-Alarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens dar?*“ Stellung nehmen.

Für Rückfragen und zum Dialog stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführung



## Stellungnahme Mobile Retter e.V.

Smartphone-basierte Ersthelfer-Alarmierung rettet Menschenleben und minimiert Folgekosten

Köln, 15. Juni 2023

Zur Fragestellung 6 des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtages:

**Stellt die Smartphone-basierte Ersthelfer-Alarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens dar?**

### 1. Smartphone-basierte Ersthelfer-Alarmierung (SbEA) stärkt die etablierte Rettungskette effektiv bei lebensbedrohlichen Notfällen

Mehr als 70.000 Menschen in Deutschland erleiden jährlich einen Herz-Kreislauf-Stillstand außerhalb eines Krankenhauses, den nur ca. 10 % der Betroffenen überleben.<sup>1</sup> Trotz guter rettungsdienstlicher Versorgung ist die Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes mit im Durchschnitt neun Minuten häufig zu lang, um den Tod oder schwerwiegende Spätfolgen zu verhindern. Jede Minute ohne Hilfe verringert die Überlebenschance um 10 %. Laut dem Deutschen Rat für Wiederbelebung (GRC) und der Deutschen Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin (DGAI) könnten durch eine zügig eingeleitete Reanimation jedes Jahr mindestens 10.000 Menschen zusätzlich gerettet werden.

Die Diskrepanz zwischen der Notwendigkeit, lebensrettende Sofortmaßnahmen möglichst schnell einzuleiten und den begrenzten Möglichkeiten des Rettungsdienstes, lässt sich nur auflösen, wenn alternative Verfahren in das System der Notfallrettung integriert werden. Mithilfe der SbEA werden nach Wahl des Notrufs 112 medizinisch qualifizierte Ersthelfende durch die Leitstelle über die GPS-Komponente ihrer Smartphones geortet und parallel zum Rettungsdienst alarmiert (vgl. Abb. 1). Aufgrund der örtlichen Nähe sind Mobile Retter oft schneller als der Rettungsdienst am Notfallort. Durch eine sofort eingeleitete Reanimation konnten so bereits zahlreiche Menschenleben gerettet werden.

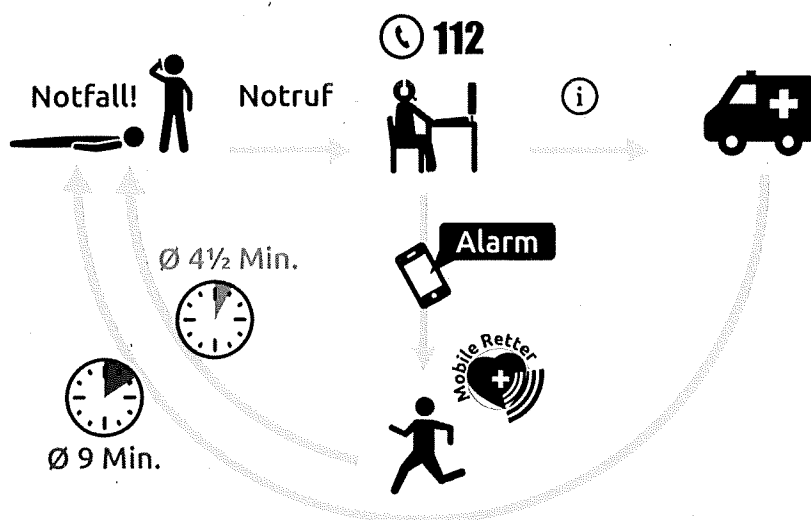


Abb. 1: Funktionsprinzip der SbEA | Eintreffzeiten gemäß bundesweiten Durchschnittswerten

<sup>1</sup> vgl. <https://www.grc-org.de>



Mobile Retter stärken die etablierte Rettungskette an einer entscheidenden Stelle, ohne eine Änderung an der Struktur des Rettungsdienstes vorzunehmen. Die SbEA ist somit ein weiterer wichtiger Baustein sich ergänzender Hilfesysteme wie Telefonreanimation, First Responder, öffentliche AEDs etc. – mit einem hohen Impact auf zeitkritische, medizinische Notfälle. Nur in der Summe der Bausteine ergibt sich eine optimale Konstellation für den Patienten, bestmöglich aus einem Schadensereignis herauszugehen.

Der Nutzen wurde bereits wissenschaftlich nachgewiesen (vgl. u.a. Stroop et al. 2020)<sup>2</sup>:

- Mobile Retter sind in etwa der Hälfte der Notfälle vor dem Rettungsdienst am Einsatzort (im Schnitt etwa doppelt so schnell).
  - **Verdopplung der Überlebenschance** des Patienten von 9 % auf 18 %
  - **Verdopplung der Chance einer unabhängigen Lebensführung im Alltag** ohne massive gesundheitliche Einschränkungen (von 4 % auf 11 %)
- ➔ Mobile Retter ergänzen die bestehende Rettungskette effektiv mit dem Fokus auf den Faktor Zeit bei lebensbedrohlichen Notfällen wie Herz-Kreislauf-Stillstand und Bewusstlosigkeit.
- ➔ Bei einem flächendeckenden einheitlichen Ausbau der SbEA in Deutschland können nach konservativer Berechnung mindestens 2.250 Leben jährlich gerettet werden; bei mindestens 1.500 Menschen kann vermieden werden, dass sie in einem (schwerst-) pflegebedürftigen Zustand aus dem Krankenhaus entlassen werden. Ein einziger Wachkomapatient verursacht z.B. jährliche Kosten in Höhe von ca. 300.000 EUR.<sup>3</sup>
- ➔ Durch die Einführung der SbEA ergibt sich eine deutliche Folgekostenminimierung für die Kostenträger. Die Einsparungen übersteigen die vergleichsweise überschaubaren Kosten bei weitem!

## 2. SbEA sollte flächendeckend und einheitlich in Thüringen ausgerollt werden

Die Heterogenität und der Föderalismus im Rettungsdienst, die fehlende Sensibilisierung und die mangelnden Kenntnisse der Gebietskörperschaften zum richtigen Vorgehen, das Aufkommen und die Verbreitung mehrerer Technologieanbieter von Alarmierungssystemen in Deutschland sowie regional unterschiedlich umgesetzte Ersthelferkonzepte, die nach jeweils eigenen Kriterien operieren und nicht zur größeren Skalierung vorgesehen sind, haben eine bundesweit einheitliche Verbreitung der SbEA bislang verhindert.

Als Pionier der SbEA in Deutschland verfügt der Mobile Retter e.V. über tiefgreifende Erfahrungswerte und Kompetenzen. Die SbEA nach Qualitätskriterien und Standards des Vereins ist derzeit in 38 Gebietskörperschaften in Deutschland implementiert.<sup>4</sup> Viele weitere Regionen planen die Einführung.

Der Proof of concept ist mehrfach erfolgt, die Wirkungsweise ist erprobt. Die spezifischen Implementierungsvoraussetzungen (Organisation, Rahmenbedingungen, Kostenstruktur, Einsatzkriterien, Qualifikationserfordernisse Ersthelfende, Rekrutierung, Betreuung & Schutz, Motivation & Bindung der Ersthelfenden, Technik, Datenschutz, Recht, Versicherungen etc.) sind umfassend evaluiert und stehen für eine landesweit einheitliche Einführung in Thüringen zur Verfügung. Kritischer Erfolgsfaktor ist hierbei das aktive

<sup>2</sup> [https://www.resuscitationjournal.com/article/S0300-9572\(19\)30735-X/fulltext](https://www.resuscitationjournal.com/article/S0300-9572(19)30735-X/fulltext)

<sup>3</sup> Aktuell gibt es über 20.000 Wachkomapatienten in Deutschland = Kosten von 2 – 4 Mrd. EUR/Jahr (vgl. <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/109327/Bundeskabinett-verabschiedet-Gesetzentwurf-zur-Intensivpflege>)

<sup>4</sup> vgl. <https://mobile-retter.org/einsatzstatistiken>; Stand: 01.04.2023

Ehrenamtsmanagement der freiwilligen Ersthelfenden zur Sicherstellung ihres nachhaltigen Engagements als Fundament der SbEA.

- Thüringen kann gemeinsam mit weiteren Bundesländern wie NRW und dem Saarland eine Vorreiterrolle hinsichtlich der landesgesetzlichen Verankerung für eine einheitliche Einführung der SbEA einnehmen.
- Einheitliche Qualitätskriterien und Standards, die Einrichtung notwendiger Schnittstellen in den Leitstellen, technische Offenheit sowie definierte datenschutzrechtliche, rechtliche und versicherungsrechtliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von Mobilen Rettern begünstigen die flächendeckende Einführung und stellen zusätzlich die regionenübergreifende Alarmierung in den Gebietskörperschaften in Thüringen sicher.
- Die in Thüringen zu beteiligenden Gebietskörperschaften benötigen adäquate finanzielle und personelle Ressourcen für die nachhaltige Einführung der SbEA. Bei Bedarf kann der Mobile Retter e.V. hierzu auf Grundlage eines im Rahmen einer Bundesförderung durch das BMG erarbeiteten Idealmodells einen fundierten Überblick über notwendige Erfordernisse und Kosten für die Haushaltsplanung geben.
- Durch eine landesweit einheitliche Einführung ergeben sich deutliche Einspar- und Entwicklungspotenziale sowie Synergien.

### **3. Die Rolle des gemeinnützigen Mobile Retter e.V. als neutrale Instanz beim flächendeckenden Ausbau**

Gebietskörperschaften unterschätzen häufig die Komplexität der SbEA sowie die Bedeutung des aktiven Ehrenamtsmanagements für einen nachhaltigen Regelbetrieb.

Die bisherigen vom Mobile Retter e.V. entwickelten Handlungsempfehlungen, Leitfäden und IT-Instrumente sowie die zugehörigen Unterstützungsleistungen liefern eine sehr gute Grundlage für die weitere Entwicklung der SbEA in Deutschland.

Der Mobile Retter e.V. unterstützt Gebietskörperschaften umfassend in der strukturierten Implementierung und dem nachhaltigen Regelbetrieb der SbEA sowie besonders im aktiven Ehrenamtsmanagement der freiwilligen Ersthelfenden. Der Verein besitzt und vertreibt selbst kein technisches System zur SbEA, sondern ist als neutraler Umsetzungspartner der Gebietskörperschaften anschlussfähig zu den gängigen Anbietern von technischen Alarmierungssystemen.

- Für eine möglichst schnelle flächendeckende Verbreitung der SbEA reicht die operative Unterstützung der Gebietskörperschaften nicht aus. Daher ist es Ziel des Vereins und der Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe<sup>5</sup> gemeinsam mit sämtlichen relevanten Stakeholdern die SbEA in zeitkritischen Notfällen nach einheitlichen Mindeststandards in Deutschland weiter zu verbreiten und passend zu verankern. Zu diesem Zweck konnte der Verein bereits mehrere Jahre in Folge erfolgreich Bundesförderungen von BMG und BMI einwerben.
- Wichtige und erfolgskritische Beiträge des Vereins bei der weiteren Ausrollung sind:
  - Sicherstellung von einheitlichen Rahmenbedingungen
  - Etablierung übergreifender Qualitätskriterien und Standards
  - Wesentlich effizientere und kostengünstigere flächendeckende Einführung der SbEA

---

<sup>5</sup> <https://www.bageh.de>

Für Rückfragen und zum Dialog steht der Verein Mobile Retter e.V. gerne zur Verfügung.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

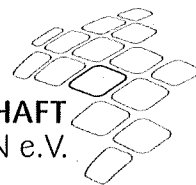
Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/7394 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung Thüringer Telenotarzt</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7450 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landeskrankenhaus- gesellschaft Thüringen e.V.</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Friedrich-Ebert-Str. 63</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landeskrankenhaus- gesellschaft Thüringen e.V.	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Friedrich-Ebert-Str. 63	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
Landeskrankenhaus- gesellschaft Thüringen e.V.	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Friedrich-Ebert-Str. 63										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung der Krankenhausbetreiber in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Nach Abwägung der dargelegten Argumente unterstützt die LKTHG den Gesetzesentwurf in den wesentlichen Ausführungen (Drucksache 7/7780) Bzgl. der mit § 14 Abs 3 Satz 2 ThürBettG (neu) vorgesehenen Verpflichtung d. KH mittels „geeigneten technischen Maßnahmen“ sicherzustellen, dass der zentralen Leitstelle „laufend“ die Anzahl von freien Betten etc. mitgeteilt werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	

	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben:</b> Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 15.06.2023	



LKHG Thüringen e.V. • Friedrich-Ebert-Str. 63 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
15.06.2023 09:53

15241/23

Verband der Krankenhausträger  
in Thüringen

Friedrich-Ebert-Straße 63  
99096 Erfurt

Telefon:  
+49 (0) 361 558300

Telefax:  
+49 (0) 361 5583019

[www.lkhg-thueringen.de](http://www.lkhg-thueringen.de)

[post@lkhg-thueringen.de](mailto:post@lkhg-thueringen.de)

Per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Telefon, Name

Datum

15.06.2023

**Stellungnahme zum zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**  
Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Herr Linse,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen, dass Sie uns die Möglichkeit geben zu den Gesetzesentwürfen zur zweiten Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Stellung zu nehmen.

Bei unserer Stellungnahme zu den Gesetzesentwürfen sowie zu dem Fragekatalog des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtages wollen wir uns im Folgenden auf, die aus der Sicht der Thüringer Krankenhäuser wesentlichen Themenkomplexe beschränken:

Die Qualität der medizinischen Notfallversorgung steht und fällt mit dem Funktionieren der Rettungskette, also dem Weg des Patienten von der Alarmierung im Notfall bis hin zur Aufnahme in das nächstgeeignete Krankenhaus, sowie damit einhergehend mit der Einhaltung der medizinischen Hilfsfristen.

Im Hinblick auf die drohende Ausdünnung stationärer Versorgungsstrukturen - vor allem in den ländlich strukturierten Räumen - in Folge schwieriger werdender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen im Krankenhauswesen sowie den auf längere Sicht weiter bestehenden Fachkräftemangel im Gesundheitswesen, begrüßen wir jede geeignete Maßnahme, welche die notfallmedizinische Versorgung sowie die Organisation der Rettungsdienste in der Fläche stärkt.

Entscheidend für die Überlebenschancen von Notfallpatienten ist jedoch nach der Erstversorgung durch den Rettungsdienst nach wie vor die schnelle Erreichbarkeit geeigneter Krankenhäuser. Dies ist derzeit in den überwiegenden Teilen Thüringens noch gegeben. Bei der Weiterentwicklung der Krankenhausstrukturen muss die flächendeckende, wohnortnahe medizinische Versorgung weiterhin als wesentliches Qualitätsmerkmal auch im Bereich der medizinischen Notfallversorgung beachtet

werden. In Folge der weiter voranschreitenden Schwerpunktbildung, Spezialisierung und damit Zentralisierung der stationären Versorgungsstrukturen wird neben der ambulanten Versorgung, ergänzt durch Notfallambulanzen der Krankenhäuser in Verbindung mit den Notfallpraxen der Kassenärztlichen Vereinigung, dem Rettungsdienst wachsende Bedeutung zukommen.

Sowohl die telenotärztliche Versorgung - in Ergänzung zum bestehenden Notarztsystem - als auch eine Ersthelferalarmierung mittels digitaler Anwendungen für Mobiltelefone können die Zeit bezüglich der Aufnahme lebenserhaltender Maßnahmen an Notfallpatienten nach der Alarmierung des Rettungsdienstes bis hin zum Eintreffen des Notarztes beim Patienten entscheidend verkürzen. Sie stellen eine wertvolle Ergänzung und Stärkung der bestehenden Rettungskette dar, sind jedoch keinesfalls geeignet diese zu ersetzen.

Die medizinische Betreuung von Patienten im Rahmen von arztbegleitenden Patiententransporten sollte grundsätzlich während des Patiententransportes anwesenden Ärzten vorbehalten sein. Mit der Möglichkeit zur Einholung einer Expertise von Telenotärzten im Sinne einer ärztlichen Zweitmeinung wird die Qualität der ärztlichen Betreuung bei Patiententransportfahrten gestärkt, so dass ggf. auch weniger erfahrenen Ärzten die Begleitung von Patienten, die sich in einem nicht lebensbedrohlichen Zustand befinden, ermöglicht wird. Nur in medizinisch geeigneten Fällen, also bei stabilen Patienten, kann die ärztliche Begleitung von Patienten während des Patiententransportes ausnahmsweise durch Telenotärzte ersetzt werden.

Im Falle des vorgesehenen Ersatzes patientenbegleitender Ärzte im Rahmen einer Verlegung zwischen zwei Krankenhäusern durch einen Telenotarzt sind die Zustimmung des behandelnden Arztes der verlegenden Klinik und auch die Zustimmung des die Verlegung betreuenden Telenotarztes in jedem Einzelfall erforderlich. Beim nichtärztlichen Rettungsdienstpersonal muss dabei mindestens die Qualifikation zum Notfallsanitäter sowie eine mehrjährige Berufserfahrung im Rettungsdienst gegeben sein. Eine Zustimmung des Rettungsdienstpersonals für einen telenotärztlich begleiteten Patiententransport ist dann nicht zwingend erforderlich, da die Verantwortung für die medizinischen Entscheidungen bei den Ärzten verbleibt.

Die Telenotärzte sollten in Thüringen organisatorisch in das bestehende Notarztsystem eingegliedert werden. Die Vergabe an einen Dritten würde zu zusätzlichen organisatorischen Schnittstellen im Rettungsdienst führen, welche eine effiziente Patientenversorgung gefährden kann. Es könnte die Akzeptanz der Telenotärzte in Frage gestellt werden, wenn Dritte mit der Etablierung von Telenotärzten sachfremde, insbesondere wirtschaftliche Interessen verfolgen sollten. Daher lehnen wir die im Gesetzesentwurf der CDU, § 7a Abs. 4 ThürRettG (neu) vorgesehene Ausschreibung des „Telenotarztes“ als eigenständige Versorgungsstruktur im Rettungsdienst ab.

Die „Anzahl freier Betten“ ist nicht die geeignete Größe, um die verfügbaren Versorgungskapazitäten der Krankenhäuser festzustellen. Engpässe in den Krankenhäusern entstehen meist nicht durch belegte Betten auf Normalstation, sondern durch zeitweiliges Ausschöpfen der verfügbaren personellen Ressourcen in den OP- und Intensivbereichen. Daher würden wir eine Differenzierung der Meldungen nach § 14 Abs. 3 ThürRettG nach freien und zuweisungsfähigen Betten, wie sie von den Regierungsfractionen und auch der FDP vorgeschlagen wird, grundsätzlich im Sinne einer Klarstellung begrüßen. In der Praxis geschieht dies zumeist bereits heute.

Das DIVI-Intensivregister, zu dem alle Krankenhäuser deutschlandweit verpflichtet sind tagesaktuell die jeweilige aktuelle Belegungssituation auf den Intensivstationen mitzuteilen, ermöglicht Ärzten und Mitarbeitern der Rettungsleitstellen die aktuelle Belegungssituation der Behandlungskapazitäten der Krankenhäuser in der jeweiligen Region abzurufen. Ein weiterer Meldeweg (Doppelstruktur) muss unbedingt vermieden werden.



Die Meldung von freien Betten im Sinne verfügbarer Versorgungskapazitäten sollte von den Krankenhäusern weiterhin mindestens einmal täglich erfolgen. Im Falle fehlender Versorgungskapazitäten werden die Krankenhausträger bereits aus eigenem Interesse eine Aktualisierung verfügbarer Kapazitäten zeitnah mitteilen, da sich grundsätzlich an der Verpflichtung der Krankenhäuser zur Aufnahme und Versorgung von Notfallpatienten im Rahmen des jeweiligen Versorgungsauftrages und deren Leistungsfähigkeit gem. § 18 Abs. 1 ThürKHG nichts ändert. Insofern erscheint eine Konkretisierung der Meldeverpflichtungen bezüglich freier Kapazitäten der Krankenhäuser im Rahmen des Landesrettungsdienstplanes ausreichend.

Die Landeskrankenhausesgesellschaft begrüßt die vorgesehene Einführung einer sogenannten Experimentierklausel im ThürRettG. Mit einer entsprechenden gesetzlichen Regelung könnten neue organisatorische und technische Möglichkeiten im Hinblick auf deren langfristige Eignung für den Rettungsdienst erprobt und evaluiert werden. Diese Flexibilität erscheint uns im Hinblick auf die sich abzeichnenden neuen technischen Entwicklungen, z. B. bei den künftigen Entwicklungen im Bereich der KI, dringend erforderlich.

#### Fazit

Nach Abwägung der oben dargelegten Argumente unterstützen wir den Gesetzesentwurf der Regierungsfractionen (Drucksache 7/7780) in den wesentlichen Ausführungen. Bezüglich der mit § 14 Abs. 3 Satz 2 ThürRettG (neu) vorgesehenen Verpflichtung der Krankenhäuser mittels „geeigneten technischen Maßnahmen“ sicherzustellen, dass der zentralen Leitstelle „laufend“ die Anzahl von freien Betten und sonstigen Versorgungskapazitäten mitgeteilt werden, befürchten wir allerdings, dass dies zu einer zusätzlichen, ausufernden Belastung des Ärztlichen Dienstes mit administrativen Meldevorgängen führen wird.

Sowohl die „technischen Maßnahmen“ als auch die „laufenden“ Meldungen freier Kapazitäten sind näher zu definieren und auf das zwingend erforderliche Maß zu beschränken. Soweit bereits andere Meldewege bestehen (z. B. DIVI), sind diese von den zentralen Leitstellen vorrangig heranzuziehen.

Gerne stehen wir Ihnen für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/7394 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung Thüringer Telenotarzt</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7450 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Kassenärztliche Vereinigung Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Zum Hospitalgauen 8 99425 Weimar</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Kassenärztliche Vereinigung Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse	Zum Hospitalgauen 8 99425 Weimar	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
	Kassenärztliche Vereinigung Thüringen										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Zum Hospitalgauen 8 99425 Weimar										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Hauptgeschäftsführer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Einführung Telenotar in der Aufgabenkreis- schaft der KVT (Büxierung § 7 Thüringer Notarordnungsgesetz) und zentrale Verwaltung in der KVT	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	

	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben:</b> Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wiesbaden, 16.6.23	



THÜR. LANDTAG POST  
16.06.2023 10:46

16/06/2023

Kassenärztliche Vereinigung Thüringen | Postfach 2019 | 99401 Weimar

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

Nur per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Hauptgeschäftsführer

Zum Hospitalgraben 8  
99425 Weimar  
Internet: [www.kvt.de](http://www.kvt.de)

Datum: 13.06.2023

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes –  
Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung**  
Gesetzesentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP, Drucksache 7/7394

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes –  
Einführung eines Telenotarztes**  
Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU, Drucksache 7/7450

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**  
Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 7/7780

Sehr geehrter Herr Stöffler,

ich bedanke mich für die gegebene Möglichkeit, zu den übersandten Gesetzesentwürfen Stellung zu nehmen und möchte Ihnen nachfolgend die Einschätzung der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen mitteilen. Dazu gehe ich im Einzelnen auf die durch den Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtags gestellten Fragen ein.

#### **1. Welche Auswirkungen hätte die Einführung des Telenotarztes auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?**

Zur perspektivischen Aufrechterhaltung einer qualitativ hochwertigen, zeitnahen und kompetenten Verfügbarkeit der rettungsdienstlichen und notärztlichen Versorgung ist es notwendig, neue Überlegungen aufzugreifen und Erfahrungen anderer Bundesländer in diese einfließen zu lassen. Nicht zuletzt wird durch den Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) vom 18.12.2020 aufgezeigt, dass es sich bei einem Telenotarztsystem um ein ressourcenschonendes und multiflexibles System handelt mit dem, neben der Stärkung der bereits bestehenden Struktur der notärztlichen Versorgung, durch den Einsatz einer telemedizinischen Unterstützung eine deutliche Stabilisierung der gesamtheitlichen präklinischen Notfallversorgung einhergeht und in der Endkonsequenz zu einer effizienten Notfallversorgung der Bevölkerung in Thüringen einen erheblichen Beitrag leisten kann. Die Vorhaltung einer telenotarztlichen Struktur stellt nach den gemachten Erfahrungen aus den Pandemie Jahren nicht nur ein wertvolles Unterstützungstool zur Kompensation spontaner Notarztausfälle dar und gewährleistet bis zum Eintreffen eines physischen Notarztes das Vorhandensein ärztlicher Kompetenz und zusätzliche Rechtssicherheit für das am Notfallort tätige Rettungsfachpersonal, ein solches System kann auch in aktiver Vorhaltung deutliche Synergien in der rettungsdienstlichen Einsatzdisposition bewirken. Gerade bei niederschweligen Notarztsindikationen kann eine spürbare Entlastung der regulären



Notarztvorhaltung erreicht werden.

Ein weiterer entscheidender Vorteil des Systems ist, dass jederzeit in die laufende Kommunikation zwischen Rettungskräften und Telenotarzt weitere Kompetenz eingebunden werden kann. Beispielsweise seien hier Experten des Giftnotrufes, Kardiologen aus Herzzentren und Kinderintensivmediziner genannt. Auch hier kann durch die frühzeitige Involvierung dieser Expertise, präklinische Verweilzeit durch direkte Zuweisung in die entsprechende spezialisierte klinische Einrichtung, eingespart werden. Neben dem Grundsatz der Aufrechterhaltung einer physischen Notarztvorhaltung gilt es, die rechtlichen Voraussetzungen für den Aufbau und die Unterhaltung eines Systems der telenotärztlichen Versorgung als Unterstützungssystem neben der bereits vorhandenen notärztlichen Struktur gesetzlich zu regeln und die landesweit einheitliche Umsetzung zu forcieren. Letztlich können sich aus der Vorhaltung eines Telenotarztsystems auch gleichermaßen Synergien im Rahmen von Verlegungsfahrten ergeben. Die aktuell notwendige Begleitung eines zu verlegenden Patienten, beispielsweise in eine Rehabilitationseinrichtung, wird aktuell durch Krankenhausärzte geleistet. Gerade im Hinblick auf die vorhandene Ärztedichte in Thüringer Kliniken könnte ein telenotärztliches System für solcherart Fahrten eine deutliche Entlastung für die Thüringer Kliniken mit sich bringen.

## **2. Ist eine gesetzliche Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ des Telenotarztes gegenüber den regulären bodengebundenen Notärzten erforderlich?**

Grundsätzlich muss man sich die Frage stellen, ob ärztliche Tätigkeit auf Grund der Art der Ausführung unterschieden werden kann. In Tätigkeitsausübung der ärztlichen Heilkunde handelt es sich um eine Patientenversorgung. Hierbei ist der Arzt in seiner Berufsausübung frei und entscheidet in der Wahl seiner Therapieoptionen anhand gültiger Leitlinien der Fachgesellschaften und dem Stand der Wissenschaft. Um aber eine klare Trennung zwischen physisch vorhandener notärztlicher Kompetenz am Einsatzort und telenotärztlicher Unterstützung vorzunehmen, wurde in der Beratung des Landesbeirates für das Rettungswesen am 30.11.2022 ein neuer Notarztindikationskatalog verabschiedet, welcher nunmehr in die Novelle des Thüringer Landesrettungsdienstplanes vom 18.04.2023 (Thüringer Staatsanzeiger Nr. 19/2023) Einzug gefunden hat. Darin wird eine klare Kompetenzregelung zwischen notärztlicher Präsenz und telemedizinischer Unterstützung vorgenommen. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass bei bestimmten Erkrankungs- oder Verletzungsmustern ärztliches „Handwerk“ am Notfallort gefordert ist und eine telemedizinische Unterstützung als nicht ausreichend angesehen werden muss.

Eine weitere, separat gelagerte gesetzliche Abgrenzung ist daher nicht notwendig, die Voraussetzungen und abgrenzenden Einsatzindikationen für eine telenotärztliche Tätigkeit sind bereits im Notarztindikationskatalog (Thüringen) festgehalten.

## **3. Erfordert die Einführung des Telenotarztes einen neuen Aufgabenträger?**

Mit Inkrafttreten des Thüringer Rettungsdienstgesetzes zum 01.07.2009 übernahm die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen den Auftrag zur Sicherstellung der notärztlichen Versorgung im Freistaat Thüringen. Zur Durchführung dieser Aufgabe musste nicht nur die notärztliche Verfügbarkeit organisiert und strukturiert werden, es wurden sämtliche organisatorische Voraussetzungen für einen finanzierten, versicherten, gesetzeskonform durchgeführten und überwachten Dienstbetrieb geschaffen. Daneben war der Aufbau einer kompletten Abrechnungs- und Vergütungsstruktur maßgeblich. Nicht zuletzt die Neuklärung der Haftungsfrage für die notärztliche Tätigkeit im Jahr 2012 hat uns vor große Herausforderungen gestellt.

Die Schaffung einer zusätzlichen Aufgabenträgerschaft für die telenotärztliche Versorgung würde nicht nur zusätzlichen Abstimmungsbedarf zwischen den bereits vorhandenen Aufgabenträgern bedingen, sie würde Überschneidungen in Ausführungsfragen und ungeklärte, nur sehr schwer auflösbare Haftungszuweisungen in Haftungsfragen mit sich bringen. Die bereits gegebene Aufgabenträgerschaft der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen für die notärztliche Versorgung implementiert auch die Amtshaftung nach § 839 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) i.V.m. Art. 34 Grundgesetz (GG). Bei telemedizinischer Versorgung durch einen Notarzt handelt es sich ebenfalls um eine hoheitliche Tätigkeit für die der Aufgabenträger der notärztlichen Versorgung eintrittspflichtig ist.

Zusätzlich müsste eine komplette „Parallelwelt“ zur bereits vorhandenen notärztlichen Versorgung, die beispielsweise Abrechnungs- und Vergütungsläufe, Versicherungen, Qualitätssichernde Maßnahmen und deren Überwachung, etabliert werden. Die notärztliche Versorgung ist daher, unbenommen in



welcher Durchführungsform, zwingend in einer Aufgabenträgerschaft zu vereinen.

Für die zukünftige Aufgabe des Telenotarztes ist daher anzustreben, die durch die Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen angeregte Präzisierung des § 7 Thüringer Rettungsdienstgesetzes vorzunehmen und um die Aufgabe der telenotärztlichen Versorgung. Damit einhergehend ist es notwendig, § 5 Abs. 1 a Thüringer Rettungsdienstgesetz entsprechend anzupassen.

#### **4. Wie würde sich die Einführung eines neuen Aufgabenträgers auf die Kosten und Haftung auswirken?**

Wie bereits unter Punkt 3 beschrieben, müsste für den Aufbau einer telenotärztlichen Struktur gleichlautende Bedingungen geschaffen werden wie sie bereits für die notärztliche Sicherstellung existieren. Diese Strukturen, einhergehend mit Kosten für Versicherungen, Personalvorhaltung, Durchführungsmaßnahmen und Überwachungsaufgaben würden eine erhebliche Kostensteigerung verursachen die im Umkehrschluss durch die Versicherten zu tragen sind. Gerade im Hinblick auf den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit wäre dies ein nicht zu vertretender Umstand. Unter diesem Aspekt ist anzuraten, bereits vorhandene Strukturen der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen mit einem deutlich niedrigeren Kostenaufwand zu nutzen.

Die Haftungsfrage, bei Einführung einer eigenständigen telenotärztlichen Aufgabenträgerschaft, stellt ein weiteres essenzielles Problem dar. Gerade in Haftungsabgrenzungsfragen ist es aus der Erfahrung der vergangenen Jahre heraus schwierig, den genauen Zeitpunkt der Haftungszuständigkeit während eines Einsatzgeschehens zu ermitteln. Durch die zusätzliche Aufnahme einer weiteren Aufgabenträgerschaft würden daraus weitere Quotierungsfragen entstehen die letztlich in einer Zuständigkeitsdiskussion und Unregulierbarkeit enden könnten. Diese sind wiederum mit erheblichen Kosten für Rechtsvorgänge durch den Instanzenweg verbunden.

Als gleichgelagerte Schwierigkeit zeichnet sich die Stationierung in den zu schaffenden Regionalliegeplätzen ab. Gerade in einer Haftungsabgrenzung zwischen einem „Beratenden Arzt in der Leitstelle“ und einem in Personalunion vorgehaltenen Telenotarzt dar. Durch die unterschiedlichen Aufgabenträgerschaften (Anm. Leitstelle=Kommune und Telenotarzt=Kassenärztliche Vereinigung) ist eine Unterscheidung der Haftungszuständigkeiten im laufenden Prozess durch niemanden zu leisten und würde im Fall eines Rechtsverfahrens zu unauflösbaren Problemstellungen führen.

Bereits im Jahr 2020 hat die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen mit Umsetzung der Eskalationsstufe Telenotarzt den bestehenden Vertrag über die Haftpflichtversicherung für Notärzte **kostenneutral** um den Aspekt der telenotärztlichen Versorgung erweitern lassen und somit den entsprechenden Versicherungsschutz für die telenotärztliche Versorgung in Thüringen bereitgestellt. Nicht zuletzt zur Vermeidung solcherart Situationen ist anzuraten, die bereits in der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen vorhandenen organisatorischen und logistischen Strukturen im Zusammenhang mit dem Unterstützungssystem Telenotarzt aufzugreifen und in Form einer perspektivisch zentralen Stationierung des TNA Systems in der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen umzusetzen.

#### **5. Wie bewerten Sie den Entwurf einer Experimentierklausel?**

Durch die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen wird die Einführung einer Experimentierklausel befürwortet. Die in dem Gesetzentwurf vorgenommene Formulierung in § 34 a Abs. 2 sollte jedoch um die Möglichkeit der Antragstellung auch durch die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen und andere ärztliche Vertretungen erweitert werden. Weiter sollte diese Experimentierklausel für neue Projekte die durch den Landesbeirat für den Rettungsdienst beschlossen werden und nicht für bereits bestehende Anwendung finden, dies müsste ausdrücklich präzisiert werden.

#### **6. Stellt die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens dar?**

Durch eine smartphonebasierte Ersthelferalarmierung kann eine deutliche Verbesserung als Überbrückung bis zum Eintreffen professioneller Rettungsdienstseinheiten mit sich bringen. Hier ist jedoch zu bedenken, dass es keine Planungssicherheit für eine mögliche Verfügbarkeit geben kann. Grundsätzlich ist eine solche Systematik aber als sinnvolle Ergänzung zu betrachten.



**7. Die gesetzliche Verankerung welcher weiteren digitalen Errungenschaften sind erforderlich, um die notärztliche Versorgung in Thüringen weiter zu verbessern?**

Durch die Umsetzung der landesweiten, einheitlichen elektronischen Einsatzdatenverarbeitung im Rettungsdienst sind Voraussetzungen geschaffen worden, welche eine deutliche Verbesserung des Informationsflusses im Rahmen der klinischen Anmeldung mit sich bringen. In der Perspektive sollte jedoch der Informationsaustausch in bidirektionaler Form erfolgen. Oftmals ist es sinnvoll, den am Einsatzort befindlichen Kräften und mit der Versorgung eines Ihnen völlig unbekannten Patienten beschäftigten Patienten, Informationen, welche unter Umständen in einem Krankenhaus vorhanden sind, zur Verfügung zu stellen. Hier sollten die technischen Voraussetzungen in die gesetzliche Vorgabe Eingang finden.

**8. Welche Auswirkungen hätte die Einrichtung und der Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?**

Die Einrichtung einer Lehrleitstelle wird im Kontext mit der Umsetzung des Leitstellenreformkonzeptes Thüringen deutlich befürwortet. Gerade in der beabsichtigten Rückfallebene und der möglichen vollumfänglichen Übernahme des Leitstellenbetriebes bei Ausfall einer der 4 Regionalleitstellen wird ein deutlicher Mehrwert generiert. Im Rahmen der Ausbildung von Leitstellendisponenten stellt die Vorhaltung einer Lehrleitstelle eine praktische und sinnvolle Komponente für die Erlangung von Kenntnissen im Umgang mit den eingesetzten Ressourcen dar.

Jedoch muss bemerkt werden, dass solch ein Benefit nur erreicht werden kann, sofern das Leitstellenkonzept Thüringen in der bekannten Form umgesetzt wird. Bei weiterem Bestand mehrerer lokaler Rettungsleitstellen ist dieser, auch durch die Verwendung unterschiedlich zur Anwendung kommender Einsatzleitsysteme, nicht mehr gegeben.

**9. Sollte künftig der Notarzt bei den entsprechenden Indikationen auch zwingend dann zum Notfallort fahren müssen, wenn das nichtärztliche Rettungspersonal den Patienten bereits auf Weisung durch den Telenotarzt behandeln konnte (§ 7 Abs. 6 S. 3 ThürRDG-E Drs. 7/7780)?**

Die Entscheidung zur Entsendung eines physischen Notarztes zur Einsatzstelle, trotz bestehendem Kontakt zum Telenotarzt, ist in Absprache zwischen Leitstelle und Telenotarzt und in Abhängigkeit vom geltenden Notarztindikationskatalog zu treffen (Überbrückungsleistung durch TNA).

Grundsätzlich ist aber nach den Regelungen des Notfallsanitätergesetzes nach Anwendung heilkundlicher Maßnahmen durch Rettungsfachpersonal, der Patient einem Arzt vorzustellen. Sofern dieses bereits durch den Telenotarzt übernommen wurde, d.h. die Behandlung durch diesen oder unter Begleitung durch diesen erfolgte, ist die Entscheidung über eine weitere ärztliche Behandlung durch den Telenotarzt zu treffen.

**10. Mit der Einführung des Berufsbildes Notfallsanitäter wurden diesen die Befugnis gegeben, unter bestimmten Voraussetzungen Heilkunde ausüben zu dürfen. Mit der Einführung des Telenotarztes wird nun eine weitere Regelung getroffen, mit der nichtärztliches Rettungspersonal – hier auf Weisung des Telenotarztes – heilkundliche Maßnahmen am Notfallort durchführen kann (§ 7 Abs. 6 ThürRDG-E Drs. 7/7780). Welche Rolle nimmt der Notfallsanitäter aus Ihrer Sicht perspektivisch ein, sobald der Telenotarzt eingeführt wurde? Besteht unter diesem Gesichtspunkt noch Änderungsbedarf an den Gesetzesentwürfen?**

Durch die Landesgruppe der Ärztlichen Leiter Rettungsdienst, die Landesärztekammer Thüringen und die Kassennärztliche Vereinigung Thüringen werden jährlich aktualisierte und den geltenden Leitlinien der Fachgesellschaften angepasste „VFA-Verfahrensanweisungen für den Thüringer Rettungsdienst“ herausgegeben. Diese gelten gemäß § 16 a Abs. 2 Thüringer Rettungsdienstgesetz, als Ausbildungs- und Handlungsgrundlage für Notfallsanitäter und Notfallsanitäterinnen und sind unabhängig von einer telenotärztlichen Beteiligung. Eine telenotärztliche Involvierung ist daher als klassische Systematik bei möglichem Notarztbedarf für den Notfallsanitäter, über die Regelungen der VFA für den Rettungsdienst hinaus, zu verstehen. Die Einschätzung, ob physische oder telenotärztliche Kompetenz für die aktuell vorliegende Situation erforderlich ist, obliegt den vor Ort befindlichen Rettungskräften.

Nach unserer Einschätzung ist somit kein Änderungsbedarf in den vorliegenden Gesetzesentwürfen zu





dieser Thematik notwendig.

**11. § 7 Abs. 7 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) bestimmt, dass die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen die übermittelten Bild- und Tondaten aufzeichnet und die Einsätze der Telenotärzte regelmäßig auswertet. § 34 Abs. 4 [sic] des Gesetzentwurfes sieht bereits vor, dass zugelassene Erprobungsvorhaben unter wissenschaftlicher Begleitung zu dokumentieren und auszuwerten sind. Sollte die Regelung zu Telenotärzten ebenfalls vorsehen, dass deren Einsätze unter wissenschaftlicher Begleitung auszuwerten sind?**

§ 34a Abs. 4 des Gesetzesentwurfes sieht die Einführung einer Experimentierklausel vor. Die durch das zuständige Ministerium im Benehmen mit dem Landesbeirat für das Rettungswesen beschlossenen Erprobungen innovativer Konzepte sind wissenschaftlich zu begleiten und auszuwerten. Nunmehr sind bereits in Deutschland verschiedene TNA Systeme erprobt und umgesetzt worden und letztlich in einem Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) vom 18.12.2020 mit eindeutiger Empfehlung zur bundesweiten Etablierung der Systematik Telenotarzt gemündet.

Da es sich bei telenotärztlicher Systematik um eine zusätzliche Komponente der notärztlichen Versorgung mit gleichgelagerten Versorgungsgrundsätzen handelt, ist eine isolierte wissenschaftliche Auswertung der Systematik Telenotarzt als nicht zielführend anzusehen. Generell kann im Rahmen der Experimentierklausel auf eine generalisierte und abgleichende Betrachtung der Gesamtstruktur Rettungsdienst über eine wissenschaftliche Begleitung nachgedacht werden.

**12. § 8 Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) gibt vor, dass ein Telenotarzt die ärztliche Betreuung übernehmen kann, sofern das abgebende Krankenhaus dies anfordert und der Telenotarzt zustimmt. Sollte die Einschätzung des vor Ort eingesetzten nichtärztlichen Rettungspersonals ebenfalls in der Regelung berücksichtigt werden? Sofern ja, in welcher Form?**

Grundlage für die Anforderung einer Verlegungskomponente ist immer eine ärztliche Anforderung. Hier wird entschieden, ob eine (Not-) ärztliche Begleitung des Verlegungstransportes notwendig ist. Hierbei sind auch die Besonderheiten des § 3 Abs. 3 Thüringer Rettungsdienstgesetz, Notfallrettung und § 8 Thüringer Rettungsdienstgesetz, da unterschiedliche Zuständigkeiten, zu beachten. Sobald sich jedoch ärztliche Begleitung als erforderlich erweist und explizit durch die verlegende Einrichtung (zuständiger Arzt) angefordert wird, erfolgt die weitere Klärung der Verfahrensweisen in einem Arzt-Arzt Gespräch. Hierbei kann auch der Telenotarzt zum Einsatz kommen und ggf. anhand vorliegender Kriterien über die Begleitoption entscheiden. Grundsätzlich sind die Rettungskräfte aber in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. Gerade die Durchführung des Transportes und sich daraus möglicherweise ergebender Handlungsnotwendigkeiten sind im gemeinsamen Vorgehen mit dem Rettungsfachpersonal abzustimmen.

**13. § 14 Abs. 3 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) sieht vor, dass der Zentralen Leitstelle „laufend“ die Anzahl der freien Betten und sonstigen Versorgungskapazitäten melden. Ist der Landesrettungsdienstplan der geeignete Rahmen, um diese Vorgabe zu konkretisieren? Sollte sie an anderer Stelle konkretisiert werden?**

Mit Einführung der einheitlichen elektronischen Einsatzdatenerfassung im Thüringer Rettungsdienst wurde ein weiterer Schwerpunkt auf die Datenübermittlung in das klinische Setting gelegt. Dabei wurde das Hauptaugenmerk auf die zur Verfügung stehenden Behandlungskapazitäten gelegt. Grundsätzlich ist es für die Initialbehandlung eines Notfallpatienten im Rahmen der klinischen Vorstellung maßgeblich, die entsprechend benötigte fachliche Expertise unmittelbar zur Verfügung zu haben.

Nunmehr hat die Praxis gezeigt, erstmalig im Rahmen des Auftretens von SARS COV-2 Infektionen, dass eine Übersicht vorhandener Klinikbetten zur Planung einer sinnvollen Behandlungsabfolge förderlich ist. So sollten in diesem Rahmen Kapazitäten für Beatmungspatienten ermittelt und eine zielgerichtete Verlegungsorganisation ermöglicht werden. Dafür wurde ein spezielles Tool entwickelt, welches im Rahmen von MEDIRETT die verfügbare Anzahl von Klinikbetten aufzeigt. Dieses wurde im Rahmen der Verteilung von Ukraine Kriegsverletzten nochmals modifiziert und steht für den Praxiseinsatz zur Verfügung. Nachteil aller solcher System, auch IVENA, ist die notwendige Kapazitätseingabe auf Klinikseite in händischer Form. Dies muss mehrfach täglich geschehen um die Aktualität der Angaben zu gewährleisten. Im Zuge der Einführung der Schnittstellenlösungen zur papierlosen Übertragung der präklinischen Einsatzdokumentation soll nunmehr die Option einer automatisierten Übertragung vorhandener klinischer Bettenkapazitäten in MEDIRETT geschaffen



werden. Den zuständigen Rettungsleitstellen und allen am System Beteiligten Komponenten kann dadurch die notwendige Übersicht über die Verfügbarkeit von Ressourcen bereitgestellt werden. Das gesamtheitliche Erfassungs-, Dokumentations- und Weiterleitungssystem MEDIRETT wird damit ganzheitlich abgerundet.

**14. § 34a ThürRDG-E (Drs. 7/7780) regelt, dass für eine Dauer von bis zu drei Jahren (Abs. 3) Abweichungen von den § 14 Abs. 4, § 15 Abs. 2 sowie § 16 Abs. 1 und 2 ThürRDG zugelassen werden können (Abs. 1). Sehen Sie Änderungsbedarf gegenüber diesen materiellen und zeitlichen Vorgaben für eine zulässige Anwendung der Experimentierklausel?**

Nach unserer Meinung besteht kein Anpassungs- oder Änderungsbedarf für materielle und zeitliche Vorgaben für eine zulässige Anwendung der Experimentierklausel

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführer

18418/2023

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
DS 7/7394; DS 7/7450; DS 7/7780		
<b>1.</b>	<b>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Arbeitsgemeinschaft der Leiter*Innen der Berufsfeuerwehren Thür. (AGBF-Thür)	AGBF Thüringen ist eine sich selbsttragende Vereinigung im Deutschen Städtetag (AöR)
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Berufsfeuerwehr Weimar
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kromsdorfer Str. 13
	Postleitzahl, Ort	99427 Weimar
<b>2.</b>	<b>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	AGBF-Vertreter sind Amtsleiter für den Bereich Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst der kreisfreien Städte (Gera, Jena, Weimar, Erfurt). AG als Aufgabenträger, Durchführende im Rettungsdienst, Aufgabenträger integrierte Leitstellen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? siehe Stellungnahme v. 15.06.23	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	siehe Stellungnahme, aufgrund Komplexität keine Zusammenfassung möglich	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Weimar, 07.07.2023	

AGBF-Thüringen, c/o Berufsfeuerwehr Weimar, Kromsdorfer Straße 13, 99427 Weimar

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen Fuchs- Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
16.06.2023 10:41

16100/2023

15.07.2023

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

Drucksache 7/7394, Drucksache 7/7450, Drucksache 7/7780

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren Thüringen  
(AGBF Thüringen)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum o.g. Antrag. Ich nehme im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren Thüringen (AGBF Thüringen) aus der Sichtweise der Fachämter der kreisfreien Städte gemäß Ihrer Fragestellung wie folgt Stellung:

Der AGBF Thüringen liegen mit Schreiben des Thüringer Landtages vom 03. Mai 2023 drei Gesetzentwürfe zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes vor. Alle Gesetzentwürfe sind von dem Willen geprägt, die rettungsdienstliche Versorgung im Freistaat Thüringen weiter zu entwickeln und moderne Lösungsansätze für die Herausforderungen einer zunehmend schwieriger werdenden umfassenden Gesundheitsversorgung zu finden.

Die Gesetzentwürfe der Regierungsfraktion, der Fraktion der CDU sowie der parlamentarischen Gruppe der FDP ergänzen, überlagern und widersprechen sich teilweise, so dass eine gemeinsame Betrachtung schwierig ist. Einigkeit scheint bei allen Entwürfen in der Anerkennung der Notwendigkeit der Einführung eines Telenotarzt-Systems zu bestehen. Die Lösungsansätze werden jedoch unterschiedlich dargestellt. Aus diesem Grund soll hier einzeln auf die Entwürfe eingegangen werden. Im Anschluss gehen wir auf die Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags ein.

## **I. Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen**

### **1. Zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/7780**

- Die Einrichtung einer Lehrleitstelle durch das Land wird von der AGBF Thüringen ausdrücklich begrüßt. Das Projekt zur Neustrukturierung der Zentralen Leitstellen in Thüringen verlangt neben einheitlicher und redundanter Technik auch einen einheitlichen Ausbildungsstand des Personals. Dieses ist nur durch eine zentrale Ausbildungsstätte mit einer den Bedingungen der Leitstellen entsprechenden technischen und personellen Ausstattung möglich.

- Für die Bereitstellung von Informationen zu Versorgungs- und Behandlungskapazitäten und freien Betten (Entwurf zu § 14 Abs. 3 ThürRettG) ist ein landesweit einheitliches System zu schaffen, auf das alle Leitstellen zugreifen können. Insbesondere unter dem Aspekt der zu erwartenden Neugliederung der Krankenhauslandschaft und der sich daraus ergebenden Auswirkungen auf den Rettungsdienst sowie unter Beachtung der Leitstellenentwicklung greift die vorgeschlagene Regelung aus Sicht der AGBF Thüringen zu kurz.

- Die Einführung eines Telenotarzt-Systems in Thüringen wird begrüßt und entspricht den Tendenzen und Entwicklungen in anderen Bundesländern. Das Telenotarzt-System unterstützt den Rettungsdienst und kann im Bedarfsfall das notarztfreie Intervall verkürzen. Dazu gehören jedoch nicht nur die Übertragung von Bild- und Tondaten, sondern auch die vor Ort festgestellten Vitalparameter, aus denen der Telenotarzt die entsprechenden Schlüsse für Behandlungsmaßnahmen ableiten kann. Dazu ist eine umfangreiche Ausstattung der Rettungsmittel mit Kommunikationstechnik und deren Finanzierung im Rahmen der erhobenen Benutzungsentgelte erforderlich.

- Die Sicherstellung des Telenotarzt-Systems durch die Kassenärztliche Vereinigung ist folgerichtig. Gleichzeitig erscheint eine Anbindung an die Zentralen Leitstellen sinnvoll, da dort alle Informationskanäle für den Rettungsdienst zusammenlaufen. Entsprechende Vorschläge aus dem Fachgremium Leitstellen liegen bereits vor.

- Die Einführung der smartphonebasierten Ersthelferalarmierung als ergänzender Bestandteil wird befürwortet. Die offenen Fragen sind jedoch nicht abschließend geklärt. Somit empfiehlt die AGBF Thüringen die Aufnahme dieses Tatbestandes in die Experimentierklausel um über diesen Weg die Praktikabilität zu ermitteln.

- Neben den Kosten für die einheitliche mobile Einsatzdokumentation (§ 20 Abs. 2 ThürRettG) müssen auch die Kosten für die Erfassung und Übertragung der Bild- Ton- und Vitaldaten in die Benutzungsentgelte einfließen.

- Die Streichung des § 31 Abs. 2 Satz 2 wird begrüßt, da diese Regelung durch die mobilelektronische Einsatzdatenerfassung überflüssig wird.

### **2. Zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/7450**

- Zur Notwendigkeit der Einführung eines Telenotarzt-Systems besteht offenbar Einvernehmen mit den Regierungsfractionen. Die im Entwurf zu § 5 vorgeschlagene Vergabe telenotärztlicher Leistungen durch die Ministerien führt zu einer Trennung der notärztlichen Versorgung innerhalb des Systems der Notfallrettung und kann aus Sicht der AGBF Thüringen nicht zielführend sein. Die Kassenärztliche Vereinigung ist als Aufgabenträger für die notärztliche Versorgung ausreichend in der Lage, die personellen und organisatorischen Voraussetzungen auch für die Sicherstellung des Telenotarztes zu schaffen. Die Regelung würde zu einer weiteren Aufgabenträgerschaft führen, welche sich eher hinderlich als fördernd auf die Notfallrettung auswirken kann.

- Zu begrüßen ist die Definition der Aufgaben des Telenotarztes. Diese könnten aber auch im Landesrettungsdienstplan geregelt werden.

- Unabhängig von der aus Sicht der AGBF Thüringen unnötigen Ausschreibung telenotärztlicher Leistungen sind die vorgeschlagenen Regelungen zum § 7 a Absatz 4 zu begrüßen. Die Festlegung der Telenotarzt-Standorte sollte auf Landesebene durch die vorgeschlagenen Institutionen erfolgen. Dabei ist die Anbindung an eine oder mehrere Zentrale Leitstellen sinnvoll und widerspricht nicht der Aufgabenträgerschaft durch die KVT. Die Regelungen zur technischen Ausgestaltung des Telenotarzt-Systems werden ausdrücklich begrüßt. Damit wird die Ausstattung der Rettungsmittel, der Datenübertragung und der notwendigen Kapazitäten am Standort des Telenotarztes definiert.

- Eine gesonderte Kostenregelung (Entwurf zu § 7 Absatz 6 und 7) wäre ohne einen zusätzlichen Aufgabenträger nicht erforderlich. Kosten der Ausstattung der Rettungsmittel für das Telenotarzt-System können im § 20 geregelt werden, die Kosten des Telenotarztes im § 21.

- Die zum § 18 vorgeschlagene Kostenregelung für die erforderliche Führerscheinerweiterung ist durch die technische Entwicklung von Rettungsfahrzeugen zu begrüßen.

### **3. Zum Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/7394**

- Die im Entwurf zu § 7 Abs. 1 geforderte Regelung schließt sich dem Entwurf der Regierungsfractionen zur Einführung eines Telenotarzt-Systems und dessen Zuordnung zur Kassenärztlichen Vereinigung an.

- Im Entwurf zum § 14 Absatz 2 wird die Einführung von Ersthelfer-Systemen gefordert. Die vorgeschlagenen Regelungen greifen aus Sicht der AGBF Thüringen zu kurz, da Aufgabenträger und Träger der Leitstelle in der Regel nicht identisch sind. Insbesondere unter Berücksichtigung des Projektes zu Neugestaltung der Leitstellenlandschaft im Freistaat sind Leitstellen künftig für die Gebiete zunehmend mehrerer Aufgabenträger zuständig. Unterschiedliche Systeme in einem Leitstellenbereich sind nur unter sehr großem Aufwand durch die Leitstelle zu betreiben. Grundsätzlich können Ersthelfer-Systeme den Rettungsdienst unterstützen und behandlungsfreie Intervalle verkürzen. Dazu haben verschiedene Anbieter Apps entwickelt, die eine Benachrichtigung von registrierten Ersthelfern in der Nähe eines Notfalles sicherstellen. Die Implementierung im ThürRettG setzt aber zunächst eine Definition der Rechtsstellung und der Befugnisse der Ersthelfer voraus. Auch ist der Zweck des Thüringer Rettungsdienstgesetzes im § 1 definiert. Das Gesetz regelt „die Sicherstellung einer bedarfsgerechten medizinischen Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen des Rettungsdienstes“. Eine Regelung für die Erste Hilfe ist nicht vorgesehen. Die Definition der Notfallrettung im § 3 ThürRettG entspricht nicht den möglichen Leistungen von Ersthelfern. Darüber hinaus müsste auf Grund der künftig in den Leitstellen landesweit einheitlichen Technik auch ein landesweit einheitliches System eingeführt werden. Auch auf die Frage der Kosten wird im Entwurf nicht eingegangen. Aus Sicht der AGBF Thüringen ist diese Regelung abzulehnen.

- Über die Möglichkeiten der in Thüringen eingeführten mobilelektronischen Datenerfassung auch Informationen zu Versorgungs- und Behandlungskapazitäten und freien Betten zu erfassen und zur Verfügung zu stellen, ist zurzeit nichts bekannt. Gefordert werden muss auf jeden Fall ein für alle Leitstellen in Thüringen zugängliches einheitliches System.



## **II. Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags**

### **1. Welche Auswirkung hätte die Einführung des Telenotarztes auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?**

Die Einführung eines Telenotarzt-Systems in Thüringen soll Bestandteil der notärztlichen Versorgung sein. Eine Ablösung oder ein Ersatz der Vorhaltung und des Einsatzes von Notärzten am Patienten vor Ort darf daraus nicht abgeleitet werden, da der überwiegende Teil der Notarzteinsätze es erforderlich macht, dass der Notarzt selbst am Patienten tätig wird. Die bedarfsgerechten notärztlichen Ressourcen sind weiterhin unerlässlich.

Vielmehr muss es dazu dienen, insbesondere im ländlichen Raum mit zum Teil langen Anfahrtswegen für das Notarzteinsatzfahrzeug die Besatzungen der Rettungsmittel zu unterstützen, ihnen Handlungssicherheit zu geben und das arztfreie Intervall zu verkürzen. Unter der Voraussetzung, dass die Einführung eines Telenotarzt-Systems als ergänzendes Element verstanden wird, kann von einer Verbesserung der Versorgung ausgegangen werden.

### **2. Ist eine gesetzliche Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ des Telenotarztes gegenüber den regulären bodengebundenen Notärzten erforderlich?**

Die Abgrenzung und Definition von Aufgaben und Befugnissen des Telenotarztes gegenüber den bodengebundenen Notärzten ist erforderlich. Dies ergibt sich aus der mit der räumlichen Trennung von Patient und Arzt verbundenen Art der Tätigkeit und der Eingriffsmöglichkeiten des Telenotarztes in die Patientenversorgung.

Aus unserer Sicht liegt die Verantwortung bei dem vor Ort befindlichen Notarzt.

### **3. Erfordert die Einführung des Telenotarztes einen neuen Aufgabenträger?**

Aus Sicht der AGBF Thüringen nicht. Die Trennung der Aufgabenträgerschaft für Notärzte und Telenotärzte wirkt eher behindernd als förderlich für die Notfallrettung. Zudem besteht die Gefahr, dass ein weiterer Aufgabenträger die Konkurrenz um die zur Verfügung stehenden Notärzte negativ beeinflusst.

Es sollte zuerst und abschließend geklärt werden, ob der Telenotarzt in den Zentralen Leitstellen oder bei der KVT den Dienst verrichtet.

Die Kommunikation im Rettungsdienst wird grundsätzlich über die integrierten Leitstellen geführt. Hier wird das Hilfeersuchen über den Notruf aufgenommen, die Entscheidung über die indikationsgerechten Rettungsmittel und Notärzten und deren Alarmierung getroffen.

Die notwendige Kommunikation mit den vor Ort befindlichen Einsatzkräften, aber auch mit den aufnehmenden Behandlungseinrichtungen, wird durch die integrierten Leitstellen sichergestellt. Hierzu sind die integrierten Leitstellen als kritische Infrastruktur mit entsprechend hohem technischen Ausstattungsgrad und Redundanz ausgestattet.

Für den Fall, dass – wie von uns favorisiert – die Telenotärzte in den Zentralen Leitstellen vorgehalten würden, sollte die Trägerschaft auf die Leitstellenbetreiber übergehen, könnte aber auch bei der KVT verbleiben.

### **4. Wie würde sich die Einführung eines neuen Aufgabenträgers auf die Kosten und Haftung auswirken?**

Die Einführung eines neuen Aufgabenträgers würde sich vermutlich kostensteigernd auswirken. Entscheidende Kriterien für die Ablehnung einer getrennten Aufgabenträgerschaft sollten jedoch die Organisations- und Zuständigkeitsfragen sein.

Wichtig ist jedoch, dass bereits jetzt die Kostentragung abschließend geklärt wird. Die Haftung obliegt nach unserem Rechtsverständnis dem für die Sicherstellung des Telenotarztes

zuständigen Aufgabenträger. Dieser kann nur bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz Rückgriff auf den Telenotarzt nehmen.  
Entscheidend ist hier, dass die lückenlose Dokumentation eine Reproduktion des Einsatzverlaufs und somit den Verursacher widerspiegelt.

**5. Wie bewerten Sie den Entwurf einer Experimentierklausel?**

Grundsätzlich kann die Einführung einer Experimentierklausel durch wissenschaftliche Begleitung Erkenntnisse bringen, die der Weiterentwicklung des Rettungswesens dienen. Siehe auch Beantwortung der Frage 14.

**6. Stellt die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens dar?**

Die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung kann eine Hilfe für die Notfallrettung sein und wird seitens der AGBF Thüringen befürwortet. Die Implementierung im Gesetz führt jedoch zu vielen Fragen, die vorab geklärt werden müssen.

Die Rechtsstellung, die Pflichten und die Befugnisse der Ersthelfer sollten klar dargestellt werden. Auch ist der Zweck des Thüringer Rettungsdienstgesetzes im § 1 definiert. Das Gesetz regelt „die Sicherstellung einer bedarfsgerechten medizinischen Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen des Rettungsdienstes“. Eine Regelung für die Erste Hilfe ist nicht vorgesehen, wenngleich diese von Jedem zu leisten ist. Die Definition der Notfallrettung im § 3 ThürRettG entspricht nicht den möglichen Leistungen von Ersthelfern. Darüber hinaus müsste auf Grund der künftig in den Leitstellen landesweit einheitlichen Technik auch ein landesweit einheitliches System eingeführt werden.

Auf die Frage der Kosten wird im Entwurf nicht eingegangen. Aus Sicht der AGBF Thüringen ist die vorliegende Form abzulehnen.

Soweit Notfälle im öffentlichen Raum auftreten, scheint zunächst die Benachrichtigung von sich in der Nähe befindlichen Ersthelfern eine Möglichkeit zu sein, das behandlungsfreie Intervall zu verkürzen. Zu klären ist aber, ob der entsprechende Helfer dann auch zur Hilfe verpflichtet ist (Abgrenzung zum § 323c StGB). Weitere Fragen sind die Berechtigung zum Betreten einer Wohnung oder fremder Einrichtungen, da sich der größte Teil der Notfälle im häuslichen Bereich abspielt. Auf Grund der Vielzahl an smartphonebasierten Ersthelfer-Apps kann es zudem durch die unterschiedlichen Aufgabenträger innerhalb eines Leitstellenbereiches zu einem „Flickenteppich“ an Systemen kommen, welche durch die Leitstellen nicht zu bedienen sind. Die Einführung solcher Systeme kann also nur einheitlich im Leitstellenbereich erfolgen, mit der weiteren Entwicklung der Leitstellenlandschaft auch nur landesweit.

Dabei ist ebenso die Frage zu klären, wer dafür die Kosten zu tragen hat.

Um eine smartphonebasierte Ersthelferalarmierung als ergänzende Maßnahme zu etablieren, wäre die Aufnahme dieses Tatbestandes im Rahmen der Experimentierklausel vorzuziehen. Hierüber bestünde auch die Möglichkeit die beschriebenen Fragestellungen zu beantworten.

**7. Die gesetzliche Verankerung welcher weiteren digitalen Errungenschaften sind erforderlich, um die notärztliche Versorgung in Thüringen weiter zu verbessern?**

Zwingend ist die Einführung einer einheitlichen Schnittstelle zwischen dem mobilelektronischen Datenerfassungssystem und den Patientenaufnahmen der Krankenhäuser, darüber hinaus Ankunftsmonitore in den Notaufnahmen. Mit der Einführung der Telemedizin in der Notfallrettung könnten ebenso medizinische Daten bereits auf der

Anfahrt zur Notaufnahme übermittelt werden. Die Krankenträger müssen dazu verpflichtet werden, sich den in der Notfallrettung verwendeten Systemen anzuschließen.

Derzeit müssen die digitalen medizinischen Einsatzdokumentationen, welche in Thüringen einheitlich auf entsprechenden Tablets vorliegen, z.T. in analoge Formate transferiert werden, damit die Patientendokumentation in der behandelnden Einrichtung übergeben werden.

Störend im System der Notfallrettung ist die nach wie vor auf Papier zu erfolgende Transportverordnung in der Notfallrettung. Diese sollte in digitaler Form generiert werden und auch in dieser Form mit der digitalen Rechnungslegung gegenüber den Kostenträgern übertragen werden. Die Verordnung zum Krankentransport ist aufgrund der vorherigen Genehmigung weiterhin in analoger Form notwendig. Die Übermittlung der Behandlungskapazitäten an die Zentralen Leitstellen muss künftig über ein landesweit einheitliches System erfolgen, auf das die Leitstellen und auch die Notärzte und Notfallsanitäter vor Ort zugreifen können.

**8. Welche Auswirkungen hätte die Einrichtung und der Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?**

Vordergründig dient die Errichtung einer Lehrleitstelle der einheitlichen Ausbildung des Leitstellenpersonals für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr (Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst).

Wir sehen bei der Einführung des Telenotarztes die dringende Notwendigkeit der Integration in die bestehenden Leitstellenstrukturen. Somit erachten wir die zentrale Schulung von Telenotärzten – gleichsam wie die der Disponenten – als elementar. Hierzu ist die geplante Lehrleitstelle das geeignetste Mittel. Im Übrigen gehen wir davon aus, dass die zentrale Schulung in einer Lehrleitstelle auch den Einsatz von bodengebundenen Notärzten – unter Beachtung der regionalen Besonderheiten – vereinheitlichen wird und qualitätssteigernd wirkt.

**9. Sollte künftig der Notarzt bei den entsprechenden Indikationen auch zwingend dann zum Notfallort fahren müssen, wenn das nichtärztliche Rettungspersonal den Patienten bereits auf Weisung durch den Telenotarzt behandeln konnte (§ 7 Abs. 6 S. 3 ThürRDG-E Drs. 7/7780)?**

Diese Entscheidung ist einzelfallabhängig. Sollte die Alarmierung des Notarztes auf der Grundlage des Notarztindikationskatalogs bereits erfolgt sein, könnte dieser Einsatz abgebrochen werden, wenn durch den Telenotarzt im Zusammenwirken mit der Besatzung vor Ort ausreichende Maßnahmen vorgenommen wurden, um die Transportfähigkeit des Patienten ohne weiteres Zutun des Notarztes zu gewährleisten. Selbst unter Beachtung des Zeitverzugs für die Anfahrt des Notarztes dürfte diese Konstellation nur sehr selten vorkommen. In solchen Fällen muss eine Abstimmung des Notarztes mit dem Telenotarzt erfolgen. Für die Fälle, in denen die Besatzung des Rettungswagens vor Ort nach Feststellung der Lage die Unterstützung des Telenotarztes benötigt, ist dieser weisungsbefugt und die Behandlung erfolgt durch die Notfallsanitäter im Rahmen der Delegation. Auch in diesen Fällen ist durch den Telenotarzt abzuschätzen, ob eine Nachalarmierung des Notarztes erfolgen soll.

**10. Mit der Einführung des Berufsbildes Notfallsanitäter wurde diesen die Befugnis gegeben, unter bestimmten Voraussetzungen Heilkunde ausüben zu dürfen. Mit der Einführung des Telenotarztes wird nun eine weitere Regelung getroffen, mit der nichtärztliches Rettungspersonal - hier auf Weisung des Telenotarztes - heilkundliche Maßnahmen am Notfallort durchführen kann (§ 7 Abs. 6. ThürRDG-E Drs. 7/7780). Welche Rolle nimmt der Notfallsanitäter aus Ihrer Sicht perspektivisch ein, sobald der Telenotarzt eingeführt wurde? Besteht unter diesem Gesichtspunkt noch**

## **Änderungsbedarf an den Gesetzentwürfen?**

Die Weisung eines Telenotarztes unterscheidet sich nicht von den Weisungen eines vor Ort tätigen Notarztes. Der Notfallsanitäter nimmt damit heilkundliche Handlungen im Rahmen der Delegation vor. Entscheidend ist das Vorliegen ausreichender Informationen beim Telenotarzt. Dazu gehört neben einer Bild- und Tonverbindung auch die Übertragung von Vitalparametern. Dafür sind die Rettungsmittel entsprechend auszustatten.

Bei Einsätzen, bei denen der Telenotarzt von seinem Weisungsrecht gemäß § 7 Abs. 6 S. 3 ThürRDG-E Drs. 7/7780 Gebrauch macht, übergeht aus unserer Sicht der Einsatz ab diesem Zeitpunkt in die Verantwortung des Telenotarztes. Wobei nach Abschluss der konkreten Maßnahme durch eindeutige Willensbekundung die Verantwortung – wie bei klassischen Einsätzen der Transport ohne Notarzt erfolgen kann – auf den Notfallsanitäter rückübertragen werden kann.

Wir empfehlen hierzu eine Klarstellung zu formulieren. Wichtig erscheint uns an dieser Stelle, dass eine Harmonisierung der „freigegebenen Maßnahmen“ mit praktischer Kompetenz durch die Ärztlichen Leiter Rettungsdienst der einzelnen Gebietskörperschaften unabdingbar ist.

Die Rolle des Notfallsanitäters ändert sich durch die Einführung des Telenotarztes aus unserer Sicht nicht.

**11. § 7 Abs. 7 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) bestimmt, dass die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen die übermittelten Bild- und Tondaten aufzeichnet und die Einsätze der Telenotärzte regelmäßig auswertet. § 34 Abs. 4 des Gesetzentwurfes sieht bereits vor, dass zugelassene Erprobungsvorhaben unter wissenschaftlicher Begleitung zu dokumentieren und auszuwerten sind. Sollte die Regelung zu Telenotärzten ebenfalls vorsehen, dass deren Einsätze unter wissenschaftlicher Begleitung auszuwerten sind?**

Die wissenschaftliche Begleitung sowie eine Qualitäts- und Erfolgskontrolle ist in jedem Fall notwendig. Nur so kann das System auf Schwachstellen geprüft und den Gegebenheiten entsprechend optimiert werden.

**12. § 8 Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) gibt vor, dass ein Telenotarzt die ärztliche Betreuung übernehmen kann, sofern das abgebende Krankenhaus dies anfordert und der Telenotarzt zustimmt. Sollte die Einschätzung des vor Ort eingesetzten nichtärztlichen Rettungspersonals ebenfalls in der Regelung berücksichtigt werden? Sofern ja, in welcher Form?**

Wie bereits ausgeführt, verstehen wir die Einführung des Telenotarztes als ergänzendes Element der präklinischen Versorgung. Eine „Ressourcenschonung“ der Kliniken können wir nicht befürworten. In den Fällen, bei denen eine ärztliche Transportbegleitung erforderlich ist, hat die abgebende Einrichtung dies grundsätzlich sicherzustellen. Wohl wissend, dass der Fachkräftemangel auch die Kliniken erreicht hat, darf hier keine Verlagerung in den Rettungsdienst erfolgen. Sollte die Regelung im Gesetz Berücksichtigung finden, sehen wir das Vetorecht des Transportführers als unerlässlich an.

Eine Abstimmung des Rettungsdienstpersonals, welches einen Verlegungstransport begleitet, mit dem begleitenden Telenotarzt sollte in jedem Fall erfolgen. Voraussetzung dafür ist die ausreichende technische Ausstattung der Rettungsmittel und leistungsfähige und gesicherte Datenverbindung.

**13. § 14 Abs. 3 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) sieht vor, dass der Zentralen Leitstelle „laufend“ die Anzahl der freien Betten und sonstigen Versorgungskapazitäten melden. Ist der Landesrettungsdienstplan der geeignete Rahmen, um diese Vorgabe zu konkretisieren? Sollte sie an anderer Stelle konkretisiert werden?**

Die Übermittlung der Behandlungskapazitäten an die Zentralen Leitstellen muss künftig über ein landesweit einheitliches System erfolgen, auf das die Leitstellen und auch die Notärzte und Notfallsanitäter vor Ort zugreifen können. Dies sollte im Gesetz verankert werden, um auch die Kostenregelung zu klären. Zudem müssen die behandelnden Einrichtungen verpflichtet werden ihrerseits die Kapazitäten in dieses einheitliche System unmittelbar zu überliefern und die landeseinheitliche Softwareanwendung gleichfalls in den Krankenhäusern verpflichtend vorzuhalten.

Zur Konkretisierung ist aus unserer Sicht der Landesrettungsdienstplan die geeignete Form. Zudem halten wir die vorliegende Formulierung des o.g. Paragraphen nicht eindeutig genug. (Die Leitstellen führen einen Nachweis, die Krankenhäuser und Sonstigen stellen sicher)

**14. 14. §34a ThürRDG E (Drs. 7/7780) regelt, dass für eine Dauer von bis zu drei Jahren (Abs. 3) Abweichungen von den § 14 Abs. 4, § 15 Abs. 2 sowie § 16 Abs. 1 und 2 ThürRDG zugelassen werden können (Abs. 1). Sehen Sie Änderungsbedarf gegenüber diesen materiellen und zeitlichen Vorgaben für eine zulässige Anwendung der Experimentierklausel?**

Die geplanten möglichen Abweichungen betreffen die personelle Besetzung der Leitstellen, die Vorhaltung von Personal und Rettungsmitteln in den Rettungswachen, die Bestimmung des Einsatzes von Krankenkraftwagen und Notarzteinsetzungsfahrzeugen sowie die Besetzung der Rettungsmittel.

Zu dem in der Begründung angeführten möglichen Einsatz von Ärzten in der Leitstelle liegen bereits Vorschläge aus dem Fachgremium Leitstelle vor. Danach soll im Rahmen des Landesprojektes auch ein Arbeitsplatz für einen Arzt in der Leitstelle vorgesehen werden.

In der Begründung wird weiterhin der Einsatz von Rettungsmitteln vorgeschlagen, welche nicht dem anerkannten Stand der Technik bzw. der Notfallmedizin entsprechen. Dies kann unter der Beachtung des Versorgungsauftrages nicht mitgetragen werden. Die Notfallrettung ist „..... die Durchführung lebensrettender Maßnahmen oder Maßnahmen zur Verhinderung schwerer gesundheitlicher Schäden bei Notfallpatienten am Notfallort und ihre Beförderung unter fachgerechter Betreuung in dafür besonders ausgestatteten Rettungsmitteln in eine für die weitere Versorgung geeignete Behandlungseinrichtung...“ (§3 Abs.2 ThürRettG). Grundsätzlich ist die Einführung von Spezialfahrzeugen sinnvoll und möglich, dabei sind aber der Stand der Technik und der Notfallmedizin einzuhalten.

Die Einführung von Notfallkrankentransportwagen wäre eine sehr sinnvolle und zielführende Errungenschaft, welche in anderen Bundesländern bereits gängige Praxis ist. Auch diese Fahrzeuge sind in der DIN 1789 genormt. Notfallkrankentransportwagen können vor allem bei niederschweligen Ereignissen zum Einsatz kommen, bei denen keine akute Lebensgefahr vorliegt, aber eine dringende medizinische Behandlung erforderlich ist. Dies setzt jedoch eine Erweiterung des Begriffs der Notfallrettung im §3 ThürRettG voraus.

Beispielhaft ist dies im §2 Absatz 2, Nummer 2 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettDG) geregelt:

„(2) Der Rettungsdienst hat.....

2. bei sonstigen Verletzten oder Erkrankten, bei denen medizinische Maßnahmen notwendig werden könnten, diese in kurzer Zeit am Einsatzort durchzuführen, die Transportfähigkeit dieser Personen herzustellen und sie erforderlichenfalls unter fachgerechter Betreuung mit dafür ausgestatteten Rettungsmitteln in eine für die weitere Versorgung geeignete Behandlungseinrichtung zu befördern (Notfalltransport)....“

Eine derartige Regelung wäre zu begrüßen, da zahlreiche Einsätze des Rettungsdienstes nicht mit einer Lebensgefahr oder zu erwartenden schweren gesundheitlichen Schädigung verbunden sind, aber nur durch Rettungsmittel der Notfallrettung abzuwickeln sind. Für diese Regelung ist auch die Abweichung von der bisher geforderten Qualifikation der Besatzungen möglich.

Als schwierig ist die Begrenzung der Experimentierklausel auf den Zeitraum von drei Jahren einzuschätzen. Hohe Investitionskosten und die Einstellung von geeignetem Personal setzen einen größeren Planungshorizont voraus.

Es seien noch ergänzende Hinweise zur dringend notwendigen Stabilisierung des Thüringer Rettungsdienstes gestattet:

Mit großer Sorge ist zu konstatieren, dass die Verfügbarkeit von geeignetem Personal im Rettungsdienst. Die Ausbildung von weiteren Notfallsanitätern muss weiterhin oberste Priorität haben. Obergrenzen in der Finanzierung bei einzelnen Durchführenden des Rettungsdienstes können wir uns – bundesweit – erst nach einer Stabilisierung des Systems erlauben.

Wichtig erscheint an dieser Stelle, dass die Ausbildungskapazitäten generell erhöht werden müssen: Als Indiz für eine Stabilisierung kann und muss die Verfügbarkeit der laut Rettungsdienstbereichsplan der einzelnen Rettungsdienstbereiche festgeschriebenen Vorhaltungen mit einem Erfüllungsgrad von 100% dienen sowie der nicht mehr notwendige Einsatz von Freelancern und Mitarbeitern von Notfallsanitäterbörsen.

Gleichsam bleibt festzustellen, dass die aktuelle Situation (mit Einsatzerfordernis von Freelancern und Mitarbeitern von Notfallsanitäterbörsen) auch der gemäß § 1 ThürRettG gebotenen Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit widerspricht. Innerbetriebliche, der Personalnot geschuldete Kompensationsmaßnahmen (v.a. in Form von nicht in angemessenen Zeiträumen auszugleichender angewiesener Mehrarbeit) erhöhen die Überlast des Personals weiter.




Abschließend fällt auf, dass auch die bereits gegebene Einschränkung von Behandlungskapazitäten einzelner Krankenhäuser den Transportbedarf immer weiter erhöht und somit den Rettungsdienst zusätzlich belastet. Als einziges Mittel, das die Aufgabenträger des bodengebundenen Rettungsdienstes zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit haben, verbleibt schlicht die Erhöhung der Vorhaltung von Rettungsmitteln. Und die hierfür erforderlichen personellen und materiellen Ressourcen sind derzeit nur schwerlich zu realisieren.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/7394 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung Thüringer Telenotarzt</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7450 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>  <b>Malteser</b>            Malteser Hilfsdienst gGmbH            Bezirksgeschäftsstelle Erfurt            August-Schleicher-Straße 2, 99089 Erfurt            Tel. (0361) 3 40 47-0, Fax (0361) 3 40 47-11         </td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	 <b>Malteser</b> Malteser Hilfsdienst gGmbH Bezirksgeschäftsstelle Erfurt August-Schleicher-Straße 2, 99089 Erfurt Tel. (0361) 3 40 47-0, Fax (0361) 3 40 47-11		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
 <b>Malteser</b> Malteser Hilfsdienst gGmbH Bezirksgeschäftsstelle Erfurt August-Schleicher-Straße 2, 99089 Erfurt Tel. (0361) 3 40 47-0, Fax (0361) 3 40 47-11											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Rettungsdienst, Fahrdienst für Menschen mit Beeinträchtigungen</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>Einführung eines Telenotarztsystems sinnvoll als Ergänzung zur bisherigen Notarztversorgung, jedoch nicht als deren Ersatz</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	



	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt 16/6/23	

Landesparlamentarische Gruppe  
 Bezirksgeschäftsstelle Erfurt  
 August-Schleicher-Straße 2, 99089 Erfurt  
 Tel. (0361) 3 40 47 0, Fax (0361) 3 40 47-11



# Malteser

*...weil Nähe zählt.*

Malteser Hilfsdienst gemeinnützige GmbH | August-Schleicher-Straße 2 | 99089 Erfurt

Malteser Hilfsdienst gGmbH  
Bezirksgeschäftsstelle Erfurt

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
16.06.2023 15:02

16148/23

16. Juni 2023

## **Stellungnahme im Zuge des Anhörungsverfahrens zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

Sehr geehrter Damen und Herren,

im Namen der Malteser Hilfsdienst gGmbH – Bezirksgeschäftsstelle Erfurt beantworten wir die Fragestellung des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtages zum og. Gesetzesentwurf in Abstimmung mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Hilfsorganisationen wie folgt:

### **1. Welche Auswirkung hätte die Einführung des Telenotarztes auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?**

Grundsätzlich unterstützen wir die Einführung des Telenotarztes, da er die notärztliche Versorgung in Thüringen stärkt. Dieser kann aber nur im begrenzten Raum durchgeführt werden, einen regulären Einsatz des Telenotarztes als kompletten Ersatz des bodengebundenen Notarztes unterstützen wir nicht.

### **2. Ist eine gesetzliche Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ des Telenotarztes gegenüber den regulären bodengebundenen Notärzten erforderlich?**

Eine Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ sehen wir als notwendig an. Die Delegation von Maßnahmen durch den Telenotarzt ist nicht gleichzusetzen mit der des Notarztes am Einsatzort, da eine Überwachung der Maßnahme nur eingeschränkt möglich ist. Hier empfehlen wir, den Standpunkt der AG TN zu berücksichtigen.

### **3. Erfordert die Einführung des Telenotarztes einen neuen Aufgabenträger?**

Wir unterstützen die Etablierung des Telenotarztsystems bei der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen oder bei den Leitstellen. Zudem könnten wir uns auch die Übertragung an beide Organisationen vorstellen. Hierbei müssen die Inhalte sehr konkret dargestellt werden. Einen neuen Aufgabenträger sehen wir nicht.

Malteser Hilfsdienst gemeinnützige GmbH

August-Schleicher-Straße 2  
99089 Erfurt  
Tel: 0361/340 47 - 0  
Fax: 0361/340 47 - 11  
Malteser.Erfurt@malteser.org  
www.malteser-erfurt.de

**4. Wie würde sich die Einführung eines neuen Aufgabenträgers auf die Kosten und Haftung auswirken?**

Die Zuständigkeit der Einsätze der Notärzte ist bisher der KVT zugeordnet. Somit sind die Haftungsfragen hier bereits geklärt und könnten für den Telenotarzt adaptiert werden. Die Haftung muss in den Verträgen der Aufgabenübertragung bzw. Gesetzen reguliert werden.

Eine sachliche Prognose zu den Kosten kann von uns nicht abgegeben werden. Grundsätzlich müssen die entstehenden Kosten dem Aufgabenträger erstattet werden u.a. Kosten für die Ausstattung, Inbetriebnahme, Wartung, Instandhaltung bis hin zur Verwertung der Hard- und Software bei den Durchführenden.

**5. Wie bewerten Sie den Entwurf der Experimentierklausel?**

In § 34a Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) wird der Kreis der Antragsberechtigten geregelt. Zusätzlich empfehlen wir noch die Einholung der Zustimmung des Landesbeirates des Rettungswesens. Die weiteren Inhalte des Entwurfs der Experimentierklausel finden unsere Zustimmung.

**6. Stellt die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens dar?**

Wir unterstützen die Einführung der smartphonebasierten Helferalarmierung. Aufgrund von zahlreichen Hilfsfristüberschreitungen bei Rettungseinsätzen kann eine Ersthelferalarmierung die reguläre Rettungskette verkürzen und zeitnah Maßnahmen durch die Ersthelfer unternommen werden. Wir empfehlen einen Erprobungszeitraum von einem Jahr mit einer anschließenden Evaluierung und Auswertung.

**7. Die gesetzliche Verankerung welcher weiteren digitalen Errungenschaften sind erforderlich, um die notärztliche Versorgung in Thüringen weiter zu verbessern?**

Weitere digitale Errungenschaften, die die notärztliche Versorgung verbessern, sind uns derzeit nicht bekannt.

**8. Welche Auswirkung hätte die Einrichtung und der Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?**

Aktuell sehen wir keine Auswirkungen durch den Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen.

**9. Sollte künftig der Notarzt bei den entsprechenden Indikationen auch zwingend dann zum Notfallort fahren müssen, wenn das nichtärztliche Rettungspersonal den Patienten bereits auf Weisung durch den Telenotarzt behandeln konnte?**

(§ 7 Abs. 6 S.3 ThürRDG-E Drs. 7/7780)

Sofern der bodengebundene Notarzt verfügbar ist und die Einsatzdauer nicht unnötig verlängert wird, muss der diensthabende Notarzt zum Notfallort fahren.

**10. Mit der Einführung des Berufsbildes Notfallsanitäter wurde diesen die Befugnis gegeben, unter bestimmten Voraussetzungen Heilkunde ausüben zu dürfen. Mit der Einführung des Telenotarztes wird nun eine weitere Regelung getroffen, mit der nichtärztliches Rettungspersonal – hier auf Weisung des Telenotarztes – heilkundliche Maßnahmen am Notfallort durchführen kann (§ 7 Abs. 6 ThürRDG-E Drs. 7/7780)**

**Welche Rolle nimmt der Notfallsanitäter aus Ihrer Sicht perspektivisch ein, sobald der Telenotarzt eingeführt wurde?**

Das Verständnis des Rollenbild des Notfallsanitäters ändert sich faktisch nicht, da der Notfallsanitäter auf Weisung des Telenotarztes handelt. Das Eingreifen des Notarztes fehlt jedoch. Das Thema Haftung muss geklärt werden.

Wir empfehlen die Umsetzung und Einhaltung der SOPs im gesamten Bundesland und dass es dadurch zu keinen Abweichungen in einzelnen Rettungsdienstbereichen kommen darf.

Es müssen für den Telenotarzt und für den diensthabenden Notarzt die gleichen Maßnahmen gelten.

**Besteht unter diesem Gesichtspunkt noch Änderungsbedarf an den Gesetzentwürfen?**

Aus unserer Sicht besteht kein Änderungsbedarf.

**11. § 7 Abs. 7 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) bestimmt, dass die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen die übermittelten Bild- und Tondaten aufzeichnet und die Einsätze der Telenotärzte regelmäßig auswertet. § 34 Abs. 4 des Gesetzentwurfes sieht bereits vor, dass zugelassene Erprobungsverfahren unter wissenschaftlicher Begleitung zu dokumentieren und auszuwerten sind.**

**Sollte die Regelung zu Telenotärzten ebenfalls vorsehen, dass deren Einsätze unter wissenschaftlicher Begleitung auszuwerten sind?**

Diese Regelung sollte für Telenotarzteinsätze auch gelten. Wir empfehlen die Einbeziehung von Expertenuntersuchungen anderer Bundesländer zum Thema Telenotarzt.

**12. § 8 Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) gibt vor, dass ein Telenotarzt die ärztliche Betreuung übernehmen kann, sofern das abgebende Krankenhaus dies anfordert und der Telenotarzt zustimmt.**

**Sollte die Einschätzung des vor Ort eingesetzten nichtärztlichen Rettungspersonals ebenfalls in der Regelung berücksichtigt werden?**

**Sofern ja, in welcher Form?**

Die Einschätzung des nichtärztlichen Rettungspersonals sollte definitiv berücksichtigt werden und auch entscheidend sein. Dies bezieht sich auch auf den Sekundärtransport.

**13. § 14 Abs. 3 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) sieht vor, dass der zentralen Leitstelle „laufend“ die Anzahl der freien Betten und sonstigen Versorgungskapazitäten melden.**

**Ist der Landesrettungsdienstplan der geeignete Rahmen, um die Vorgabe zu konkretisieren?**

Um die Vorgabe zu konkretisieren, sehen wir den Landesrettungsdienstplan als geeigneten Rahmen an. Wir empfehlen ein entsprechendes Formular zur Kapazitätsübersicht als Anlage des Landesrettungsdienstplanes.

**Sollte sie an anderer Stelle konkretisiert werden?**

Nein.

**14. § 34a ThürRDG-E (Drs. 7/7780) regelt, dass für eine Dauer von ein bis drei Jahren (Abs. 3) Abweichungen von den § 14 Abs. 4, § 15 Abs. 2 sowie § 16 Abs. 1 und 2 ThürRDG zugelassen werden können (Abs. 1).**

**Sehen Sie Änderungsbedarf gegenüber diesen materiellen und zeitlichen Vorgaben für eine zulässige Anwendung der Experimentierklausel?**

Wir sehen keinen Änderungsbedarf.

#### **Grundsatz**

Zur Umsetzung des Telenotarztes in Thüringen bedarf es einer flächendeckenden Erreichbarkeit des Datennetzes. Aus unserer Sicht ist dies derzeit nicht gegeben und sollte dementsprechend vor Einführung geändert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Malteser Hilfsdienst gGmbH  
Bezirksgeschäftsstelle Erfurt



stellv. Bezirksgeschäftsführer  
Landesgeschäftsführer Thüringen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstes (ThürRettG) Drucksachen 7/7394, 7/7450 und 7/7780		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Leiter der vdek-Landesvertretung Thüringen	Verband der Ersatzkassen e. V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lucas-Cranach-Platz 2
	Postleitzahl, Ort	99097 Erfurt
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	
	Interessenvertretung der Ersatzkassen in Thüringen (gesetzliche Krankenversicherung).	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	

	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Es wird zu den Themen Lehrleitstelle, Telenotarzt, Experimentierklausel und Kostenrefinanzierung der einheitlichen mobilelektronischen Einsatzdokumentation eine Stellungnahme abgegeben, die die weitesten Schnittmengen mit dem Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 aufweist.  In einzelnen Punkten werden Änderungen oder Ergänzungen begründet.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Die im Briefkopf benannten Kostenträger in Thüringen haben sich entschlossen, diese Form der Anhörung bei Gesetzesvorhaben der Landesregierung zu nutzen. In Fragen des Rettungsdienstes sind die Krankenkassen gehalten, gemeinsam und einheitlich zu agieren.	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 08.06.2023	

THÜR. LANDTAG POST  
19.06.2023 11:27

162401 2023



Verband der Ersatzkassen e. V. • Postfach 90 04 16 • 99107 Erfurt

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Landesvertretung  
Thüringen

Ambulante Versorgung

Lucas-Cranach-Platz 2  
99097 Erfurt  
Tel.: 03 61 / 4 42 52 – 0  
Fax: 03 61 / 4 42 52 – 28  
[www.vdek.com](http://www.vdek.com)

15. Juni 2023

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstes (ThürRettG)**

**Drucksachen 7/7394, 7/7450 und 7/7780**

Hier: Stellungnahme im Anhörungsverfahren gem. § 79 der GO des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Stöffler,  
Sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses,

anbei erhalten Sie die gemeinsame Stellungnahme der Landesverbände der Krankenkassen und Ersatzkassen in Thüringen zu den geplanten Änderungen im Thüringer Rettungsdienstgesetz. Die Kostenträger der gesetzlichen Krankenversicherungen haben sich entschieden eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben, die wir in Kopie beifügen.

Mit freundlichen Grüßen

Keterent

Anlagen



AOK PLUS · 01058 Dresden

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für  
Sachsen und Thüringen.  
Hauptverwaltung  
Sternplatz 7, 01067 Dresden

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek),  
Landesvertretung Thüringen  
Lucas-Cranach-Platz 2, 99097 Erfurt

BKK Landesverband Mitte  
Landesvertretung Thüringen  
Pförtchenstr. 1, 99096 Erfurt

IKK classic  
Landesvertragspolitik Mitte-Ost  
Elslebener Straße 1, 99086 Erfurt

KNAPPSCHAFT  
Regionaldirektion Frankfurt  
Galvanistr. 31, 60486 Frankfurt

Sozialversicherung für Landwirtschaft,  
Forsten und Gartenbau (SVLFG)  
Weißensteinstr. 70-72, 34131 Kassel

Datum  
12. Juni 2023

## **Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstes (ThürRettG)**

Drucksachen 7/7394, 7/7450 und 7/7780

hier: Stellungnahme im Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des  
Thüringer Landtags

Sehr geehrter Ministerialrat Stöffler,  
sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses,

nachfolgend erhalten Sie die gemeinsame Stellungnahme der Landesverbände der Krankenkassen und der Ersatzkassen in Thüringen zu den geplanten Änderungen im Thüringer Rettungsdienstgesetz. Die im Briefkopf benannten Kostenträger in Thüringen haben sich entschlossen, diese bewährte Form der Anhörung bei Gesetzesvorhaben der Landesregierung zu nutzen. In Fragen des Rettungsdienstes sind die Krankenkassen gehalten, gemeinsam und einheitlich zu agieren. Somit können Sie bei der Bewertung der Stellungnahme der Kostenträger auf dieses Papier zurückgreifen. Die Stellungnahme ist thematisch angeordnet.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

### **Lehrleitstelle**

Der Betrieb einer Lehrleitstelle nach § 14 Abs. 5 (neu) ThürRettG bildet das Vorhaben einer redundanten Leitstellenstruktur für Thüringen gesetzlich ab. Die Lehrleitstelle sollte, wie der Gesetzentwurf (Drucksache 7/7780) es vorsieht, neben Aufgaben der Aus-, Fort- und Weiterbildung auch die Aufgabe einer redundanten Leitstelle beim Ausfall einer Zentralen Leitstelle sein. Die weitere Verwendung der Lehrleitstelle als Testplattform erscheint darüber hinaus sinnvoll.

Der Betrieb der Lehrleitstelle fällt grundständig in die Zuständigkeit der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule. Die Stadt Gera soll allerdings den Betrieb der Lehrleitstelle durchführen.

Hinsichtlich der angedachten Leitstellenreform ist zu überdenken, ob die Lehrleitstelle zwar in Gera angesiedelt ist, jedoch als landesunmittelbare Stelle dem Land zugeordnet bleibt. Dies bietet den Vorteil, dass ebenfalls die zwei geplanten Technikzentren für die gesamte Leitstelleninfrastruktur (also alle Regionalleitstellen im Leitstellenverbund) dort angegliedert und personell mit Beschäftigten des Landes ausgestattet werden können. Kontroversen zu Weisungsbefugnissen zwischen Gebietskörperschaften bzw. bei Anfragen anderer Regionalleitstellen könnten so im Wesentlichen ausgeschlossen werden.

Die Kostenbeteiligung der Träger der Regionalleitstellen an der Lehrleitstelle auf Basis einer Verwaltungsvereinbarung erscheint sinnvoll. Beim Betrieb, der Ausstattung, dem personellen Umfang und weiterer organisatorischer sowie kostenrelevanter Entscheidungen muss daher Einvernehmen mit den Trägern der Regionalleitstellen erzielt werden.

### **Telenotärzte**

Als Ergänzung der notärztlichen Sicherstellung soll die Aufgabenträgerschaft für die telenotärztliche Versorgung, so wie es der Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN (Drucksache 7/7780) und auch der Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP (Drucksache 7/7394) vorsieht, folgerichtig der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen (KVT) obliegen.

Die Funktion eines Telenotarztes ist aus Sicht der Kostenträger keine eigenständige Leistung des ThürRettG, sondern eine Ergänzung der notärztlichen Versorgung im boden- und luftgebundenen Rettungsdienst.

Die dafür erforderliche ergänzende gesetzliche Regelung in § 7 ThürRettG vorzunehmen, ist damit systemimmanent und zutreffend.

Dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drucksache 7/7450 -1) stehen die Kostenträger kritisch gegenüber. Hierin soll ein eigener Sicherstellungsauftrag für Telenotärzte mit bislang systemfremden Strukturen entstehen. Diese wären aus Sicht der Landesverbände der Krankenkassen und Ersatzkassen in Thüringen unwirtschaftlich und ineffektiv (z. B. zusätzliche Verwaltungsaufgaben, Zeitfaktor). Im Sinne einer Fortentwicklung von modernen notärztlichen Versorgungsstrukturen, inklusive digitaler Unterstützungssysteme, muss die Methodik der telemedizinischen Leistung bestehende Komponenten ergänzen und verbessern.

Aufgrund der bereits sonst vorhandenen gesetzlichen sowie vertraglichen Strukturen für die notärztliche Versorgung mit der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringens als etablierter Aufgabenträger, befürworten die Landesverbände der Krankenkassen und Ersatzkassen in Thüringen die Aufnahme der telenotärztlichen Versorgung in das Ländergesetz in der Form, wie es der Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN (Drucksache 7/7780) grundsätzlich vorsieht.

Die Kostenträger sind sich ergänzend dazu in ihrer Einschätzung jedoch einig, dass es nicht in die Zuständigkeit der GKV fällt, den Aufbau oder den Erhalt von Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu finanzieren. Die sächliche Ausstattung für die flächendeckende Einführung der telenotärztlichen Versorgung in der Notfallrettung soll daher vom Freistaat Thüringen zur Verfügung gestellt werden.

Mit einer Trägerschaft der KVT kann die telenotärztliche Versorgung zeitgleich und flächendeckend in Thüringen umgesetzt werden.

Eine Konzeption für den Telenotarzt-Einsatz sowie die Festlegungen von Qualifikationsanforderungen und Aufgaben an den Telenotarzt sind erforderlich. Dies gilt auch für eine landesweite personelle Bedarfsplanung.

Hinsichtlich der Befugnisse und des Einsatzes der Telenotärzte gilt der im Landesbeirat festgelegte Indikationskatalog. Die vorgesehenen Möglichkeiten für den Einsatz der telenotärztlichen Versorgung erscheinen sinnvoll. Folglich wird die Ergänzung von § 10 Abs. 2 S. 2 Nr. 5 ThürRettG befürwortet.

Zu klären sind die personelle Anzahl der Telenotärzte und die sächliche Ausstattung.

Die Vertreter der Kostenträger empfehlen dafür, dass der Landesbeirat Rettungswesen (als landesweit einziges paritätisch besetztes Gremium) entsprechende Empfehlungen für die telenotärztliche Versorgung für den Freistaat Thüringen abgibt. Die vom Landesbeirat empfohlene Vorhaltung ist im Landesrettungsdienstplan zu integrieren.

Somit wird eine Ergänzung von § 10 Abs. 2 ThürRettG notwendig.

Die Telenotärztliche Unterstützung kann, als virtuelle Komponente, standortunabhängig erfolgen. Sie könnte vom Sitz der Kassenärztlichen Vereinigung in Weimar, wie auch von einer der neu strukturierten Regionalleitstellen Thüringens ausgehen. Die technischen Voraussetzungen werden mit der Leitstellen-Strukturreform geschaffen. Zusätzlich vergrößert die Regionalität möglicherweise die Bereitschaft der Ärzte, als Telenotärzte tätig zu sein.

Zur Bild- und Tonübertragung sowie dem Löschkonzept haben wir keine Anmerkungen.

#### Ergänzungen zu den Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses zum Telenotarzt in Anlage 3

1. Frage: Welche Auswirkung hätte die Einführung des Telenotarztes auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?

Die Sicherstellung der notärztlichen Versorgung wird verbessert, da das arztfreie Intervall überbrückt werden kann. Ebenso muss für niedrigschwellige Einsätze die notärztliche Ressource nicht immer vor Ort sein (vgl. Indikationskatalog für Telenotärzte). Die Versorgung wird verbessert, da die Präsenz von Notärzten vor Ort für den Einsatz an schwerwiegenden Notfällen erhöht werden kann. Parallele, niedrigschwellige Einsätze können über die telemedizinische Versorgung, gemeinsam mit den Fachkräften vor Ort, bewältigt werden.

2. Frage: Ist eine gesetzliche Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ des Telenotarztes gegenüber den regulären bodengebundenen Notärzten erforderlich?

Nein. Aus Sicht der Kostenträger bedarf es keiner weiteren Abgrenzung zu den „Befugnissen und Aufgaben“

3. Frage: Erfordert die Einführung des Telenotarztes einen neuen Aufgabenträger?

Nein. Da die telenotärztliche Versorgung die notärztliche Versorgung ergänzt, wird kein zusätzlicher Aufgabenträger benötigt. Die Strukturen der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen sollten auch für die telenotärztliche Versorgung genutzt werden. Bereits getätigte Investitionen in die Ausstattung der Rettungsmittel sollen erhalten bleiben. Die organisatorischen Abläufe der telenotärztlichen Versorgung sind bereits als Ausfallreserve aus der Corona-Pandemie heraus etabliert. Eine Ergänzung der Vertragsbeziehungen mit der KVT für die telenotärztliche Versorgung erscheint für Thüringen die wirtschaftliche Option.

4. Frage: Wie würde sich die Einführung eines neuen Aufgabenträgers auf die Kosten und Haftung auswirken?

Ein anderer Aufgabenträger, als die KVT, würde unnötigerweise zusätzliche Kosten (z. B. Strukturkosten, zusätzliche Verwaltungskosten und Versicherungsaufwendungen) verursachen.

7. Frage: Die gesetzliche Verankerung welcher weiteren digitalen Errungenschaften sind erforderlich, um die notärztliche Versorgung in Thüringen weiter zu verbessern?

Keine. Die telenotärztliche Versorgung sollte zunächst mit den bereits vorhandenen technischen Ausstattungen weiterbetrieben und landesweit in der gesamten Notfallrettung umgesetzt werden.

Es ist auf den Stand der Technik abzustellen und die Wirtschaftlichkeit zu wahren. Eine zweijährige wissenschaftliche Begleitung, ähnlich zu den Erprobungsvorhaben, soll die gemäß § 34a ThürRettG angedachten Aspekte berücksichtigen. Die weitere Entwicklung der telenotärztlichen Versorgung sollte unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Evaluation erfolgen.

8. Frage: Welche Auswirkungen hätte die Einrichtung und der Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?

Keine.

9. Frage: Sollte künftig der Notarzt bei den entsprechenden Indikationen auch zwingend dann zum Notfallort fahren müssen, wenn das nichtärztliche Rettungspersonal den Patienten bereits auf Weisung durch den Telenotarzt behandeln konnte (§ 7 Abs. 6 S. 3 ThürRettG -E Drs. 7/7780)?

Nein. Sofern die telenotärztliche Versorgung die Notwendigkeit einer ärztlichen Entscheidung sicherstellt und aus medizinisch-fachlicher Sicht kein Notarzt vor Ort benötigt wird, sollte kein Notarzt zum Notfallort gerufen werden. So können sich Notärzte und Telenotärzte ergänzen und Synergieeffekte entstehen. Nur mit einer Entlastung der notärztlichen Ressource im „fahrenden Dienst“ können im Rettungsdienst etwaige künftige Mehrbedarfe bei anhaltendem bzw. fortschreitendem Personalmangel entgegnet werden.

10. Frage: Welche Rolle nimmt der Notfallsanitäter aus Ihrer Sicht perspektivisch ein, sobald der Telenotarzt eingeführt wurde?

Die Notfallsanitäter gewinnen als medizinische Fachkraft vor Ort durch die telenotärztliche Weisungsbefugnis weiter an Bedeutung. Die Kompetenzen werden gefestigt.

Besteht unter diesem Gesichtspunkt noch Änderungsbedarf an den Gesetzentwürfen?

Nein.

11. Frage: Sollte die Regelung zu Telenotärzten ebenfalls vorsehen, dass deren Einsätze unter wissenschaftlicher Begleitung auszuwerten sind?

Ja, denn die telenotärztliche Versorgung wurde nicht umfangreich erprobt. Sofern Erprobungen stattgefunden haben, ist deren Evaluation auf Basis persönlicher Erfahrungen erfolgt und wurden nicht wissenschaftlich begleitet oder systematisch evaluiert. Gleichzeitig versprechen sich die Kostenträger, begründet aus Erfahrungen anderer Bundesländer und einem Pilot-Projekt des Innovationsfonds, für die Zukunft eine Entlastung der notärztlichen Ressource sowie Synergieeffekte für den gesamten Rettungsdienst.

12. Frage: § 8 Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) gibt vor, dass ein Telenotarzt die ärztliche Betreuung übernehmen kann, sofern das abgebende Krankenhaus dies anfordert und der Telenotarzt zustimmt. Sollte die Einschätzung des vor Ort eingesetzten nichtärztlichen Rettungspersonals ebenfalls in der Regelung berücksichtigt werden?

Nein. Die Verantwortung über die Entscheidung eines arztbegleiteten Krankentransports trägt letztlich ein Arzt. Sofern dieser sich Rat von nichtärztlichem Rettungspersonal einholt, mag dies in einigen Fällen sinnvoll sein. Eine gesetzliche Verpflichtung hierfür sollte jedoch nicht vorgesehen werden, da im Zweifel Haftungsfragen zu klären wären.

### **Experimentierklausel**

Die Verbände der Kostenträger unterstützen Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, den Rettungsdienst in Thüringen leistungsfähig zu gestalten und dabei ein Plus an Versorgungsqualität zu ermöglichen. Insofern verstehen wir die Chancen, die sich mit der Umsetzung einer Experimentierklausel im Thüringer Rettungsdienstgesetz ergeben können.

Diese soll temporäre Abweichungen von den gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen erlauben, sodass zukunftsfähige Vorhaben unter wissenschaftlicher Begleitung erprobt und anschließend evaluiert werden können.

Bedeutend ist, den Fokus auf wichtige und wirkungsstarke Aufgaben zu legen. Ein Vorhaben zur Erprobung einer temporären Abweichung von bestehenden Regeln sollte mit Sorgfalt und Aussicht auf den größtmöglichen Nutzen ausgewählt werden. Wir begrüßen, dass Konzepte unter anderem hinsichtlich ihres Potentials für die Erhaltung oder Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Rettungsdienstes aufgegriffen werden.

Darüber hinaus sollten die Konzepte der Erhaltung oder Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, der Leistungsfähigkeit oder der Qualitätsverbesserung des Rettungsdienstes dienen. Als dringendes Erfordernis soll auf die Verbesserung der Versorgungssicherheit, auf Kosteneinsparungen bei gleichbleibender Qualität oder Kostenneutralität des jeweiligen Projektes in einem Projektantrag eingegangen werden. Diese Punkte stellen somit feste Bewertungskriterien dar.

Positiv ist insbesondere, dass im Kreis der Antragsberechtigten gegenseitiges Einvernehmen herzustellen ist (Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 zu § 34a Abs. 2).

Ergänzend werden zur Planungssicherheit der Kostenträger folgende Änderungen vorgeschlagen:

1. Anpassung Entwurf § 34a Abs. 2, Satz 4:

Die Finanzierung der Kostenträger erfolgt grundsätzlich über kostendeckende Benutzungsentgelte. Daher schlagen wir vor, den Wortlaut folgendermaßen anzupassen:

*„Wird der Antrag von einem Aufgabenträger des Rettungsdienstes nach § 5 oder einem Durchführenden gestellt, bedarf er des Einvernehmens der Kostenträger. Die laut Antrag geplanten wirtschaftlichen Kosten für die von dem Erprobungsvorhaben betroffenen rettungsdienstlichen Leistungen werden über die Benutzungsentgelte gem. § 20 bzw. § 21 ThürRettG finanziert.“*

2. Weiterhin sollte § 34a Abs. 3 ergänzt werden:

„Die Ausnahme wird auf *zwei zeitgleiche Projekte* begrenzt und für höchstens zwei Jahre zugelassen; sie kann auf Antrag um ein Jahr verlängert werden. § 34a Abs. 2, S. 3 [*Herstellung des Einvernehmens*] und S. 4 [*Refinanzierung der geplanten Kosten über Benutzungsentgelte*] gelten entsprechend.“

Die Finanzierung durch Kostenträger ist grundsätzlich sachgerecht. Schlussendlich kommen Verbesserungen, die über eine Erprobung nach dieser Klausel in die Regelversorgung des Rettungsdienstes aufgenommen werden, allen Benutzern des Rettungsdienstes zugute. Die den Leistungserbringern im Rettungsdienst und den Kostenträgern entstehenden Kosten für Erprobungsvorhaben sind bislang jedoch kaum abschätzbar. Eine vorausschauende Haushaltsplanung bzw. eine Kostenbegrenzung für mehrere zeitgleiche Projekte ist bisher nicht vorgesehen.

Jedoch sollte der Umfang von Erprobungsvorhaben nicht völlig grenzenlos sein. Die Kostenträger könnten bei diversen Anträgen über mehrere Jahre einseitig überfordert werden. Daher sollte die maximale Anzahl der zeitgleichen Projekte begrenzt werden.

Bei Verlängerung der Erprobungsvorhaben gelten § 34 Abs. 2, Satz 3 und 4 entsprechend. Es soll das Einvernehmen mit den Kostenträgern hergestellt werden und die geplanten wirtschaftlichen Kosten des Erprobungsvorhabens im Verlängerungszeitraum über Benutzungsentgelte finanziert werden.

3. Zur Sicherstellung einer zeitnahen Evaluation wird (optional) vorgeschlagen § 34a Abs. 5 anzupassen.

„Das für Rettungswesen zuständige Ministerium legt dem für Rettungswesen zuständigen Ausschuss des Landtages zeitnah *spätestens 18 Monate* nach Abschluss der Evaluierung einen Bericht vor [...]“

#### Ergänzungen zur Fragestellung des Innen- und Kommunalausschusses zur Experimentierklausel in Anlage 3

14. Frage: Sehen Sie Änderungsbedarf gegenüber diesen materiellen und zeitlichen Vorgaben für eine zulässige Anwendung der Experimentierklausel?

Ja, wie oben beschrieben:

Erprobungsvorhaben sowie die Finanzierung über Benutzungsentgelte nach § 20 bzw. § 21 ThürRettG können nur im Einvernehmen mit den Kostenträgern hergestellt werden. Bei Verlängerung des Erprobungsvorhabens ist erneut das Einvernehmen mit den Kostenträgern herzustellen und die Finanzierung der geplanten Kosten über Benutzungsentgelte zu besprechen. Die geplanten Kosten und deren Finanzierung über Benutzungsentgelte stehen damit unmittelbar im Zusammenhang mit der Herstellung des Einvernehmens.

#### **Kostenrefinanzierung für einheitliche mobilelektronische Einsatzdokumentation**

Die Kostenträger erwarten mit der Digitalisierung im Rettungsdienst eine Verbesserung von Schnittstellen im (Daten-)Informationsaustausch, hinein in alle Prozessschritte. Diese Verbesserungen beginnen mit der Aufnahme des Notrufes in der Leitstelle, der Weitergabe an das Rettungsmittel, in Ausführung des Einsatzes in Verbindung mit einer Voranmeldung im Krankenhaus und enden idealerweise mit Synergien für die Abrechnung sowie die Statistik.

Schlussendlich wird ein Prozess im Einsatzmanagement für den Rettungsdienst angepasst. Der Hilfesuchende ist davon nicht tangiert und erlebt dessen Auswirkung im Ablauf nicht. Grundsätzlich sind die Rettungsdiensteinsätze am Bürger - wie bisher - auch ohne digitale Unterstützung umsetzbar.

Die Einführung von digitalen Unterstützungssystemen ist in einer sich verändernden Arbeitswelt nicht nur zeitgemäß, sondern soll vorrangig für die Beteiligten Vorteile mit sich bringen. Für die Kostenträger ist bei der Umsetzung wichtig, dass Digitalisierung ganzheitlich, einheitlich und bereichsübergreifend erfolgt, um wirtschaftlich zu sein. Unnötige Schnittstellen aufgrund von Einzellösungen erscheinen nicht wirtschaftlich. Gleichzeitig sollten die landesweit eingesetzten Tablets mittelfristig dem Stand der Technik entsprechen und weitergehende Regelungen getroffen werden, sodass im Rettungsdienst auf vergleichsweise teure Hybrid-Lösungen mit Papierprotokollen gänzlich verzichtet werden kann. Papiergebundene Prozesse sollten zur Erreichung von Synergien der Vergangenheit angehören.

Zudem begrüßen die Kostenträger die bereits erfolgte finanzielle Unterstützung des Freistaates Thüringen, um im Rahmen der Daseinsvorsorge die mit der Digitalisierung einhergehenden Investitionen einer zentralen Lösung, zu fördern. Hier sehen wir eine gute Basis für einen wirtschaftlichen Umgang mit den nachfolgenden Betriebskosten.

Der Freistaat Thüringen hat mit der Anschubfinanzierung der mobilelektronischen Einsatzdokumentation im Rahmen des hoheitlichen Bereiches der Gefahrenabwehr und Daseinsvorsorge (Bericht über die Finanzierung des Rettungsdienstes des Bundesrechnungshofes von 2018) einen wichtigen Impuls gesetzt.

Die stetig notwendige Ersatzbeschaffung von Hardware und die IT-Betreuung sollten - möglicherweise durch eine dauerhafte Förderung des Landes - im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung und des bestehenden Auftrags zur Qualitätssicherung, die Träger des Rettungsdienstes sicherstellen.

Daher sprechen sich die Landesverbände der Krankenkassen und Ersatzkassen in Thüringen dafür aus, den Wortlaut im Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN (Drucksache 7/7780) folgendermaßen anzupassen:

- In § 20 Abs. 2 Satz 3 werden nach dem Wort „Rettungsdienst“ ein Komma und die Worte „die *Betriebskosten* für eine einheitliche mobilelektronische Einsatzdokumentation“ eingefügt,
- In § 21 Abs. 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Notärzte“ ein Komma und die Worte „die *Betriebskosten* für eine einheitliche mobilelektronische Einsatzdokumentation, die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb eines Telenotarztsystems“ eingefügt.

Bei Fragen können Sie sich gern an Mike Stolle unter der Telefonnummer 0800 10590-60191 bzw. per E-Mail: [mike.stolle@plus.aok.de](mailto:mike.stolle@plus.aok.de) oder an die Ihnen bekannten Ansprechpartner bei den anderen Kassen wenden.

Freundliche Grüße

Geschäftsführer Gesundheitspartner

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/7394 -		
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung Thüringer Telenotarzt</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7450 -		
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Verband der Privatkliniken in Thüringen (VPKT)	e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Helios Fachkliniken Hildburghausen GmbH
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Eisfelder Straße 41
	Postleitzahl, Ort	98646 Hildburghausen



2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interessenvertretung der Akut- und Rehakliniken in privater Trägerschaft in Thüringen, Mitwirkung an der Gestaltung guter Prozesse zur gesundheitlichen Versorgung der Thür. Bevölkerung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Telenotärzte sollten nicht primär überbrückend (bis zur physischen Anwesenheit eines weiteren Notarztes tätig werden), sondern immer, wenn möglich, ersetzend. Wir benötigen einheitliche Infrastrukturen bei Hard- und Software. Die Übertragung von Patientendaten in das aufnehmende Krankenhaus muss bundeslandübergreifend möglich sein. Deshalb ist der Einsatz derselben Software wie die in den angrenzenden Bundesländern zu prüfen. Die Festlegung der konkreten Daten sowie des Intervalls der Übermittlung aus den Krankenhäusern an die Rettungsleitstellen bedarf der Konkretisierung unter EINBEZIEHUNG DER KRANKENHÄUSER.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	

	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	
	<div style="border: 1px solid black; height: 100px;"></div>	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Hildburghausen, 15.06.2023	

Verband der Privatkliniken in Thüringen e.V.  
Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Herrn MR Stöffler  
Referatsleiter  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

**Geschäftsführung**

Telefon: 03685/ 776 800  
Telefax: 03685/ 776 940  
E-Mail: [gf@vpkt.de](mailto:gf@vpkt.de)  
Internet: [www.vpkt.de](http://www.vpkt.de)

THÜR. LANDTAG POST  
16.06.2023 13:22

16143/23

15. Juni 2023

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung**

Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP  
- Drucksache 7/7394 –

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung eines Thüringer Telenotarztes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
- Drucksache 7/7450 –

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN  
- Drucksache 7/7780 –

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Herr MR Stöffler,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Verband der Privatkliniken in Thüringen e.V. (VPKT) bedankt sich für die Möglichkeit, zu den im Betreff genannten Anträgen Stellung nehmen und unsere Expertise einbringen zu können. Dem kommen wir gern nach.

Wegen des großen Umfangs der Unterlagen gehen wir nicht auf jeden einzelnen Aspekt ein. Wir werden im Folgenden zunächst auf Inhalte eingehen, zu denen uns ein Hinweis wichtig ist. Danach fügen wir unsere Antworten auf die Fragen des Kommunal- und Innenausschusses an.

## Übergreifende Hinweise seitens des VPKT e.V.

1. Die vorgelegten Gesetzentwürfe beinhalten ausschließlich Themen aus dem Gesundheitsbereich. Wir sind verwundert, dass der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung nicht neben oder gemeinsam mit dem Kommunal- und Innenausschuss die Anhörung vornimmt.
2. Der Telenotarzt wird durchweg, d.h. in allen drei vorliegenden Entwürfen, vordergründig als zusätzliche Kraft (Überbrückung bis zum Eintreffen des Notarztes) dargestellt. Darauf darf der Telenotarzt nicht reduziert werden. In sehr vielen Fällen kann und muss künftig (schon wegen des Personalmangels bei den Notärzten) der Telenotarzt den physischen Arzt vor Ort ersetzen. Damit wird der Prozess der Notfallversorgung beschleunigt (schnellerer Transport des Patienten in die nächste geeignete Notaufnahme) bei paralleler Entlastung der Notärzte.
3. Die Regelung der Datenübertragung zwischen den Beteiligten (Rettungsleitstelle, Fachkräfte auf dem Rettungsmittel, Telenotarzt und Fachkräften im aufnehmenden Krankenhaus) bedarf unbedingt einer Öffnungsklausel. Es sollte aktuell vermieden werden, konkrete technische Tools, Software (wie MEDiRETT) sowie zu übertragende Inhalte (wie die laufende Meldung von freien Betten und Versorgungskapazitäten durch die Krankenhäuser) im Gesetz festzuschreiben. Die Aufgabe der Auswahl dieser Systeme sollte dem Landesbeirat nach § 9 des ThürRettG übertragen werden.

*Dies begründen wir wie folgt:*

- Die eingesetzten technischen Tools sollten auf allen Rettungsmitteln im Geltungsbereich des ThürRettG gleich sein, um sowohl eine effiziente Arbeitsweise der Fachkräfte (dieselben Tools kommen in Aus- und Weiterbildung wie auf jedem Rettungsmittel zu Anwendung) als auch einen Mengen- und daraus resultierend Preiseffekt bei der Anschaffung zu realisieren.
- Die eingesetzte Software muss kompatibel mit der Software der aufnehmenden Krankenhäuser sein. Wegen der Mittellage des Freistaats Thüringen in der Bundesrepublik mit mehreren angrenzenden Bundesländern muss gewährleistet sein, dass die Daten bei Grenzübertritt in ein anderes Bundesland (Einlieferung des Notfallpatienten in ein Krankenhaus im angrenzenden Bundesland) problemlos in das dortige System eingespielt werden können. Umgekehrt muss gewährleistet werden, dass die Daten von Patienten, die aus angrenzenden Bundesländern in Thüringer Krankenhäuser eingeliefert werden, auch aus den Systemen dieser Bundesländer in die Systeme der Thüringer Krankenhäuser übertragen werden. Das im Gesetzentwurf des FDP (Drucksache 7/7394) genannte System zur Mobilelektronischen Einsatzdokumentation im Rettungsdienst erfüllt diese Anforderungen (bisher) nicht. Durch den Landesbeirat (sofern er mit der Aufgabe betraut würde) wäre deshalb zu bewerten, ob ggf. das in den angrenzenden Bundesländern eingesetzte System anzuwenden ist. Eine einheitliche Infrastruktur wäre jedenfalls aus unserer Sicht zu begrüßen.
- Die zu übertragenden Daten sind, sofern Krankenhäuser Sender oder Empfänger der Daten sind, im Konsens mit den Krankenhäusern festzulegen. Die vorgeschlagene laufende Meldung freier Kapazitäten bedarf jedenfalls einer strikten Begrenzung hinsichtlich der Anzahl der Daten und der Frequenz ihrer Erfassung. Ggf. ist statt einer Meldung der freien Kapazitäten eine Abmeldung von der Versorgung ausgewählter Notfallspektren (z.B. aktuell keine Herzinfarktaufnahme sinnvoll, weil HKL ausgelastet und bereits ein Patient in Warteposition) die effizienter umsatzbare Variante. Sofern seitens der Krankenhäuser eine Datenübertragung gewährleistet werden soll, ist die Bereitstellung der dafür notwendigen Infrastruktur sowie deren Finanzierung (Land oder Krankenkassen) im geänderten ThürRettG zu regeln.

4. Außerhalb der gesetzlichen Regelungen benötigen wir eine konstruktive, am Bedarf des Patienten orientierte Diskussion darüber, welcher Krankenhausstandort als der nächstgelegene geeignete gilt. Im Gesetzestext regen wir an, die Beschreibung wie folgt zu ergänzen: „... nächstgelegene geeignete UND AUFNAHMEFÄHIGE Krankenhaus.“ „Aufnahmefähig“ soll dabei heißen, dass das Krankenhaus aktuell über die notwendigen Ressourcen verfügt, um den Patienten zu versorgen.
5. Im Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion (Drucksache 7/7450) wird in § 7a (4) und (6) auf die Ausgestaltung, deren räumliche Ansiedlung sowie die Finanzierung der Telenotarztarbeitsplätze eingegangen. Wir halten auch hier die Einbeziehung der LKHGT für notwendig (in Abhängigkeit von den Bedürfnissen der Telenotärzte sind ggf. auch Arbeitsplätze in den Krankenhäusern und/oder Home-Arbeitsplätze einzurichten).
6. Der ebenfalls von der CDU-Fraktion (Drucksache 7/7450) eingebrachte Vorschlag zur Ergänzung von § 18 Abs. 3 des ThürRettG – Finanzierung des Erwerbs der Fahrerlaubnis für Lastkraftwagen (C1) im Rahmen der Ausbildung der Notfall- und Rettungssanitäter – wird von uns ausdrücklich unterstützt.

#### Beantwortung der Fragen des Kommunal- und Innenausschusses

1. Welche Auswirkung hätte die Einführung des Telenotarztes auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?

Die Einführung des Telenotarztes kann zu einer Verbesserung der notärztlichen Versorgung der Thüringer Bevölkerung beitragen. Gründe dafür sind:

- Die Zeit vom Erstkontakt durch das Personal auf dem Rettungsmittel bis zur Übergabe an die Notfallaufnahme eines geeigneten Krankenhauses kann verkürzt werden.
- Ältere, erfahrene Ärzte mit entsprechender Qualifikation können länger in der Notfallversorgung gehalten werden, wenn ihnen die (teilweise) Tätigkeit als Telenotarzt ermöglicht wird.

2. Ist eine gesetzliche Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ des Telenotarztes gegenüber den regulären bodengebundenen Notärzten erforderlich?

Die Anforderungen an die medizinisch-fachliche Qualifikation eines Arztes, der in der Notfallversorgung tätig ist, sind identisch – egal in welcher Form (physisch anwesend oder per Telekommunikationsmedien) er tätig wird. Es gibt daher keinen Grund, dem Telenotarzt andere Aufgaben und Befugnisse zuzuordnen als dem physisch anwesenden Arzt. Dass der Telenotarzt „nur Anweisungen“ erteilen und nicht selbst tätig werden kann, ergibt sich von selbst und benötigt unseres Erachtens keine besondere Erwähnung.

3. Erfordert die Einführung des Telenotarztes einen neuen Aufgabenträger?

Die Einführung des Telenotarztes sollte Anlass sein, um das Thema Aufgabenträger neu zu bewerten. Eine Eingliederung der organisatorischen Verantwortung für das Notarztwesen in die Rettungsleitstellen ist dabei gut vorstellbar.

4. Wie würde sich die Einführung eines neuen Aufgabenträgers auf die Kosten und Haftung auswirken?

Dies können wir nicht beurteilen.

5. Wie bewerten Sie den Entwurf einer Experimentierklausel?

Eine Experimentierklausel sollte auf jeden Fall Bestandteil der Gesetzesänderung sein. Nur über eine solche Regelung erhält sich der Freistaat Thüringen die Möglichkeit, über zeitlich und regional begrenzte Projekte eine unkomplizierte Weiterentwicklung des Rettungswesens vornehmen zu können.

6. Stellt die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens dar?

Uns liegen dazu keine Erfahrungswerte vor. Wir können uns jedoch sehr gut vorstellen, dass eine smartphonebasierte Ersthelferalarmierung eine wirksame Hilfe im Rettungswesen ist. Voraussetzung dafür ist, dass derjenige Ersthelfer (First Responder) alarmiert wird, dessen Smartphone auch in unmittelbarer Nähe des Einsatzortes durch eine Rettungsleitstelle geortet werden kann. Sonst ist es fraglich, ob der Ersthelfer tatsächlich schneller am Einsatzort ist als die alarmierten Rettungskräfte.

7. Die gesetzliche Verankerung welcher weiteren digitalen Errungenschaften sind erforderlich, um die notärztliche Versorgung in Thüringen weiter zu verbessern?

Wir betonen an dieser Stelle nochmals die Wichtigkeit der Schaffung von einheitlicher Infrastruktur. Dabei meint die Einheitlichkeit sowohl die Ausstattung der Rettungsmittel (unabhängig vom Träger), der Leitstellen (unabhängig vom Landkreis) sowie der Software für die Kommunikation zwischen Rettungsmittel und Krankenhaus (unabhängig vom Bundesland).

Die Notwendigkeit sicher funktionierender Mobilfunknetze als Voraussetzung für die Tätigkeit des Telenotarztes erwähnen wir lediglich der Vollständigkeit halber.

Die Möglichkeiten des Einsatzes von generativer KI (wie ChatGPT, PDF ChatBot, DeepL Write u.dgl.) auch für den Notfalleinsatz können heute noch nicht überblickt werden. Wir schlagen daher vor, dass die Erprobung von generativer KI von der Experimentierklausel mit umfasst ist.

8. Welche Auswirkungen hätte die Einrichtung und der Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?

In Anbetracht des hohen Investitionsvolums für die Errichtung einer zusätzlichen Leitstelle sowie der Kosten für deren laufenden Betrieb sollte unseres Erachtens eine solche Leitstelle sowohl für die Aus- als auch für die Weiterbildung genutzt werden UND dort räumlich untergebracht sein, wo genügend Personal zur Verfügung steht, um diese Leitstelle bei Großschadensereignissen als zusätzliche Leitstelle in Betrieb nehmen zu können. Gleichmaßen sollte diese Leitstelle einsatzfähig sein, wenn Wartungsarbeiten an den anderen Leitstellen anstehen.

9. Sollte künftig der Notarzt bei den entsprechenden Indikationen auch zwingend dann zum Notfallort fahren müssen, wenn das nichtärztliche Rettungspersonal den Patienten bereits auf Weisung durch den Telenotarzt behandeln konnte (§ 7 Abs. 6 S. 3 ThürRDG-E Drs. 7/7780)?

Nein, dies sollte keinesfalls gefordert/umgesetzt werden. Durch den Einsatz des Telenotarztes muss eine geringere Einsatzleistung der Notärzte vor Ort erreicht werden. Deren Einsatz sollte sich auf die Einsatzfälle konzentrieren, die eine unbedingte physische Anwesenheit am Patienten/Einsatzort unabdingbar machen (MANV, Polytraumata Versorgung etc.).

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die bundesweit nach einheitlichen Vorgaben und Prüfungen qualifizierten Notfallsanitäter die von ihnen erworbene Befähigung auch tatsächlich anwenden dürfen. Hierzu ist es dringend erforderlich, die Notwendigkeit aufzuheben, dass der jeweils regional verantwortliche ärztliche Leiter des Rettungsdienstes jedem in seinem Verantwortungsgebiet tätigen Notfallsanitäter die einzelnen heilkundlichen Maßnahmen zur Durchführung freigeben muss. Vor dem Hintergrund der bestandenen Prüfungen der Notfallsanitäter ist dies mehr als unverständlich.

10. Mit der Einführung des Berufsbildes Notfallsanitäter wurde diesen die Befugnis gegeben, unter bestimmten Voraussetzungen Heilkunde ausüben zu dürfen. Mit der Einführung des Telenotarztes wird nun eine weitere Regelung getroffen, mit der nichtärztliches Rettungspersonal - hier auf Weisung des Telenotarztes - heilkundliche Maßnahmen am Notfallort durchführen kann (§ 7 Abs. 6. ThürRDG-E Drs. 7/7780). Welche Rolle nimmt der Notfallsanitäter aus Ihrer Sicht perspektivisch ein, sobald der Telenotarzt eingeführt wurde? Besteht unter diesem Gesichtspunkt noch Änderungsbedarf an den Gesetzentwürfen?

Wir verweisen auf unsere Einlassungen zu Frage 9. Der Telenotarzt muss sich darauf verlassen können, dass der Notfallsanitäter die ärztlich angewiesenen Maßnahmen tatsächlich ausführt und nicht durch eine vom zuständigen ärztlichen Leiter der Rettungsstelle erteilte Genehmigung „gebremst“ wird. Nur, wenn alle Telenotärzte auf dasselbe anweisbare Spektrum heilkundlicher Maßnahmen zurückgreifen können, wird sich eine effiziente und nutzbringende Tätigkeit der Telenotärzte umsetzen lassen.

Die Rolle des Notfallsanitäters ändert sich nicht in Abhängigkeit davon, wo sich der Arzt aufhält, der der Fachkraft Anweisungen erteilt.

11. § 7 Abs. 7 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) bestimmt, dass die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen die übermittelten Bild- und Tondaten aufzeichnet und die Einsätze der Telenotärzte regelmäßig auswertet. § 34 Abs. 4 des Gesetzentwurfes sieht bereits vor, dass zugelassene Erprobungsvorhaben unter wissenschaftlicher Begleitung zu dokumentieren und auszuwerten sind. Sollte die Regelung zu Telenotärzten ebenfalls vorsehen, dass deren Einsätze unter wissenschaftlicher Begleitung auszuwerten sind?

Ja, dies sollte vorgesehen werden.

12. § 8 Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) gibt vor, dass ein Telenotarzt die ärztliche Betreuung übernehmen kann, sofern das abgebende Krankenhaus dies anfordert und der Telenotarzt zustimmt. Sollte die Einschätzung des vor Ort eingesetzten nichtärztlichen Rettungspersonals ebenfalls in der Regelung berücksichtigt werden? Sofern ja, in welcher Form?

Sofern das ärztliche Personal des abgebenden Krankenhauses und der im Einsatz befindliche Telenotarzt eine übereinstimmende Bewertung getroffen haben und der Telenotarzt auf dieser Basis die Transportbegleitung übernimmt, ist dies aus unserer Sicht ausreichend. Wichtig ist die offene, ehrliche Kommunikation zum Zustand des Patienten auf der ärztlichen Ebene.

13. § 14 Abs. 3 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) sieht vor, dass der Zentralen Leitstelle „laufend“ die Anzahl der freien Betten und sonstigen Versorgungskapazitäten melden. Ist der Landesrettungsdienstplan der geeignete Rahmen, um diese Vorgabe zu konkretisieren? Sollte sie an anderer Stelle konkretisiert werden?

Das konkrete Medium für die Erfassung der Aufnahme-/Versorgungskapazitäten ist aus unserer Sicht im zweiten Schritt zu klären. Im ersten Schritt ist zu klären, welche konkreten Daten aus den Krankenhäusern in den Rettungsdienststellen für welchen Zweck benötigt werden, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen diese zur Verfügung gestellt werden können bzw. welche Alternativen es gibt, um das Ziel (den Patienten schnell an einen Ort bringen, an dem er ohne Zeitverlust adäquat versorgt werden kann) zu erreichen. Dies geht nur mit den Krankenhäusern am Tisch.

14. § 34a ThürRDG E (Drs. 7/7780) regelt, dass für eine Dauer von bis zu drei Jahren (Abs. 3) Abweichungen von den § 14 Abs. 4, § 15 Abs. 2 sowie § 16 Abs. 1 und 2 ThürRDG zugelassen werden können (Abs. 1). Sehen Sie Änderungsbedarf gegenüber diesen materiellen und zeitlichen Vorgaben für eine zulässige Anwendung der Experimentierklausel?

In der Regel sollte der vorgeschlagene Zeitraum ausreichen. Es spricht jedoch nichts dagegen, eine Verlängerung auf begründeten Antrag hin zuzulassen.

Wir hoffen, dass wir unsere Gedanken nachvollziehbar darlegen konnten. Ergänzend stehen wir gern für einen persönlichen Austausch zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Geschäftsführerin



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Drs. 7/7394, Drs. 7/7450, Drs. 7/7780		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
<b>1.</b>	Name	Organisationsform
	Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Hilfsorganisationen (Vorsitz: ASB LV Thüringen e. V.)	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Heine-Str. 3
	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>	
<b>2.</b>	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Wohlfahrtsverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Zustimmung zum Telelnotarzt als Notfallmöglichkeit wenn kein bodengebundener Notarzt verfügbar, der Telenotarzt sollte den vor Ort praktizierenden Notarzt nicht generell ersetzen Zur Umsetzung des Telenotarztes in Thüringen bedarf es einer flächendeckenden Erreichbarkeit des Datennetzes. Aus unserer Sicht ist dies derzeit nicht gegeben und sollte dementsprechend vor Einführung geändert werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, den 15.06.2023	

## **Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Hilfsorganisationen**

THÜR. LANDTAG POST

16.06.2023 13:30

16144/23



### **1. Welche Auswirkung hätte die Einführung des Telenotarztes auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?**

Grundsätzlich unterstützen wir die Einführung des Telenotarztes, da er die notärztliche Versorgung in Thüringen stärkt. Dieser kann aber nur im begrenzten Raum durchgeführt werden, einen regulären Einsatz des Telenotarztes als kompletten Ersatz des bodengebundenen Notarztes unterstützen wir nicht.

### **2. Ist eine gesetzliche Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ des Telenotarztes gegenüber den regulären bodengebundenen Notärzten erforderlich?**

Eine Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ sehen wir als notwendig an. Die Delegation von Maßnahmen durch den Telenotarzt ist nicht gleichzusetzen mit der des Notarztes am Einsatzort, da eine Überwachung der Maßnahme nur eingeschränkt möglich ist.

Hier empfehlen wir, den Standpunkt der AG TN zu berücksichtigen.

### **3. Erfordert die Einführung des Telenotarztes einen neuen Aufgabenträger?**

Wir unterstützen die Etablierung des Telenotarztsystems bei der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen oder bei den Leitstellen. Zudem könnten wir uns auch die Übertragung an beide Organisationen vorstellen. Hierbei müssen die Inhalte sehr konkret dargestellt werden. Einen neuen Aufgabenträger sehen wir nicht.

### **4. Wie würde sich die Einführung eines neuen Aufgabenträgers auf die Kosten und Haftung auswirken?**

Die Zuständigkeit der Einsätze der Notärzte ist bisher der KVT zugeordnet. Somit sind die Haftungsfragen hier bereits geklärt und könnten für den Telenotarzt adaptiert werden. Die Haftung muss in den Verträgen der Aufgabenübertragung bzw. Gesetzen reguliert werden.

Eine sachliche Prognose zu den Kosten kann von uns nicht abgegeben werden. Grundsätzlich müssen die entstehenden Kosten dem Aufgabenträger erstattet werden u.a. Kosten für die Ausstattung, Inbetriebnahme, Wartung, Instandhaltung bis hin zur Verwertung der Hard- und Software bei den Durchführenden.

### **5. Wie bewerten Sie den Entwurf der Experimentierklausel?**

In § 34a Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) wird der Kreis der Antragsberechtigten geregelt. Zusätzlich empfehlen wir noch die Einholung der Zustimmung des Landesbeirates des Rettungswesens.

Die weiteren Inhalte des Entwurfs der Experimentierklausel finden unsere Zustimmung.



**6. Stellt die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens dar?**

Wir unterstützen die Einführung der smartphonebasierten Helferalarmierung. Aufgrund von zahlreichen Hilfsfristüberschreitungen bei Rettungseinsätzen kann eine Ersthelferalarmierung die reguläre Rettungskette verkürzen und zeitnah Maßnahmen durch die Ersthelfer unternommen werden. Wir empfehlen einen Erprobungszeitraum von einem Jahr mit einer anschließenden Evaluierung und Auswertung.

**7. Die gesetzliche Verankerung welcher weiteren digitalen Errungenschaften sind erforderlich, um die notärztliche Versorgung in Thüringen weiter zu verbessern?**

Weitere digitale Errungenschaften, die die notärztliche Versorgung verbessern, sind uns derzeit nicht bekannt.

**8. Welche Auswirkung hätte die Einrichtung und der Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?**

Aktuell sehen wir keine Auswirkungen durch den Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen.

**9. Sollte künftig der Notarzt bei den entsprechenden Indikationen auch zwingend dann zum Notfallort fahren müssen, wenn das nichtärztliche Rettungspersonal den Patienten bereits auf Weisung durch den Telenotarzt behandeln konnte? (§ 7 Abs. 6 S.3 ThürRDG-E Drs. 7/7780)**

Sofern der bodengebundene Notarzt verfügbar ist und die Einsatzdauer nicht unnötig verlängert wird, muss der diensthabende Notarzt zum Notfallort fahren.

**10. Mit der Einführung des Berufsbildes Notfallsanitäter wurde diesen die Befugnis gegeben, unter bestimmten Voraussetzungen Heilkunde ausüben zu dürfen. Mit der Einführung des Telenotarztes wird nun eine weitere Regelung getroffen, mit der nichtärztliches Rettungspersonal – hier auf Weisung des Telenotarztes – heilkundliche Maßnahmen am Notfallort durchführen kann (§ 7 Abs. 6 ThürRDG-E Drs. 7/7780)**

**Welche Rolle nimmt der Notfallsanitäter aus Ihrer Sicht perspektivisch ein, sobald der Telenotarzt eingeführt wurde?**

Das Verständnis des Rollenbild des Notfallsanitäters ändert sich faktisch nicht, da der Notfallsanitäter auf Weisung des Telenotarztes handelt. Das Eingreifen des Notarztes fehlt jedoch. Das Thema Haftung muss geklärt werden.

Wir empfehlen die Umsetzung und Einhaltung der SOPs im gesamten Bundesland und dass es dadurch zu keinen Abweichungen in einzelnen Rettungsdienstbereichen kommen darf.

Es müssen für den Telenotarzt und für den diensthabenden Notarzt die gleichen Maßnahmen gelten.

## **Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Hilfsorganisationen**



**Besteht unter diesem Gesichtspunkt noch Änderungsbedarf an den  
Gesetzentwürfen?**

Aus unserer Sicht besteht kein Änderungsbedarf.

**11. § 7 Abs. 7 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) bestimmt, dass die Kassenärztliche  
Vereinigung Thüringen die übermittelten Bild- und Tondaten aufzeichnet und die  
Einsätze der Telenotärzte regelmäßig auswertet. § 34 Abs. 4 des  
Gesetzentwurfes sieht bereits vor, dass zugelassene Erprobungsverfahren  
unter wissenschaftlicher Begleitung zu dokumentieren und auszuwerten sind.  
Sollte die Regelung zu Telenotärzten ebenfalls vorsehen, dass deren Einsätze  
unter wissenschaftlicher Begleitung auszuwerten sind?**

Diese Regelung sollte für Telenotarzteinsätze auch gelten. Wir empfehlen die  
Einbeziehung von Expertenuntersuchungen anderer Bundesländer zum Thema  
Telenotarzt.

**12. § 8 Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) gibt vor, dass ein Telenotarzt die ärztliche  
Betreuung übernehmen kann, sofern das abgebende Krankenhaus dies  
anfordert und der Telenotarzt zustimmt.**

**Sollte die Einschätzung des vor Ort eingesetzten nichtärztlichen  
Rettungspersonals ebenfalls in der Regelung berücksichtigt werden?**

**Sofern ja, in welcher Form?**

Die Einschätzung des nichtärztlichen Rettungspersonals sollte definitiv berücksichtigt  
werden und auch entscheidend sein. Dies bezieht sich auch auf den  
Sekundärtransport.

**13. § 14 Abs. 3 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) sieht vor, dass der zentralen Leitstelle  
„laufend“ die Anzahl der freien Betten und sonstigen Versorgungskapazitäten  
melden.**

**Ist der Landesrettungsdienstplan der geeignete Rahmen, um die Vorgabe zu  
konkretisieren?**

Um die Vorgabe zu konkretisieren, sehen wir den Landesrettungsdienstplan als  
geeigneten Rahmen an. Wir empfehlen ein entsprechendes Formular zur  
Kapazitätsübersicht als Anlage des Landesrettungsdienstplanes.

**Sollte sie an anderer Stelle konkretisiert werden?**

Nein.

## Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Hilfsorganisationen



14. § 34a ThürRDG-E (Drs. 7/7780) regelt, dass für eine Dauer von ein bis drei Jahren (Abs. 3) Abweichungen von den § 14 Abs. 4, § 15 Abs. 2 sowie § 16 Abs. 1 und 2 ThürRDG zugelassen werden können (Abs. 1).

Sehen Sie Änderungsbedarf gegenüber diesen materiellen und zeitlichen Vorgaben für eine zulässige Anwendung der Experimentierklausel?

Wir sehen keinen Änderungsbedarf.

### Grundsatz

Zur Umsetzung des Telenotarztes in Thüringen bedarf es einer flächendeckenden Erreichbarkeit des Datennetzes. Aus unserer Sicht ist dies derzeit nicht gegeben und sollte dementsprechend vor Einführung geändert werden.

Stf, 15.06.23

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/7394 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung Thüringer Telenotarzt</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7450 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landesärztekammer Thüringen</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Im Semmich 33</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07751 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesärztekammer Thüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Im Semmich 33	Postleitzahl, Ort	07751 Jena
Name	Organisationsform										
Landesärztekammer Thüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Im Semmich 33										
Postleitzahl, Ort	07751 Jena										



2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	Vertretung der Thüringer Ärzteschaft + Qualitätssicherung ärztliche Tätigkeit	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
	- Befürwortung des Telenotarates bei entsprechenden Einsätzen - Sicherstellung Notarzt und Telenotarzt zentral an einer Stelle (ein Aufgabenträger) - Nutzung und Ausbau des Systems MEDiRet	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	

	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben:</b> Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 10.6.2023	

Landesärztekammer Thüringen  
Körperschaft des öffentlichen Rechts  
Postfach 10 07 40  
07707 Jena  
Tel.: 03641/614-101 • Fax: 03641/614-109

Landesärztekammer Thüringen | Postfach 100740 | 07707 Jena

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST  
16.06.2023 13:55

16147/23

Datum: 16.06.2023

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung**  
Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP – Drucksache 7/7394

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung eines Thüringer Telenotarztes**  
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP – Drucksache 7/7450

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**  
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 7/7780

Sehr geehrter Herr Stöffler,

vielen Dank für die Möglichkeit, zu den im Betreff genannten Gesetzentwürfen Stellung nehmen zu können. In der Stellungnahme beziehen wir uns vorrangig auf die Fragestellungen in Anlage 3.

Allgemeine Anmerkungen:

Die geplante Etablierung des Telenotarztes wird von der Landesärztekammer Thüringen positiv bewertet. Im Landesbeirat wurde hierzu bereits die Grundlage für die Qualifikationen des Telenotarztes geschaffen. Daneben wurde mit der Änderung des Landesrettungsdienstplanes für den Freistaat Thüringen, welche zum 1. Mai 2023 in Kraft getreten ist, ein Indikationskatalog für den Notarzteinsatz aufgenommen (veröffentlicht im Thüringer Staatsanzeiger 19/2023, Seiten 715-716). Nach den darin benannten Indikationen hat der Einsatz von Rettungsmitteln und der Einsatz eines Notarztes zu erfolgen.

Grundsätzlich ist bei dem Einsatz eines Telenotarztes zu berücksichtigen, dass nach § 7 Abs. 4 der Berufsordnung der Landesärztekammer Thüringen bei der Behandlung eines Patienten von einem persönlichen Arzt-Patienten-Kontakt ausgegangen wird. Dies schließt den Einsatz von Kommunikationsmedien allerdings nicht aus. Hier muss jeweils im Einzelfall entschieden werden, ob eine ausschließliche Behandlung über Kommunikationsmedien erfolgen kann.

**Kontakt**

Im Semmicht 33 | 07751 Jena  
Tel.: 03641 614 - 0  
Fax: 03641 614 - 169  
Mail: [post@laek-thueringen.de](mailto:post@laek-thueringen.de)  
Web: [www.laek-thueringen.de](http://www.laek-thueringen.de)

**Datenschutz**

Die Information nach der DS-GVO bei Datenerhebung-Datenschutzhinweise nach Art. 13 und 21 DS-GVO finden Sie auf unserer Homepage [www.laek-thueringen.de/datenschutz](http://www.laek-thueringen.de/datenschutz). Sollte es Ihnen nicht möglich sein, diese dort einzusehen, senden wir sie Ihnen gerne zu.

Zu den Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags nimmt die Landesärztekammer Thüringen wie folgt Stellung:

*1. Welche Auswirkungen hätte die Einführung des Telenotarztes auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?*

Die Einführung des Telenotarztes wird ausdrücklich befürwortet, weil dadurch das therapiefreie Intervall verkürzt wird, unabhängig davon, ob die Indikation für einen Notarzt vor Ort besteht oder nicht. Der Telenotarzt kann bei entsprechender Indikation bis zum Eintreffen des Notarztes das nichtärztliche Rettungspersonal begleiten und unterstützen. Unterschwellig indikative Notarzteinsätze können durch den Einsatz des Telenotarztes verringert werden, wodurch es zu einer Entlastung der Vorhaltung des physischen Notarztes kommt. So ist in vielen Fällen der physische Notarzteinsatz vor Ort nicht notwendig und daher eine höhere Verfügbarkeit für Notarzteinsätze nach dem Indikationskatalog für Notarzteinsätze möglich.

Weiterhin kann der Telenotarzt eine fachliche Rückfallebene des Notarztes vor Ort darstellen, wobei die fachliche Verantwortung beim Notarzt vor Ort bleibt.

Schließlich kommt es beim Einsatz des Telenotarztes auch zu einer Entlastung des Klinikpersonals, welches den Notfall nicht begleiten muss.

*2. Ist eine gesetzliche Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ des Telenotarztes gegenüber den regulären bodengebundenen Notärzten erforderlich?*

Bei Beachtung des Indikationskataloges für Notarzteinsätze ist eine gesetzliche Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ des Telenotarztes gegenüber dem Notarzt nicht erforderlich.

*3. Erfordert die Einführung des Telenotarztes einen neuen Aufgabenträger?*

Die Einführung des Telenotarztes erfordert keinen neuen Aufgabenträger. Ein neuer Aufgabenträger würde zusätzliche Dissenzsituationen im System schaffen, z. B. bei Haftungsfragen. Die Gestellung von Notarzt und Telenotarzt sollte bei einem Aufgabenträger liegen und auch aus Qualitätssicherungsgründen zentral in der Zuständigkeit des bisherigen Aufgabenträgers verbleiben.

*4. Wie würde sich die Einführung eines neuen Aufgabenträgers auf die Kosten und Haftung auswirken?*

Der Einführung eines neuen Aufgabenträgers folgt ein wesentlich höherer Kostenfaktor, z. B. für Versicherungen, und eine weitere Haftungszuständigkeit. Eine Trennung des Sicherstellungsauftrages für Notarzt und Telenotarzt sollte nach Auffassung der Landesärztekammer Thüringen unbedingt vermieden werden.

*5. Wie bewerten Sie den Entwurf einer Experimentierklausel?*

Die Experimentierklausel wird grundsätzlich befürwortet. Es sollten aber unter § 34a Abs. 2 als zur Antragstellung berechtigt auch die ärztliche Vertretung und die Kassenärztliche Vereinigung als Aufgabenträger für die notärztliche Sicherstellung ergänzt werden.

**Kontakt**

Im Semmicht 33 | 07751 Jena  
Tel.: 03641 614 – 0  
Fax: 03641 614 - 169  
Mail: [post@laek-thueringen.de](mailto:post@laek-thueringen.de)  
Web: [www.laek-thueringen.de](http://www.laek-thueringen.de)

**Datenschutz**

Die Information nach der DS-GVO bei Datenerhebung-Datenschutzhinweise nach Art. 13 und 21 DS-GVO finden Sie auf unserer Homepage [www.laek-thueringen.de/datenschutz](http://www.laek-thueringen.de/datenschutz). Sollte es Ihnen nicht möglich sein, diese dort einzusehen, senden wir sie Ihnen gerne zu.

*6. Stellt die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens dar?*

Die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung stellt grundsätzlich eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens dar, ist aber keine fest planbare Komponente im Notarztsystem und kann den Notarzteinsatz nicht ersetzen.

*7. Die gesetzliche Verankerung welcher weiteren digitalen Errungenschaften sind erforderlich, um die notärztliche Versorgung in Thüringen weiter zu verbessern?*

In Thüringen findet das vom Gesundheitsministerium geförderte System MEDIRett bereits Anwendung. Darüber hinaus sind schon die Ankündigung und Übertragung der Dokumentation des Patienten an die Notfallaufnahme möglich. Es erfolgt aber bisher nur ein einseitiger Datenaustausch vom Notarzt zur Klinik.

Gerade in Notfallsituationen wäre es jedoch wichtig, sofort auf die Patientendaten zugreifen zu können, z. B. über die elektronische Patientenakte, um die Vorgeschichte des Patienten zu kennen und adäquat reagieren zu können.

*8. Welche Auswirkungen hätte die Einrichtung und der Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?*

Die Einrichtung einer Lehrleitstelle wird positiv gesehen, unter der Voraussetzung, dass die fachlichen Qualifikationen klar benannt werden.

*9. Sollte künftig der Notarzt bei den entsprechenden Indikationen auch zwingend dann zum Notfallort fahren müssen, wenn das nichtärztliche Rettungspersonal den Patienten bereits auf Weisung durch den Telenotarzt behandeln konnte (§ 7 Abs. 6 S. 3 ThürRDG-E Drs. 7/7780)?*

Nein, denn nach Notfallsanitättergesetz muss der Notfallsanitäter den Patienten bei heilkundlichen Maßnahmen einem Arzt vorgestellt haben. Wenn dies bereits über den Telenotarzt erfolgt ist, muss der Notarzt nicht zwingend noch zum Notfallort fahren, außer es besteht eine Indikation nach dem Indikationskatalog für Notarzteinsätze.

*10. Mit der Einführung des Berufsbildes Notfallsanitäter wurden diesem die Befugnis gegeben, unter bestimmten Voraussetzungen Heilkunde ausüben zu dürfen. Mit der Einführung des Telenotarztes wird nun eine weitere Regelung getroffen, mit der nichtärztliches Rettungspersonal – hier auf Weisung des Telenotarztes – heilkundliche Maßnahmen am Notfallort durchführen kann (§ 7 Abs. 6 ThürRDG-E Drs. 7/7780). Welche Rolle nimmt der Notfallsanitäter aus Ihrer Sicht perspektivisch ein, sobald der Telenotarzt eingeführt wurde? Besteht unter diesem Gesichtspunkt noch Änderungsbedarf an den Gesetzentwürfen?*

Es besteht aus unserer Sicht diesbezüglich kein Änderungsbedarf an den Gesetzentwürfen. Wir verweisen an dieser Stelle auf die von der Landesärztekammer Thüringen bestätigte und jährlich

**Kontakt**

Im Semmicht 33 | 07751 Jena  
Tel.: 03641 614 – 0  
Fax: 03641 614 - 169  
Mail: [post@laek-thueringen.de](mailto:post@laek-thueringen.de)  
Web: [www.laek-thueringen.de](http://www.laek-thueringen.de)

**Datenschutz**

Die Information nach der DS-GVO bei Datenerhebung-Datenschutzhinweise nach Art. 13 und 21 DS-GVO finden Sie auf unserer Homepage [www.laek-thueringen.de/datenschutz](http://www.laek-thueringen.de/datenschutz). Sollte es Ihnen nicht möglich sein, diese dort einzusehen, senden wir sie Ihnen gerne zu.

aktualisierte Verfahrensanweisungen für den Thüringer Rettungsdienst gemäß § 16 a Abs. 2 Thüringer Rettungsdienstgesetz.

11. § 7 Abs. 7 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) bestimmt, dass die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen die übermittelten Bild- und Tondaten aufzeichnet und die Einsätze der Telenotärzte regelmäßig auswertet. § 34 Abs. 4 des Gesetzentwurfes sieht bereits vor, dass zugelassene Erprobungsvorhaben unter wissenschaftlicher Begleitung zu dokumentieren und auszuwerten sind. Sollte die Regelung zu Telenotärzten ebenfalls vorsehen, dass deren Einsätze unter wissenschaftlicher Begleitung auszuwerten sind?

Eine solche Regelung für die Telenotärzte ist aus Sicht der Landesärztekammer Thüringen obsolet, da das System des Telenotarztes bereits in der Corona-Pandemie ausreichend erprobt wurde. Grundsätzlich gibt es jedoch aus Qualitätssicherungsaspekten gegen eine wissenschaftliche Begleitung und Auswertung keine Einwände.

12. § 8 Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) gibt vor, dass ein Telenotarzt die ärztliche Betreuung übernehmen kann, sofern das abgebende Krankenhaus dies anfordert und der Telenotarzt zustimmt. Sollte die Einschätzung des vor Ort eingesetzten nichtärztlichen Rettungspersonals ebenfalls in der Regelung berücksichtigt werden? Sofern ja, in welcher Form?

Die primäre Entscheidung erfolgt immer im Arzt-Arzt-Gespräch (Notarzt-Klinik; Klinik-Telenotarzt). Die Entscheidung über den Einsatz des Notarztes / Telenotarztes ist immer eine ärztliche Entscheidung. In die Vorbereitung und Umsetzung des Transportes muss das nichtärztliche Rettungspersonal aber mit eingebunden werden.

13. § 14 Abs. 3 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) sieht vor, dass der Zentralen Leitstelle „laufend“ die Anzahl der freien Betten und sonstigen Versorgungskapazitäten melden. Ist der Landesrettungsdienstplan der geeignete Rahmen, um diese Vorgabe zu konkretisieren? Sollte sie an anderer Stelle konkretisiert werden?

An dieser Stelle verweisen wir auf das in Thüringen eingesetzte und in Umsetzung befindliche System MEDIRett, in dem u. a. auch die freien Betten dokumentiert werden.

Dieses hat z. B. schon bei der Verteilung der verletzten Patienten aus dem Ukraine-Krieg erfolgreich Anwendung gefunden und gut funktioniert. Es sollten keine Parallelstrukturen geschaffen, vielmehr das System MEDIRett weiter ausgebaut werden.

14. § 34a ThürRDG-E (Drs. 7/7780) regelt, dass für eine Dauer von bis zu drei Jahren (Abs. 3) Abweichungen von den § 14 Abs. 4, § 15 Abs. 2 sowie § 16 Abs. 1 und 2 ThürRDG zugelassen werden können (Abs. 1). Sehen Sie Änderungsbedarf gegenüber diesen materiellen und zeitlichen Vorgaben für eine zulässige Anwendung der Experimentierklausel?

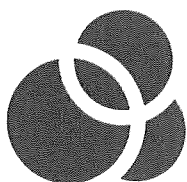
Aus Sicht der Landesärztekammer Thüringen wird kein Änderungsbedarf gesehen.

#### Kontakt

Im Semmicht 33 | 07751 Jena  
Tel.: 03641 614 - 0  
Fax: 03641 614 - 169  
Mail: [post@laek-thueringen.de](mailto:post@laek-thueringen.de)  
Web: [www.laek-thueringen.de](http://www.laek-thueringen.de)

#### Datenschutz

Die Information nach der DS-GVO, bei Datenerhebung-Datenschutzhinweise nach Art. 13 und 21 DS-GVO finden Sie auf unserer Homepage [www.laek-thueringen.de/datenschutz](http://www.laek-thueringen.de/datenschutz). Sollte es Ihnen nicht möglich sein, diese dort einzusehen, senden wir sie Ihnen gerne zu.



# LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung  
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V. • Anger 19/20 • 99084 Erfurt

Thüringer Landtag per e-Mail

THÜR. LANDTAG POST  
09.10.2023 17:20

25773 / 2023

LIGA der politischen Interessen- und  
Selbstvertretung von Menschen mit  
Behinderungen in Thüringen e.V.

Anger 19/20  
99084 Erfurt  
Tel.: 0361 55068700  
Fax: 0361 55068701  
E-Mail: [info@selbstvertretung-thueringen.de](mailto:info@selbstvertretung-thueringen.de)

Erfurt, den 09.10.2023

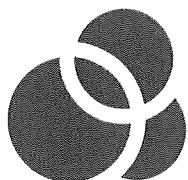
## **Drs.7/8242; Siebtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes Drucksache 7/8242**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Entwicklung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes erfolgte mit der Intention, die Schnittstellen zwischen der Eingliederungshilfe im SGB IX und dem bestehenden SGB XIII zu bereinigen, um Leistungen aus einer Hand für Kinder, unabhängig mit oder ohne Behinderung umzusetzen. Bisher war es vor allem schwierig für Kinder mit Behinderung, Leistungen aus dem jeweiligen zuständigen SGB zu beantragen. Mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz erfolgen Leistungen aus einer Hand, hin zu einem inklusiven Kinder und Jugendhilfegesetz. Insofern stimmen wir den Ausführungen der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vollumfänglich zu, möchten dazu noch bemerken, dass es sich nicht nur um die rechtlichen Grundlagen in einer modernen Kinder und Jugendhilfe handelt, sondern um die inklusive Ausrichtung eines Kinder- und Jugendhilfegesetzes, in die bisher schon konsequent inklusiv geplante Teilhabeprozesse aus dem bisherigen SGB IX einfließen. Diese Konsequente Umsetzung von Inklusion und Teilhabe darf nicht verloren gehen sondern muss auch in der Gestaltung des Thüringer Ausführungsgesetzes des SGB VIII ihren Niederschlag finden.

Im Rahmen des SGB IX erfolgte bereits die Umsetzung des Gedankens der UN BRK zur Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. In Thüringen wurde auch hierzu das Ausführungsgesetz zum SGB IX geschaffen. Im Paragraph 7 des

---



# LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung  
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Ausführungsgesetzes zum SGB IX in Thüringen ist die LIGA Selbstvertretung als Peervertreter von Menschen mit Behinderungen benannt. In dieser Funktion wurde unter anderem der Landesrahmenvertrag gemäß § 131 Abs 1 SGB IX begleitet. I

Seit diesem Jahr ist bereits im Rahmen des SGB IX jeweils für die frühkindliche Entwicklung und für Kinder und Jugendliche der ITP in Kraft getreten. Dieser Prozess muss im Landesrahmenvertrag auch den SGB VIII zukünftig berücksichtigen und weiterentwickelt werden. Daher bitten wir um folgende Konkretisierung im Gesetzesvorschlag zum Ausführungsgesetz des SGB 8. Bei zusätzlichen Vorschlägen entsprechend zum jetzigen geltenden Gesetz vom 30.06.20 ist der Text kursiv gekennzeichnet.

Unsere Vorschläge:

§5, c, Absatz 3

(3)

2. mindestens eine Vertretung und Stellvertretung der im Bereich des Neunten Buches Sozialgesetzbuch vom 23.12.2016 in der jeweils geltenden Fassung freien Träger sowie nach dem §7 des Thüringer Ausführungsgesetzes zum SGB IX bestimmte Selbstvertretung für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

§ 12 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

Auf der örtlichen und überörtlichen Ebene sind Selbstvertretungsorganisationen nach § 4a SGB VIII einzubeziehen, auf der überörtlichen Ebene gemäß § 7 ThürAGSGB IX die Liga Selbstvertretung Thüringen e.V.

Des weiteren folgende Vorschläge zur Ergänzung des Änderungsvorschlages:

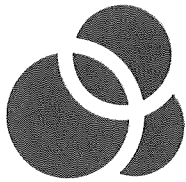
§15 , neuer Absatz 4:

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erfolgt in einer für sie verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form unter Hinzuziehung von benötigten Gebärdensprachdolmetschern und weiteren benötigten Kommunikationsformen für Kinder und Jugendliche sowie deren zuständigen Erziehungsberechtigten mit Behinderungen.

§17, (3), neuer Satz nach dem 2. Satz:

---





# LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung  
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Hierbei sind Ressourcen für eine Teilhabe von jungen Menschen mit Behinderungen sicherzustellen.

§18, (1b), Ergänzung Satz 2:

Für die Belange für junge Menschen mit Behinderungen ist die LIGA Selbstvertretung Thüringen zu beteiligen.

§ 19, Ergänzung vor letztem Satz:

Dabei sind die Bedarfslagen von jungen Menschen mit Behinderung zur selbstbestimmten Teilhabe zu berücksichtigen.

§ 19a, Ergänzung neuer Punkt 5:

5. dazu beizutragen, selbstbestimmte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zu fördern und zu ermöglichen.

§ 20, Vorschlag XX Ergänzung:

*Ergänzung (1) des vorliegenden Gesetzes vom 30.06.2020:*

*Kinder und Jugendliche sind vor körperlicher und seelischer Vernachlässigung, Misshandlung, Missbrauch und Gewalt zu schützen. Das bezieht insbesondere ein die Nichtgewährung auf die Teilhabe von jungen Menschen mit besonderen Bedarfslagen und Behinderungen, gleichberechtigt mit anderen Kindern.*

Punkt 7: Wahrnehmung der selbstbestimmten Interessen und von Maßnahmen zur Sicherung des besonderen Schutzbedürfnisses von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, auch im Rahmen der notwendigen medizinischen, Eingliederungs- und Rehabilitationsmaßnahmen durch Dritte.

§20a (3) Ergänzung nach dem ersten Satz:

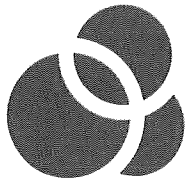
Des weiteren soll zur Unterstützung für die Bedarfe von jungen Menschen mit Behinderungen die LIGA Selbstvertretung beratend die oder den Landesbeauftragten unterstützen.

§22 Ergänzung Absatz 2

(2) nach dem ersten Satz:

Dabei sind Teilhabe und Barrierefreiheit für Kinder und Jugendliche mit Behinderung ebenso zu berücksichtigen.

---



# **LIGA Selbstvertretung Thüringen**

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung  
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

(3) Ergänzung im ersten Satz:

Die Erlaubnis ist zurückzunehmen oder zu widerrufen, wenn das Wohl und die Teilhabe der jungen Menschen sowie eine angemessene Barrierefreiheit für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in der Einrichtung gefährdet ist und der Träger der Einrichtung nicht bereit oder in der Lage ist, diese Sachstände abzuwenden.

§23b, Hilfen zur Erziehung (2), Ergänzung 2. Satz:

Dabei sind insbesondere betroffene junge Menschen und ihre Erziehungsberechtigten, aber auch Selbsthilfe- und Selbstvertretungsorganisationen nach §4a SGB VIII und nach dem neunten Sozialgesetzbuch und die in diesem Bereich tätigen anerkannten Träger der freien Jugendhilfe zu beteiligen.

§24a Thüringer Kinder- und Jugendhilfe Ombudsstelle:

Wir bitten hier um Einbezug und Berücksichtigung des bereits existierenden Ombudsrates Inklusion beim TMBJS für den bisher dem SGB IX zugeordneten Aufgaben, die zukünftig jedoch Bestandteil des SGB VIII sein werden. Des weiteren halten wir es für wichtig, dass als fachliche unabhängige Stelle Selbstvertretungsorgane in erster Linie benannt werden können, wenn deren fachliche/persönliche Eignung gewährleistet wird.

Gerne stehen wir für Erläuterungen und weitere Präzisierungen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Stellv. Geschäftsstellenleiterin  
LIGA Selbstvertretung Thüringen

---

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes (Drs. 7/7394, 7450, 7780)											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.</td> <td>Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Arnstädter Straße 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096, Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 50	Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt
	Name	Organisationsform									
	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 50									
Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse                      (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)                 </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											
<b>3.</b>	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)										
	Interessenvertretung der Verbände der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege										
<b>4.</b>	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?										
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDokG)										

	Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V. schließt sich der STN des DRK Thüringen e.V und der Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Hilfsorganisationen an.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation <b>zu</b> ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, der 16.06.2023	



LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.  
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen Fuchs Straße 1  
99096 Erfurt

- ausschließlich per E-Mail -

THÜR. LANDTAG POST  
16.06.2023 15:50

16152/23

**Geschäftsstelle**

**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege  
in Thüringen e.V.**  
Arnstädter Str. 50  
(Eingang Humboldtstraße)  
99096 Erfurt

E-Mail: [info@liga-thueringen.de](mailto:info@liga-thueringen.de)  
Internet: [www.liga-thueringen.de](http://www.liga-thueringen.de)  
Telefon: (0361) 511499-0

Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen

unsere Zeichen

Erfurt,  
16.06.2023

**Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes (Drs. 7/7394, 7450, 7780)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Beteiligung an dem Anhörungsverfahren und die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme. Wir verweisen auf den kollegialen Austausch mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Hilfsorganisationen im Rahmen dieses Anhörungsverfahrens und danken für die geleistete Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft. Die in der Stellungnahme dargelegten Anmerkungen, Empfehlungen und Forderungen teilen wir ausdrücklich und schließen uns der Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Hilfsorganisationen an.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

Anlage:

(1) Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der der Thüringer Hilfsorganisationen



**1. Welche Auswirkung hätte die Einführung des Telenotarztes auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?**

Grundsätzlich unterstützen wir die Einführung des Telenotarztes, da er die notärztliche Versorgung in Thüringen stärkt. Dieser kann aber nur im begrenzten Raum durchgeführt werden, einen regulären Einsatz des Telenotarztes als kompletten Ersatz des bodengebundenen Notarztes unterstützen wir nicht.

**2. Ist eine gesetzliche Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ des Telenotarztes gegenüber den regulären bodengebundenen Notärzten erforderlich?**

Eine Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ sehen wir als notwendig an. Die Delegation von Maßnahmen durch den Telenotarzt ist nicht gleichzusetzen mit der des Notarztes am Einsatzort, da eine Überwachung der Maßnahme nur eingeschränkt möglich ist.

Hier empfehlen wir, den Standpunkt der AG TN zu berücksichtigen.

**3. Erfordert die Einführung des Telenotarztes einen neuen Aufgabenträger?**

Wir unterstützen die Etablierung des Telenotarzt-systems bei der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen oder bei den Leitstellen. Zudem könnten wir uns auch die Übertragung an beide Organisationen vorstellen. Hierbei müssen die Inhalte sehr konkret dargestellt werden. Einen neuen Aufgabenträger sehen wir nicht.

**4. Wie würde sich die Einführung eines neuen Aufgabenträgers auf die Kosten und Haftung auswirken?**

Die Zuständigkeit der Einsätze der Notärzte ist bisher der KVT zugeordnet. Somit sind die Haftungsfragen hier bereits geklärt und könnten für den Telenotarzt adaptiert werden. Die Haftung muss in den Verträgen der Aufgabenübertragung bzw. Gesetzen reguliert werden.

Eine sachliche Prognose zu den Kosten kann von uns nicht abgegeben werden. Grundsätzlich müssen die entstehenden Kosten dem Aufgabenträger erstattet werden u.a. Kosten für die Ausstattung, Inbetriebnahme, Wartung, Instandhaltung bis hin zur Verwertung der Hard- und Software bei den Durchführenden.

**5. Wie bewerten Sie den Entwurf der Experimentierklausel?**

In § 34a Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) wird der Kreis der Antragsberechtigten geregelt. Zusätzlich empfehlen wir noch die Einholung der Zustimmung des Landesbeirates des Rettungswesens.

Die weiteren Inhalte des Entwurfs der Experimentierklausel finden unsere Zustimmung.

**6. Stellt die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens dar?**

Wir unterstützen die Einführung der smartphonebasierten Helferalarmierung. Aufgrund von zahlreichen Hilfsfristüberschreitungen bei Rettungseinsätzen kann eine Ersthelferalarmierung die reguläre Rettungskette verkürzen und zeitnah Maßnahmen durch die Ersthelfer unternommen werden. Wir empfehlen einen Erprobungszeitraum von einem Jahr mit einer anschließenden Evaluierung und Auswertung.

**7. Die gesetzliche Verankerung welcher weiteren digitalen Errungenschaften sind erforderlich, um die notärztliche Versorgung in Thüringen weiter zu verbessern?**

Weitere digitale Errungenschaften, die die notärztliche Versorgung verbessern, sind uns derzeit nicht bekannt.

**8. Welche Auswirkung hätte die Einrichtung und der Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?**

Aktuell sehen wir keine Auswirkungen durch den Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen.

**9. Sollte künftig der Notarzt bei den entsprechenden Indikationen auch zwingend dann zum Notfallort fahren müssen, wenn das nichtärztliche Rettungspersonal den Patienten bereits auf Weisung durch den Telenotarzt behandeln konnte? (§ 7 Abs. 6 S.3 ThürRDG-E Drs. 7/7780)**

Sofern der bodengebundene Notarzt verfügbar ist und die Einsatzdauer nicht unnötig verlängert wird, muss der diensthabende Notarzt zum Notfallort fahren.

**10. Mit der Einführung des Berufsbildes Notfallsanitäter wurde diesen die Befugnis gegeben, unter bestimmten Voraussetzungen Heilkunde ausüben zu dürfen. Mit der Einführung des Telenotarztes wird nun eine weitere Regelung getroffen, mit der nichtärztliches Rettungspersonal – hier auf Weisung des Telenotarztes – heilkundliche Maßnahmen am Notfallort durchführen kann (§ 7 Abs. 6 ThürRDG-E Drs. 7/7780)**

**Welche Rolle nimmt der Notfallsanitäter aus Ihrer Sicht perspektivisch ein, sobald der Telenotarzt eingeführt wurde?**

Das Verständnis des Rollenbild des Notfallsanitäters ändert sich faktisch nicht, da der Notfallsanitäter auf Weisung des Telenotarztes handelt. Das Eingreifen des Notarztes fehlt jedoch. Das Thema Haftung muss geklärt werden.

Wir empfehlen die Umsetzung und Einhaltung der SOPs im gesamten Bundesland und dass es dadurch zu keinen Abweichungen in einzelnen Rettungsdienstbereichen kommen darf.

Es müssen für den Telenotarzt und für den diensthabenden Notarzt die gleichen Maßnahmen gelten.

## **Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Hilfsorganisationen**



**Besteht unter diesem Gesichtspunkt noch Änderungsbedarf an den Gesetzentwürfen?**

Aus unserer Sicht besteht kein Änderungsbedarf.

**11. § 7 Abs. 7 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) bestimmt, dass die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen die übermittelten Bild- und Tondaten aufzeichnet und die Einsätze der Telenotärzte regelmäßig auswertet. § 34 Abs. 4 des Gesetzentwurfes sieht bereits vor, dass zugelassene Erprobungsverfahren unter wissenschaftlicher Begleitung zu dokumentieren und auszuwerten sind. Sollte die Regelung zu Telenotärzten ebenfalls vorsehen, dass deren Einsätze unter wissenschaftlicher Begleitung auszuwerten sind?**

Diese Regelung sollte für Telenotarzteinsätze auch gelten. Wir empfehlen die Einbeziehung von Expertenuntersuchungen anderer Bundesländer zum Thema Telenotarzt.

**12. § 8 Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) gibt vor, dass ein Telenotarzt die ärztliche Betreuung übernehmen kann, sofern das abgebende Krankenhaus dies anfordert und der Telenotarzt zustimmt.**

**Sollte die Einschätzung des vor Ort eingesetzten nichtärztlichen Rettungspersonals ebenfalls in der Regelung berücksichtigt werden?**

**Sofern ja, in welcher Form?**

Die Einschätzung des nichtärztlichen Rettungspersonals sollte definitiv berücksichtigt werden und auch entscheidend sein. Dies bezieht sich auch auf den Sekundärtransport.

**13. § 14 Abs. 3 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) sieht vor, dass der zentralen Leitstelle „laufend“ die Anzahl der freien Betten und sonstigen Versorgungskapazitäten melden.**

**Ist der Landesrettungsdienstplan der geeignete Rahmen, um die Vorgabe zu konkretisieren?**

Um die Vorgabe zu konkretisieren, sehen wir den Landesrettungsdienstplan als geeigneten Rahmen an. Wir empfehlen ein entsprechendes Formular zur Kapazitätsübersicht als Anlage des Landesrettungsdienstplanes.

**Sollte sie an anderer Stelle konkretisiert werden?**

Nein.



## **Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Hilfsorganisationen**



14. § 34a ThürRDG-E (Drs. 7/7780) regelt, dass für eine Dauer von ein bis drei Jahren (Abs. 3) Abweichungen von den § 14 Abs. 4, § 15 Abs. 2 sowie § 16 Abs. 1 und 2 ThürRDG zugelassen werden können (Abs. 1).

Sehen Sie Änderungsbedarf gegenüber diesen materiellen und zeitlichen Vorgaben für eine zulässige Anwendung der Experimentierklausel?

Wir sehen keinen Änderungsbedarf.

### **Grundsatz**

Zur Umsetzung des Telenotarztes in Thüringen bedarf es einer flächendeckenden Erreichbarkeit des Datennetzes. Aus unserer Sicht ist dies derzeit nicht gegeben und sollte dementsprechend vor Einführung geändert werden.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/7394 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung Thüringer Telenotarzt</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7450 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>DRK Landesverband Thüringen</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>DRK Landesverband Thüringen e.V.</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Heinrich-Heine-Straße, 3</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096, Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	DRK Landesverband Thüringen	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	DRK Landesverband Thüringen e.V.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Heine-Straße, 3	Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt
Name	Organisationsform										
DRK Landesverband Thüringen	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	DRK Landesverband Thüringen e.V.										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Heine-Straße, 3										
Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt										

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	freie Wohlfahrtspflege, Nationale Hilfsgesellschaft und eigenständige Jugendresidenz	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Zustimmung zum Telenotarzt als Notfallmöglichkeit wenn kein bodengebundener Notarzt verfügbar. Der Telenotarzt sollte den vor Ort praktizierenden Notarzt nicht generell ersetzen. Zur Umsetzung des Telenotarztes in Thüringen bedarf es einer flächendeckenden Erreichbarkeit des Datennetzes. Aus unserer Sicht ist dies derzeit nicht gegeben und sollte dementsprechend bei Einführung geändert werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	

	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

DRK Landesverband Thüringen e.V. · Heinrich-Heine-Straße 3 · 99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
16.06.2023 13:47

16146/23

Erfurt, den 16. Juni 2023

**Stellungnahme zum schriftlichen Anhörungsverfahren des Innen- und Kommunalausschusses zu den geplanten Änderungen des ThürRettG**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Folgenden erhalten Sie die Stellungnahme des DRK Landesverband Thüringen e. V. zu den Fragestellungen der Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags.  
Diese wurde im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen abgestimmt und ist mit der gemeinschaftlich verfassten Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft identisch.

Mit freundlichen Grüßen

Vorstandsvorsitzender

**DRK Landesverband  
Thüringen e.V.**

**Nationale Hilfsgesellschaft**

Heinrich-Heine-Straße 3  
99096 Erfurt  
Tel. 0361 744399-0  
Fax 0361 744399-19  
drk@drk-thueringen.de  
www.drk-thueringen.de

**Präsident**

**Vorstand**

**Ihre Nachricht**

**Ihr Schreiben**

**Ihr Zeichen**

Die vorliegende Stellungnahme des DRK Landesverband Thüringen e. V. zu den Fragestellungen der Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags wurde im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen abgestimmt und ist mit der gemeinschaftlich verfassten Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft identisch.

**1. Welche Auswirkung hätte die Einführung des Telenotarztes auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?**

Grundsätzlich unterstützen wir die Einführung des Telenotarztes, da er die notärztliche Versorgung in Thüringen stärkt. Dieser kann aber nur im begrenzten Raum durchgeführt werden, einen regulären Einsatz des Telenotarztes als kompletten Ersatz des bodengebundenen Notarztes unterstützen wir nicht.

**2. Ist eine gesetzliche Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ des Telenotarztes gegenüber den regulären bodengebundenen Notärzten erforderlich?**

Eine Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ sehen wir als notwendig an. Die Delegation von Maßnahmen durch den Telenotarzt ist nicht gleichzusetzen mit der des Notarztes am Einsatzort, da eine Überwachung der Maßnahme nur eingeschränkt möglich ist.

Hier empfehlen wir, den Standpunkt der AG TN zu berücksichtigen.

**3. Erfordert die Einführung des Telenotarztes einen neuen Aufgabenträger?**

Wir unterstützen die Etablierung des Telenotarztsystems bei der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen oder bei den Leitstellen. Zudem könnten wir uns auch die Übertragung an beide Organisationen vorstellen. Hierbei müssen die Inhalte sehr konkret dargestellt werden. Einen neuen Aufgabenträger sehen wir nicht.

**4. Wie würde sich die Einführung eines neuen Aufgabenträgers auf die Kosten und Haftung auswirken?**

Die Zuständigkeit der Einsätze der Notärzte ist bisher der KVT zugeordnet. Somit sind die Haftungsfragen hier bereits geklärt und könnten für den Telenotarzt adaptiert werden. Die Haftung muss in den Verträgen der Aufgabenübertragung bzw. Gesetzen reguliert werden.

Eine sachliche Prognose zu den Kosten kann von uns nicht abgegeben werden. Grundsätzlich müssen die entstehenden Kosten dem Aufgabenträger erstattet werden u.a. Kosten für die Ausstattung, Inbetriebnahme, Wartung, Instandhaltung bis hin zur Verwertung der Hard- und Software bei den Durchführenden.

**5. Wie bewerten Sie den Entwurf der Experimentierklausel?**

In § 34a Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) wird der Kreis der Antragsberechtigten geregelt. Zusätzlich empfehlen wir noch die Einholung der Zustimmung des Landesbeirates des Rettungswesens.

Die weiteren Inhalte des Entwurfs der Experimentierklausel finden unsere Zustimmung.

**6. Stellt die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens dar?**

Wir unterstützen die Einführung der smartphonebasierten Helferalarmierung. Aufgrund von zahlreichen Hilfsfristüberschreitungen bei Rettungseinsätzen kann eine Ersthelferalarmierung die reguläre Rettungskette verkürzen und zeitnah Maßnahmen durch die Ersthelfer unternommen werden. Wir empfehlen einen Erprobungszeitraum von einem Jahr mit einer anschließenden Evaluierung und Auswertung.

**7. Die gesetzliche Verankerung welcher weiteren digitalen Errungenschaften sind erforderlich, um die notärztliche Versorgung in Thüringen weiter zu verbessern?**

Weitere digitale Errungenschaften, die die notärztliche Versorgung verbessern, sind uns derzeit nicht bekannt.

**8. Welche Auswirkung hätte die Einrichtung und der Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?**

Aktuell sehen wir keine Auswirkungen durch den Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen.

**9. Sollte künftig der Notarzt bei den entsprechenden Indikationen auch zwingend dann zum Notfallort fahren müssen, wenn das nichtärztliche Rettungspersonal den Patienten bereits auf Weisung durch den Telenotarzt behandeln konnte? (§ 7 Abs. 6 S.3 ThürRDG-E Drs. 7/7780)**

Sofern der bodengebundene Notarzt verfügbar ist und die Einsatzdauer nicht unnötig verlängert wird, muss der diensthabende Notarzt zum Notfallort fahren.

**10. Mit der Einführung des Berufsbildes Notfallsanitäter wurde diesen die Befugnis gegeben, unter bestimmten Voraussetzungen Heilkunde ausüben zu dürfen. Mit der Einführung des Telenotarztes wird nun eine weitere Regelung getroffen, mit der nichtärztliches Rettungspersonal – hier auf Weisung des Telenotarztes – heilkundliche Maßnahmen am Notfallort durchführen kann (§ 7 Abs. 6 ThürRDG-E Drs. 7/7780)**

**Welche Rolle nimmt der Notfallsanitäter aus Ihrer Sicht perspektivisch ein, sobald der Telenotarzt eingeführt wurde?**

Das Verständnis des Rollenbild des Notfallsanitäters ändert sich faktisch nicht, da der Notfallsanitäter auf Weisung des Telenotarztes handelt. Das Eingreifen des Notarztes fehlt jedoch. Das Thema Haftung muss geklärt werden.

Wir empfehlen die Umsetzung und Einhaltung der SOPs im gesamten Bundesland und dass es dadurch zu keinen Abweichungen in einzelnen Rettungsdienstbereichen kommen darf.

Es müssen für den Telenotarzt und für den diensthabenden Notarzt die gleichen Maßnahmen gelten.

**Besteht unter diesem Gesichtspunkt noch Änderungsbedarf an den Gesetzentwürfen?**

Aus unserer Sicht besteht kein Änderungsbedarf.

**11. § 7 Abs. 7 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) bestimmt, dass die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen die übermittelten Bild- und Tondaten aufzeichnet und die Einsätze der Telenotärzte regelmäßig auswertet. § 34 Abs. 4 des Gesetzentwurfes sieht bereits vor, dass zugelassene Erprobungsverfahren unter wissenschaftlicher Begleitung zu dokumentieren und auszuwerten sind. Sollte die Regelung zu Telenotärzten ebenfalls vorsehen, dass deren Einsätze unter wissenschaftlicher Begleitung auszuwerten sind?**

Diese Regelung sollte für Telenotarzteinsätze auch gelten. Wir empfehlen die Einbeziehung von Expertenuntersuchungen anderer Bundesländer zum Thema Telenotarzt.

**12. § 8 Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) gibt vor, dass ein Telenotarzt die ärztliche Betreuung übernehmen kann, sofern das abgebende Krankenhaus dies anfordert und der Telenotarzt zustimmt.**

**Sollte die Einschätzung des vor Ort eingesetzten nichtärztlichen Rettungspersonals ebenfalls in der Regelung berücksichtigt werden? Sofern ja, in welcher Form?**

Die Einschätzung des nichtärztlichen Rettungspersonals sollte definitiv berücksichtigt werden und auch entscheidend sein. Dies bezieht sich auch auf den Sekundärtransport.

**13. § 14 Abs. 3 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) sieht vor, dass der zentralen Leitstelle „laufend“ die Anzahl der freien Betten und sonstigen Versorgungskapazitäten melden.**

**Ist der Landesrettungsdienstplan der geeignete Rahmen, um die Vorgabe zu konkretisieren?**

Um die Vorgabe zu konkretisieren, sehen wir den Landesrettungsdienstplan als geeigneten Rahmen an. Wir empfehlen ein entsprechendes Formular zur Kapazitätsübersicht als Anlage des Landesrettungsdienstplanes.

**Sollte sie an anderer Stelle konkretisiert werden?**

Nein.

**14. § 34a ThürRDG-E (Drs. 7/7780) regelt, dass für eine Dauer von ein bis drei Jahren (Abs. 3) Abweichungen von den § 14 Abs. 4, § 15 Abs. 2 sowie § 16 Abs. 1 und 2 ThürRDG zugelassen werden können (Abs. 1).**

**Sehen Sie Änderungsbedarf gegenüber diesen materiellen und zeitlichen Vorgaben für eine zulässige Anwendung der Experimentierklausel?**

Wir sehen keinen Änderungsbedarf.

#### **Grundsatz**

Zur Umsetzung des Telenotarztes in Thüringen bedarf es einer flächendeckenden Erreichbarkeit des Datennetzes. Aus unserer Sicht ist dies derzeit nicht gegeben und sollte dementsprechend vor Einführung geändert werden.

Vorstandsvorsitzender



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung**

Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP

- Drucksache 7/7394 -

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung Thüringer Telenotarzt**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/7450 -

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/7780 -

1.

Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?

(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Johanniter - Unfall - Hilfe e.V.  
Landesverband Sachsen-Anhalt/Thüring

Organisationsform

e. V.

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Schillerstr. 27

Postleitzahl, Ort

99096 Erfurt

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Durchführender des Rettungsdienstes im Freistaat Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	• Unter Beachtung der Stellungnahme befürworten wir die Einführung des Telenarkoses, die Experimentierklausur und der strukturelle Bettenabfrage.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	

	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, 13.06.23	

**DIE JOHANNITER**  
 JOHANNITER-UNFALL-HILFE E.V.  
 Landesverband Sachsen-Anhalt-Thüringen  
 Schillerstraße 27 • D-99096 Erfurt  
 Telefon: 0361/ 223 29-0 • Fax 0361/ 223 29-80



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzesentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzesentwurfs)?											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung</b> Gesetzesentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/7394 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung Thüringer Telefonarzt</b> Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7450 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 60px; vertical-align: bottom; padding: 5px;"> <div style="font-family: cursive; font-size: 1.2em;">GStB Thüringen</div> </td> <td style="height: 60px; vertical-align: bottom; padding: 5px;"> <div style="font-family: cursive; font-size: 1.2em;">Eingetragener Verein</div> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"> <b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b>  <small>Richard-Breslau-Str. 14 · 99084 Erfurt</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;"> <small>Tel. (0361) 2 20 50 - 0</small>  <small>Fax (0361) 2 20 50 - 50</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<div style="font-family: cursive; font-size: 1.2em;">GStB Thüringen</div>	<div style="font-family: cursive; font-size: 1.2em;">Eingetragener Verein</div>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b> <small>Richard-Breslau-Str. 14 · 99084 Erfurt</small>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<small>Tel. (0361) 2 20 50 - 0</small> <small>Fax (0361) 2 20 50 - 50</small>	Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
<div style="font-family: cursive; font-size: 1.2em;">GStB Thüringen</div>	<div style="font-family: cursive; font-size: 1.2em;">Eingetragener Verein</div>										
Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</b> <small>Richard-Breslau-Str. 14 · 99084 Erfurt</small>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<small>Tel. (0361) 2 20 50 - 0</small> <small>Fax (0361) 2 20 50 - 50</small>										
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 Thür KO, Art. 91 Abs. 4 Thür Verf.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	

	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers</b> mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 27.6.2021	

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetselten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/7394 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung Thüringer Telenotarzt</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/7450 -											
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 60px; vertical-align: bottom; padding: 5px;">Thüringischer Landtag</td> <td style="height: 60px; vertical-align: bottom; padding: 5px;">e. V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="height: 60px; vertical-align: bottom; padding: 5px;">Richard-Breslau - Str. 13</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 60px; vertical-align: bottom; padding: 5px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landtag	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau - Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringischer Landtag	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau - Str. 13										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunales Spitzenschauband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO Art 31 Abs 4 ThürVerf.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Bewertung der Gerechtigkeit und des Fragenkatalogs aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	



	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei</b> im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gifhorn, 20.06.2023	

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Drucksache 7/7780 -		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
<b>1.</b>	Name	Organisationsform
	Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Hilfsorganisationen (Vorsitz: ASB LV Thüringen e. V.)	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Heine-Str. 3
	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
<b>2.</b>	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Wohlfahrtsverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Forderung zur Klarstellung der Finanzierung der Kosten der Schiedsstelle. Die entstehenden Kosten sind unserer Meinung nach als Kosten des Rettungsdienstes nach dem ThürRettG zu werten. Die Kostenübernahme sollte durch die Kostenträger refinanziert werden. Beibehaltung der Tätigkeitsbereiche der Rettungsassistenten bis einschließlich 31.12.2028.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei</b> im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erft, 19.10.2023	

THÜR. LANDTAG POST  
19.10.2023 14:41

26795/2023

## Den Mitgliedern des InnKA



Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Zuschrift  
7/2971  
*-Neufassung-*  
zu Drs. 7/7780

Erfurt, den 19.10.2023

### Stellungnahme zum Anhörungsverfahren zum zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Drucksache 7/7780 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Thüringer Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen hat sich intensiv mit der Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes befasst. In diesem Schreiben möchte ich Ihnen unsere Themenschwerpunkte erörtern und um Ihr mitwirken bitten:

#### 1. Schiedsstelle

Gemäß des Thüringer Rettungsdienstgesetzes sollen die Kosten der Schiedsstelle von den am Schiedsstellenverfahren beteiligten Verhandlungspartnern zu gleichen Teilen getragen werden. Zu den Kosten der Schiedsstelle zählen nicht nur, die durch ein Schiedsverfahren entstehenden Kosten, sondern auch die ggf. auferlegten Kosten in einem sich etwaig anschließenden verwaltungsgerichtlichen Verfahren. Zudem kommen noch die laufenden Kosten der Geschäftsstelle der Schiedsstelle hinzu.

Die Thüringer Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen benötigt hier eine Klarstellung zur Finanzierung der Kosten der Schiedsstelle. Die entstehenden Kosten sind unserer Meinung nach als Kosten des Rettungsdienstes nach dem Thüringer Rettungsdienstgesetz zu werten. Die Kostenübernahme sollte dementsprechend durch die Kostenträger refinanziert werden.

Wir bitten um Ihre Unterstützung bei der Änderung des § 21 a Abs. 2 S. 5 ThürRettG in:

„Die Kosten der Schiedsstelle sind Kosten des Rettungsdienstes und durch die Kostenträger zu tragen.“

#### 2. Rettungsassistenten

Des Weiteren ist die Personalsituation im Rettungsdienst auch nach Corona angespannt. Der Mangel an ausgebildeten Notfallsanitäter\*innen und erhöhte Krankenstände führen immer wieder zu Engpässen bei der Besetzung der Rettungsmittel.

Arbeiter-Samariter-Bund  
Landesverband Thüringen e.V.  
Bahnhofsweg 4  
99090 Erfurt/OT Kühnhausen

Deutsche Lebens-Rettungs-  
Gesellschaft  
Landesverband Thüringen e.V.  
Am Urbicher Kreuz 30  
99099 Erfurt

Deutsches Rotes Kreuz  
Landesverband Thüringen e.V.  
Heinrich-Heine-Straße 3  
99096 Erfurt

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.  
Landesverband Sachsen-  
Anhalt – Thüringen  
Schillerstraße 27  
99096 Erfurt

Malteser Hilfsdienst e.V.  
Landesgeschäftsstelle im  
Freistaat Thüringen  
August-Schleicher-Straße 2  
99089 Erfurt

**Gemeinsame Poststelle:**  
Landesarbeitsgemeinschaft der  
Hilfsorganisationen in  
Thüringen  
c/o Deutsches Rotes Kreuz  
Landesverband Thüringen e.V.  
Heinrich-Heine-Straße 3  
99096 Erfurt



Die aktuelle Personalknappheit im bodengebundenen Rettungsdienst ergibt sich neben der ungenügenden Anzahl an Notfallsanitätern, auch durch die seit vielen Jahren bestehende exzessive Erweiterung der Vorhalteleistungen in den Rettungsdienstbereichsplänen, die sich trotz intensiver Ausbildungsbemühungen durch die Durchführenden nur schwer abfangen lassen.

Zusätzlich kommt erschwerend hinzu, dass Leitstellen und Berufsfeuerwehren ihren Notfallsanitäter-Bedarf nur ungenügend über eigene Ausbildungen abdecken, was zu dauerhaften Abwerbungen von ausgebildeten Notfallsanitätern aus dem bodengebundenen Rettungsdienst in die Leitstellen führt. Eine Beschränkung der Rettungsassistenten auf Notarzteinsatzfahrzeuge (NEF) und Leitstellen vergrößert den Anreiz der Rettungsassistenten zu den Leitstellen zu wechseln. Die Beschränkung der Verlängerung auf NEF und Leitstellen erschwert die Personalplanung der Durchführenden. Bei einem kurzfristigen Ausfall des auf dem Rettungstransportwagen (RTW) eingeteilten Notfallsanitäters, kann ein verfügbarer, aber nur für das NEF einsetzbare Rettungsassistent nicht als Ausfallreserve dienen. Der RTW bliebe unbesetzt.

Die Beschränkung des Einsatzes der Rettungsassistenten auf NEFs führt bei Personalknappheit gleichzeitig auch zur Beschränkung der Notfallsanitäters auf den RTW. Das führt zur Unzufriedenheit der Notfallsanitäters, da die eigene Tätigkeit eingeschränkt wird.

Rettungsassistenten sind überwiegend langjährige erfahrene Mitarbeiter mit hohem Erfahrungsschatz. Die Rettungsassistenten werden seit 2014 parallel zu Notfallsanitäter eingesetzt. Ein Qualitätsunterschied ist nicht bekannt.

Laut dem Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags bezüglich des zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes ist im Änderungsantrag der Fraktionen Die LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgendes vorgesehen:

„§ 34 Absatz 3 ThürRettG wird wie folgt gefasst:

(3) Abweichend von § 14 Abs. 4 Satz 1 und § 16 Abs. 2 Satz 2 ist bis einschließlich 31.12.2028 anstelle eines Notfallsanitäters im Sinne des § 1 NotSanG der Einsatz von Personen mit der Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung „Rettungsassistent“ nach den §§ 30 oder 32 Abs. 1 NotSanG für die Tätigkeiten als Disponent in den Zentralen Leitstellen und als Fahrer von Notarzteinsatzfahrzeugen zulässig.“

Die Umsetzung dieses Änderungsvorschlages bedeutet, die Beschneidung des Einsatzbereiches der Rettungsassistenten, diese können nicht mehr als Transportführer von Rettungstransportwagen zur Patientenbetreuung nach § 16 Abs. 2 Satz 2 ThürRettG und in der Luftrettung nach § 16 Abs. 2 Satz 3 ThürRettG eingesetzt werden.

Durch die aktuelle Lage in Thüringen, ist es erforderlich die Rettungsassistenten weiterhin in ihren Kompetenzen zu belassen und zu stärken. Aus diesem Grund bitte ich, im Namen der Thüringer Hilfsorganisationen, um Ihre Unterstützung bei der Beibehaltung der Tätigkeitsbereiche der Rettungsassistenten bis einschließlich 31.12.2028.

Um nach dem 31.12.2028 genug ausgebildete Notfallsanitäter für den Wegfall der Rettungsassistenten zur Verfügung zu haben, müssen diese bis zum 31.12.2028 sowohl



vermehrt ausgebildet werden, als auch nach der abgeschlossenen Ausbildung ihrer Qualifikation entsprechend von den Kostenträgern refinanziert eingesetzt werden können.

Deshalb schlagen wir folgende Fassung des § 34 Absatz 3 ThürRettG vor:

„(3) Abweichend von § 14 Abs. 4 Satz 1 und § 16 Abs. 2 Satz 2 und 3 ist bis einschließlich 31. Dezember 2028 anstelle eines Notfallsanitäters im Sinne des § 1 NotSanG der Einsatz von Personen mit der Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung "Rettungsassistent" nach den §§ 30 oder 32 Abs. 1 NotSanG zulässig.“

### 3. Telenotarzt

Bezüglich der Umsetzung des Telenotarztes und der damit verbunden Einführung eines neuen Aufgabenträgers möchten wir auf unsere Stellungnahme vom 15.06.2023 verweisen, die wir folgt lautete:

„Wir unterstützen die Etablierung des Telenotarztsystems bei der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen oder bei den Leitstellen. Einen neuen Aufgabenträger sehen wir nicht.“

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender LAG

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>							
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 –  dazu  Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5559 –  Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5580 –  Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5606 –  Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5613 –							
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>						
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 60px;"></td> <td style="padding: 5px; text-align: center;"> <b>Verband kommunaler Gesundheitseinrichtungen e.V.</b>            Lindgalerie 3 • 36433 Bad Salzungen            Tel. 0 36 95 / 64-10 01            Fax 0 36 95 / 64-10 02         </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		<b>Verband kommunaler Gesundheitseinrichtungen e.V.</b> Lindgalerie 3 • 36433 Bad Salzungen Tel. 0 36 95 / 64-10 01 Fax 0 36 95 / 64-10 02	Geschäfts- oder Dienstadresse	
Name	Organisationsform						
	<b>Verband kommunaler Gesundheitseinrichtungen e.V.</b> Lindgalerie 3 • 36433 Bad Salzungen Tel. 0 36 95 / 64-10 01 Fax 0 36 95 / 64-10 02						
Geschäfts- oder Dienstadresse							



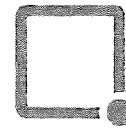
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lindigallee 3
	Postleitzahl, Ort	36433 Bad Salzungen
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei</b> im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bad Salzungen, 16.10.2023	

THÜR. LANDTAG POST  
16.10.2023 08:27  
26242/2028



Verband  
kommunaler  
Gesundheits -  
einrichtungen e.V.

Verband kommunaler Gesundheitseinrichtungen e.V.  
Lindigallee 3, 36433 Bad Salzungen

Geschäftsadresse:  
Lindigallee 3  
36433 Bad Salzungen

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Tel.: 03695 641001  
Fax: 03695 641002  
www.vkgev.org

Per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Ihr Zeichen/  
Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen/  
Unsere Nachricht vom

Durchwahl  
03695/64-

Telefax  
03695/64-

Bad Salzungen, den  
16.10.2023

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer  
Landtages  
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes  
(Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Verbandes der kommunalen Gesundheitseinrichtungen möchte ich zu  
Ihrer Anfrage zu o.g. Gesetz wie folgt Stellung nehmen:

Grundsätzlich ist die Anpassung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes an Regelungen, die sich im Bund abzeichnen, sinnvoll. Wir begrüßen ausdrücklich zusätzliche Ergänzungen im Notarztwesen, insbesondere die Möglichkeit, dass Transportbegleitung auch durch Telenotärzte erfolgen kann. Dies kann ggf. die Kapazitäten der Klinikbereiche, vor allem im Nachtdienst durchaus entlasten.

Eine Bewertung, ob die Maßnahme des Einsatzes eines Telenotarztes grundsätzlich de jure und sachlich gerechtfertigt ist und wo die faktischen Grenzen des Einsatzes eines Tele-Notarztes sein können, möchten wir an dieser Stelle mangels Expertise nicht bewerten. Dies müsste dann wahrscheinlich in weiteren Regelungen noch ausgestaltet werden.

Mit freundlichen Grüßen

1. Vorsitzender

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?							
<p>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 -</p> <p>dazu</p> <p>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5559 -</p> <p>Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5580 -</p> <p>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5608 -</p> <p>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5613 -</p>							
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>						
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>REGIOMED-Kliniken</td> <td>GmbH</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>96450 Coburg Gustav-Hirschfeld-Ring 3</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	REGIOMED-Kliniken	GmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse	96450 Coburg Gustav-Hirschfeld-Ring 3
Name	Organisationsform						
REGIOMED-Kliniken	GmbH						
Geschäfts- oder Dienstadresse	96450 Coburg Gustav-Hirschfeld-Ring 3						

	Straße, Hausnummer (oder Postfach) <i>Neustädter Straße 6-1</i> <i>(Sitz der Gesellschaft)</i>	
	Postleitzahl, Ort <i>96545 Sonneberg</i> <i>(Sitz der Gesellschaft)</i>	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Betrieb von Krankenhäusern, Pflegeheimen und Rettungsdienst</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>Dringend: • Verlängerung der Rettungsassistenten</i> <i>lt. Vorlage 715580</i>  <i>• Finanzierung Lehrerurlaub bis 21</i> <i>lt. Vorlage 715613</i>	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Coburg, 12.10.2023	

REGIOMED-KLINIKEN GmbH Zentralverwaltung Gustav-Hirschfeld-Ring 3 98450 Coburg

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Coburg, 12.10.2023

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages;  
Gesetzesentwurf zur Drucksache 7/7780; hier Änderungsvorschläge lt. Vorlage 7/5559,  
Vorlage 7/5580, Vorlage 7/5606 und Vorlage 7/5613**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir auf unser Schreiben vom 06.06.2023 zum Anhörungsverfahren zum 2. Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes verweisen und begrüßen, dass mit den Änderungsanträgen mehr Augenmerk auf die Digitalisierung sowie die Erfordernisse des Arbeitsmarktes gelegt wird. Gleichzeitig bedauern wir, dass wir weder im Gesetz, noch in den Änderungsvorschlägen wenig Hinweise auf eine grenzüberschreitende Versorgung in Bezug auf eine bundeseinheitliche Versorgung der Bevölkerung finden.

Zu den einzelnen Änderungsanträgen:

**I. Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP, Vorlage 7/5559**

Gerade der ländliche Raum ist bei der hochwertigen Notfallversorgung oft durch regional Besonderheiten (Bevölkerungsdichte, Straßen- und Infrastruktur) oft benachteiligt. Der Zugriff von Rettungsdiensteinsatzmittel aus angrenzenden Versorgungsgebieten ist für Aufgabeträger begrenzt. Die Entwicklung in ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen führt zur Erhöhung des Transferaufwandes im Rettungsdienst und damit zur Abwesenheit der Notfalleinsatzmittel vom eigentlichen Versorgungsbereich.

Im Gegenzug werden Grundlagen der ersten Hilfe, gerade bei lebensbedrohlichen Fällen weder gelehrt noch erhalten. Bis dies in der Bevölkerung wieder verwurzelt wird, ist die Nutzung von Ersthelfern ein probates Mittel, um eine zusätzliche Versorgung auf freiwilliger Basis zu etablieren. Hierzu gehört eine entsprechende Förderung, die wir leider im Änderungsantrag vermissen.

Die zentralen Leitstellen müssen in die Lage versetzt werden, möglichst unkompliziert Ersthelfer zu koordinieren und eine entsprechende Qualität zu gewährleisten. **Gleichzeitig muss das System gegen Missbrauch geschützt werden.**

**Grundsätzlich wird dem Vorschlag zugestimmt.**

## II. Änderungsantrag der Fraktion Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Vorlage 7/5580

- Punkt 1: Die zusätzlichen Worte „Notarzt und Telenotarzt“ können als Ergänzung eingefügt werden.
- Punkt 2: Die Einführung einer gesetzlichen Regelung ist zu begrüßen, auch um eine Datenreduzierung herbeizuführen. Gleichzeitig muss dieser Absatz rechtlich geprüft werden, um höherwertige Problemstellungen wie Schadenersatzansprüche zu wahren.
- Punkt 3: Die Umsetzungen europäischer Richtlinien sind auch im Rettungsdienst von Bedeutung. Ob dies in der derzeitigen Situation des Rettungsdienstes in Thüringen eine vornehmliche Aufgabe ist, ist zu hinterfragen und eher auf bundesdeutscher Ebene zu sehen.

Der Einsatz mobiler Endgeräte für den Einsatz von Ersthelfern ist zu begrüßen.

- Punkt 4: Der weitere Einsatz von Rettungsassistenten und Rettungsassistentinnen muss entsprechend des Vorschlages verlängert werden. Einerseits muss es für alle Beteiligten am Rettungsdienst ein Ziel sein, eine möglichst hohe und gleichbleibende Qualität zu gewährleisten. Gleichzeitig stellt der Arbeitsmarkt sowie die perspektivischen Anforderungen an den Rettungsdienst immer mehr Herausforderungen an die Personalbereitstellung.

In der Folge sind ausreichende finanzielle Mittel, Strukturen und Kapazitäten für die Ausbildung der Notfallsanitäter zu schaffen (Ausbildungsplätze, Zulassungskapazitäten einschließlich Lehrrettungswachen, PAL sowie klinische Praktikumsplätze in den geforderten Fachrichtungen)

## III. Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP, Vorlage 7/5606

Die Anmerkungen zu § 3 Abs. 8 werden befürwortet. Letztendlich ist allerdings dieser Satz entbehrlich. Es müssen immer die aktuell sinnvollen Kommunikationsmittel herangezogen werden. Gleichzeitig sollte eine Kommunikation nicht nur auf Einsatzkräfte beschränkt bleiben, sondern auch Patienten und deren Angehörige/ Bekannte einschließen.

Die Einfügung des § 7 a „Telenotärztliche Versorgung“ ist zu begrüßen. Notärzte müssen ihre Aufgaben entsprechend den Standards ihrer Landesärztekammer und der Weiterbildungsverordnung erfüllen.

Zu beachten ist jedoch, dass der Telenotarzt durch seine Arbeitsweise nicht über alle verfügbaren Informationen des Notfalles verfügen kann. Entscheidungen müssen deshalb gemeinsam mit den Einsatzkräften vor Ort fallen. Zu regeln ist, wer die Endverantwortung trägt. Die Ausführungen des Absatzes 5 tragen unter Umständen erheblich zu Entscheidungen der Einsatzkräfte vor Ort bei. Daten müssen deshalb zumindest zeitweise gespeichert werden und für weitere Behandlungen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollten die Bild- und Tondaten nicht miteinander gekoppelt werden und



unter Umständen einzeln erbracht werden können. Hierfür bedarf es eines gesetzlich begründeten Datenschutzkonzeptes.

Es stellt sich die Frage, wie länderübergreifende Notarzteinätze (unterschiedliche Rettungsdienstgesetze) organisatorisch und haftungsrechtlich einzuordnen sind. Hierfür besteht Regelungsbedarf.

#### **IV. Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP, Vorlage 7/5613**

Der Vorschlag der parlamentarischen Gruppe der FDP ist zu begrüßen. Allerdings wird vorgeschlagen, das Wort „Erweiterung“ durch „Erlangung“ zu ersetzen. Zu den Aufgaben des Rettungsdienstes gehört auch der Transport von Kranken, Verletzten und Geschädigten. Hierzu muss sowohl der Rettungssanitäter/in als auch der Notfallsanitäter/in befähigt sein. Teilweise wird bereits eine Teilkostenerstattung im Einzelfall von den Kostenträgern refinanziert.

Im Anhörungsverfahren wird allerdings vorgeschlagen, das Thema einer Kostenerstattung auf dem Verordnungswege zu lösen. Im Freistaat Thüringen ist der Begriff „Kosten des Rettungsdienstes“ in die Hände des Ordnungsgebers sowie des Landes für das Rettungswesen gelegt. Oft wird dieser Begriff bei den jährlichen Budgetverhandlungen zusätzlich interpretiert.

Es ist dringend an der Zeit, die Thüringer KLN-Verordnung unter betriebswirtschaftlichen und inhaltlichen Gesichtspunkten anzupassen und zu aktualisieren.

Weiterer wichtiger Hinweis:

- Ausbildungskosten müssen ein Teil der Betriebskosten werden und nicht separat vergütet werden.
- Finanzierungskosten müssen erstattet werden.
- Variable Kosten müssen ausgeglichen werden.
- Standardisierungen und Zusammenarbeit muss belohnt und nicht bestraft werden.

 Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

Leiter Rettungsdienst

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligenttransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligenttransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Betelligenttransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstes (ThürRettG) Änderungsanträge zur Drucksache 7/7780		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	AOK PLUS	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sternplatz 7
	Postleitzahl, Ort	01067 Dresden
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	

	Gesetzliche Krankenversicherung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Es wird zu den Themen Zentrale Leitstellen, Telenotärzte und zu den Kosten für Qualifizierung des nichtärztlichen Rettungspersonals Stellung genommen.	
	In einzelnen Punkten werden Änderungen oder Ergänzungen begründet.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
17. Oktober 2023	

THÜR. LANDTAG POST  
18.10.2023 10:00  
26570/2023

AOK PLUS · 98523 Suhl

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für  
Sachsen und Thüringen  
Hauptverwaltung  
Sternplatz 7, 01067 Dresden

Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek),  
Landesvertretung Thüringen  
Lucas-Cranach-Platz 2, 99097 Erfurt

BKK Landesverband Mitte  
Landesvertretung Thüringen  
Pfortchenstr. 1, 99096 Erfurt

IKK classic  
Landesvertragspolitik Mitte-Ost  
Eislebener Straße 1, 99086 Erfurt

KNAPPSCHAFT  
Regionaldirektion Frankfurt  
Galvanistr. 31, 60486 Frankfurt

Sozialversicherung für Landwirtschaft,  
Forsten und Gartenbau  
(SVLFG)  
Weißensteinstr. 70-72, 34131 Kassel

Datum  
17. Oktober 2023

## **Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstes (ThürRettG) Änderungsanträge zur Drucksache 7/7780**

hier: Stellungnahme im Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Ministerialrat Stöffler,  
sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses,

nachfolgend erhalten Sie die gemeinsame Stellungnahme der Landesverbände der Krankenkassen und der Ersatzkassen in Thüringen zu den geplanten Änderungen im Thüringer Rettungsdienstgesetz. Die im Briefkopf benannten Kostenträger in Thüringen bedanken sich für die Möglichkeit der erneuten Stellungnahme und haben sich entschlossen, diese bewährte Form der Anhörung bei Gesetzesvorhaben der Landesregierung zu nutzen. In Fragen des Rettungsdienstes sind die Krankenkassen gehalten, gemeinsam und einheitlich zu agieren. Somit können Sie bei der Bewertung der Stellungnahme der Kostenträger auf dieses Papier zurückgreifen.

Die Stellungnahme ist thematisch angeordnet und nimmt Bezug auf die übermittelten Änderungsanträge. Darüber hinaus verweisen wir auf die Stellungnahme der Kostenträger vom 12. Juni 2023.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

### **Zentrale Leitstellen**

Der Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP vom 6. September 2023 sieht eine Ergänzung des § 14 Abs. 2 ThürRettG für die Einrichtung einer Schnittstelle für eine auf einer digitalen Anwendung beruhenden Ersthelferalarmierung für mobile Endgeräte vor.

Der Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11. September 2023 befugt die Aufgabenträger des bodengebundenen Rettungsdienstes zur Erprobung einer solchen Schnittstelle. Eine Verpflichtung ist nicht vorgesehen.

Den Begründungen beider Änderungsanträge können die Kostenträger grundsätzlich folgen. Mit einer verpflichtenden Vorbereitung einer entsprechenden Schnittstelle wären die im Rahmen der laufenden Strukturreform und Neuausstattung der Regionalliegeplätze entsprechenden Voraussetzungen flächendeckend geschaffen, dennoch ist ein Verfahren zur Ersthelferalarmierung in Thüringen weder erprobt noch evaluiert.

Die Bedenken zum Datenschutz teilen die Kostenträger.

Gleichwohl sollte bei einer Aufnahme ins Landesgesetz klargestellt werden, dass und wo sich die Ersthelferalarmierung von den rettungsdienstlichen Aufgaben abgrenzt. Die Ersthelferalarmierung kann unseres Erachtens keine – regelhafte – Ergänzung des Rettungsdienstes in seinen Aufgaben sein und kann diesen nicht substituieren.

Die regionale Beteiligung von freiwilligen Ersthelfern wird in den Landkreisen und Städten unterschiedlich sein. Der Umfang und die Versorgung des Rettungsdienstes müssen vom Einsatz freiwilliger Ersthelfer unabhängig bleiben. Das Instrument der Ersthelferalarmierung gehört nicht zu den Pflichten des Rettungsdienstes.

### **Telenotärzte**

Die Funktion eines Telenotarztes ist aus Sicht der Kostenträger keine eigenständige Leistung des ThürRettG sondern eine Ergänzung der notärztlichen Versorgung im boden- und luftgebundenen Rettungsdienst. Als Ergänzung der notärztlichen Sicherstellung soll die Aufgabenträgerschaft für die telenotärztliche Versorgung, so wie es der Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/Drucksache 7/7780 als auch der Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP/Drucksache 7/7394 vorsehen, folgerichtig der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen (KVT) obliegen.

Aus unserer Sicht ist eine Konzeption für den Telenotarzt-Einsatz, sowie die Festlegung von Qualifikationsanforderungen und Aufgaben an den Telenotarzt erforderlich. Dies gilt auch für eine landesweite personelle Bedarfsplanung.

Daher begrüßen die Kostenträger die Konkretisierung hinsichtlich der Definition zum Status der Telenotärzte sowie zum Umfang einer ergänzenden Integration in die bestehenden rettungsdienstlichen Strukturen, wie sie im Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP vom 14. September 2023 zu den §§ 3 und (neu) 7a ThürRettG vorgesehen sind.

In diesem Zusammenhang möchten wir erneut hervorheben, dass die personelle Anzahl der Telenotärzte und die sächliche Ausstattung zu klären sind.

Die Vertreter der Kostenträger empfehlen dafür, dass der Landesbeirat Rettungswesen (als landesweit einziges paritätisch besetztes Gremium) entsprechende Empfehlungen für die telenotärztliche Versorgung für den Freistaat Thüringen abgibt. Die vom Landesbeirat empfohlene Vorhaltung ist im Landesrettungsdienstplan zu integrieren.

Somit wird eine Ergänzung von § 10 Abs. 2 ThürRettG notwendig.

### **Kosten für Qualifizierung des nichtärztlichen Rettungspersonals**

Der Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP vom 15. September 2023 zum § 18 Abs. 3 ThürRettG sieht die Kostenübernahme der Führerscheinerweiterung auf eine Fahrerlaubnis für Lastkraftwagen (C1) für Notfallsanitäter durch die Kostenträger vor.

Die Begründung bezieht sich auf die „konstante Sicherstellung der Einsatzbereitschaft aller Rettungsmittel“.

Die Kostenträger finanzieren aktuell u. a. die personelle Besetzung der vorgehaltenen Rettungsmittel. Das bedeutet, dass die tariflichen Personalkosten, sowie die Fort- und Weiterbildungskosten des nichtärztlichen Rettungsdienstpersonals übernommen werden. Damit sind die Durchführenden im Rettungsdienst in der Lage die personelle Vorhaltung vollumfänglich, im gesetzlichen Umfang, sicherzustellen. Das in der rettungsdienstlichen Versorgung eingesetzte Personal unterscheidet sich durch seine Anforderungen und Qualifikationen. So sind die Notfallsanitäter Transportführende der Rettungstransportwagen und Fahrende der Notarztfahrzeuge. Die Rettungssanitäter sind im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer Fahrerlaubnis für Lastkraftwagen (C1) Fahrende der Rettungstransportwagen und Krankentransportwagen.

Aufgrund dieser Unterscheidung der notwendigen Anforderungen an das Personal im Rettungsdienst, werden die Kosten der Führerscheinerweiterung auf eine Fahrerlaubnis für Lastkraftwagen (C1) für Rettungssanitäter im Rahmen der Qualifikation (Ausbildung) zum Rettungssanitäter von den Kostenträgern übernommen. Das entspricht dem Erforderlichen.

Über diese Finanzierung hinaus gehört die Führerscheinerweiterung für Lastkraftwagen (C1) für Notfallsanitäter nicht zu den von den Kostenträgern zu tragenden Kosten.

Der Rettungsdienst ist keine Gesundheitsleistung des Sozialgesetzbuches, jedoch eine Transportleistung im Rahmen der Daseinsvorsorge und zur Gefahrenabwehr und somit grundsätzlich Länderaufgabe. Leistungen des Rettungsdienstes werden in Thüringen über Benutzungsentgelte finanziert. Allem voran steht die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (§ 1 ThürRettG).

Die Ausbildung von nichtärztlichem Rettungsdienstpersonal dient dazu, dass den Durchführenden geeignetes Personal zur Verfügung steht. Das heißt, die Rettungssanitäter, als Fahrende der Rettungstransportwagen bzw. Krankentransportwagen, müssen die Führerscheinerweiterung für Lastkraftwagen im Rahmen ihrer Ausbildung erwerben, um im Rettungsdienst „geeignet“ eingesetzt zu werden. Für diese Personalgruppe fließen die Kosten der Führerscheinerweiterung in die Benutzungsentgelte ein. Fraglich wäre in diesem Zusammenhang, ob Ausbildungskosten für Notfallsanitäter oder Qualifizierungskosten für Rettungssanitäter, die nach ihrer Ausbildung dem Rettungsdienst in Thüringen nicht zur Verfügung stehen (z. B. wegen Umzugs, eines begonnenen Medizinstudiums usw.) überhaupt noch Kosten des Rettungsdienstes sind. Dies haben die Kostenträger jedoch nie vakant gestellt.

Immer dann, wenn die Mittel der Sozialversicherungssysteme verwendet werden, ist auf Wirtschaftlichkeit in der Gesetzgebung zu achten. Die Aufwendungen für das rettungsdienstliche Personal der rettungsdienstlichen Vorhaltung werden bereits jetzt im vorgegebenen Umfang, insbesondere durch die Kostenträger, sichergestellt. Die Führerscheinerweiterung für Lastkraftwagen wird für die Fahrer des Rettungstransportwagens bzw. Krankentransportwagens über die Benutzungsentgelte finanziert.

Sofern der Wunsch nach – über das notwendige Maß hinausgehender – Absicherung besteht, dann ist dies nicht im Rahmen der Benutzungsentgelte durch die Kostenträger zu finanzieren, sondern im Rahmen der Daseinsvorsorge durch die Träger oder die Durchführenden selbst.

**§ 34 ThürRettG - Übergangsbestimmung**

Dazu haben die Kostenträger keine Anmerkungen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die bekannten Ansprechpartner zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Geschäftsführer Gesundheitspartner

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Region der Lebensretter e.V.</td> <td>Gemeinnütziger Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>c/o St. Josefskrankenhaus</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Sautierstraße 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>79104 Freiburg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Region der Lebensretter e.V.	Gemeinnütziger Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o St. Josefskrankenhaus	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sautierstraße 1	Postleitzahl, Ort	79104 Freiburg
	Name	Organisationsform									
	Region der Lebensretter e.V.	Gemeinnütziger Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o St. Josefskrankenhaus									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sautierstraße 1									
Postleitzahl, Ort	79104 Freiburg										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse                      (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)                 </td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											



3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Der Verein betreibt ein deutschlandweites Ersthelfersystem, welches bei medizinischen Notfällen mit vermutetem Herz-Kreislaufstillstand ehrenamtliche Ersthelferinnen und Ersthelfer in der Nähe des Notfallortes über eine Smartphone-App alarmiert. Eine*r der alarmierten Helfer*innen wird zum nächstgelegenen öffentlich zugänglichen Defibrillator (AED) geschickt und bringt diesen zum Notfallort.	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Gesetzesänderung sieht den Betrieb von Ersthelfer-Apps vor. Aus der Sicht des Vereins Region der Lebensretter e.V., unter Bezug auf die aktuellen Leitlinien für die Wiederbelebung und im Hinblick auf die kürzlich veröffentlichte neunte Stellungnahme und Empfehlung der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung "Reform der Notfall- und Akutversorgung" sollte folgendes ergänzt werden: - Ein Ersthelferalarmierungssystem (Ersthelfer-App) muss überregional betrieben werden. Ersthelfende, die sich in einer Gebietskörperschaft in einem App-System registrieren, sollten in allen Landkreisen alarmiert werden können, wenn die jeweilige Integrierte Leitstelle an das System angebunden ist. - Ein Ersthelferalarmierungssystem muss zwingend über eine Schnittstelle mit einer (überregionalen) Datenbank für öffentlich zugängliche Defibrillatoren (AED) verbunden sein, damit neben der Alarmierung von Ersthelfenden auch gewährleistet wird, dass ein Defibrillator vor Eintreffen des Rettungsdienstes zum Einsatz kommt.	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>   	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b> <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>   	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Freiburg, 18.10.2023	

THÜR. LANDTAG POST  
18.10.2023 11:43

26605/2023



Region der  
**Lebensretter**

Region der Lebensretter e.V.  
c/o St. Josefskrankenhaus  
Sautierstraße 1  
D-79104 Freiburg

REGION DER LEBENSRETTER  
c/o St. Josefskrankenhaus | Sautierstraße 1 | D-79104 Freiburg

An  
Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Freiburg, den 18. Oktober 2023

## Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes

Hier: Antwort im Anhörungsverfahren gemäß §79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Verein Region der Lebensretter e.V. nimmt zu der Anhörung im Rahmen der beabsichtigten Gesetzesänderung wie folgt Stellung:

- Änderungsantrag der FDP vom 6.9.2023 (Vorlage 7/5559, Anlage 3)

Zu „1. Buchstabe a)“ („Die Aufgabenträger des bodengebundenen Rettungsdienstes...“)

*„Die Aufgabenträger des bodengebundenen Rettungsdienstes schaffen in der Leitstelle eine Schnittstelle für eine auf einer digitalen Anwendung beruhenden Ersthelferalarmierung für mobile Endgeräte.“*

Aus der Sicht des Vereins Region der Lebensretter e.V. ist es sinnvoll, die Schaffung einer Schnittstelle in den Leitstellen im RDGesetz zu verankern. Ebenso sollte die Alarmierung der Ersthelfenden über diese Schnittstelle zu den Aufgaben der jeweiligen Integrierten Leitstellen gehören. Aus unserer Sicht ist wichtig, die Kosten für die Schnittstelle als Kosten des Rettungsdienstes zu definieren. Die Kosten für die Schnittstelle liegen unserer Erfahrung nach leitstellenseitig bei wenigen Tausend Euro pro Jahr, je nach Einsatzleitsystem fallen unter Umständen sogar keine Kosten an. Idealerweise werden in zukünftigen Ausschreibungen für die Einsatzleitsysteme das Vorhandensein einer Schnittstelle zur dann evtl. etablierten mobilen Ersthelferalarmierungs-App vorausgesetzt.

*„Die digitale Anwendung für mobile Endgeräte kann durch externe Dienstleister angeboten werden.“*

Der Verein Region der Lebensretter e.V. betreibt als gemeinnütziger Verein das größte Ersthelfernetzwerk in Deutschland (derzeit 42 angeschlossene Gebietskörperschaften). Die digitale Anwendung ist nur ein Bestandteil des vom Verein betriebenen „Lebensrettenden Systems“. Hierzu gehört weiterhin der Betrieb einer bundesweiten Datenbank für öffentlich zugängliche Automatisierte Externe Defibrillatoren

regionderlebensretter.de

(AED), ein Konzept für den Betrieb von AED-Standorten inklusive Übernahme der Betreiberpflichten nach Medizinprodukteverordnung, ein Datenschutzkonzept inklusive Auftragsdatenverarbeitungsverträgen (AVV) mit allen angeschlossenen Integrierten Leitstellen, AVV und Schweigepflichterklärungen mit den Ersthelfenden, Helferrekutierung aus Hilfsorganisationen, Feuerwehren, Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen, ein Qualitätssicherungskonzept mit der Möglichkeit der Auswertung der Leistungsdaten sowie wissenschaftliche Auswertungen und Forschungsprojekte, die in Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern aus den angeschlossenen Regionen sowie den Fachgesellschaften (vor allem Deutscher Rat für Wiederbelebung – GRC e.V.) durchgeführt werden.

#### **Zu „Begründung“**

*„Nach dem Eingang eines Notrufs werden durch die Leitstelle automatisch, zeitgleich zum Rettungsdienst, die Ersthelfer, die durch die GPS-Komponente ihres Smartphones in unmittelbarer Nähe zum Notfall geortet werden, durch eine App alarmiert.*

...

*Durch die örtliche Nähe kann ein Ersthelfer oft schneller als der Rettungsdienst am Notfallort sein und lebensrettende Sofortmaßnahmen einleiten.“*

Ergänzend sei dem noch hinzugefügt:

Die internationalen Leitlinien für die Wiederbelebung empfehlen seit 2021 die Alarmierung von Ersthelfern, die sich in der Nähe von Notfällen mit Verdacht auf Herz-Kreislaufstillstand befinden, über Smartphone-Apps. Es sollen derartige Technologien eingesetzt werden, **um die Zeit bis zur ersten Thoraxkompression und Defibrillation zu verkürzen.**

Hierzu ist es unabdingbar, dass ein Ersthelfersystem (1) mit einer Datenbank für öffentlich zugängliche Defibrillatoren über eine Schnittstelle verbunden ist, (2) mehrere Ersthelfende alarmiert werden, (3) der Ersthelfende mit der vermutlich kürzesten Zeit bis zum Eintreffen an der Einsatzstelle **nicht** einen Umweg über einen öffentlich zugänglichen AED geht, sondern sich **direkt** zum Patienten begibt und (4) einer der alarmierten Ersthelfenden zu einem zum Zeitpunkt der Alarmierung frei zugänglichen AED geleitet wird, um diesen dann zum Notfallort zu bringen.

Diese Ergänzung steht im Einklang mit der neunten Stellungnahme und Empfehlung der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung „Reform der Notfall- und Akutversorgung: Rettungsdienst und Finanzierung“ vom 7.9.2023. Dort wird unter IV (Empfehlungen) gefordert, dass flächendeckend Ersthelfer-Apps eingeführt werden, die mit verpflichtenden AED-Registern der Leitstellen vernetzt sind.

Wir nehmen weiterhin Stellung zu

- Änderungsantrag der Fraktionen Die LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.9.2023 (Vorlage 7/5580, Anlage 4)

Zu „Es wird folgender neuer Absatz 6 eingefügt:“

„Die digitale Anwendung für mobile Endgeräte kann durch externe Dienstleister angeboten werden, soweit diese den Bestimmungen der Verordnung (EU) ...“

Aus der Sicht des Vereins Region der Lebensretter e.V. als Betreiber des größten deutschen Ersthelfersystems ist wichtig, dass neben den genannten Verordnungen auch die Empfehlungen der

internationalen Leitlinien für die Reanimation berücksichtigt werden. Diese empfehlen die Etablierung von Ersthelferalarmierungs-Apps **nicht nur zur Verkürzung der Zeit bis zum Beginn der Herzdruckmassage, sondern explizit auch bis zur Anwendung eines Automatisierten Externen Defibrillators (AED)**, siehe dazu *Resuscitation 2021; 161:80-97*.

Auch die Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung fordert in der neunten Stellungnahme und Empfehlung der Regierungskommission „Reform der Notfall- und Akutversorgung: Rettungsdienst und Finanzierung“ die **Einführung flächendeckender Ersthelfer-Apps, die mit AED-Registern vernetzt sind** (s. VI Empfehlungen; Punkt 12. auf Seite 14).

Ebenso fordert die Regierungskommission die Kooperation von benachbarten Leitstellen, sodass diese jeweils auch auf die Rettungsmittel der Nachbarleitstellen zurückgreifen können. Insofern sollte das Ersthelferalarmierungssystem so gestaltet sein, dass generell Landkreis- und auch Landesgrenzen keine Hürden für die Alarmierung der Ersthelfenden darstellen, d.h. das System sollte z.B. durch eine gemeinnützige Organisation bundesweit betrieben werden und Ersthelfende, die im System registriert sind, müssen in allen angebundenen Integrierten Leitstellenregionen alarmiert werden können. **Ersthelfer-Apps, die nur auf der Ebene der Gebietskörperschaften installiert sind und eine Alarmierung von Ersthelfenden aus anderen Gebietskörperschaften nicht ermöglichen, sollten nicht etabliert werden.**

Der Verein Region der Lebensretter e.V. hat in den letzten Jahren sehr intensiv Forschung zur Prozessqualität von Ersthelfersystemen betrieben. In Zusammenarbeit mit dem Technologiepartner FirstAED und dem Karlsruher Institut für Technologie wurden Möglichkeiten entwickelt, die Prozesszeiten (Ausrückezeiten, Eintreffzeiten, Verfügbarkeit von Ersthelfenden) automatisiert zu messen und auch den Integrierten Leitstellen über eine bidirektionale Schnittstelle zur Verfügung zu stellen. Aus unserer Sicht ist sehr wichtig, dass die Einsatz- und Prozessdaten von Ersthelfersystemen messbar sind und für ein Benchmarking und zu Zwecken der Qualitätssicherung ausgewertet werden können.

Freiburg, den 18.10.2023

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?							
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 –  dazu  <b>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5559 –  <b>Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5580 –  <b>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5606 –  <b>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5613 –							
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>						
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Kassenärztliche Vereinigung Thüringen</td> <td style="padding: 5px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Kassenärztliche Vereinigung Thüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Name	Organisationsform					
	Kassenärztliche Vereinigung Thüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts					
Geschäfts- oder Dienstadresse							

	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Zum Hospitalgraben 8	
	Postleitzahl, Ort		99425 Weimar	
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)			
	Name		Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse		<input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)			
	Straße, Hausnummer			
	Postleitzahl, Ort			
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)			
	Geschäftsführung			
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher			
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?			
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)			
	Die vorliegenden Änderungsanträge werden befürwortet. Soweit datenschutzrechtliche Vorgaben betroffen sind, wurde in der Stellungnahme besonders ausgeführt.			

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort; Datum	Unterschrift
Weimar, 18.10.23	





Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Herrn Ministerialrat Stoffler  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
18.10.2023 14:00  
26641/23

Hauptgeschäftsführer

Zum Hospitalgraben 8  
99425 Weimar  
Internet: [www.kvt.de](http://www.kvt.de)

Datum: 18. Oktober 2023

**Stellungnahme zum Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP Vorlage 7/5559 vom 06.09.2023, Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Vorlage 7/5580 vom 11.09.2023, Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP Vorlage 7/5606 vom 14.09.2023, der Parlamentarischen Gruppe der FDP, Vorlage 7/5613 vom 15.09.2023, zu Drucksache 7/7780, Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Stoffler,

vielen Dank für die uns gegebene Möglichkeit, zu den vorliegenden Änderungsanträgen Stellung zu nehmen. Diese möchten wir wie folgt im einzelnen mitteilen.

**1. Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP Vorlage 7/5559 vom 06.09.2023**

**Artikel 1 Nr. 5 (Änderungsfassung)**

Ein Ersthelferalarmierungssystem könnte eine sinnvolle Ergänzung zur Überbrückung des therapiefreien Intervalls bis zum Eintreffen des regulären Rettungsdienstes darstellen. Präzisiert werden sollte als Basis für einen reibungslosen Ablauf, welcher Art Qualifikationen als Voraussetzung zur Teilnahme an einem solchen System sind, welche Ausstattung sollen durch die Helfer unter Umständen mitgeführt und zum Einsatz gebracht werden und wie sich die entstehende Haftungsfrage gestaltet. Grundsätzlich ist die Einführung einer solchen Systematik zu begrüßen und als Mehrwert zu betrachten.

**2. Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Vorlage 7/5580 vom 11.09.2023**

**1. In Artikel 1 wird vor der bisherigen Nummer 1 eine neue Nummer 1 eingefügt**

Durch die Erweiterung des § 5 Abs. 1 a wird die Regelung der Aufgabenträgerschaft für die telenotärztliche Versorgung neben der anstehenden Präzisierung des Sicherstellungsauftrages für die notärztliche in § 7 Thüringer Rettungsdienstgesetz klar definiert und die Haftungszuständigkeit eindeutig geregelt.



Wir begrüßen die parallele Novelle der §§ 5 und 7 Thüringer Rettungsdienstgesetz im Sinne einer klaren Aufgabenabgrenzung zur Vermeidung unnötiger Quotierungen bei möglichen Haftungsansprüchen resultierend aus einem rettungsdienstlichen Einsatzgeschehen.

## 2. In Artikel 1 Nr. 1 Nr. 1 c) erhält § 7 folgende Fassung

Grundlegend ist nach Abwägung datenschutzrechtlicher Fragen abzuwägen, in welcher Form einsatzbezogene Daten im Rahmen eines Telenotarzteinsatzes aufgezeichnet, gespeichert und ausgewertet werden können und sollen. Sofern eine telemedizinische Kommunikation für die Einsatzdurchführung unentbehrlich ist, stellt dies im Rahmen des Einsatzgeschehens einen wesentlichen Teil der dokumentationswürdigen Daten dar. Hier ist klar zu definieren, in welcher Art und Umfang Daten aufgezeichnet und gespeichert werden sollen. Die Aufnahme der Ermächtigung des zuständigen Ministeriums zur Regelung der näheren Bestimmung zur Übermittlung und Aufzeichnung von Bild- und Tondaten sowie zur Qualitätssicherung in den vorliegenden Änderungsantrag stellt ein geeignetes Mittel zur Definition dieses notwendigen datenschutzkonformen Rahmens dar. Ebenso ist die Aufnahme der Widerspruchsregelung durch den Patienten zu begrüßen.

Nicht zuletzt auch für den Schutz der eingesetzten Rettungskräfte ist es notwendig, bestimmte Anteile des Einsatzgeschehens zu dokumentieren, wenn nötig auch in aufgezeichneter Form. Gerade unter dem Aspekt einer möglichen Beweislastumkehr zeigt es sich geboten, das Einsatzgeschehen nicht nur anhand der gesetzlich vorgegebenen Dokumentationsgrundlagen festzuhalten, sondern auch die Durchführung in geeigneter Form zu archivieren.

Nicht zuletzt wurde zum Vergleich durch das bereits bestehende Datenschutzkonzept für das Projekt MEDIRETT ein probates Mittel zur Durchführung der Einsatzdokumentation unter Wahrung der Datenschutzrechtlichen Vorgaben mit Wahrung der Persönlichkeitsrechte geschaffen.

## 3. Artikel 1 Nr. 5 wird wie folgt geändert

- findet vollumfänglich Zustimmung

## 4. Nach Artikel 1 Nr. 8 wird folgende neue Nr. 9 eingefügt:

§ 34 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:

Unter Wahrung der aktuellen Personalentwicklungen im nichtärztlichen Rettungsdienstsektor erscheint es sinnvoll, diese Regelung umzusetzen. Die Qualifikation Rettungsassistent stellt eine praktikable Möglichkeit dar, die sich aktuell abzeichnenden Ressourcenverknappungen im Bereich Notfallsanitäter zu kompensieren. Der Ausbildungsgrad Rettungsassistent ermöglicht hier die Option das NEF bzw. die Tätigkeit als Disponent in einer Rettungsleitstelle fachlich adäquat abzudecken und die notwendige Expertise bereitzustellen.

## **3. Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP Vorlage 7/5606 vom 14.09.2023**

### 1. In Artikel 1 wird vor der bisherigen Nummer 1 eine neue Nummer 1 eingefügt

Die Erweiterung des § 3 um die Begriffserläuterung „Telenotarzt“ mittels eines neuen Absatz 8 stellt im Kontext zu den bisherigen Begriffsbestimmungen eine sinnvolle Ergänzung dar. Somit befürworten wir diesen Vorschlag.



2. Artikel 1 Nummer 1 c) erhält folgende Fassung:

„Nach § 7 wird folgender § 7 a eingefügt:

**§ 7 a Telenotärztliche Versorgung**

Die Absätze 1 - 4 regeln die Grundvoraussetzungen für die Tätigkeit eines Telenotarztteams. So sind Anforderungen an die Qualifikation der Telenotärzte, die Regelungen zum Kommunikationsaufbau klar definiert und die grundsätzlichen Aufgabengebiete eines Telenotarztes im Gesamtbild des Rettungsdienstes vorgegeben. Die dargestellten Änderungen werden daher unsererseits befürwortet.

Absatz (5):

(5) Die Regelungen in Abs. 5 sind unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte und unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorgaben soweit anzupassen, dass insbesondere im Hinblick auf nachgängige Ermittlungsvorgänge und mögliche Haftungsfragen Rechercheoptionen durch autorisierte Stellen ermöglicht werden. Ein grundsätzlicher Ausschluss von Bild- und Tonaufzeichnungen ausschließlich telekommunikativ durchgeführter Notfallbehandlungen ist kritisch zu bewerten. Vielmehr ist durch stringente Regelungen dafür Sorge zu tragen, dass datenschutzrechtliche Vorgaben, in Vereinbarkeit mit notfallmedizinischer Behandlung bei unter Umständen lebensbedrohlicher Situationen, Anwendung finden.

An dieser Stelle verweise ich auf die bereits getätigten Ausführungen in „2. Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Vorlage 7/5580 vom 11.09.2023, Punkt 2, In Artikel 1 Nr. 1 Nr. 1 c) erhält § 7 folgende Fassung“.

**4. Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP, Vorlage 7/5613 vom 15.09.2023**

Dem § 18 Abs. 3 wird folgender Satz angefügt:

Es ist vollumfänglich zu begrüßen, dass alle auf einem Rettungsmittel eingesetzten Personalien dazu befähigt werden, das Rettungsmittel zu führen. Nur so kann ermöglicht werden, das in Einrede stehende Rettungsmittel zu jeder Zeit und unter jedem, auch gesundheitlichen Betrachtungsaspekt der Besatzung, weiterhin einsatz- und fahrbereit und somit die Notfallversorgung des Patienten aufrecht zu erhalten. Daher wird die Festschreibung der Führerscheinvorgabe der Klasse C1 auch für das Besatzungsmitglied Notfallsanitäter ausdrücklich befürwortet. Zur Durchführung einer flächendeckenden Anwendung ist die dargestellte Kostentragungsregelung ebenfalls ausdrücklich zu begrüßen.

Ungeachtet der angedachten Änderungen zum Thüringer Rettungsdienstgesetz möchte ich die Stellungnahme zum Anlass nehmen, um auf folgende aktuell auftretende Problematik hinzuweisen:

Aufgrund der zwischenzeitlich ergangenen und sich stetig festigenden Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes zur (Sozial-)Versicherungspflicht von Notärzten (Az. B 12 R 10/20 R, B 12 KR 29/19 R), der sich aktuell auch die bisher anders lautende Thüringer Sozialgerichtsbarkeit anschließt, sehen wir die Sicherstellung des Rettungsdienstes im Freistaat Thüringen als massiv gefährdet an und fordern Sie im Zusammenhang mit der Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes auf, diese brisante Entwicklung dem Bundesgesetzgeber gegenüber zu verdeutlichen mit dem Ziel der Schaffung einer Regelung, wonach Notärzte generell von der (Sozial-)Versicherungspflicht befreit werden und nicht dem Arbeitszeitgesetz unterliegen. Der Gesetzgeber hat für nebenberuflich tätige Notärzte im Rettungsdienst mit § 23c Abs. 2 SGB IV eine eng begrenzte Ausnahmeregelung von der Beitragspflicht getroffen, um eine flächendeckende notärztliche Versorgung und damit eine außerordentlich wichtige und dringliche Aufgabe im Interesse des Allgemeinwohls und zum Schutz



von Leben und Gesundheit der Bevölkerung in Akutsituationen sicherzustellen.

Dieser Befreiungstatbestand setzt voraus, dass neben der Tätigkeit als Notarzt im Rettungsdienst eine Beschäftigung mit einem Umfang von regelmäßig mindestens 15 Stunden wöchentlich außerhalb des Rettungsdienstes ausgeübt wird. Sollten Notärzte, die einer derartigen Nebentätigkeit nicht nachgehen, aber maßgeblich zur Sicherstellung des Rettungsdienstes beitragen, nunmehr infolge der BSG-Rechtsprechung und der neuesten Thüringer Rechtsprechung, die allerdings noch nicht rechtskräftig ist, der (Sozial-)Versicherungspflicht unterliegen, ist zu befürchten, dass diese künftig nicht mehr am Rettungsdienst teilnehmen werden. Erschwerend kommt hinzu, dass im Falle des Vorliegens eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses die Regelungen des Arbeitszeitgesetzes Anwendung finden. Dies wiederum hat die Konsequenz, dass wegen der zwingenden Einhaltung von Ruhe- und Pausenzeiten eine größere Anzahl von Ärzten im Rettungsdienst benötigt wird. Es zeichnet sich aber bereits jetzt schon ab, dass es zunehmend weniger Rettungsdienstärzte gibt, und, sollten diese zudem der (Sozial-)Versicherungspflicht als auch dem Arbeitszeitgesetz unterfallen, eine nicht unerhebliche Anzahl an Rettungsdienstärzten künftig nicht mehr am Rettungsdienst teilnehmen wird.

Da die Teilnahme am Rettungsdienst im Wesentlichen auf freiwilliger Basis erfolgt, sehen wir hier eine große Gefahr für die Sicherstellung des Rettungsdienstes für die Bevölkerung im Freistaat Thüringen und sehen Parallelen zu der bereits auf Bundesebene diskutierten Thematik der Befreiung sog. Poolärzte im Bereitschaftsdienst von der Sozialversicherungspflicht.

Wir bitten Sie daher, sich dieser Problematik anzunehmen und bedanken uns für die gebotene Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zu den vorliegenden Änderungsanträgen.

Mit freundlichen Grüßen

✓ Hauptgeschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBetelldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetelldokG in der Betelligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetselten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?							
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 – dazu Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5559 – Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5580 – Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5606 – Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5613 –							
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>						
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 60px; vertical-align: bottom; padding: 5px;">Verband der Erntehelfer e.V. (Volk)</td> <td style="height: 60px; vertical-align: bottom; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Lucas-Cranach-Platz 2 99037 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verband der Erntehelfer e.V. (Volk)		Geschäfts- oder Dienstadresse	Lucas-Cranach-Platz 2 99037 Erfurt
	Name	Organisationsform					
Verband der Erntehelfer e.V. (Volk)							
Geschäfts- oder Dienstadresse	Lucas-Cranach-Platz 2 99037 Erfurt						

	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Gesetzliche Krankenversicherung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Es wurde zu den Themen Zerstörte Leihstellen, Fernstudien, Kosten für Qualifizierung als militärischen Teilpersonnel, Stellung genommen.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 19.10.2023	

Verband der Ersatzkassen e. V. • Postfach 90 04 16 • 99107 Erfurt

Per Mail

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

**Landesvertretung  
Thüringen**

**Ambulante Versorgung**

Lucas-Cranach-Platz 2  
99097 Erfurt  
Tel.: 03 61 / 4 42 52 - 0  
Fax: 03 61 / 4 42 52 - 28  
[www.vdek.com](http://www.vdek.com)

19. Oktober 2023

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstes (ThürRettG)**

– Drucksache 7/7780 –

dazu

**Änderungsanträge der Parlamentarischen Gruppe der FDP**

– Vorlagen 7/5559, 7/5606, 7/5613 –

**Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Vorlage 7/5580 –

Hier: Stellungnahme im Anhörungsverfahren gem. § 79 der GO des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Stöffler,  
sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses,

anbei erhalten Sie die gemeinsame Stellungnahme der Landesverbände der Krankenkassen und der Ersatzkassen in Thüringen zu den geplanten Änderungen im Thüringer Rettungsdienstgesetz.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)

**Anlage**



AOK PLUS · 98523 Suhl

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für  
Sachsen und Thüringen  
Hauptverwaltung  
Sternplatz 7, 01087 Dresden

Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek),  
Landesvertretung Thüringen  
Lucas-Cranach-Platz 2, 99087 Erfurt

BKK Landesverband Mitte  
Landesvertretung Thüringen  
Pfortchenstr. 1, 99096 Erfurt

IKK classic  
Landesvertragspolitik Mitte-Ost  
Eislebener Straße 1, 99086 Erfurt

KNAPPSCHAFT  
Regionaldirektion Frankfurt  
Galvanistr. 31, 60486 Frankfurt

Sozialversicherung für Landwirtschaft,  
Forsten und Gartenbau  
(SVLFG)  
Weißensteinstr. 70-72, 34131 Kassel

Datum  
17. Oktober 2023

## **Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstes (ThürRettG) Änderungsanträge zur Drucksache 7/7780**

hier: Stellungnahme im Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Ministerialrat Stöffler,  
sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses,

nachfolgend erhalten Sie die gemeinsame Stellungnahme der Landesverbände der Krankenkassen und der Ersatzkassen in Thüringen zu den geplanten Änderungen im Thüringer Rettungsdienstgesetz. Die im Briefkopf benannten Kostenträger in Thüringen bedanken sich für die Möglichkeit der erneuten Stellungnahme und haben sich entschlossen, diese bewährte Form der Anhörung bei Gesetzesvorhaben der Landesregierung zu nutzen. In Fragen des Rettungsdienstes sind die Krankenkassen gehalten, gemeinsam und einheitlich zu agieren. Somit können Sie bei der Bewertung der Stellungnahme der Kostenträger auf dieses Papier zurückgreifen.

Die Stellungnahme ist thematisch angeordnet und nimmt Bezug auf die übermittelten Änderungsanträge. Darüber hinaus verweisen wir auf die Stellungnahme der Kostenträger vom 12. Juni 2023.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

### **Zentrale Leitstellen**

Der Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP vom 6. September 2023 sieht eine Ergänzung des § 14 Abs. 2 ThürRettG für die Einrichtung einer Schnittstelle für eine auf einer digitalen Anwendung beruhenden Ersthelferalarmierung für mobile Endgeräte vor.

Der Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11. September 2023 befugt die Aufgabenträger des bodengebundenen Rettungsdienstes zur Erprobung einer solchen Schnittstelle. Eine Verpflichtung ist nicht vorgesehen.

Den Begründungen beider Änderungsanträge können die Kostenträger grundsätzlich folgen. Mit einer verpflichtenden Vorbereitung einer entsprechenden Schnittstelle wären die im Rahmen der laufenden Strukturreform und Neuausstattung der Regionalliektstellen entsprechenden Voraussetzungen flächendeckend geschaffen, dennoch ist ein Verfahren zur Ersthelferalarmierung in Thüringen weder erprobt noch evaluiert.

Die Bedenken zum Datenschutz teilen die Kostenträger.

Gleichwohl sollte bei einer Aufnahme ins Landesgesetz klargestellt werden, dass und wo sich die Ersthelferalarmierung von den rettungsdienstlichen Aufgaben abgrenzt. Die Ersthelferalarmierung kann unseres Erachtens keine – regelhafte – Ergänzung des Rettungsdienstes in seinen Aufgaben sein und kann diesen nicht substituieren.

Die regionale Beteiligung von freiwilligen Ersthelfern wird in den Landkreisen und Städten unterschiedlich sein. Der Umfang und die Versorgung des Rettungsdienstes müssen vom Einsatz freiwilliger Ersthelfer unabhängig bleiben. Das Instrument der Ersthelferalarmierung gehört nicht zu den Pflichten des Rettungsdienstes.

### **Telenotärzte**

Die Funktion eines Telenotarztes ist aus Sicht der Kostenträger keine eigenständige Leistung des ThürRettG sondern eine Ergänzung der notärztlichen Versorgung im boden- und luftgebundenen Rettungsdienst. Als Ergänzung der notärztlichen Sicherstellung soll die Aufgabenträgerschaft für die telenotärztliche Versorgung, so wie es der Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/Drucksache 7/7780 als auch der Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP/Drucksache 7/7394 vorsehen, folgerichtig der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen (KVT) obliegen.

Aus unserer Sicht ist eine Konzeption für den Telenotarzt-Einsatz, sowie die Festlegung von Qualifikationsanforderungen und Aufgaben an den Telenotarzt erforderlich. Dies gilt auch für eine landesweite personelle Bedarfsplanung.

Daher begrüßen die Kostenträger die Konkretisierung hinsichtlich der Definition zum Status der Telenotärzte sowie zum Umfang einer ergänzenden Integration in die bestehenden rettungsdienstlichen Strukturen, wie sie im Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP vom 14. September 2023 zu den §§ 3 und (neu) 7a ThürRettG vorgesehen sind.

In diesem Zusammenhang möchten wir erneut hervorheben, dass die personelle Anzahl der Telenotärzte und die sächliche Ausstattung zu klären sind.

Die Vertreter der Kostenträger empfehlen dafür, dass der Landesbeirat Rettungswesen (als landesweit einziges paritätisch besetztes Gremium) entsprechende Empfehlungen für die telenotärztliche Versorgung für den Freistaat Thüringen abgibt. Die vom Landesbeirat empfohlene Vorhaltung ist im Landesrettungsdienstplan zu integrieren.

Somit wird eine Ergänzung von § 10 Abs. 2 ThürRettG notwendig.

### **Kosten für Qualifizierung des nichtärztlichen Rettungspersonals**

Der Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP vom 15. September 2023 zum § 18 Abs. 3 ThürRettG sieht die Kostenübernahme der Führerscheinerweiterung auf eine Fahrerlaubnis für Lastkraftwagen (C1) für Notfallsanitäter durch die Kostenträger vor.

Die Begründung bezieht sich auf die „konstante Sicherstellung der Einsatzbereitschaft aller Rettungsmittel“.

Die Kostenträger finanzieren aktuell u. a. die personelle Besetzung der vorgehaltenen Rettungsmittel. Das bedeutet, dass die tariflichen Personalkosten, sowie die Fort- und Weiterbildungskosten des nichtärztlichen Rettungsdienstpersonals übernommen werden. Damit sind die Durchführenden im Rettungsdienst in der Lage die personelle Vorhaltung vollumfänglich, im gesetzlichen Umfang, sicherzustellen. Das in der rettungsdienstlichen Versorgung eingesetzte Personal unterscheidet sich durch seine Anforderungen und Qualifikationen. So sind die Notfallsanitäter Transportführende der Rettungstransportwagen und Fahrende der Notarztfahrzeuge. Die Rettungssanitäter sind im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer Fahrerlaubnis für Lastkraftwagen (C1) Fahrende der Rettungstransportwagen und Krankentransportwagen.

Aufgrund dieser Unterscheidung der notwendigen Anforderungen an das Personal im Rettungsdienst, werden die Kosten der Führerscheinerweiterung auf eine Fahrerlaubnis für Lastkraftwagen (C1) für Rettungssanitäter im Rahmen der Qualifikation (Ausbildung) zum Rettungssanitäter von den Kostenträgern übernommen. Das entspricht dem Erforderlichen.

Über diese Finanzierung hinaus gehört die Führerscheinerweiterung für Lastkraftwagen (C1) für Notfallsanitäter nicht zu den von den Kostenträgern zu tragenden Kosten.

Der Rettungsdienst ist keine Gesundheitsleistung des Sozialgesetzbuches, jedoch eine Transportleistung im Rahmen der Daseinsvorsorge und zur Gefahrenabwehr und somit grundsätzlich Länderaufgabe. Leistungen des Rettungsdienstes werden in Thüringen über Benutzungsentgelte finanziert. Allem voran steht die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (§ 1 ThürRettG).

Die Ausbildung von nichtärztlichem Rettungsdienstpersonal dient dazu, dass den Durchführenden geeignetes Personal zur Verfügung steht. Das heißt, die Rettungssanitäter, als Fahrende der Rettungstransportwagen bzw. Krankentransportwagen, müssen die Führerscheinerweiterung für Lastkraftwagen im Rahmen ihrer Ausbildung erwerben, um im Rettungsdienst „geeignet“ eingesetzt zu werden. Für diese Personalgruppe fließen die Kosten der Führerscheinerweiterung in die Benutzungsentgelte ein. Fraglich wäre in diesem Zusammenhang, ob Ausbildungskosten für Notfallsanitäter oder Qualifizierungskosten für Rettungssanitäter, die nach ihrer Ausbildung dem Rettungsdienst in Thüringen nicht zur Verfügung stehen (z. B. wegen Umzugs, eines begonnenen Medizinstudiums usw.) überhaupt noch Kosten des Rettungsdienstes sind. Dies haben die Kostenträger jedoch nie vakant gestellt.

Immer dann, wenn die Mittel der Sozialversicherungssysteme verwendet werden, ist auf Wirtschaftlichkeit in der Gesetzgebung zu achten. Die Aufwendungen für das rettungsdienstliche Personal der rettungsdienstlichen Vorhaltung werden bereits jetzt im vorgegebenen Umfang, insbesondere durch die Kostenträger, sichergestellt. Die Führerscheinerweiterung für Lastkraftwagen wird für die Fahrer des Rettungstransportwagens bzw. Krankentransportwagens über die Benutzungsentgelte finanziert.

Sofern der Wunsch nach – über das notwendige Maß hinausgehender – Absicherung besteht, dann ist dies nicht im Rahmen der Benutzungsentgelte durch die Kostenträger zu finanzieren, sondern im Rahmen der Daseinsvorsorge durch die Träger oder die Durchführenden selbst.

**§ 34 ThürRettG - Übergangsbestimmung**

Dazu haben die Kostenträger keine Anmerkungen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die bekannten Ansprechpartner zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Geschäftsführer Gesundheitspartner

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 –  dazu  <b>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5559 –  <b>Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5580 –  <b>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5606 –  <b>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5613 –		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Mobile Retter e.V.	Gemeinnütziger Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Mobile Retter e.V.

	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Im Mediapark 5
	Postleitzahl, Ort	50670 Köln
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Als Initiative setzt sich der gemeinnützige Mobile Retter e.V. seit Anfang 2014 für die Verbreitung von Smartphone-basierten Ersthelfer-Systemen in Deutschland ein. Der Verein hilft Gebietskörperschaften und den dort ansässigen Leitstellen bei der nachhaltigen Einführung und dem Regelbetrieb dieser Systeme mit besonderem Fokus auf das aktive Ehrenamtsmanagement.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Für die Implementierung und den nachhaltig erfolgreichen Betrieb ist neben der notwendigen Technik die Sicherstellung geeigneter Betreuungsstrukturen notwendig. Aufgabenfelder sind hierbei: Aufbau von langfristigen Betreuungsstrukturen für die Ehrenamtliche. Weitere Handlungsfelder, die ein qualitätsgesicherter Betrieb erfordert: Projektkoordination, Einbindung regionaler Stakeholder, Öffentlichkeitsarbeit.  Eine landesweite Entscheidung für ein Alarmierungssystem sowie zentrale Betreuungsstrukturen bieten hohes Einsparungspotential finanzieller und personeller Ressourcen sowie die Gewährleistung einer hohen Qualität im Hinblick auf die Betreuung der ehrenamtlichen Helfenden.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Köln, 12.10.2023	



THÜR. LANDTAG POST  
19.10.2023 09:25

26714/2023

Mobile Retter e.V. | Im Mediapark 5 | 50670 Köln

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

per E-Mail an: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Köln, 18.10.2023

### **Schriftliches Anhörungsverfahren zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Stöffler,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir bedanken uns herzlich für die Möglichkeit unsere Auffassung zu den vorgeschlagenen Änderungsanträgen zum zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes zu äußern und freuen uns sehr, dass das wichtige Thema Smartphone-basierte Ersthelfer-Alarmierung in der Änderung des Gesetzes so große Beachtung findet.

Gerne möchten wir zu folgenden Änderungsanträgen Stellung nehmen:

#### **Anlage 3: Änderungsantrag 07/5559 (Zu Artikel 1 Nr. 5, aktueller § 14, Ergänzung Absatz 2)**

Wir begrüßen diesen Änderungsantrag sehr und freuen uns über den großen Schritt in Richtung flächendeckender Verbreitung der SbEA in Thüringen. Folgend unsere Stellungnahme zu den einzelnen Inhalten:

*„Die Aufgabenträger des bodengebundenen Rettungsdienstes schaffen in der Leitstelle eine Schnittstelle für eine auf einer digitalen Anwendung beruhenden Ersthelferalarmierung für mobile Endgeräte. Die digitale Anwendung für mobile Endgeräte kann durch externe Dienstleister angeboten werden.“*

Stellungnahme Mobile Retter e.V.:

Die Schaffung einer Schnittstelle ist notwendig, bedarf jedoch der vorherigen Evaluation der gängigen Alarmierungssysteme. Die Recherche und Auswahl eines passenden externen Dienstleisters ist ressourcenaufwändig und sollte idealerweise überregional, d.h. leitstellenübergreifend erfolgen. Andernfalls drohen weitere, vorerst nicht miteinander kompatible Insellösungen.





*„Die Ersthelfer werden durch die Leitstelle koordiniert.“*

Stellungnahme Mobile Retter e.V.:

Die Alarmierung der Ersthelfenden erfolgt wie dargelegt über die Leitstelle. Die organisatorische Koordination ist hingegen bei den verantwortlichen Verwaltungen / Ordnungsbehörden angesiedelt. Für die Implementierung und den nachhaltig erfolgreichen Betrieb ist die Sicherstellung geeigneter Betreuungsstrukturen notwendig. Aufgabenfelder sind hierbei: Aufbau von langfristigen Betreuungsstrukturen für die Ehrenamtlichen (Rekrutierung, Schutz & Betreuung, Motivation & Bindung, Reaktivierung). Neben der Koordination der Ersthelfenden bestehen in diesem Zusammenhang weitere Handlungsfelder, die ein qualitätsgesicherter Betrieb erfordert: Projektkoordination, Einbindung regionaler Stakeholder, Öffentlichkeitsarbeit.

*„Die Ersthelfer werden durch die Leitstelle koordiniert. Das für das Rettungswesen zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung nähere Vorschriften zur Nutzung dieser digitalen Anwendung für mobile Endgeräte zu erlassen.“*

Stellungnahme Mobile Retter e.V.:

Die vorgeschlagene Rechtsverordnung ist aus unserer Sicht sehr zielführend. Eine solche Verordnung ermöglicht eine landesweit einheitliche Umsetzung. Themenbereiche wie Recht, Datenschutz & Versicherung können überregional geregelt werden und müssen somit nicht auf Gebietskörperschaftenebene einzeln und immer wieder neu geprüft werden. Hierdurch wird eine Einheitlichkeit sichergestellt, die bei regionaler Umsetzung nicht gewährleistet ist. Die rechtliche Ausgestaltung als Verordnung bietet die für diesen Themenbereich notwendige Flexibilität und ermöglicht somit eine schnelle flächendeckende Einführung der SbEA in Thüringen. Weiterführend bietet eine landesweite Entscheidung für ein Alarmierungssystem sowie zentrale Betreuungsstrukturen hohes Einsparungspotential finanzieller und personeller Ressourcen sowie die Gewährleistung einer hohen Qualität im Hinblick auf die Betreuung der ehrenamtlichen Helfenden.

#### **Anlage 4: Änderungsantrag 07/5580 (Zu Artikel 1 Nr. 5, aktueller § 14, neuer Absatz 6)**

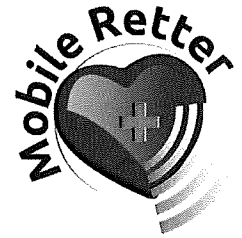
Wir freuen uns, dass das Thema Smartphone-basierte Ersthelfer-Alarmierung (SbEA) auch in diesem Änderungsantrag behandelt wird. Folgend unsere Stellungnahme zu den einzelnen Inhalten:

*„Die Aufgabenträger des bodengebundenen Rettungsdienstes sind befugt, in der Leitstelle eine Schnittstelle für eine auf einer digitalen Anwendung beruhenden Ersthelferalarmierung für mobile Endgeräte zu erproben.“*

Stellungnahme Mobile Retter e.V.:

Die Schaffung einer Schnittstelle bedarf der vorherigen Evaluation gängiger Alarmierungssysteme. Die Recherche und Auswahl eines passenden externen Dienstleisters ist ressourcenaufwändig und sollte idealerweise überregional, d.h. leitstellenübergreifend erfolgen. Andernfalls drohen weitere, vorerst nicht miteinander kompatible Insellösungen.

Wie in unserer Stellungnahme vom 15.06.2023 dargelegt, ist der Nutzen von SbEA in Deutschland bereits erprobt und wissenschaftlich nachgewiesen. Um die konkrete Ausgestaltung in Thüringen zu definieren, kann eine Erprobungsphase, insbesondere verschiedener Systeme, ein zielführendes Mittel darstellen, birgt jedoch Risiken hinsichtlich einer Verselbstständigung auf regionalen Ebenen



und erschwert somit zukünftige Vereinheitlichungen. Es liegen ausreichende Informationen zu den Aufgabenstellungen und gängigen System vor, so dass der Schwerpunkt auf der Evaluation dieser Daten im Hinblick auf die Gegebenheiten in Thüringen und einer landesweiten Einführung im Sinne der regionalen Träger sowie des Landesregierung liegen sollte.

Weiterführend bietet eine landesweite Entscheidung für ein Alarmierungssystem sowie zentrale Betreuungsstrukturen hohes Einsparungspotential finanzieller und personeller Ressourcen sowie die Gewährleistung einer hohen Qualität im Hinblick auf die Betreuung der ehrenamtlichen Helfenden.

Für Rückfragen und zum Dialog stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?							
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 – dazu Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5559 – Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5580 – Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5606 – Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5613 –							
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>						
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Landeskrankenhaus - gesellschaft Thüringen</td> <td style="padding: 5px;">e. V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landeskrankenhaus - gesellschaft Thüringen	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Name	Organisationsform					
	Landeskrankenhaus - gesellschaft Thüringen	e. V.					
Geschäfts- oder Dienstadresse							

	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Friedrich-Ebert-Str. 63	
	Postleitzahl, Ort		99096 Erfurt	
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)			
	Name		Vorname	
	Geschäfts- oder Dienstadresse		<input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)			
	Straße, Hausnummer			
	Postleitzahl, Ort			
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)			
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher			
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?			
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen</b> ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)			
	Die LKHG sieht ebenfalls Reformbedarf bei der Ausgestaltung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes und hat zu diesem Zweck in ihrer Stellungnahme Änderungs- und Ausgestaltungsvorschläge eingebracht.			

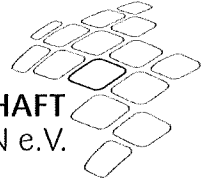
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <i>mit Dokumentenanhang (Stellungnahme)</i>	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt 19.10.2023	

THÜR. LANDTAG POST  
19.10.2023 09:17  
26707/2023

LANDESKRANKENHAUSGESELLSCHAFT  
THÜRINGEN e.V.



LKHG Thüringen e.V. • Friedrich-Ebert-Str. 63 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

Verband der Krankenhausträger  
in Thüringen

Friedrich-Ebert-Straße 63  
99096 Erfurt

Telefon:  
+49 (0) 361 558300

Telefax:  
+49 (0) 361 5583019

[www.lkhg-thueringen.de](http://www.lkhg-thueringen.de)

[post@lkhg-thueringen.de](mailto:post@lkhg-thueringen.de)

Per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Datum  
19.10.2023

**Stellungnahme zum Gesetzentwurf zum zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer  
Rettungsdienstgesetzes der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN**  
Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Stoffel,  
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übermittlung des Gesetzesentwurfes zum zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und der weiteren Änderungsanträge zum Gesetzesentwurf und für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Gerne nehmen wir hierzu Stellung, soweit Inhalte des Gesetzesentwurfes die Krankenhäuser in Thüringen betreffen.

Zu den Regelungen im Einzelnen:

§ 14 Absatz 3 des Thüringer Rettungsdienstgesetzes in der Fassung des Gesetzesentwurfes der Regierungsfaktionen sieht eine Verpflichtung der Krankenhausträger und der Träger der anderen für die weitere Versorgung geeigneten Behandlungseinrichtungen vor, über geeignete technische Maßnahmen sicherzustellen, dass den Zentralen Leitstellen laufend die Anzahl der freien Betten und sonstigen Versorgungskapazitäten gemeldet werden.

Die Krankenhäuser begrüßen grundsätzlich, dass die Beteiligten im Rettungsdienst und insbesondere die Notärzte jederzeit informiert sind, welche für die Weiterversorgung von Patienten geeigneten Krankenhäuser aufnahmebereit sind.

Kritisch sehen wir jedoch bei der vorgesehenen Gesetzesformulierung die unbestimmten Rechtsbegriffe, wie „laufend“ und „Versorgungskapazitäten“.

Die Meldung „freier Betten“ im Zusammenhang der Notfallversorgung ist dagegen wenig zielführend. Infolge der angespannten Fachkräftesituation im gesamten Gesundheitswesen sind nicht die „freien Betten“, sondern die aktuelle Verfügbarkeit des erforderlichen Personals, insbesondere von medizinischen und pflegerischen Fachkräften und damit die Kapazität der betreibbaren Betten der maßgebliche Parameter für die Patientenversorgung.

Der Begriff „Sonstige Versorgungskapazitäten“ ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, der zunächst einer Definition und einer weiteren Konkretisierung bedarf. Wir sehen mit Sorge, dass dies zu umfangreichen Berichtspflichten der Krankenhäuser und zu weiteren Bürokratielasten für die Krankenhäuser führen könnte und damit die knappe und wertvolle Ressource zusätzlich gebunden wird. In dieser Zeit steht das Personal für die Kernkompetenzaufgaben nicht zur Verfügung.

Sollte daher mit der „laufenden“ Meldepflicht eine jederzeit und rund um die Uhr zu aktualisierende Meldung der bestehenden Versorgungskapazitäten intendiert sein, dann führt dies zu einer erheblichen Bindung von wertvollen Personalkapazitäten für Meldevorgänge an die Leitstellen.

Der Gesetzentwurf erkennt bei der Formulierung zudem die Tatsache, dass die Krankenhäuser im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit bereits umfassend an der Notfallversorgung teilnehmen.

Nach alledem empfehlen wir eine für die Krankenhäuser aufwandsärmere Lösung, die zu einem entsprechenden Ergebnis führen würde, zu wählen. Diese stellt sicher, dass insbesondere dem medizinischen und pflegerischen Fachpersonal mehr Zeit für ihre Kernaufgabe und -kompetenz, der medizinischen und pflegerischen Versorgung der Patientinnen und Patienten bleibt.

Die Krankenhäuser sollten gesetzlich dazu verpflichtet werden, den Leitstellen durch geeignete technische und vorzugsweise bereits in anderen Bundesländern bereits etablierten Systemen mitzuteilen, falls eine Situation eintritt oder bereits eingetreten ist, die eine zusätzliche Aufnahme und Versorgung von Patientinnen und Patienten temporär nicht ermöglicht.

Dazu schlagen wir im Hinblick auf § 14 Abs. 3 des Thüringer Rettungsdienstgesetzes folgende alternative Formulierung vor:

*„(3) Die Zentrale Leitstelle führt einen Nachweis über die Aufnahme- und Dienstbereitschaft der Krankenhäuser und anderer für die weitere Versorgung geeigneten Behandlungseinrichtungen im Rettungsdienstbereich. Die Krankenhäuser und die anderen für die weitere Versorgung geeigneten Behandlungseinrichtungen stellen durch geeignete technische Maßnahmen sicher, dass die Leitstelle zeitnah Meldungen bei Eintritt und Wegfall von Einschränkungen bei der Aufnahme- und Dienstbereitschaft erhält.“*

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Stoffel, sehr geehrte Damen und Herren, wir bitten um Berücksichtigung unserer vorgenannten Anmerkungen und Vorschläge in dem weiteren parlamentarischen Verfahren.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?							
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 - dazu <b>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5559 - <b>Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5580 - <b>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5606 - <b>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5613 -							
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)						
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>DRK Landesverband Thüringen</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>DRK Landesverband Thüringen e.V.</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	DRK Landesverband Thüringen	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	DRK Landesverband Thüringen e.V.
Name	Organisationsform						
DRK Landesverband Thüringen	e. V.						
Geschäfts- oder Dienstadresse	DRK Landesverband Thüringen e.V.						



	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Heine-Straße 3
	Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Freie Wohlfahrtspflege, Nationale Hilfsgesellschaft und eigenständiger Jugendverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	• Die Kosten der Schlichtsstelle sind von den Kostenträgern zu übernehmen • Eine Verlängerung der Stichtagsregelung für Rettungsassistenten wird befürwortet allerdings für <u>alle</u> Fahrzeugtypen	

5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt	

THÜR. LANDTAG POST  
19.10.2023 13:45

26784/2023

DRK Landesverband Thüringen e.V. · Heinrich-Heine-Straße 3 · 99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Erfurt, den 19. Oktober 2023

**Stellungnahme zum schriftlichen Anhörungsverfahren des Innen- und Kommunalausschusses zu den Änderungsanträgen zu den geplanten Änderungen des ThürRettG.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Folgenden erhalten Sie die Stellungnahme des DRK Landesverband Thüringen e. V. zu den Fragestellungen der Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags. Diese wurde im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen abgestimmt und ist mit der gemeinschaftlich verfassten Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft identisch.

Mit freundlichen Grüßen



**DRK Landesverband  
Thüringen e.V.**

**Nationale Hilfsgesellschaft**

Heinrich-Heine-Straße 3  
99096 Erfurt  
Tel. 0361 744399-0  
Fax 0361 744399-19  
drk@drk-thueringen.de  
www.drk-thueringen.de

Ihre Nachricht

Ihr Schreiben

Ihr Zeichen

**Stellungnahme des DRK Landesverbandes Thüringen e. V.  
zum schriftlichen Anhörungsverfahren  
des Innen- und Kommunalausschusses zu den Änderungsanträgen  
zum Gesetzentwurf in der Drucksache 7/7780**



Die vorliegende Stellungnahme des DRK Landesverband Thüringen e. V. zu den Fragestellungen der Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags wurde im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen abgestimmt und ist mit der gemeinschaftlich verfassten Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft identisch.

**Stellungnahme zum Anhörungsverfahren zum zweiten Gesetz zur Änderung des  
Thüringer Rettungsdienstgesetzes  
- Drucksache 7/7780 -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Thüringer Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen hat sich intensiv mit der Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes befasst. In diesem Schreiben möchte ich Ihnen unsere Themenschwerpunkte erörtern und um Ihr mitwirken bitten:

1. Schiedsstelle

Gemäß des Thüringer Rettungsdienstgesetzes sollen die Kosten der Schiedsstelle von den am Schiedsstellenverfahren beteiligten Verhandlungspartnern zu gleichen Teilen getragen werden. Zu den Kosten der Schiedsstelle zählen nicht nur, die durch ein Schiedsverfahren entstehenden Kosten, sondern auch die ggf. auferlegten Kosten in einem sich etwaig anschließenden verwaltungsgerichtlichen Verfahren. Zudem kommen noch die laufenden Kosten der Geschäftsstelle der Schiedsstelle hinzu.

Die Thüringer Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen benötigt hier eine Klarstellung zur Finanzierung der Kosten der Schiedsstelle. Die entstehenden Kosten sind unserer Meinung nach als Kosten des Rettungsdienstes nach dem Thüringer Rettungsdienstgesetz zu werten. Die Kostenübernahme sollte dementsprechend durch die Kostenträger refinanziert werden.

Wir bitten um Ihre Unterstützung bei der Änderung des § 21 a Abs. 2 S. 5 ThürRettG in:

„Die Kosten der Schiedsstelle sind Kosten des Rettungsdienstes und durch die Kostenträger zu tragen.“

2. Rettungsassistenten

Des Weiteren ist die Personalsituation im Rettungsdienst auch nach Corona angespannt. Der Mangel an ausgebildeten Notfallsanitäter\*innen und erhöhte Krankenstände führen immer wieder zu Engpässen bei der Besetzung der Rettungsmittel.

Die aktuelle Personalknappheit im bodengebundenen Rettungsdienst ergibt sich neben der ungenügenden Anzahl an Notfallsanitätern, auch durch die seit vielen Jahren bestehende exzessive Erweiterung der Vorhalteleistungen in den Rettungsdienstbereichsplänen, die sich trotz intensiver Ausbildungsbemühungen durch die Durchführenden nur schwer abfangen lassen.

**Stellungnahme des DRK Landesverbandes Thüringen e. V.  
zum schriftlichen Anhörungsverfahren  
des Innen- und Kommunalausschusses zu den Änderungsanträgen  
zum Gesetzentwurf in der Drucksache 7/7780**



Zusätzlich kommt erschwerend hinzu, dass Leitstellen und Berufsfeuerwehren ihren Notfallsanitäter-Bedarf nur ungenügend über eigene Ausbildungen abdecken, was zu dauerhaften Abwerbungen von ausgebildeten Notfallsanitätern aus dem bodengebundenen Rettungsdienst in die Leitstellen führt. Eine Beschränkung der Rettungsassistenten auf Notarzteinsatzfahrzeuge (NEF) und Leitstellen vergrößert den Anreiz der Rettungsassistenten zu den Leitstellen zu wechseln. Die Beschränkung der Verlängerung auf NEF und Leitstellen erschwert die Personalplanung der Durchführenden. Bei einem kurzfristigen Ausfall des auf dem Rettungstransportwagen (RTW) eingeteilten Notfallsanitäters, kann ein verfügbarer, aber nur für das NEF einsetzbare Rettungsassistent nicht als Ausfallreserve dienen. Der RTW bliebe unbesetzt.

Die Beschränkung des Einsatzes der Rettungsassistenten auf NEFs führt bei Personalknappheit gleichzeitig auch zur Beschränkung der Notfallsanitäters auf den RTW. Das führt zur Unzufriedenheit der Notfallsanitäters, da die eigene Tätigkeit eingeschränkt wird.

Rettungsassistenten sind überwiegend langjährige erfahrene Mitarbeiter mit hohem Erfahrungsschatz. Die Rettungsassistenten werden seit 2014 parallel zu Notfallsanitäter eingesetzt. Ein Qualitätsunterschied ist nicht bekannt.

Laut dem Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags bezüglich des zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes ist im Änderungsantrag der Fraktionen Die LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgendes vorgesehen:

„§ 34 Absatz 3 ThürRettG wird wie folgt gefasst:

(3) Abweichend von § 14 Abs. 4 Satz 1 und § 16 Abs. 2 Satz 2 ist bis einschließlich 31.12.2028 anstelle eines Notfallsanitäters im Sinne des § 1 NotSanG der Einsatz von Personen mit der Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung „Rettungsassistent“ nach den §§ 30 oder 32 Abs. 1 NotSanG für die Tätigkeiten als Disponent in den Zentralen Leitstellen und als Fahrer von Notarzteinsatzfahrzeugen zulässig.“

Die Umsetzung dieses Änderungsvorschlages bedeutet, die Beschneidung des Einsatzbereiches der Rettungsassistenten, diese können nicht mehr als Transportführer von Rettungstransportwagen zur Patientenbetreuung nach § 16 Abs. 2 Satz 2 ThürRettG und in der Luftrettung nach § 16 Abs. 2 Satz 3 ThürRettG eingesetzt werden.

Durch die aktuelle Lage in Thüringen, ist es erforderlich die Rettungsassistenten weiterhin in ihren Kompetenzen zu belassen und zu stärken. Aus diesem Grund bitte ich, im Namen der Thüringer Hilfsorganisationen, um Ihre Unterstützung bei der Beibehaltung der Tätigkeitsbereiche der Rettungsassistenten bis einschließlich 31.12.2028.

Um nach dem 31.12.2028 genug ausgebildete Notfallsanitäter für den Wegfall der Rettungsassistenten zur Verfügung zu haben, müssen diese bis zum 31.12.2028 sowohl vermehrt ausgebildet werden, als auch nach der abgeschlossenen Ausbildung ihrer Qualifikation entsprechend von den Kostenträgern refinanziert eingesetzt werden können.

Deshalb schlagen wir folgende Fassung des § 34 Absatz 3 ThürRettG vor:

„(3) Abweichend von § 14 Abs. 4 Satz 1 und § 16 Abs. 2 Satz 2 und 3 ist bis einschließlich 31. Dezember 2028 anstelle eines Notfallsanitäters im Sinne des § 1 NotSanG der Einsatz von

**Stellungnahme des DRK Landesverbandes Thüringen e. V.  
zum schriftlichen Anhörungsverfahren  
des Innen- und Kommunalausschusses zu den Änderungsanträgen  
zum Gesetzentwurf in der Drucksache 7/7780**



Personen mit der Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung "Rettungsassistent" nach den §§ 30 oder 32 Abs. 1 NotSanG zulässig.“

**3. Telenotarzt**

Bezüglich der Umsetzung des Telenotarztes und der damit verbunden Einführung eines neuen Aufgabenträgers möchten wir auf unsere Stellungnahme vom 15.06.2023 verweisen, die wir folgt lautete:

„Wir unterstützen die Etablierung des Telenotarztsystems bei der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen oder bei den Leitstellen. Einen neuen Aufgabenträger sehen wir nicht.“

Mit freundlichen Grüßen

Vorstandsvorsitzender

29824/2023

Kopie

Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Drs. 7/7780		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Techniker Krankenkasse Landesvertretung Thüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schlösserstraße 20
	Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeleiddokG)	
	Gesetzliche Krankenversicherung Leiter der TK Landesvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeleiddokG)  Die TK hat keine eigene Stellungnahme zum Anhörungsverfahren abgegeben und sich der Stellungnahme der Landesverbände der Krankenkassen und der Ersatzkassen zu den geplanten Änderungen im Thüringer Rettungsdienstgesetz angeschlossen.	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeleiddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeleiddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	



7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBefoldG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 19.10.2023	

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>					
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 –  dazu  Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5559 –  Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5580 –  Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5606 –  Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5613 –					
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>				
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;"> <b>Name</b>  <i>Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufswerkstätten Thüringen (AGBF-Thür)</i> </td> <td style="width: 50%; padding: 5px;"> <b>Organisationsform</b>  <i>AGBF Thüringen ist eine sich selbstorganisierte Vereinigung AG –</i> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"> <b>Geschäfts- oder Dienstadresse</b> </td> <td style="padding: 5px;"> <i>Berufswerkstätten Weimars</i> </td> </tr> </table>	<b>Name</b> <i>Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufswerkstätten Thüringen (AGBF-Thür)</i>	<b>Organisationsform</b> <i>AGBF Thüringen ist eine sich selbstorganisierte Vereinigung AG –</i>	<b>Geschäfts- oder Dienstadresse</b>	<i>Berufswerkstätten Weimars</i>
<b>Name</b> <i>Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufswerkstätten Thüringen (AGBF-Thür)</i>	<b>Organisationsform</b> <i>AGBF Thüringen ist eine sich selbstorganisierte Vereinigung AG –</i>				
<b>Geschäfts- oder Dienstadresse</b>	<i>Berufswerkstätten Weimars</i>				

	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kronsdorfer Str. 13
	Postleitzahl, Ort	99427 Weimar
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	AG/BF-Verträge sind Anbieters für den Bereich Brand- u. Katastrophen-schutz, Rettungsdienst der Deutschen Stahl (GmbH, Jena, Thür., Lfd. 1) Als als Aufgabenträger, Durchführende in Rettungsdienst, AT integrierter Leistung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	siehe Stellungnahme	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, den 16.10.2023	

AGBF-Thüringen, c/o Berufsfeuerwehr Weimar, Kromsdorfer Straße 13, 99427 Weimar

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen Fuchs- Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
20.10.2023 08:42  
26851/2023

16.10.2023

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Drucksache 7/7780**

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren Thüringen (AGBF Thüringen)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum o.g. Antrag. Ich nehme im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren Thüringen (AGBF Thüringen) aus der Sichtweise der kreisfreien Städte, gemäß Ihrer Fragestellung wie folgt Stellung:

**Vorlage 7/5559 Änderungsantrag FDP vom 07.09.2023**

Organisierte Ersthelfersysteme sind zweifellos eine sinnvolle Unterstützung des Rettungsdienstes. Durch eine Verkürzung des therapiefreien Intervalls in einer medizinischen Notsituation können zahlreiche Todesfälle oder Spätfolgen vermieden werden. Der Wunsch nach einer Implementierung solcher Systeme in den Integrierten Leitstellen ist nachvollziehbar. Zu berücksichtigen ist dabei aber, dass Aufgabenträger für den Rettungsdienst nicht immer identisch sind mit den Trägern der Zentralen Leitstellen, künftig Regionalleitstellen. In der Regel ist bereits jetzt der Fall, dass eine Zentrale Leitstelle für das Gebiet mehrerer Aufgabenträger zuständig ist. Die Aufgabenträger sind nicht in der Lage, Schnittstellen in "fremden" Leitstellen zu schaffen. Auch können in den Leitstellen nicht mehrere unterschiedliche Schnittstellen geschaffen werden, um die unterschiedlichen Anbieter von Ersthelfersystemen zu bedienen. Wenn Ersthelfersysteme eingerichtet werden sollen, sind diese zumindest im Versorgungsgebiet der Leitstelle einheitlich zu gestalten.

Wichtigste Voraussetzung dafür ist zunächst die Definition der Ersten Hilfe und die Rechtsstellung der Ersthelfer im ThürRettG. Bisher ist die Erste Hilfe nicht vom ThürRettG erfasst. Beispielgebend für eine Regelung sind hier die Rettungsdienstgesetze von Schleswig-Holstein (§21 SHRDG) und Baden-Württemberg (§10b RDG BW), auch wenn dort andere Begrifflichkeiten gewählt sind. Die Implementierung des Begriffs "Ersthelfer" im ThürRettG ohne Definition ist abzulehnen.

Darüber hinaus sind Kostenfragen für die Ersthelfersysteme zu klären.

Um einen Flickenteppich von unterschiedlichsten Anwendungen zu verhindern, empfehlen wir die zentrale Beschaffung – auch im Rahmen der Leitstellenkonsolidierung – durch den Freistaat Thüringen.

Gleichzeitig stellen sich jedoch folgende Fragen. Bei einer solchen Ersthelferalarmierung werden unter Umständen sensible und personenbezogene Daten weitergeben (u.a. Name, Adresse, Gesundheitszustand). Ist die Weitergabe solcher Daten mit dem Datenschutz vereinbar? Wie werden Ersthelfer verifiziert? Wie werden die Qualifikationen geprüft, welche Qualifikation muss mindestens vorhanden sein?

Aus Sicht der Leitstellen ist der Betrieb einer Anwendung zur Ersthelferalarmierung sowie die Koordination von Ersthelfern nach Alarmierung durch die Leitstelle zu hinterfragen. Grundsätzlich müssen hier Ressourcen in finanzieller und personeller Art vorhanden sein. Es handelt sich hier nicht um eine rettungsdienstliche Leistung.

Wie in der Stellungnahme ersichtlich kann die Ersthelferalarmierung eine sinnvolle Ergänzung im Rettungsdienst darstellen. Zum anderen stehen eine Vielzahl von Herausforderungen im Raum. Wir empfehlen den Tatbestand der Ersthelferalarmierung als Experimentierklausel in das Rettungsdienstgesetz aufzunehmen. Somit bestünde die gesetzliche Grundlage zur Erprobung von smartphone-basierten Ersthelfersystemen.

#### **Vorlage 7/5580 Änderungsantrag Die LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.09.2023**

Nr. 1

Wir akzeptieren die Trägerschaft der KVT für die Funktion der Telenotärzte. Wichtig erscheint jedoch, dass der Dienstort grundsätzlich in den Zentralen Leitstellen abgebildet wird. Aktuell vermuten wir, dass die bestehenden – mit Verlaub nicht der Notwendigkeit entsprechenden – Strukturen der KVT genutzt werden sollen.

Nr. 2

Grundsätzlich kann die Änderung mitgetragen werden. Es erschließt sich uns jedoch nicht, warum Daten, welche die Behandlung beeinflussen können, bereits nach 6 Monaten gelöscht werden sollen, so sie den gespeichert werden. Wir erachten die Notwendigkeit der Datenspeicherung in Analogie zur Aufbewahrungsfrist für die Einsatzdokumentation als angemessen. Die Erfahrungen bei der Datenhaltung der Telekommunikation der Zentralen Leitstellen stellt – wenn auch selten – unter Beweis, dass die Aufbewahrungsfrist von 6 Monaten nicht ausreichend ist.

Nr. 3

Die vorgeschlagene Verpflichtung gemäß den EU-Vorgaben wird befürwortet, ist jedoch hinsichtlich auf die praktische Realisierung zu hinterfragen.

Wie im Antrag der FDP wird hier wieder nicht berücksichtigt, dass Aufgabenträger für den Rettungsdienst nicht in jedem Fall Betreiber einer Zentralen Leitstelle sind. Die für den Zweck der Barrierefreiheit bundesweit geschaffene offizielle Notruf-App (NORA) der Bundesländer besitzt zurzeit zu keinem der unterschiedlichen Leitstellensysteme entsprechende Schnittstellen. Von den Landkreisen und kreisfreien Städten als Aufgabenträger im Rettungsdienst kann nicht erwartet werden, dass diese jeweils im Alleingang diese Schnittstellen schaffen. Ob die offizielle Notruf-App (NORA) diese Schnittstellen bis zum vorgeschlagenen Stichtag liefern kann, ist zurzeit nicht ersichtlich. Daher ist der Zeitraum zur Realisierung aus unserer Sicht nicht haltbar.

Neuer Absatz 6:

Zur Einführung einer Schnittstelle zur Alarmierung von Ersthelfern verweisen wir auf die Ausführungen zur Vorlage 7/5559. Auch wenn in diesem Antrag keine Verpflichtung, sondern nur eine Befugnis geregelt werden soll, welche wir befürworten, entstehen die gleichen Probleme der Zuständigkeit und einer fehlenden Definition des Begriff Ersthelfer. Die Erprobung von Systemen kann nur durch die Zentralen Leitstellen erfolgen, und dann nur einheitlich im Versorgungsbereich.

Nr. 4

Die Änderung, hinsichtlich der Verlängerung zum Einsatz von Rettungsassistenten in Zentralen Leitstellen und als Fahrer von Notarzteinsetzfahrzeugen, wird ausdrücklich begrüßt und entspricht im Grundsatz unserer langjährigen Forderung.

**Vorlage 7/5606 Änderungsantrag Die LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.09.2023**

Nr. 1

Die Auswahl von akustischer oder audiovisueller Kommunikation ist nicht zielführend. Wir erachten die zwingende (Sollvorschrift) audiovisuelle Kommunikation als probates Mittel. Akustische Kommunikation kann nur im Einzelfall, z.B. aufgrund geringer Netzabdeckung, angewandt werden.

Nr. 2, §7a Telenotärztliche Versorgung

(1) Wird ausdrücklich begrüßt. Es wird somit sichergestellt, dass erforderliche ärztliche Kompetenz vor Ort ergänzt und nicht ersetzt wird.

(2) Wir empfehlen die Formulierung dahingehend zu ergänzen, dass die Qualifikationen im Benehmen mit der LÄK geregelt werden.

(3) Eine Anforderung durch eine Leitstelle ist nicht möglich, hier kann nur eine Entsendung / Zuschaltung gemeint sein. Die Konsultation eines weiteren Notarztes ist möglich und regelhaft in der Formulierung „Transportführer“ inkludiert.

(4) Zur Aufgabenbeschreibung besteht Einvernehmen. Im Weiteren ist folgendermaßen zu differenzieren:

Nimmt der Telenotarzt eine rein beratende Funktion wahr, verbleibt die volle Entscheidungskompetenz bei dem vor Ort befindlichen Einsatzpersonal. Bei Einsätzen, bei denen der Telenotarzt jedoch von seinem Weisungsrecht Gebrauch macht, sollte der Einsatz ab dem Zeitpunkt in die Verantwortung des Telenotarztes übergehen, wobei nach Abschluss der konkreten Maßnahme durch eindeutige Willensbekundung die Verantwortung – wie bei klassischen Einsätzen der Transport ohne Notarzt erfolgen kann – auf den Notfallsanitäter rückübertragen werden kann. Wir empfehlen hierzu eine Klarstellung zu formulieren. Wichtig erscheint uns an dieser Stelle, dass eine Harmonisierung der „freigegebenen Maßnahmen“ mit praktischer Kompetenz durch die Ärztlichen Leiter Rettungsdienst der einzelnen Gebietskörperschaften unabdingbar ist.

(5) Hierzu verweisen wir auf die Ausführungen zur Vorlage 7/5580 Nr. 2.

**Vorlage 7/5613 Änderungsantrag Die LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.09.2023**

Der Änderungsantrag inklusiver der Begründung wird seitens der AGBF- Thüringen ausdrücklich begrüßt.

Gern stehen wir Ihnen für Rückfragen und weitere Ausführungen – auch im Rahmen einer mündlichen Anhörung – zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender AGBF Thüringen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Drucksache 7/7780 -											
<b>1.</b>	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">ASB LV Thüringen e. V.</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Bahnhofsweg 4</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99090 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	ASB LV Thüringen e. V.		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofsweg 4	Postleitzahl, Ort	99090 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	ASB LV Thüringen e. V.										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofsweg 4									
Postleitzahl, Ort	99090 Erfurt										
<b>2.</b>	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											



3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeleiddokG)	
	Wohlfahrtsverband	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeleiddokG)  Forderung zur Klarstellung der Finanzierung der Kosten der Schiedsstelle. Die entstehenden Kosten sind unserer Meinung nach als Kosten des Rettungsdienstes nach dem ThürRettG zu werten. Die Kostenübernahme sollte durch die Kostenträger refinanziert werden.  Beibehaltung der Tätigkeitsbereiche der Rettungsassistenten bis einschließlich 31.12.2028.	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeleiddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>  	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b> <input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeleiddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>  	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der          Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Gefert, 13.10.2013	

THÜR. LANDTAG POST  
19.10.2023 14:41

26796/2023

ASB LV Thüringen e.V. - Bahnhofsweg 4 | 99090 Erfurt OT Kühnhausen

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

ASB Landesverband Thüringen e.V.  
Bahnhofsweg 4  
99090 Erfurt OT Kühnhausen

Telefon: 036201/590222  
Telefax: 036201/590223

asb@asb-thueringen.de  
www.asb-thueringen.de

Datum: 19.10.2023

**Stellungnahme zum Anhörungsverfahren zum zweiten Gesetz zur  
Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes  
- Drucksache 7/7780 -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Thüringer Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen hat sich intensiv mit der Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes befasst. In diesem Schreiben möchte ich Ihnen unsere Themenschwerpunkte erörtern und um Ihr mitwirken bitten:

1. Schiedsstelle

Gemäß des Thüringer Rettungsdienstgesetzes sollen die Kosten der Schiedsstelle von den am Schiedsstellenverfahren beteiligten Verhandlungspartnern zu gleichen Teilen getragen werden. Zu den Kosten der Schiedsstelle zählen nicht nur, die durch ein Schiedsverfahren entstehenden Kosten, sondern auch die ggf. auferlegten Kosten in einem sich etwaig anschließenden verwaltungsgerichtlichen Verfahren. Zudem kommen noch die laufenden Kosten der Geschäftsstelle der Schiedsstelle hinzu.

Die Thüringer Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen benötigt hier eine Klarstellung zur Finanzierung der Kosten der Schiedsstelle. Die entstehenden Kosten sind unserer Meinung nach als Kosten des Rettungsdienstes nach dem Thüringer Rettungsdienstgesetz zu werten. Die Kostenübernahme sollte dementsprechend durch die Kostenträger refinanziert werden.

Wir bitten um Ihre Unterstützung bei der Änderung des § 21 a Abs. 2 S. 5 ThürRettG in:

„Die Kosten der Schiedsstelle sind Kosten des Rettungsdienstes und durch die Kostenträger zu tragen.“

## 2. Rettungsassistenten

Des Weiteren ist die Personalsituation im Rettungsdienst auch nach Corona angespannt. Der Mangel an ausgebildeten Notfallsanitäter\*innen und erhöhte Krankenstände führen immer wieder zu Engpässen bei der Besetzung der Rettungsmittel.

Die aktuelle Personalknappheit im bodengebundenen Rettungsdienst ergibt sich neben der ungenügenden Anzahl an Notfallsanitätern, auch durch die seit vielen Jahren bestehende exzessive Erweiterung der Vorhalteleistungen in den Rettungsdienstbereichsplänen, die sich trotz intensiver Ausbildungsbemühungen durch die Durchführenden nur schwer abfangen lassen.

Zusätzlich kommt erschwerend hinzu, dass Leitstellen und Berufsfeuerwehren ihren Notfallsanitäter-Bedarf nur ungenügend über eigene Ausbildungen abdecken, was zu dauerhaften Abwerbungen von ausgebildeten Notfallsanitätern aus dem bodengebundenen Rettungsdienst in die Leitstellen führt. Eine Beschränkung der Rettungsassistenten auf Notarzteinsetzungsfahrzeuge (NEF) und Leitstellen vergrößert den Anreiz der Rettungsassistenten zu den Leitstellen zu wechseln. Die Beschränkung der Verlängerung auf NEF und Leitstellen erschwert die Personalplanung der Durchführenden. Bei einem kurzfristigen Ausfall des auf dem Rettungstransportwagen (RTW) eingeteilten Notfallsanitäters, kann ein verfügbarer, aber nur für das NEF einsetzbare Rettungsassistent nicht als Ausfallreserve dienen. Der RTW bliebe unbesetzt.

Die Beschränkung des Einsatzes der Rettungsassistenten auf NEFs führt bei Personalknappheit gleichzeitig auch zur Beschränkung der Notfallsanitäters auf den RTW. Das führt zur Unzufriedenheit der Notfallsanitäters, da die eigene Tätigkeit eingeschränkt wird.

Rettungsassistenten sind überwiegend langjährige erfahrene Mitarbeiter mit hohem Erfahrungsschatz. Die Rettungsassistenten werden seit 2014 parallel zu Notfallsanitäter eingesetzt. Ein Qualitätsunterschied ist nicht bekannt.

Laut dem Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags bezüglich des zweiten Gesetztes zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes ist im Änderungsantrag der Fraktionen Die LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgendes vorgesehen:

„§ 34 Absatz 3 ThürRettG wird wie folgt gefasst:

(3) Abweichend von § 14 Abs. 4 Satz 1 und § 16 Abs. 2 Satz 2 ist bis einschließlich 31.12.2028 anstelle eines Notfallsanitäters im Sinne des § 1 NotSanG der Einsatz von Personen mit der Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung „Rettungsassistent“ nach den §§ 30 oder 32 Abs. 1 NotSanG für die Tätigkeiten als Disponent in den Zentralen Leitstellen und als Fahrer von Notarzteinsetzungsfahrzeugen zulässig.“

Die Umsetzung dieses Änderungsvorschlages bedeutet, die Beschneidung des Einsatzbereiches der Rettungsassistenten, diese können nicht mehr als Transportführer von Rettungstransportwagen zur Patientenbetreuung nach § 16 Abs. 2 Satz 2 ThürRettG und in der Luftrettung nach § 16 Abs. 2 Satz 3 ThürRettG eingesetzt werden.

Durch die aktuelle Lage in Thüringen, ist es erforderlich die Rettungsassistenten weiterhin in ihren Kompetenzen zu belassen und zu stärken. Aus diesem Grund bitte ich, im Namen der Thüringer Hilfsorganisationen, um Ihre Unterstützung bei der Beibehaltung der Tätigkeitsbereiche der Rettungsassistenten bis einschließlich 31.12.2028.

Um nach dem 31.12.2028 genug ausgebildete Notfallsanitäter für den Wegfall der Rettungsassistenten zur Verfügung zu haben, müssen diese bis zum 31.12.2028 sowohl vermehrt ausgebildet werden, als auch nach der abgeschlossenen Ausbildung ihrer Qualifikation entsprechend von den Kostenträgern refinanziert eingesetzt werden können.

Deshalb schlagen wir folgende Fassung des § 34 Absatz 3 ThürRettG vor:

„(3) Abweichend von § 14 Abs. 4 Satz 1 und § 16 Abs. 2 Satz 2 und 3 ist bis einschließlich 31. Dezember 2028 anstelle eines Notfallsanitäters im Sinne des § 1 NotSanG der Einsatz von Personen mit der Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung "Rettungsassistent" nach den §§ 30 oder 32 Abs. 1 NotSanG zulässig.“

### 3. Telenotarzt

Bezüglich der Umsetzung des Telenotarztes und der damit verbunden Einführung eines neuen Aufgabenträgers möchten wir auf unsere Stellungnahme vom 15.06.2023 verweisen, die wir folgt lautete:

„Wir unterstützen die Etablierung des Telenotarztsystems bei der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen oder bei den Leitstellen. Einen neuen Aufgabenträger sehen wir nicht.“

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender LAG

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?							
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 –  dazu  <b>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5559 –  <b>Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5580 –  <b>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5606 –  <b>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5613 –							
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)						
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Rettungsdienstzweckverband Südthüringen</td> <td>Körperschaft des öff. Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> <b>Rettungsdienstzweckverband Südthüringen Rennsteigstraße 10 98544 Zella-Mehlis</b> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Rettungsdienstzweckverband Südthüringen	Körperschaft des öff. Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>Rettungsdienstzweckverband Südthüringen Rennsteigstraße 10 98544 Zella-Mehlis</b>
Name	Organisationsform						
Rettungsdienstzweckverband Südthüringen	Körperschaft des öff. Rechts						
Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>Rettungsdienstzweckverband Südthüringen Rennsteigstraße 10 98544 Zella-Mehlis</b>						

	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		
	Postleitzahl, Ort		
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)		
	Name	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		
	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort		
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)		
	Sicherstellung Thürungsdienst		
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher		
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?		
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)		
	Umsetzung } Verlangung BtHAs Zustimmung } Telework } Ersthelfer-App		

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<p><i>Elma - Kuhl's, 19.10.2025</i></p>	



**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?							
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 –  dazu  <b>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5559 –  <b>Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5580 –  <b>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5606 –  <b>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 -</b> - Vorlage 7/5613 –							
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>						
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px; text-align: center;">A GTV e. V.</td> <td style="padding: 5px;">eingetragter Verein (gemeinnützig)</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Geschäftsadresse</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	A GTV e. V.	eingetragter Verein (gemeinnützig)	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsadresse
	Name	Organisationsform					
	A GTV e. V.	eingetragter Verein (gemeinnützig)					
Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsadresse						

	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Zum Hospitalgraben 8
	Postleitzahl, Ort	99425 Weimar
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Förderung von Völkern und Pers. , Bildung und Erziehung der im Notstand das Leben und den	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen</b> ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	die Änderungsanträge werden bis auf die Änderung zu § 34 Abs. 3 und § 7a Abs. 5 befürwortet, der Einsatz von Telenotärzten im Rahmen von Sekundärtransporten ist ergänzungsbedürftig	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wahra, 18. 10. 23	

**Arbeitsgemeinschaft der in Thüringen tätigen Notärzte (agtn e.V.)**  
(Vorstand)

Geschäftsstelle agtn e.V. • Zum Hospitalgraben 8 • 99425 Weimar

THÜR. LANDTAG POST  
20.10.2023 06:55

26840/2023

**Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt**



**Betreff:**

Stellungnahme zum Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP Vorlage 7/5559 vom 06.09.2023, Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Vorlage 7/5580 vom 11.09.2023, Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP Vorlage 7/5606 vom 14.09.2023, der Parlamentarischen Gruppe der FDP, Vorlage 7/5613 vom 15.09.2023, zu Drucksache 7/7780, Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen — Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes

Datum: 18.10.2023

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Stöffler,  
Sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses,

die Arbeitsgemeinschaft der in Thüringen tätigen Notärzte (AGTN e. V.) bedankt sich für die Beteiligung beim schriftlichen Anhörungsverfahren in o.a. Gesetzgebungsverfahren. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Die AGTN e.V. äußert Ihre Auffassungen zu den Änderungsanträgen in der Drucksache 7/7780 wie folgt:

**I. Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP Vorlage 7/5559 vom 06.09.2023**

**Artikel 1 Nr. 5 (Änderungsfassung)**

Die AGTN e.V. befürwortet den Änderungsantrag. Das Überleben nach einem Herz-Kreislaufstillstand kann durch den flächendeckenden Einsatz von Ersthelfersystemen um den Faktor 2 verbessert werden. Damit ist die Smartphone-basierte Ersthelferalarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes. Gerade in Flächenländer wie Thüringen kann so der Behandlungserfolg gesteigert und Folgekosten reduziert werden. Die Handlungsmöglichkeiten eines Ersthelfers sind jedoch

Geschäftsstelle  
c/o Vorstand agtn e.V.  
Zum Hospitalgraben 8  
99425 Weimar

Internet:  
<http://www.agtn.de>

# Arbeitsgemeinschaft der in Thüringen tätigen Notärzte (agtn e.V.) (Vorstand)

eingeschränkt und nicht für jedes Notfallereignis geeignet. Die AGTN e.V. empfiehlt daher einen Indikationskatalog für Einsätze eines Ersthelfers und die Einführung eines einheitlichen Ersthelferalarmierungssystems. Um ein Ersthelfersystem zu etablieren, müssen Standards für die Auswahl von Ersthelfern, eine jährliche wissenschaftliche Auswertung, die Aus- und Fortbildung und die Haftungsfrage durch Rechtsverordnung geregelt werden.



## 2. Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Vorlage 7/5580 vom 11.09.2023

- In Artikel 1 wird vor der bisherigen Nummer 1 eine neue Nummer 1 eingefügt

Die AGTN e.V. befürwortet den Änderungsantrag. Die Aufgabenträgerschaft für die telenotärztliche Versorgung und der Sicherstellungsauftrag werden klar definiert.

- In Artikel 1 Nr. 1 Nr. 1 c) erhält § 7 folgende Fassung

Die AGTN e.V. befürwortet den Änderungsantrag.

- Artikel 1 Nr. 5 wird wie folgt geändert

Die AGTN e.V. befürwortet den Änderungsantrag.

- Nach Artikel 1 Nr. 8 wird folgende neue Nr. 9 eingefügt:

a) § 34 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:

Die AGTN e.V. lehnt diesen Änderungsantrag ab. Zum 01.01.2024 soll auf allen primären Rettungsmitteln des Freistaates Thüringen das Qualifikationsniveau eines Notfallsanitäters vorgehalten werden. Am 01.01.2014 trat Notfallsanitätergesetz in Kraft. Der Gesetzgeber hat für die Nachqualifikation von Rettungsassistenten zu Notfallsanitätern 10 Jahre Zeit eingeräumt. Das Tätigkeitsspektrum des rettungsdienstlichen Fachpersonals auf einem NEF stellt in der Versorgung besonders kritischer Notfall- und Intensivpatienten eine hochkomplexe Tätigkeit dar. Neben der eingehenden Kenntnis von Rettungsmittel und Einsatzgebiet kommt dem NEF-Notfallsanitäter eine unterstützende Rolle bei der medizinischen Versorgung der Notfallpatienten zu. Notfallsanitäter fungieren im Notarzteinsatzdienst vergleichbar einem Fachkrankenpfleger auf einer Intensivstation oder in der Anästhesie bei der Narkoseführung während einer Operation. Leistungserbringer, die kein Notarzteinsatzfahrzeug vorhalten und Rettungsassistenten beschäftigen werden mit diesem Änderungsantrag benachteiligt. Es ist auch nicht vermittelbar, dass in der Luftrettung nur der Einsatz von Notfallsanitätern zulässig, aber auf bodengebunden notarztbesetzten Rettungsmitteln ein Rettungsassistent ausreichen soll. Konsequenterweise soll auch auf dem ITW zum 01.01.2024 als Fahrer und Beifahrer nur noch das Qualifikationsniveau eines

# Arbeitsgemeinschaft der in Thüringen tätigen Notärzte (agtn e.V.) (Vorstand)

Notfallsanitäters (LRDP 6.5 Personelle Besetzung) zulässig sein. Die Zentralen Leitstellen sind eine essentielle Schlüsselstelle am Beginn der Rettungskette. Ohne flächendeckende und einheitliche qualifizierte Notrufabfrage muss diese Schlüsselstelle durch das Qualifikationsniveau eines Notfallsanitäters besetzt werden. Nur so lässt sich die Qualität des Notrufabfragegesprächs und die daraus folgende Dispositionsentscheidung verbessern.

## 3. Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP Vorlage 715606 vom 14.09.2023

- In Artikel 1 wird vor der bisherigen Nummer 1 eine neue Nummer 1 eingefügt

Die AGTN e.V. befürwortet den Änderungsantrag.

- Artikel 1 Nummer 1 c) erhält folgende Fassung:

„Nach § 7 wird folgender § 7 a eingefügt:

§ 7 a Telenotärztliche Versorgung

Die Absätze 1 - 3 werden durch die AGTN e.V. befürwortet.

Absatz (3-4)

(3) Die Alarmierung des Telenotarztes erfolgt ausschließlich durch die Zentrale Leitstelle. Bezüglich der Anforderung des Telenotarztes durch die Zentrale Leitstelle bedarf es einer Präzisierung. Die Anforderung durch die Zentrale Leitstelle soll auf die medizinische Koordination von Sekundärtransporten begrenzt sein. Eine zwangsweise Alarmierung für einen Rettungstransportwagen für einen Primäreinsatz darf nicht erfolgen.

(4) Die Aufgaben des Telenotarztes sollten um die medizinische Koordination der von Sekundärtransporten erweitert werden. Sekundärtransporte, die eine Anfrage an begleitendes notärztliches Personal enthalten, werden durch den Telenotarzt koordiniert. Nach unserer Auffassung soll der Telenotarzt anhand eines standardisierten Abfrageprotokolls entscheiden, mit welchem Transportmittel ein Sekundärtransport durchgeführt wird. Neben reinen RTW-Verlegungen und notärztlich begleitenden Sekundärverlegungen können Patienten, die die Kriterien für eine telemedizinische Begleitung (TNA-Kriterienkatalog Sekundärtransport) erfüllen, mit einem RTW unter zusätzlichem Monitoring durch den Telenotarzt transportiert werden. Erfahrungen aus bereits etablierten Telenotarztssystemen in Deutschland zeigen, dass durch einen Telenotarzt mehrere Sekundärtransporte parallel begleitet werden können. Dadurch können die Notarzteeinsatzfahrzeuge im Rettungsdienstbereich verbleiben und stehen für Primäreinsätze zur Verfügung.



**Arbeitsgemeinschaft der in Thüringen tätigen Notärzte (agtn e.V.)**  
(Vorstand)

Absatz (5):

(5) Medizinische Daten des Telenotarzteinsatzes (Einsatzprotokoll, Foto, Vitalwertdokumentation und EKG) sollten nach unserer Auffassung für 10 Jahre und die verbale Kommunikation für 7 Tage gespeichert werden. Die Videoübertragung aus dem Rettungswagen oder von der Einsatzstelle wird nicht gespeichert, sondern gestreamt. Ein grundsätzlicher Ausschluss von Bild- und Tonaufzeichnungen bewerten wir im Rahmen der Qualitätssicherung und Ausbildung kritisch. Datenschutzrechtliche Vorgaben sind einzuhalten.



**4. Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP, Vorlage 7/5613 vom 15.09.2023**

Dem § 18 Abs. 3 wird folgender Satz angefügt:

Die AGTN e.V. befürwortet den Änderungsantrag vollumfänglich.

Mit freundlichen Grüßen



**Vorstand agtn e.V**

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/7780											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> <td style="padding: 2px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 2px;">Richard-Breslau-Straße 14</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 2px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2. Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;"></td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/7780											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
<b>1.</b>	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Thüringer Feuerwehr-Verband</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Magdeburger Allee 4</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99086 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Feuerwehr-Verband	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Magdeburger Allee 4	Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Feuerwehr-Verband	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Magdeburger Allee 4									
Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
<b>2.</b>	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringischer Landkreistag	e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 13
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie</b> kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift



**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?							
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 – dazu Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5559 – Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5580 – Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5606 – Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5613 –							
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)						
	<table border="1"> <tr> <th>Name</th> <th>Organisationsform</th> </tr> <tr> <td>Technisches Hilfswerk Landesverband Sachsen, Thüringen</td> <td>Bundesanstalt</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Geschwister-Scholl-Str. 2 04600 Altenburg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Technisches Hilfswerk Landesverband Sachsen, Thüringen	Bundesanstalt	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschwister-Scholl-Str. 2 04600 Altenburg
Name	Organisationsform						
Technisches Hilfswerk Landesverband Sachsen, Thüringen	Bundesanstalt						
Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschwister-Scholl-Str. 2 04600 Altenburg						

	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Geschnitzter-Scholt-Str. 2
	Postleitzahl, Ort		04600 Altenburg
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)		
	Name		Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		
	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort		
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)		
	technische Hilfe im Zivil- und Katastrophenschutz / Sicherheitsabwehr		
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher		
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?		
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)		

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei</b> im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Altenburg, 23. 10. 2023	



Bundesanstalt  
Technisches Hilfswerk

THÜR. LANDTAG POST  
23.10.2023 18:08

27088/2023



Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Landesverband Sachsen, Thüringen,  
Geschwister-Scholl-Straße 2, 04600 Altenburg

Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

HAUSANSCHRIFT Geschwister-Scholl-Straße 2  
04600 Altenburg  
TEL +49 3447-5684-0  
FAX +49 3447-5684-55

E-MAIL Poststelle.LVSNTH@thw.de  
INTERNET <http://www.thw.de>

BETREFF **Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung zur Drucksache 7/7780**  
DATUM **Altenburg, 23.10.2023**

Sehr geehrter Herr Stöffler,

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme des Antrages der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNE zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes.

Als Zivilschutzorganisation des Bundes begrüßen wir alle Initiativen zur Verbesserung und Entwicklung des Bevölkerungsschutzes in Deutschland, so auch im Rettungsdienst. Durch die Detaillierte Hinweise möchten wir Ihnen nachfolgend übermitteln.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Referatsleiter Einsatz

Landesbeauftragter

### *Einführung einer Lehrleitstelle*

Die Leitstellen sind das unterstützende Mittel für die Einsatzleitungen am Einsatzort sowie erste Anlaufstelle für Menschen in Not. Die Leitstellen und insbesondere den dort tätigen Mitarbeitenden tragen somit eine hohe Verantwortung für die Gesellschaft. Der Dienst in diesen Institutionen ist oft mental sehr anspruchsvoll und bedarf einer steten Fortbildung für die sich immer neu ergebenden Einsatzsituationen. Insbesondere die schnell wachsenden Möglichkeiten der Digitalisierung führen zu einem wachsenden Bedarf an Ausbildungsmöglichkeiten. Daher ist der Aufbau einer Lehrleitstelle ein geeignetes Mittel um diesen gestiegenen Ausbildungsbedarfen gerecht zu werden. Durch den demografischen Wandel ist zukünftig auch ein höheres Maß an wechselndem Personal zu erwarten, wodurch der Ausbildungsbedarf ebenfalls steigt. Auch hier kann die Lehrleitstelle eine schnelle Qualifizierung von neuen Mitarbeitenden bewirken. Neben den Feuerwehrrettungsdienstlichen Szenarien können hier auch Großeinsätze wie MANV-Lagen oder erste Katastrophenszenarien unter Beteiligung verschiedener BOS trainiert werden. Grundsätzlich sehen wir eine Lehrleitstelle als gute Option der einsatznahen Ausbildung.

### *ergänzender Einsatz von Telenotärzten*

Der demografische Wandel trifft insbesondere die ländlich geprägten Regionen mit besonderen Herausforderungen. Die Bevölkerungsdichte verschiebt sich immer stärker in die Großstädte, in den ländlicheren Regionen wird der Anteil der älteren Bevölkerung der prägnanter. Aber auch dort müssen die Rettungsfristen eingehalten werden, ebenso eine notärztliche Versorgung. In den Flächen-Bundesländern mit geringer Bevölkerungsdichte sind daher alternative Formen zu prüfen um eine Notärztliche Versorgung über sehr weite Entfernungen zu ermöglichen. Der ergänzende Einsatz von Telenotärzten erscheint hierbei eine geeignete Option. Grundvoraussetzung ist hierfür aber eine Einhaltung der Rettungsfristen und dafür ausreichende Stationierung von bodengebundenen Rettungsmitteln in Form von Rettungswagen.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Th. Rettungsdienstgesetzes - Drucksache 7/7780-		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Landessverband Sachsen-Anhalt / Thüringen	e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstr. 27
	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Durchführender des Rettungsdienstes	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	1. Schiedsstelle: Bitte um Klarstellung der Finanzierung 2. §34 Absatz 3 ThürRettG: Entfall der bisher benannten Beschränkung der Tätigkeitsfelder der Rettungsassistenten bis 2028 3. Zustimmung zur Etablierung des Telenotarztes	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, 19.10.23	





# JOHANNITER

**Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.  
Landesverband Sachsen-Anhalt/  
Thüringen**

Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., Schillerstraße 27, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
z.Hd. Herr Dietrich Stöffler  
Jürgen-Fuchs-St. 1  
99096 Erfurt

Schillerstraße 27  
99096 Erfurt

Telefon 0361 223 29-0  
Telefax 0361 223 29-90  
lg.erfurt@johanniter.de  
www.johanniter.de/sat

THÜR. LANDTAG POST  
19.10.2023 16:33

26825/23

Datum  
19.10.2023

## **Stellungnahme zum Anhörungsverfahren zum zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Drucksache 7/7780 -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Mitglied der Thüringer Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen haben wir uns intensiv mit der Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes befasst. In diesem Schreiben möchte ich Ihnen unsere Themenschwerpunkte erörtern und um Ihr mitwirken bitten:

### **1. Schiedsstelle**

Gemäß des Thüringer Rettungsdienstgesetzes sollen die Kosten der Schiedsstelle von den am Schiedsstellenverfahren beteiligten Verhandlungspartnern zu gleichen Teilen getragen werden. Zu den Kosten der Schiedsstelle zählen nicht nur, die durch ein Schiedsverfahren entstehenden Kosten, sondern auch die ggf. auferlegten Kosten in einem sich etwaig anschließenden verwaltungsgerichtlichen Verfahren. Zudem kommen noch die laufenden Kosten der Geschäftsstelle der Schiedsstelle hinzu.

Wir benötigen hier eine Klarstellung zur Finanzierung der Kosten der Schiedsstelle. Die entstehenden Kosten sind unserer Meinung nach als Kosten des Rettungsdienstes nach dem Thüringer Rettungsdienstgesetz zu werten. Die Kostenübernahme sollte dementsprechend durch die Kostenträger refinanziert werden.

Wir bitten um Ihre Unterstützung bei der Änderung des § 21 a Abs. 2 S. 5 ThürRettG in:

„Die Kosten der Schiedsstelle sind Kosten des Rettungsdienstes und durch die Kostenträger zu tragen.“





## 2. Rettungsassistenten

Des Weiteren ist die Personalsituation im Rettungsdienst auch nach Corona angespannt. Der Mangel an ausgebildeten Notfallsanitäter\*innen und erhöhte Krankenstände führen immer wieder zu Engpässen bei der Besetzung der Rettungsmittel.

Die aktuelle Personalknappheit im bodengebundenen Rettungsdienst ergibt sich neben der ungenügenden Anzahl an Notfallsanitätern, auch durch die seit vielen Jahren bestehende exzessive Erweiterung der Vorhalteleistungen in den Rettungsdienstbereichsplänen, die sich trotz intensiver Ausbildungsbemühungen durch die Durchführenden nur schwer abfangen lassen.

Zusätzlich kommt erschwerend hinzu, dass Leitstellen und Berufsfeuerwehren ihren Notfallsanitäter-Bedarf nur ungenügend über eigene Ausbildungen abdecken, was zu dauerhaften Abwerbungen von ausgebildeten Notfallsanitätern aus dem bodengebundenen Rettungsdienst in die Leitstellen führt. Eine Beschränkung der Rettungsassistenten auf Notarzteinsetzungsfahrzeuge (NEF) und Leitstellen vergrößert den Anreiz der Rettungsassistenten zu den Leitstellen zu wechseln. Die Beschränkung der Verlängerung auf NEF und Leitstellen erschwert die Personalplanung der Durchführenden. Bei einem kurzfristigen Ausfall des auf dem Rettungstransportwagen (RTW) eingeteilten Notfallsanitäters, kann ein verfügbarer, aber nur für das NEF einsetzbare Rettungsassistent nicht als Ausfallreserve dienen. Der RTW bliebe unbesetzt.

Die Beschränkung des Einsatzes der Rettungsassistenten auf NEFs führt bei Personalknappheit gleichzeitig auch zur Beschränkung der Notfallsanitäters auf den RTW. Das führt zur Unzufriedenheit der Notfallsanitäters, da die eigene Tätigkeit eingeschränkt wird.

Rettungsassistenten sind überwiegend langjährige erfahrene Mitarbeiter mit hohem Erfahrungsschatz. Die Rettungsassistenten werden seit 2014 parallel zu Notfallsanitäter eingesetzt. Ein Qualitätsunterschied ist nicht bekannt.

Laut dem Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags bezüglich des zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes ist im Änderungsantrag der Fraktionen Die LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgendes vorgesehen:

„§ 34 Absatz 3 ThürRettG wird wie folgt gefasst:

(3) Abweichend von § 14 Abs. 4 Satz 1 und § 16 Abs. 2 Satz 2 ist bis einschließlich 31.12.2028 anstelle eines Notfallsanitäters im Sinne des § 1 NotSanG der Einsatz von Personen mit der Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung „Rettungsassistent“ nach den §§ 30 oder 32 Abs. 1 NotSanG für die Tätigkeiten als Disponent in den Zentralen Leitstellen und als Fahrer von Notarzteinsetzungsfahrzeugen zulässig.“



Die Umsetzung dieses Änderungsvorschlages bedeutet, die Beschneidung des Einsatzbereiches der Rettungsassistenten, diese können nicht mehr als Transportführer von Rettungstransportwagen zur Patientenbetreuung nach § 16 Abs. 2 Satz 2 ThürRettG und in der Luftrettung nach § 16 Abs. 2 Satz 3 ThürRettG eingesetzt werden.

Durch die aktuelle Lage in Thüringen, ist es erforderlich die Rettungsassistenten weiterhin in ihren Kompetenzen zu belassen und zu stärken. Aus diesem Grund bitte ich, im Namen der Thüringer Hilfsorganisationen, um Ihre Unterstützung bei der Beibehaltung der Tätigkeitsbereiche der Rettungsassistenten bis einschließlich 31.12.2028.

Um nach dem 31.12.2028 genug ausgebildete Notfallsanitäter für den Wegfall der Rettungsassistenten zur Verfügung zu haben, müssen diese bis zum 31.12.2028 sowohl vermehrt ausgebildet werden, als auch nach der abgeschlossenen Ausbildung ihrer Qualifikation entsprechend von den Kostenträgern refinanziert eingesetzt werden können.

Deshalb schlagen wir folgende Fassung des § 34 Absatz 3 ThürRettG vor:

„(3) Abweichend von § 14 Abs. 4 Satz 1 und § 16 Abs. 2 Satz 2 und 3 ist bis einschließlich 31. Dezember 2028 anstelle eines Notfallsanitäters im Sinne des § 1 NotSanG der Einsatz von Personen mit der Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung "Rettungsassistent" nach den §§ 30 oder 32 Abs. 1 NotSanG zulässig.“

### **3. Telenotarzt**

Bezüglich der Umsetzung des Telenotarztes und der damit verbundenen Einführung eines neuen Aufgabenträgers möchten wir auf unsere Stellungnahme vom 15.06.2023 verweisen, die wir folgt lautete:

„Wir unterstützen die Etablierung des Telenotarztsystems bei der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen oder bei den Leitstellen. Einen neuen Aufgabenträger sehen wir nicht.“

Mit freundlichen Grüßen,



Geschäftsbereichsleiter Rettung, Fahrdienst und Katastrophenschutz

#### **4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.**

Stadt Jena

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

17627/2023

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes - Beschleunigte Digitalisierung der Notfallversorgung**

Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP

- Drucksache 7/7394 -

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes – Einführung Thüringer Telenotarzt**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/7450 -

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/7780 -

1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadterwaltung Jena
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Anger 15
	Postleitzahl, Ort	07743 Jena

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Aufgabenträger Rettungsdienst	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Zustimmung zu Teilen d. Gesetzesvorlagen 3 Gesetzesvorlagen mit teilweise widersprüchlichen Ansätzen Zustimmung zur Einführung eines Telenotarztes	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	

	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>    	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 27.06.23	

15895/2023



■ JENA LICHTSTADT.

Stadt Jena • Dezernat Finanzen, Sicherheit und Bürgerservice

Stadt Jena • Postfach 10 03 38 • 07703 Jena

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

**Kenntnisnahme: 7/918**  
zu Drs. 7/7394/7450/7780

Fachdienst:	Feuerwehr
Bereich:	Fachdienstleitung
Dienstgebäude:	GAZ, Am Anger 28, 07743 Jena
Zimmer:	
Sachbearbeiter(in):	
Telefon:	
Fax:	
E-Mail:	feuerwehr@jena.de
Ihr Schreiben / Zeichen:	
Unser Schreiben / Zeichen:	
Datum:	6. Juni 2023

## Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

### Hier: Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes

#### Stellungnahme der Stadt Jena

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Stadt Jena liegen mit Schreiben des Thüringer Landtages vom 03. Mai 2023 drei Gesetzentwürfe zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes vor.

Alle Gesetzentwürfe sind von dem Willen geprägt, die rettungsdienstliche Versorgung im Freistaat Thüringen weiter zu entwickeln und moderne Lösungsansätze für die Herausforderungen einer zunehmend schwieriger werdenden umfassenden Gesundheitsversorgung zu finden.

Die Gesetzentwürfe der Regierungsfraktion, der Fraktion der CDU sowie der parlamentarischen Gruppe der FDP ergänzen, überlagern und widersprechen sich teilweise, so dass eine gemeinsame Betrachtung schwierig ist. Einigkeit scheint bei allen Entwürfen in der Anerkennung der Notwendigkeit der Einführung eines Telenotarzt-Systems zu bestehen. Die Lösungsansätze werden jedoch unterschiedlich dargestellt. Aus diesem Grund soll hier einzeln auf die Entwürfe eingegangen werden:

#### I. Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen

##### 1. Zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/7780

- Die Einrichtung einer Lehrleitstelle durch das Land wird von der Stadt Jena ausdrücklich begrüßt. Das Projekt zur Neustrukturierung der Zentralen Leitstellen in Thüringen





verlangt neben einheitlicher und redundanter Technik auch einen einheitlichen Ausbildungsstand des Personals. Dieses ist nur durch eine zentrale Ausbildungsstätte mit einer den Bedingungen der Leitstellen entsprechenden technischen und personellen Ausstattung möglich.

- Für die Bereitstellung von Informationen zu Versorgungs- und Behandlungskapazitäten und freien Betten (Entwurf zu § 14 Abs. 3 ThürRettG) ist ein landesweit einheitliches System zu schaffen, auf das alle Leitstellen zugreifen können. Insbesondere unter dem Aspekt der zu erwartenden Neugliederung der Krankenhauslandschaft und der sich daraus ergebenden Auswirkungen auf den Rettungsdienst sowie unter Beachtung der Leitstellenentwicklung greift die vorgeschlagene Regelung aus Sicht der Stadt Jena zu kurz.
- Die Einführung eines Telenotarzt-Systems in Thüringen wird begrüßt und entspricht den Tendenzen und Entwicklungen in anderen Bundesländern. Das Telenotarzt-System unterstützt den Rettungsdienst und kann im Bedarfsfall das notarztfreie Intervall verkürzen. Dazu gehören jedoch nicht nur die Übertragung von Bild- und Tondaten, sondern auch die vor Ort festgestellten Vitalparameter, aus denen der Telenotarzt die entsprechenden Schlüsse für Behandlungsmaßnahmen ableiten kann. Dazu ist eine umfangreiche Ausstattung der Rettungsmittel mit Kommunikationstechnik erforderlich.
- Die Sicherstellung des Telenotarzt-Systems durch die Kassenärztliche Vereinigung ist folgerichtig. Gleichzeitig erscheint eine Anbindung an die Zentralen Leitstellen sinnvoll, da dort alle Informationskanäle für den Rettungsdienst zusammenlaufen. Entsprechende Vorschläge aus dem Fachgremium Leitstellen liegen bereits vor.
- Neben den Kosten für die einheitliche mobile Einsatzdokumentation (§ 20 Abs. 2 ThürRettG) müssen auch die Kosten für die Erfassung und Übertragung der Bild- Ton- und Vitaldaten in die Benutzungsentgelte einfließen.
- Die Streichung des § 31 Abs. 2 Satz 2 wird begrüßt, da diese Regelung durch die mobilelektronische Einsatzdatenerfassung überflüssig wird.

## **2. Zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/7450**

- Zur Notwendigkeit der Einführung eines Telenotarzt-Systems besteht offenbar Einvernehmen mit den Regierungsfractionen. Die im Entwurf zu § 5 vorgeschlagene Vergabe telenotärztlicher Leistungen durch die Ministerien führt zu einer Trennung der notärztlichen Versorgung innerhalb des Systems der Notfallrettung und kann aus Sicht der Stadt Jena nicht zielführend sein. Die Kassenärztliche Vereinigung ist als Aufgabenträger für die notärztliche Versorgung ausreichend in der Lage, die personellen und organisatorischen Voraussetzungen auch für die Sicherstellung des Telenotarztes



zu schaffen. Die Regelung würde zu einer weiteren Aufgabenträgerschaft führen, welche sich eher hinderlich als fördernd auf die Notfallrettung auswirken kann.

- Zu begrüßen ist die Definition der Aufgaben des Telenotarztes. Diese könnten aber auch im Landesrettungsdienstplan geregelt werden.
- Unabhängig von der aus Sicht der Stadt Jena unnötigen Ausschreibung telenotärztlicher Leistungen sind die vorgeschlagenen Regelungen zum § 7 a Absatz 4 zu begrüßen. Die Festlegung der Telenotarzt-Standorte sollte auf Landesebene durch die vorgeschlagenen Institutionen erfolgen. Dabei ist die Anbindung an eine oder mehrere Zentrale Leitstellen sinnvoll und widerspricht nicht der Aufgabenträgerschaft durch die KVT. Die Regelungen zur technischen Ausgestaltung des Telenotarzt-Systems werden ausdrücklich begrüßt. Damit wird die Ausstattung der Rettungsmittel, der Datenübertragung und der notwendigen Kapazitäten am Standort des Telenotarztes definiert.
- Eine gesonderte Kostenregelung (Entwurf zu § 7 Absatz 6 und 7) wäre ohne einen zusätzlichen Aufgabenträger nicht erforderlich. Kosten der Ausstattung der Rettungsmittel für das Telenotarzt-System können im § 20 geregelt werden, die Kosten des Telenotarztes im § 21.
- Die zum § 18 vorgeschlagene Kostenregelung für die erforderliche Führerscheinerweiterung ist durch die technische Entwicklung von Rettungsfahrzeugen zu begrüßen.

### **3. Zum Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/7394**

- Die im Entwurf zu § 7 Abs. 1 geforderte Regelung schließt sich dem Entwurf der Regierungsfractionen zur Einführung eines Telenotarzt-Systems und dessen Zuordnung zur Kassenärztlichen Vereinigung an.
- Im Entwurf zum § 14 Absatz 2 wird die Einführung von Ersthelfer-Systemen gefordert. Die vorgeschlagenen Regelungen greifen aus Sicht der Stadt Jena zu kurz, da Aufgabenträger und Träger der Leitstelle in der Regel nicht identisch sind. Insbesondere unter Berücksichtigung des Projektes zur Neugestaltung der Leitstellenlandschaft im Freistaat sind Leitstellen künftig für die Gebiete zunehmend mehrerer Aufgabenträger zuständig. Unterschiedliche Systeme in einem Leitstellenbereich sind nur unter sehr großem Aufwand durch die Leitstelle zu betreiben. Grundsätzlich können Ersthelfer-Systeme den Rettungsdienst unterstützen und behandlungsfreie Intervalle verkürzen. Dazu haben verschiedene Anbieter Apps



- entwickelt, die eine Benachrichtigung von registrierten Ersthelfern in der Nähe eines Notfalles sicherstellen. Die Implementierung im ThürRettG setzt aber zunächst eine Definition der Rechtsstellung und der Befugnisse der Ersthelfer voraus. Auch ist der Zweck des Thüringer Rettungsdienstgesetzes im § 1 definiert. Das Gesetz regelt „die Sicherstellung einer bedarfsgerechten medizinischen Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen des Rettungsdienstes“. Eine Regelung für die Erste Hilfe ist nicht vorgesehen. Die Definition der Notfallrettung im § 3 ThürRettG entspricht nicht den möglichen Leistungen von Ersthelfern. Darüber hinaus müsste auf Grund der künftig in den Leitstellen landesweit einheitlichen Technik auch ein landesweit einheitliches System eingeführt werden. Auch auf die Frage der Kosten wird im Entwurf nicht eingegangen. Aus Sicht der Stadt Jena ist diese Regelung abzulehnen.
- Über die Möglichkeiten der in Thüringen eingeführten mobilelektronischen Datenerfassung auch Informationen zu Versorgungs- und Behandlungskapazitäten und freien Betten zu erfassen und zur Verfügung zu stellen, ist zurzeit nichts bekannt. Gefordert werden muss auf jeden Fall ein für alle Leitstellen in Thüringen zugängliches einheitliches System.

## II. Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags

### 1. Welche Auswirkung hätte die Einführung des Telenotarztes auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?

Die Einführung eines Telenotarzt-Systems in Thüringen soll Bestandteil der notärztlichen Versorgung sein. Eine Ablösung oder ein Ersatz der Vorhaltung und des Einsatzes von Notärzten darf daraus nicht abgeleitet werden. Vielmehr muss es dazu dienen, insbesondere im ländlichen Raum mit zum Teil langen Anfahrtswegen für das Notarzteinsatzfahrzeug die Besatzungen der Rettungsmittel zu unterstützen, ihnen Handlungssicherheit zu geben und das arztfreie Intervall zu verkürzen. Insofern hat die Einführung des Telenotarztes keinen unmittelbaren Einfluss auf die notärztliche Versorgung, da diese weiterhin flächendeckend sichergestellt werden muss.

### 2. Ist eine gesetzliche Abgrenzung von „Befugnissen und Aufgaben“ des Telenotarztes gegenüber den regulären bodengebundenen Notärzten erforderlich?

Die Abgrenzung und Definition von Aufgaben und Befugnissen des Telenotarztes gegenüber den bodengebundenen Notärzten ist erforderlich. Dies ergibt sich aus der mit der räumlichen Trennung von Patient und Arzt verbundenen Art der Tätigkeit und der Eingriffsmöglichkeiten des Telenotarztes in die Patientenversorgung.



*3. Erfordert die Einführung des Telenotarztes einen neuen Aufgabenträger?*

Nein. Die Trennung der Aufgabenträgerschaft für Notärzte und Telenotärzte wirkt eher behindernd als förderlich für die Notfallrettung.

*4. Wie würde sich die Einführung eines neuen Aufgabenträgers auf die Kosten und Haftung auswirken?*

Die Einführung eines neuen Aufgabenträgers würde sich vermutlich kostensteigernd auswirken. Entscheidende Kriterien für die Ablehnung einer getrennten Aufgabenträgerschaft sollten jedoch die Organisations- und Zuständigkeitsfragen sein.

*5. Wie bewerten Sie den Entwurf einer Experimentierklausel?*

Grundsätzlich kann die Einführung einer Experimentierklausel durch wissenschaftliche Begleitung Erkenntnisse bringen, die der Weiterentwicklung des Rettungswesens dienen. Siehe auch Beantwortung der Frage 14.

*6. Stellt die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung eine geeignete Hilfe zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen des Rettungswagens dar?*

Die smartphonebasierte Ersthelferalarmierung kann eine Hilfe für die Notfallrettung sein. Die Implementierung im Gesetz führt jedoch zu vielen Fragen, die vorab geklärt werden müssen. Die Rechtsstellung, die Pflichten und die Befugnisse der Ersthelfer sollten klar dargestellt werden. Auch ist der Zweck des Thüringer Rettungsdienstgesetzes im § 1 definiert. Das Gesetz regelt „die Sicherstellung einer bedarfsgerechten medizinischen Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen des Rettungsdienstes“. Eine Regelung für die Erste Hilfe ist nicht vorgesehen. Die Definition der Notfallrettung im § 3 ThürRettG entspricht nicht den möglichen Leistungen von Ersthelfern. Darüber hinaus müsste auf Grund der künftig in den Leitstellen landesweit einheitlichen Technik auch ein landesweit einheitliches System eingeführt werden. Auf die Frage der Kosten wird im Entwurf nicht eingegangen. Aus Sicht der Stadt Jena ist diese Regelung abzulehnen.

Soweit Notfälle im öffentlichen Raum auftreten, scheint zunächst die Benachrichtigung von sich in der Nähe befindlichen Ersthelfern eine Möglichkeit zu sein, das behandlungsfreie Intervall zu verkürzen. Zu klären ist aber, ob der entsprechende Helfer dann auch zur Hilfe verpflichtet ist (Abgrenzung zum § 323c StGB). Weitere Fragen sind die Berechtigung zum Betreten einer Wohnung oder fremder Einrichtungen, da sich der größte Teil der Notfälle im häuslichen Bereich abspielt. Auf Grund der Vielzahl an smartphonebasierten Ersthelfer-Apps kann es zudem durch die unterschiedlichen Aufgabenträger innerhalb eines Leitstellenbereiches zu einem „Flickenteppich“ an Systemen kommen, welche durch die Leitstellen nicht zu bedienen sind. Die Einführung solcher Systeme kann also nur einheitlich im Leitstellenbereich erfolgen.



mit der weiteren Entwicklung der Leitstellenlandschaft auch nur landesweit. Dabei ist ebenso die Frage zu klären, wer dafür die Kosten zu tragen hat.

*7. Die gesetzliche Verankerung welcher weiteren digitalen Errungenschaften sind erforderlich, um die notärztliche Versorgung in Thüringen weiter zu verbessern?*

Sinnvoll wäre die Einführung einer einheitlichen Schnittstelle zwischen dem mobilelektronischen Datenerfassungssystem und den Patientenaufnahmen der Krankenhäuser, darüber hinaus Ankunftsmonitore in den Notaufnahmen. Mit der Einführung der Telemedizin in der Notfallrettung könnten ebenso medizinische Daten bereits auf der Anfahrt zur Notaufnahme übermittelt werden. Die Krankenhausträger müssen dazu verpflichtet werden, sich den in der Notfallrettung verwendeten Systemen anzuschließen. Störend im System der Notfallrettung ist die nach wie vor auf Papier zu erfolgende Transportverordnung. Die Übermittlung der Behandlungskapazitäten an die Zentralen Leitstellen muss künftig über ein landesweit einheitliches System erfolgen, auf das die Leitstellen und auch die Notärzte und Notfallsanitäter vor Ort zugreifen können.

*8. Welche Auswirkungen hätte die Einrichtung und der Betrieb einer Lehrleitstelle auf die notärztliche Versorgung in Thüringen?*

Die Einrichtung einer Lehrleitstelle dient der einheitlichen Ausbildung des Leitstellenpersonals und hat keinen direkten Einfluss auf die notärztliche Versorgung. Gleichzeitig könnte die Lehrleitstelle auch zur Fortbildung von Notärzten und Telenotärzten dienen, was die Einführung einheitlicher Standards und Behandlungsmethoden erleichtert.

*9. Sollte künftig der Notarzt bei den entsprechenden Indikationen auch zwingend dann zum Notfallort fahren müssen, wenn das nichtärztliche Rettungspersonal den Patienten bereits auf Weisung durch den Telenotarzt behandeln konnte (§ 7 Abs. 6 S. 3 ThürRDG-E Drs. 7/7780)?*

Diese Entscheidung ist einzelfallabhängig. Sollte die Alarmierung des Notarztes auf der Grundlage des Notarztindikationskatalogs bereits erfolgt sein, könnte dieser Einsatz abgebrochen werden, wenn durch den Telenotarzt im Zusammenwirken mit der Besatzung vor Ort ausreichende Maßnahmen vorgenommen wurden, um die Transportfähigkeit des Patienten ohne weiteres Zutun des Notarztes zu gewährleisten. Selbst unter Beachtung des Zeitverzugs für die Anfahrt des Notarztes dürfte diese Konstellation nur sehr selten vorkommen. In solchen Fällen muss eine Abstimmung des Notarztes mit dem Telenotarzt erfolgen. Für die Fälle, in denen die Besatzung des Rettungswagens vor Ort nach Feststellung der Lage die Unterstützung des Telenotarztes benötigt, ist dieser weisungsbefugt und die Behandlung erfolgt durch die Notfallsanitäter im Rahmen der Delegation.



Auch in diesen Fällen ist durch den Telenotarzt abzuschätzen, ob eine Nachalarmierung des Notarztes erfolgen soll.

*10. Mit der Einführung des Berufsbildes Notfallsanitäter wurde diesen die Befugnis gegeben, unter bestimmten Voraussetzungen Heilkunde ausüben zu dürfen. Mit der Einführung des Telenotarztes wird nun eine weitere Regelung getroffen, mit der nichtärztliches Rettungspersonal - hier auf Weisung des Telenotarztes - heilkundliche Maßnahmen am Notfallort durchführen kann (§ 7 Abs. 6. ThürRDG-E Drs. 7/7780). Welche Rolle nimmt der Notfallsanitäter aus Ihrer Sicht perspektivisch ein, sobald der Telenotarzt eingeführt wurde?*

*Besteht unter diesem Gesichtspunkt noch Änderungsbedarf an den Gesetzentwürfen?*

Die Weisung eines Telenotarztes unterscheidet sich nicht von den Weisungen eines vor Ort tätigen Notarztes. Der Notfallsanitäter nimmt damit heilkundliche Handlungen im Rahmen der Delegation vor. Entscheidend ist das Vorliegen ausreichender Informationen beim Telenotarzt. Dazu gehört neben einer Bild- und Tonverbindung auch die Übertragung von Vitalparametern. Dafür sind die Rettungsmittel entsprechend auszustatten. Die Rolle des Notfallsanitäters ändert sich durch die Einführung des Telenotarztes nicht.

*11. § 7 Abs. 7 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) bestimmt, dass die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen die übermittelten Bild- und Tondaten aufzeichnet und die Einsätze der Telenotärzte regelmäßig auswertet. § 34 Abs. 4 des Gesetzentwurfes sieht bereits vor, dass zugelassene Erprobungsvorhaben unter wissenschaftlicher Begleitung zu dokumentieren und auszuwerten sind. Sollte die Regelung zu Telenotärzten ebenfalls vorsehen, dass deren Einsätze unter wissenschaftlicher Begleitung auszuwerten sind?*

Die Auswertung der Einsätze der Telenotärzte sollte ebenso wissenschaftlich erfolgen wie die der Notärzte.

*12. § 8 Abs. 2 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) gibt vor, dass ein Telenotarzt die ärztliche Betreuung übernehmen kann, sofern das abgebende Krankenhaus dies anfordert und der Telenotarzt zustimmt. Sollte die Einschätzung des vor Ort eingesetzten nichtärztlichen Rettungspersonals ebenfalls in der Regelung berücksichtigt werden? Sofern ja, in welcher Form?*

Eine Abstimmung des Rettungsdienstpersonals, welches einen Verlegungstransport begleitet, mit dem begleitenden Telenotarzt sollte in jedem Fall erfolgen. Voraussetzung dafür ist die ausreichende technische Ausstattung der Rettungsmittel und leistungsfähige und gesicherte Datenverbindung. Einer besonderen gesetzlichen Regelung bedarf es dazu nicht.



*13. § 14.Abs. 3 ThürRDG-E (Drs. 7/7780) sieht vor, dass der Zentralen Leitstelle „laufend“ die Anzahl der freien Betten und sonstigen Versorgungskapazitäten melden. Ist der Landesrettungsdienstplan der geeignete Rahmen, um diese Vorgabe zu konkretisieren? Sollte sie an anderer Stelle konkretisiert werden?*

Die Übermittlung der Behandlungskapazitäten an die Zentralen Leitstellen muss künftig über ein landesweit einheitliches System erfolgen, auf das die Leitstellen und auch die Notärzte und Notfallsanitäter vor Ort zugreifen können. Dies sollte im Gesetz verankert werden, um auch die Kostenregelung zu klären.

*14. §34a ThürRDG E (Drs. 7/7780) regelt, dass für eine Dauer von bis zu drei Jahren (Abs. 3) Abweichungen von den § 14 Abs. 4, § 15 Abs. 2 sowie § 16 Abs. 1 und 2 ThürRDG zugelassen werden können (Abs. 1). Sehen Sie Änderungsbedarf gegenüber diesen materiellen und zeitlichen Vorgaben für eine zulässige Anwendung der Experimentierklausel?*

Die geplanten möglichen Abweichungen betreffen die personelle Besetzung der Leitstellen, die Vorhaltung von Personal und Rettungsmitteln in den Rettungswachen, die Bestimmung des Einsatzes von Krankenkraftwagen und Notarzteinsatzfahrzeugen sowie die Besetzung der Rettungsmittel.

Zu dem in der Begründung angeführten möglichen Einsatz von Ärzten in der Leitstelle liegen bereits Vorschläge aus dem Fachgremium Leitstelle vor. Danach soll im Rahmen des Landesprojektes auch ein Arbeitsplatz für einen Arzt in der Leitstelle vorgesehen werden.

In der Begründung wird weiterhin der Einsatz von Rettungsmitteln vorgeschlagen, welche nicht dem anerkannten Stand der Technik bzw. der Notfallmedizin entsprechen. Dies kann unter der Beachtung des Versorgungsauftrages nicht mitgetragen werden. Die Notfallrettung ist „.....die Durchführung lebensrettender Maßnahmen oder Maßnahmen zur Verhinderung schwerer gesundheitlicher Schäden bei Notfallpatienten am Notfallort und ihre Beförderung unter fachgerechter Betreuung in dafür besonders ausgestatteten Rettungsmitteln in eine für die weitere Versorgung geeignete Behandlungseinrichtung.....“ (§3 Abs.2 ThürRettG). Grundsätzlich ist die Einführung von Spezialfahrzeugen sinnvoll und möglich, dabei sind aber der Stand der Technik und der Notfallmedizin einzuhalten. Die Einführung von Notfallkrankwagen wäre eine sehr sinnvolle und zielführende Errungenschaft, welche in anderen Bundesländern bereits gängige Praxis ist. Auch diese Fahrzeuge sind in der DIN 1789 genormt. Notfallkrankwagen können vor allem bei niederschweligen Ereignissen zum Einsatz kommen, bei denen keine akute Lebensgefahr vorliegt, aber eine dringende medizinische Behandlung erforderlich ist. Dies setzt jedoch eine Erweiterung des Begriffs der Notfallrettung im §3 ThürRettG voraus. Beispielhaft ist dies im §2 Absatz 2,



Nummer 2 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettDG) geregelt:

„(2) Der Rettungsdienst hat.....

2. bei sonstigen Verletzten oder Erkrankten, bei denen medizinische Maßnahmen notwendig werden könnten, diese in kurzer Zeit am Einsatzort durchzuführen, die Transportfähigkeit dieser Personen herzustellen und sie erforderlichenfalls unter fachgerechter Betreuung mit dafür ausgestatteten Rettungsmitteln in eine für die weitere Versorgung geeignete Behandlungseinrichtung zu befördern (Notfalltransport).....“

Eine derartige Regelung wäre zu begrüßen, da zahlreiche Einsätze des Rettungsdienstes nicht mit einer Lebensgefahr oder zu erwartenden schweren gesundheitlichen Schädigung verbunden sind, aber nur durch Rettungsmittel der Notfallrettung abzuwickeln sind. Für diese Regelung ist auch die Abweichung von der bisher geforderten Qualifikation der Besatzungen möglich.

Als schwierig ist die Begrenzung der Experimentierklausel auf den Zeitraum von drei Jahren einzuschätzen. Hohe Investitionskosten und die Einstellung von geeignetem Personal setzen einen größeren Planungshorizont voraus.

Dezernent



## **5. Weitere Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)

## **6. Diskussionsforum**

**(Keine Dokumente vorhanden)**